

Editorial

von Holm Sundhaussen, Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Osteuropalehre und -forschung befindet sich seit Beendigung des Ost-West-Gegensatzes in einer Krise. Galt die Beschäftigung mit Osteuropa sowohl in Zeiten des „Kalten Krieges“ wie der Entspannung als unverzichtbar, so ist sie nach dem Umbruch von 1989 in Frage gestellt. Warum? Ist Osteuropa seither weniger wichtig? Der Stellenwert von Osteuropabezogener Lehre und Forschung lässt sich nicht allein mit wissenschaftlichen Argumenten bestimmen. Er hängt auch (und in entscheidendem Maße) von fachfremden Gesichtspunkten ab, – von der Bedeutung, die der Beschäftigung mit den östlichen Nachbarn in unserer Gesellschaft zugemessen wird. Die Nachfrage nach Informationen über die postsozialistischen Länder hat angesichts der europäischen Integrationsprozesse und der jüngsten Krisen und Kriege in Teilen der Region stetig zugenommen. Auch wird niemand bestreiten, dass große Informationsdefizite bestehen. Aber welchen Beitrag die Universitäten zum Abbau dieser Defizite leisten können oder sollen (und in welcher institutionellen Form), wird höchst kontrovers verhandelt.

Das Osteuropa-Institut (OEI) der FU Berlin, das einzige universitäre Institut dieser Art in Deutschland, ist während der letzten acht Jahre viermal begutachtet worden: 1992 durch die Berliner Landeshochschulstrukturkommission (LHSK), 1993/94 durch eine speziell für das OEI eingesetzte auswärtige Gutachterkommission, drei Jahre später durch die Kommission für Entwicklung und Planung (EPK) der FU und 1999/2000 durch eine Kommission des Wissenschaftsrats (WR). Die Empfehlungen der vier Kommissionen fielen z.T. höchst widersprüchlich aus. Die LHSK, die sich mit dem Institut in einer Phase des Umbruchs beschäftigte, empfahl dessen Schließung. Die auswärtige Gutachterkommission, bestehend aus den Professoren Klaus von Beyme, Georg Brunner, Karl Eimermacher, Gernot Gutmann und Erwin Oberländer vertrat dagegen „ganz entschieden“ die Auffassung, dass das Institut erhalten bleiben müsse und hat dies auch detailliert begründet. Der von ihr vorgeschlagene Stellenplan umfasste zwei Varianten (Normal- und Minimalprogramm). Das „Minimalprogramm“ können wir vor dem Hintergrund geschrumpfter Ressourcen getrost vergessen. Das „Normalprogramm“ sah elf Professuren (darunter drei für Slawistik) und eine Gastprofessur vor. Die EPK reduzierte dieses „Minimalprogramm“ auf sechs Professuren (ohne Slawistik). Zur Zeit sind noch zwei Professuren besetzt. Der WR griff die Aussagen der LHSK von 1992 wieder auf und plädierte in einem vertraulichen Vorentwurf seines Gutachtens für die Auflösung des Instituts. In der Endfassung wurde statt Schließung eine weitere Evaluierung des OEI sowie aller anderen Regionaleinrichtungen an den drei Berliner Universitäten empfohlen. Das wird in den kommenden Monaten umgesetzt. Die vom Wissenschaftssenator zu diesem Zweck berufenen Gutachter stehen vor einer wenig beneidenswerten Aufgabe. Sie sollen den Zickzackkurs der letzten Jahre beenden und (zumindest mittelfristig) eine Grundlage für Planungssicherheit schaffen. Wie immer ihr Votum ausfallen mag, – es wird eine Verbesserung sein.

Die nachfolgenden Zeilen sind kein Plädoyer pro domo, sondern eine stichwortartige Auflistung ungelöster Probleme. Sie betreffen das OEI, gehen zum Teil aber weit darüber hinaus. Drei Problemschichten überlagern sich: die Frage nach der Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands Osteuropa,

die weiter reichende Frage nach der Zukunft von area studies im Zeitalter der Globalisierung und schließlich die Frage nach Vor- und Nachteilen, Chancen und Grenzen der Inter- oder Multidisziplinarität.

Macht der herkömmliche Osteuropa-Begriff nach dem Wegfall der realsozialistischen Klammer noch Sinn? Oder hat sich mit dem Kollaps des Systems auch der Raum in eine Vielzahl von Staaten und Gesellschaften zergliedert, die nichts mehr miteinander zu tun haben? Welche Länder gehören künftig zu Osteuropa, welche scheiden aus? Lösen sich die Konturen der Region im Zuge der Transformations- und Globalisierungsprozesse gänzlich auf? Und gilt das für alle Großräume oder nur speziell für Osteuropa? Spielt die Raumkategorie überhaupt noch eine Rolle? Wie verhalten sich „global players“ zu „regional players“ und „local players“? Letztere mögen auf der globalen Arena wenig ausrichten, aber vor Ort sind sie mitunter mächtiger als alle „global players“ zusammen. Lassen sich ihre Strategien und Instrumentarien verorten und bestimmten Kultur- und Konfliktmustern zuordnen oder sind sie auf ihre Art ebenfalls global? Wenn letzteres der Fall ist, bedarf es zu ihrer Untersuchung keiner regionalen Kompetenz. Die erforderlichen Informationen können unter Rückgriff auf die neuen Informations- und Kommunikationskanäle auch von Personen geliefert werden, die keine area-Kenntnisse besitzen. Wird somit die regionale und interkulturelle Kompetenz durch Internet und Globalisierung gegenstandslos? Oder verstärkt der Globalisierungsdruck die Hinwendung der Menschen zu raumbundenen Identitäten? Provoziert er Gegenbewegungen? Und wie gehen wir schließlich mit der Tatsache um, dass mit den neuen Kommunikationsströmen nicht nur Informationen, sondern auch (und vermutlich in zunehmendem Maße) eine Flut von Desinformationen bereitgestellt werden?

Im Verlauf der letzten Jahre sind diese und ähnliche Fragen immer wieder gestellt, aber nie beantwortet worden. Vielleicht ist dies im Augenblick auch gar nicht möglich. Die Osteuropaforschung und -lehre ist von den Unwägbarkeiten in zweifacher Weise betroffen. Weder sind die Umgestaltungsprozesse seit 1989 abgeschlossen, noch lassen sich die Konsequenzen der Globalisierung realistisch einschätzen. Hinzu kommen wissenschaftsmethodische und -organisatorische Probleme: Soll die Beschäftigung mit Osteuropa oder einer anderen Region – ihre gesellschaftliche Akzeptanz einmal unterstellt – fächerübergreifend im Rahmen einer speziellen Organisationseinheit (Institut, Zentrum, inneruniversitär oder interuniversitär, zeitlich befristet oder dauerhaft) erfolgen oder im Rahmen der jeweiligen Fachbereiche resp. Fakultäten? Und welche praktischen Konsequenzen ergeben sich aus diesen Weichenstellungen? Ist die Interdisziplinarität eine Chance oder eine Sackgasse? Ermöglicht sie Fragestellungen und Erkenntnisse, die den Fachdisziplinen versperrt sind, oder führt sie zu einer unerwünschten Abkoppelung von den etablierten Fächern? Und welche Überlebenschancen haben regional definierte Professuren in ihren jeweiligen Fachbereichen? Zwar haben die meisten Professuren in den Geistes- und Sozialwissenschaften – unausgesprochen – eine regionale Ausrichtung (weil es die Weltkompetenz nicht mehr oder noch nicht gibt). Aber nur die außerhalb des „mainstreams“ liegenden Professuren gelten als „regional“. Und das ist ihr Problem.

Damit aber nicht genug. Ebenso wie die Gesellschaften und ihre Orientierungen wandeln sich auch die Universitäten. Doch die Richtung bleibt unklar. Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme und dem „Sieg“ des Westens über den Osten sind zugleich auch die sozialistischen und westlichen Visionen verfliegen. Seither leben wir in der Welt des Postsozialismus, der Postmoderne, des Poststrukturalismus und sonstiger Post-Phänomene. Alles ist irgendwie post. Vor allem die Zukunft. Sie steht ganz im Zeichen von Pragmatismus, Effizienz und Kommerzialisierung. Allenthalben erblühen neue „centres of excellence“. Kein Ort, der darauf verzichten wollte. Und die Universitäten dürfen dem nicht nachstehen. Sie müssen die knappen Ressourcen sorgsamer nutzen und neue erschließen, die Ausbildungszeiten straffen und neue Angebote einführen, sie müssen die Lehre modernisieren und elektronisieren. Das wird auf den Weg gebracht. Die geplanten Veränderungen betreffen v.a. die Erweiterung und Modifizierung des Lehrangebots, den Ausbau von wissenschaftlichen Netzwerken und organisatorische Verbesserungen.

In den kommenden Monaten müssen wir uns wieder verstärkt den inhaltlichen Zielen zuwenden. Dabei geht es auch und wieder um Osteuropa (als Realität und Imagination in Vergangenheit und Gegenwart) und um die Zukunft der area studies. „Ewige“ Antworten wird (und darf) es auch dann nicht geben. Aber Orientierungsrahmen und Diskussionsforen. Die Beiträge im vorliegenden Heft sollen Anreize zur Auseinandersetzung bieten.

Mit freundlichen Grüßen

Holm Sundhaussen

The Future of Area Studies in the Era of Globalization

by Paul R. Gregory, Houston

University programs, in the United States, Europe and elsewhere, must be evaluated according to their ability to advance knowledge on significant issues and to impart knowledge and skills to students that allow them to pursue successful careers. Programs that do not meet these requirements should not be offered in serious academic institutions. The majority of university programs are based on well-established “core” disciplines that have withstood the test of time – mathematics, physics, engineering, political science, economics, literature, chemistry, and so on. Although these basic disciplines are subject to cyclical fluctuations in terms of knowledge advances, marketability of graduates, and student popularity, there is no serious thought of abolishing them. In U.S. universities, some core disciplines, such as geography, have lost their place in some academic curriculae due to budget difficulties.

Area studies – interdisciplinary programs that focus on particular geographic regions – do not share the century-old tradition of the core academic disciplines. In a university setting, area study programs, such as Asian Studies, Latin American Studies, or Russian and East European Studies, typically combine a variety of courses from the basic social science and humanities disciplines focused on the geographic region itself. In most U.S. universities, the disciplines included vary depending on the availability of faculty. Empty positions in a core discipline are not automatically filled, but the existence of the area studies program creates a precedent for the continued recruitment of area specialists. In the United States, the discipline usually missing from area studies programs is law, due to the lack of area specialists in law. In Germany, however, area studies programs are likely to include legal experts.

In the United States and Great Britain, area studies programs can be for undergraduates or for masters students (who already have a degree in a core discipline); they can also be certificate programs (that award certificates of competence to individuals typically with degrees in other disciplines). I do not believe there is such a thing as an area studies doctoral program because doctoral programs require student mastery of the core discipline. If the doctoral student wishes to specialize in a specific geographic area, that is simply a natural part of the choice of the doctoral dissertation topic. Most advances in scientific knowledge concerning the area emanate from doctoral programs, whose students pursue academic careers that allow them to do basic research grounded in a core discipline.

Area studies blossomed in the first two decades of the post World War II era, spurred largely by the intense interest in the Soviet Union. The first two decades of the postwar era also saw the beginning of the acceleration of the process of globalization. Globalization has been among

the major events of the last 40 years. Corporations are no longer national; they are multi-national. Capital markets have become international. Companies in Germany or Russia can choose to have their corporate listings either on U.S. or European exchanges. U.S. companies borrow from Japanese and Swiss lending companies. The world’s largest commercial banks transcend country borders. Most of Europe is covered by a single currency; the U.S. dollar is used in most international transactions. Managers can expect to work in a large number of countries over the course of their business careers. Knowledge of foreign languages, particularly English, is a prerequisite to virtually any career. Globalization has brought with it the enormous benefits of expanding trade and the more efficient use of capital.

Area studies have been affected in peculiar and unpredictable ways by the globalization events of these past few decades. First, the Japanese and then the East Asian economic miracles called attention to Asia and raised the question of whether a distinct “Asian” model of economic and social development exists that requires separate study. The apparent success of the Chinese economic reforms begun in 1979, combined with China’s sheer size, has called attention to the study of China, which, if it continues to grow at current rates, will be one of the world’s largest economies within three decades. Latin America has begun to experiment with democratization and economic liberalization programs, which could, if successful, change the face of Latin America. The event, however, that has had the most profound effect on area studies was the sudden and unexpected collapse of the Soviet Empire, creating more than 25 new or reorganized countries in what was the former Soviet Union, Yugoslavia, Central, and Southeastern Europe. The former administrative-command economies are currently going through a transformation process, with limited success to date, but whose ultimate success or failure will shape the face of the world of the 21st century. The transformation successes all border Europe and will become part of the European Union. Their intergration into Europe will require a quarter of a century and will particularly affect the political, demographic, and social profile of a Western Europe that has ceased to grow in terms of population and must deal with the consequences of an aging population. The transformation failures to date, most notably Russia and Ukraine, do not immediately border Western Europe, and they constitute a population almost half the size of an expanded Europe, and possess a significant portion of the world’s supply of nuclear weapons. If their transformations fail, they represent a source of political instability, corruption, worldwide criminality, and worse. If they succeed, the world will be a safer and more affluent place.

Clearly, these events, occurring in different regions of the world, are worth researching and they are worth training students in an academic setting, but is Area Studies the appropriate vehicle? I will limit my subsequent remarks primarily to the geographical area of the former Soviet Union, Central, and Southeastern Europe – that part of the globe that constituted the Soviet Empire. Prior to the collapse of the administrative-command systems of the countries of this vast region, the rationale for academic programs specializing in this geographic region was clear: the political, economic, and social systems of these countries were so different from the rest of the world that they required separate study. The dominant role of the communist party monopoly meant that political scientists had to study the Soviet-type system separately. The administrative-command economy was so different from market economies that it also required separate study. In the United States, the Soviet military threat prompted a considerable amount of research in the academic and intelligence communities.

The collapse of the Soviet-type system turned our attention from the administrative-command system itself to the issue of how to transform the prevailing system into one that more closely resembled the market economies and political democracies of neighbouring regions. Transformation specialists from international organizations such as the International Monetary Fund and World Bank (most of whom had no specialized knowledge of the region) began with the notion of a single formula for transformation, called the "Washington Consensus". This consensus declared that all transformation countries should become democratic; property should be quickly privatized; and macroeconomic stability pursued with vigour. After relatively few transformation successes and many transformation failures, these same experts now concede a decade later that one must understand the "initial conditions" before constructing transformation formulae for specific transformation countries (the so-called "Post Washington Consensus"). To understand these "initial conditions", however, one must know the political, economic, and social history of each transformation country, and this is what Area Studies teaches is about. Transformation, especially the transformation failures, has unexpectedly emphasized the importance of specialized country-specific and regional knowledge of institutions, history, and culture.

The major scholarly argument that speaks against the continuation of Area Studies is the notion of "convergence", namely, the notion that as time passes nations become more alike in their political, economic and social behaviour. The convergence theory had much of its origins in the economic literature which showed that, once economic development began, economies came to resemble each other more closely in terms of their performance, such as real wages or per capita income. If we are all alike, it makes little sense to single out specific areas for special study. The lack of convergence of the transformation countries is notable. In terms of economic results, the

transformation countries have become less like affluent economies as the transformation has proceeded, as income and wage gaps have widened. In fact, important critics of the single-formula transformation model now argue that our lack of knowledge of earlier institutions and practices has prevented us from devising successful transformation strategies.

While globalization has raised questions about the need for an academic discipline called Area Studies, it has created a job market for graduates of Area Studies programs. Take the case of Eastern Europe. During the era of the Soviet Empire, there was intense academic interest in Soviet Studies, but few real jobs. Trade was underutilized; investments could not be made in the region; and there was relatively little need for skills common in the West but rare in the region itself, such as advertising, marketing, or accounting. In the 1970s, for example, in the United States, graduates of Area Studies programs found jobs primarily in government and intelligence service, not in the private sector. Soviet area studies blossomed during the very time period when there were few jobs; it is being now questioned in an era when jobs are available. With the potential decline in academic interest and reduced course offerings in Area Studies, the number of graduates with language skills, willingness to travel and live under difficult conditions, and knowledge of pre-conditions has declined. Globalization and transformation have created real job opportunities for graduates at a time when cuts in course offerings are being considered in European and American universities.

By its very nature, an Area Studies program is multidisciplinary. Multidisciplinarity is both a strength and a weakness. Its strength is that graduates have a well rounded view of the area, not just the narrow view of an economist, political scientist, or literature specialist. The weakness is that Area Studies graduates lack sufficient proficiency in a recognized core discipline. Employment and academic advancement ultimately depend on advanced knowledge of a core discipline. Major companies in the United States, for example, shy away from area studies graduates without a core degree training because the geographic interests of these companies are subject to constant change. It is for this reason that Area Studies programs have typically required specialization in one core discipline, or alternatively, that Area Studies programs require a degree in a core discipline enhanced by a certificate of proficiency in the area.

Should large public universities continue Area Studies in a globalized world? Ultimately, universities must produce the university graduates who can carry out the high-level tasks required by the society. If we consider Eastern Europe, it is clear that our societies require specialists who understand the region for a wide variety of practical reasons: The world's second largest supply of nuclear weapons is located in the region as are some of the world's most abundant natural resources. It is an area that will be characterized by ethnic and civil conflicts (Chechniya, former Yugoslavia,

less publicized armed conflicts in the Caucasus republics and Central Asia, the threat of Islamic fundamentalism in Central Asia). It is an area that must import knowledge from its Western neighbours on matters of democracy and economics. It remains an area of relatively low income which promotes the flow of population to higher income neighbouring countries. It is an area that we must be able to understand through accurate press and media reporting.

What should the Area Studies programs of the future look like in major universities? In my opinion, its profile should be as follows:

First, at the undergraduate level, the Area Studies program curriculum should require in depth study of a core discipline – sociology, economics, political science, literature – while requiring a mix of interdisciplinary studies in the area. Perhaps the program should even require the equivalent of a first diploma in a core area – a requirement that would probably extend the course of study for an extra year.

Second, master's level or certificate programs should be offered to students who have already gained a first degree in a core discipline but who wish to specialize in the area itself. Such a program should require from two to four additional semesters of study.

Third, the core disciplines should offer sufficient faculty expertise so that doctoral students can write their dissertations on themes related to the area.

Fourth, Area Studies faculty should have a firm footing in the core discipline department rather than in the area studies program itself. Joint appointments should be subject to approval by the core department.

Fifth, with the growing scarcity of prime age groups in the overall population, area studies programs should focus on retraining programs and adult education for persons with labour-market experience and a desire to gain specialized knowledge in the area.

Should Area Studies be located in special institutes, or should they be governed by loose confederations of academic departments? The United States model is the latter, the European (German) model is the former. The advantage of the U.S. model is that it ensures a close cooperation between the traditional academic disciplines and the Area Studies program, but its main weakness is that departmental priorities can change, leaving Area Studies programs understaffed and lacking key personnel. Moreover, the U.S. model usually requires reliance on a central library rather than building up special collections in the Area Studies Program. The advantage of the German model is that it institutionalizes the program by placing appointments under the purview of the Area Studies Institute itself and thus insures the continuing existence of the Institute. The weakness is that a separation between the academic discipline and the Area Studies Institute can take place, and Institute faculty do not work on the cutting edges of their respective disciplines.

The ultimate rationale for any university program is that it offer opportunities for exciting fundamental research that broadens the horizons of our scientific knowledge. After more than a decade of transformation, we now understand that scholars must present a clear picture of the past in order for the transformation to be successful. Moreover, transformation offers scholars the opportunity to study (and ultimately perhaps to give advice on) the creation of entirely new political, social, and economic institutions. In economics and political science, the importance and challenge of transformation is so obvious that a large number of prominent non-area specialists have been drawn into the discipline. New research techniques, such as the New Institutional Economics, can be directly applied to the study of transformation. The presence of an Area Studies program offers an opportunity to encourage and welcome non-area specialists to the study of the transformation problem and to form research and teaching alliances with core-discipline faculty.

Paul R. Gregory is Professor of Economics at the University of Houston, Visiting Professor, Economics and East European Studies, Free University of Berlin.

fibre

HANDBUCH TSCHECHIEN/SLOWAKEI-KONTAKTE

Institutionen, Projekte, Initiativen in Deutschland, Österreich, Tschechien und der Slowakei
Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Tschechischen Zentrum Berlin · Redaktion: N. Hirschler-Horáková, V. J. Horák · ISBN 3-929759-34-9 · 112 S. · DM 38,-

Neu in der Reihe »Klio in Polen« – Polnisch-deutsche Übersetzungsreihe des DHI Warschau:

Marian Biskup / Gerard Labuda:

**DIE GESCHICHTE DES DEUTSCHEN
ORDENS IN PREUSSEN**

Wirtschaft – Gesellschaft – Staat – Ideologie
ISBN 3-929759-42-X · IV, 624 S., Karten · DM 74,-

Neu in der Reihe »Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau«:

Valentina Maria Stefanski:

ZWANGSARBEIT IN LEVERKUSEN
Polnische Jugendliche im I.G. Farbenwerk
ISBN 3-929759-43-8 · 585 S., 41 Abb. · DM 48,-

fibre Verlag · Martinstraße 37 · D-49080 Osnabrück
Telefon 05 41/43 18 38 · Telefax 05 41/43 27 86
e-mail: info@fibre-verlag.de · www.fibre-verlag.de

A Future for Russian and East European Area Studies?

by Julian Cooper, Birmingham

More than ten years since the collapse of communism in Central and Eastern Europe some of the countries of the region are members of NATO and the OECD; accession to the European Union is in prospect. In the former USSR, the successor nations, with the possible exception of Belarus, are consolidating their new identities and it is becoming increasingly difficult to consider them as constituting a distinct “area” for purposes of research or policy. As is increasingly acknowledged, this new reality poses serious questions for those engaged in teaching and research in the academic discipline formerly known as Soviet and East European studies (or Slavic studies). Indeed, there is now no agreement on what the discipline, if it still exists, should be called: the terms Russian and East European, Central and East European, Slavic and East European, post-Soviet, post-communist, and East European and Eurasian studies are all used. Symptomatic of this “fuzziness” of the discipline is the name the field’s principal worldwide body, changed from International Council for Soviet and East European Studies to International Council for Central and East European Studies, although under its umbrella are found specialists on Central Asia and other non-European regions.

This fuzziness arises from the fact that the “area” studied by the old Soviet and East European studies had boundaries defined not in terms of geography, a shared history, language or culture, but in terms of the dominance of a specific political system which no longer exists. As the communist system fades into the past, it becomes less and less tenable to treat the countries formerly under communist rule as a single “area” for purposes of research and teaching. Leaving to one side for the moment the question of the continuing validity and relevance of “area studies”, we are faced on the one hand with fragmentation, the consolidation of single country studies, e.g. Russian, Polish or Hungarian studies, or regional studies such as Baltic, Central Asian and Caucasian. On the other hand, as the new European institutional order consolidates, the study of many of the countries of the region is likely to be pursued within the now enlarged field of European Studies. This is the solution that has been adopted by my own institution: next year the Centre for Russian and East European Studies of Birmingham (which will retain its separate identity) will form part of a new European Research Institute, together with the Institute for German Studies and other units engaged in European-related social science research. Thus the “area” is changing, but what of “area studies” as such?

The continuing viability of area studies has been called into question by a number of developments, in particular the collapse of communism and globalisation. It is sometimes argued that the processes of post-communist

transformation, the “normalisation” of societies which previously were difficult to analyse using the standard theories and concepts of the social sciences, make traditional area studies, rooted in an understanding of history, culture and language, redundant. Now, it is sometimes maintained, area studies can be replaced by comparative studies or simply the basic disciplines of the social sciences, without the necessity of taking account of the specific cultural and historical features of each country or area. Language skills may still be relevant, but for some types of research, notably in economics, it is now often claimed that the data available in easily accessible languages are such that there is no need to learn the “difficult” languages of most of the former communist countries.

At first sight these arguments may appear to have some validity, but I would maintain that they are inadequately grounded. It is not helpful, in my view, to pose the issue in terms of a simple either/or, area studies or comparative studies. The relationship between these two disciplinary approaches is more complex and is preferably seen in terms of a dynamic inter-relationship. In my opinion the best area studies is that which is based firmly in the social sciences, informed by a keen appreciation of the comparative dimension. Such a comparative understanding is essential if we are to avoid what is perhaps the greatest danger of the traditional approach to area studies, a tendency to overstate the exceptional nature of the culture of the country or area being studied, and to invoke this too readily as an explanation for phenomena apparently specific to one or more of the formerly communist countries. For example, it is sometimes claimed that Russia’s hesitant steps towards a market economy can be explained by the fact that Russian culture is not conducive to such an economic order. A policy conclusion is sometimes drawn: standard Western policies should have been modified, or even not applied at all, if more account had been taken of Russian culture. In my view an approach informed more deeply by comparative experience, not only of other transforming economies, but of other regions, e.g. Latin America, or Africa, could point to other explanations of an institutional rather than a cultural character. (The new book by the Peruvian economist, Hernando de Soto, *The Mystery of Capital*, is highly instructive on this issue). On the other hand, the best work in comparative studies often draws on the achievements of area studies, which provide data, concepts and understanding essential for comparative analysis. For example, one of the most influential studies of recent years in political science, stimulating fruitful comparative analysis in terms of “social capital”, has been Robert Putnam’s, *Making Democracy Work*. But this seminal work arose from area studies of the highest quality, probing deeply into the history and culture of Italy.

Similarly, comparative “transitology”, as developed by such researcher as Schmitter and Karl, draws on a very firm foundation in area studies. So, area studies are enriched by developments in the social sciences (and humanities); in turn the latter are enriched by the findings of area studies.

There is some irony in the fact that globalisation is at times invoked as a challenge to area studies. If it were really the case that globalisation is leading to a homogenisation of nations and regions of the world in terms of a single dominant economic, political and cultural order, with an inexorable erosion of the powers of nation states, then the argument that the need for area studies is declining would indeed have some weight. But the reality of globalisation is surely more complex and contradictory: yes, there are international processes at work of increasingly “global” scope, but these very processes are promoting local, “area”, responses, at times running counter to them, or modifying them in significant respects. In short, homogenising global forces may foster local heterogeneity. This phenomenon is likely to remain a significant factor providing substantial opportunities for area studies, especially area studies of a methodologically informed character, drawing on the latest developments in the social sciences and humanities, including comparative and interdisciplinary approaches. Some of the research now underway at Birmingham is concerned precisely with these issues, e.g. a study being undertaken jointly with Russian sociologists of the changing perceptions of the West among Russian youth, research which indicates that while the “global” is consumed it does not displace the “Russian”; if anything, the later is reinforced, perceived widely as being superior. This type of qualitative social research requires linguistic skills of the highest level and also a cultural self-awareness borne of long-term and committed collaborative cross-cultural research.

On linguistic skills, to return to an earlier point, the interpretation of data, including statistics, in translation can present major problems in the absence of a sound knowledge of a country, its traditions and culture.

But in considering the relationship between area studies and the social sciences, including comparative research, account should also be taken of developments within the social sciences themselves. In some disciplines there has been a growing awareness of the importance of institutional, historical and cultural factors. The rise of the neo-institutional school in economics provides a striking example, exemplified by the challenge to the “Washington consensus” on economic transformation which arose during the 1990s, even from within international agencies themselves, e.g. in the writings of Joseph Stiglitz, the former chief economist of the World Bank. The debate on the reasons for the differential performance in post-communist transition between the Central-East European economies and the non-Baltic former USSR economies is instructive in this respect. It is now generally acknowledged that part of the explanation lies in “area” specific features,

some of which are still imperfectly understood and provide a challenge for specialists in area studies.

For area studies, especially studies concerned with Russia and the other countries of the new Europe and Asia, there is another powerful argument in favour of their continuing relevance – the needs of policy makers and other practitioners. Those concerned with policy in relation to the former communist nations require highly informed expertise of a kind that can generally be found only within the area studies community, in which should be counted both academic specialists and analysts working within national governments and international organisations. In this respect, a welcome feature of the British scene in recent years has been the increasingly close contact and dialogue between University-based specialists on Russia and Eastern Europe and their counterparts in Whitehall. But the requirements of the policy community change with time, challenging area studies specialists to keep at the forefront of their discipline, constantly updating the research agenda and improving training, especially at the postgraduate level.

In conclusion, I am convinced that an area studies that is open to change, aware of, and informed by, the latest developments in the social sciences and humanities (and studies of other areas), working whenever possible in close association with colleagues native to the area under investigation, has an extremely promising future. But an area studies nostalgic for the certainties of the past and suspicious of new developments in closely related disciplines does not deserve to survive.

Professor Julian Cooper is Director of the Centre for Russian and East European Studies at the University of Birmingham, UK.

Korrektur

In der letzten Ausgabe des Berliner Osteuropa Infos (BOI 14) wurde der Titel eines Beitrags von Herrn Roman Kryvonos fälschlicherweise mit „Deutsch-ukrainische Beziehungen vor dem Machtwechsel in Deutschland 1989“ wiedergegeben.

Der richtige Titel des Beitrags muss jedoch lauten:
**„Deutsch-ukrainische Beziehungen vor dem
 Machtwechsel in Deutschland 1998“.**

Für diesen Fehler bitten wir um Entschuldigung.

Die Redaktion des BOI

Hat die politische Länderforschung im neuen Europa eine Zukunft? Über den Sinn der politischen Landeskunde im Zeitalter der Globalisierung

von Tomasz G. Pszczó³kowski, Warschau

I. Die Deutschland- und Europaforschung in Polen vor 1989

Die politische Landeskunde als ein Teilgebiet der *area studies* bzw. der Regionalforschung steht heute, angesichts des europäischen Integrationsprozesses, vor einer Reihe neuer Fragen, deren Beantwortung über die Zukunft der Länderforschung entscheiden wird. Die bis 1989 bestehende Spaltung Europas in zwei entgegengesetzte, ja feindliche sozioökonomische und politisch-militärische Blöcke rechtfertigte das Betreiben einer politischen Länderforschung, die eine Reihe von Zielen verfolgte, unter denen die Gewinnung von Erkenntnissen und deren Artikulation zur wahrscheinlichen und/oder prognostizierten Entwicklung von Staaten im Mittelpunkt standen. Dabei ging es in den von Kommunisten regierten Ländern weniger um die Objektivität der Darstellung gesellschaftlicher, politischer, ökonomischer und kultureller Zustände im „Kapitalismus“ als vielmehr um Akzentuierung und im Grunde genommen erfolglose Ausspielung vor allem der Schattenseiten dieser Ordnung gegen den „real existierenden Sozialismus“. Die Aufdeckung der Schwächen des ideologischen Gegners diente in den ehemaligen Ostblockländern, darunter auch in Polen, überwiegend Propagandazwecken: Regimetreue Journalisten und Publizisten verfassten Artikel und Bücher und brachten im Radio und Fernsehen Beiträge, die den Westen als einen von kapitalistischen Ausbeutern, korrupten Politikern und Kriminalität beherrschten Weltteil darstellten. Das hindert allerdings manche der damaligen Deutschlandkorrespondenten nicht daran, heute in der Bundesrepublik zu arbeiten, wobei sie sich von Kritikern des Kapitalismus in seine Lobredner verwandelten. (Sie nutzten z.B. ihre langjährige Aufenthaltserlaubnis für einen weiteren, jetzt schon unbefristeten Aufenthalt in Deutschland, einer gründete sogar ein Medienunternehmen nach deutschem Recht usw.). Dass diese Propagandafunktion der Institutionen der Westforschung nur die eine, offizielle Seite der Auseinandersetzung mit dem westlichen Gegner bildete, ist klar. Die andere Seite blieb der breiten Öffentlichkeit verschlossen: Die kommunistischen Machthaber und ihre Handlanger waren tatsächlich an der Erforschung der Grundlagen, Strukturen und Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des sozialpolitischen Systems der bürgerlichen Gesellschaft lebhaft interessiert. Das zeigte sich unter anderem darin, dass Texte von Klassikern des bürgerlichen Ideenguts, hauptsächlich des Liberalismus, wie J. S. Mill, A. de Tocqueville, B. Constant, J. E. Acton als auch moderner Denker wie F. A. von Hayek, M. Friedman, Karl Popper, J. Galbraith, W. Lippmann, W. Röpke ins Pol-

nische übersetzt und in kleinen Auflagen für den Gebrauch für hohe Partei- und Staatsfunktionäre gedruckt wurden. Es gibt eine ganze Bibliothek solcher für einen kleinen Kreis der kommunistischen Elite bestimmter Übersetzungen. Die dem Staats- und Parteiapparat untergeordneten Stellen gehörten auch zu den Abnehmern der im Exil und im Untergrund erscheinenden Zeitschriften und Bücher. Darüber hinaus erschienen in offiziellen Verlagen in niedrigen Auflagen Fachbücher zur Theorie des Liberalismus und Konservatismus, die zwar den dargestellten Ideen gegenüber kritisch sein mußten, aber eben durch diese Kritik auf die unterschiedlichen Positionen der Denker des bürgerlichen Ideenguts und der marxistisch-leninistischen Ideologie hinwiesen. Ein kritischer Leser konnte durch diese Fachbücher sich ein relativ objektives Bild vom Wesen der analysierten Denker machen. Geschlossene Filmvorstellungen, in denen herausragende, aber mit der offiziellen politischen Linie nicht zu vereinbarende Werke der Filmkunst ausgewählten Vertretern des Establishments gezeigt wurden, ergänzen dieses Bild einer besser informierten, wenngleich dadurch keineswegs aufgeschlossenen Elite. Inwieweit dieses ihr Informiertsein den Regierungsstil der Machthaber korrigierte, entzieht sich der Kenntnis eines unbeteiligten Beobachters der damaligen Führungsschicht. Auf jeden Fall sollte man sie nicht für dumm und ungebildet halten – von einigen bekannten Ausnahmen einmal abgesehen, waren sie doch mitunter Gegenstand von damals in der Öffentlichkeit kursierenden Witzen.

Die Westforschung in Polen vor 1989

In Polen bestanden die Aufgaben der damaligen Zentren der Deutschlandforschung, unter anderem des West-Instituts Posen, des Schlesischen Instituts in Oppeln, des Schlesischen Wissenschaftlichen Instituts in Kattowitz, und der Europaforschung bzw. breiter – der Kapitalismusforschung, wie des Instituts für Erforschung von Gegenwartsproblemen des Kapitalismus beim PVAP-eigenen Medienkonzern RSW Prasa – Książka – Ruch, des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (einer vom Außenministerium getragenen Institution) und von Einrichtungen des Innenministeriums (Akademie für Innere Angelegenheiten, einer Hochschule für Angehörige der Sicherheitsorgane) und des Verteidigungsministeriums (Akademie des Generalstabs der Polnischen Armee), die hier nur kurz erwähnt werden können – vor allem in der Erforschung von realen Problemen der Theorie und des Funktionierens der westlichen Staaten. Die vor 1989 erschienenen Publikationen zeigen die Vielfalt der Interessen der Wissenschaftler und indirekt auch der Politiker an

diesen Problemen. Es wäre ein schier unmögliches Unterfangen, eine Liste der Publikationen zur Deutschland- und Europaforschung aufstellen zu wollen. Sie würde mehrere Tausend Bücher und unzählige Artikel umfassen. Die einzige Bibliographie der polnischen wissenschaftlichen Literatur und Publizistik zur Deutschlandforschung (Niemcy w polskiej literaturze naukowej i publicystyce 1989-1996 in der wissenschaftlichen Redaktion von Witold M. Góralski, Warszawa 1997) verzeichnet allein für den genannten Zeitraum 751 Bücher sowie 4500 Aufsätze und Beiträge. Dass diese Interessen in Polen im Vergleich zu anderen Ostblockländern viel breiter waren und im Grunde alle relevanten Bereiche des gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens umfassten, zeugt m. E. nicht nur von der Aufgeschlossenheit der polnischen Forscher gegenüber dem Westen, sondern auch von einer relativ hohen Freiheit der Forschung, wenngleich die Freiheit der Lehre höchstens in Hochschulen des Machtapparats, etwa in den dem Innenministerium und dem Verteidigungsministerium unterstellten Einheiten sowie in der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften, d.h. der Parteihochschule der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) in ideologierelevantem, beschränktem Maße zugelassen war. Der Spruch von Polen als der „lustigsten Baracke“ im östlichen Lager findet denn auch in dieser relativen Freiheit der Forschung seine Begründung.

II. Akzentverschiebung der Deutschland- und Europaforschung in Polen und der deutschen Osteuropaforschung nach 1989

Wenn es nun um die Zukunft der Deutschland- und Europaforschung in Polen geht, so scheint mir, dass hierbei andere Akzente gesetzt werden müssen. Abgesehen davon, dass nach 1989 neue, bis dahin tabuisierte Themen speziell in den deutsch-polnischen Beziehungen behandelt wurden (etwa die Vertreibung der Deutschen aus ihren Ostgebieten nach 1945, die Problematik der deutschen Minderheit im Nachkriegspolen u.a.), steht die polnische Deutschlandforschung vor der Aufgabe, der europäischen Einbindung Deutschlands und der Europapolitik der EU überhaupt mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Aufgabe wird derzeit sowohl von den zuständigen staatlichen Stellen (etwa dem Komitee für Europäische Integration) als auch von mehreren wissenschaftlichen Institutionen wahrgenommen. Auch die deutsche Osteuropaforschung wird ihre Perspektive ändern müssen: Institutionen der Osteuropaforschung in der Bundesrepublik werden, wenn ich es recht sehe, ihr Forschungsinteresse nicht mehr vordergründig in Kategorien der Nationalstaaten, sondern zunächst mit verstärktem Interesse an der Regionalpolitik, speziell an der Region Osteuropa, realisieren müssen.

Zukünftige polnische Oststudien

Bald wird in Polen auch ein neues, bis dahin brach liegendes Forschungsfeld erschlossen werden, auf dem sich eine neue Zusammenarbeit mit der deutschen Ostforschung

anbietet: Es handelt sich um die polnischen Oststudien, womit in erster Linie die Erforschung von Problemen Russlands und der GUS-Länder gemeint ist. Im Zuge der Integration Polens in die westeuropäischen Strukturen, spätestens aber mit der Aufnahme Polens in die Europäische Union, wird dieses Land aufhören, Gegenstand der politischen Landeskunde im traditionellen Sinne dieses Begriffes zu sein. Damit wird die deutsche Osteuropaforschung auf einige ihrer Aufgaben, die mit der politischen Landeskunde zu tun haben, verzichten können, d.h. auf die Beschreibung von Wesen und Funktionsweise des polnischen Staates sowie seines politischen und sozialökonomischen Systems. Mehr Aufmerksamkeit werden die Forscher praktischen Problemen der Einbeziehung Polens in die EU widmen müssen, zumal die Mitgliedsstaaten der EU auf einen Teil ihrer Souveränität werden verzichten müssen. Ein Europa ohne Grenzen und mit einem freien Personen- und Güterverkehr wird eine neue Herausforderung für die nationale Identitätsauffassung der europäischen Völker, darunter auch der Polen, darstellen. Die Angst der Polen vor dem „Ausverkauf ihres Landes“ wird sich von einer potentiellen Möglichkeit in eine Realität verwandeln, wenn deutsche Bürger auf Grund ihrer ökonomischen und finanziellen Überlegenheit Grundstücke und Häuser in Polen kaufen werden. Nur eine längere Übergangszeit und administrative Schranken werden diese Angst der Polen mildern, was allerdings nicht heißt, dass sie den Menschen überhaupt genommen werden wird. Aus dieser Überlegung erwächst eine neue Aufgabe der Osteuropaforschung, die keine Länderforschung mehr, sondern verstärkt eine neue Art von Regionalforschung sein wird, an der Lösung fundamentaler Probleme der osteuropäischen Region als eines Teils des vereinigten Europas zu arbeiten. Zu diesen Problemen gehören nicht nur die Suche nach praktischen Lösungen der Frage der Ungleichmäßigkeit der sozioökonomischen Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern, sondern – was m.E. viel wichtiger und schwieriger ist – vor allem der Ausgleich der Disproportionen im kulturell-zivilisatorischen Bereich. Hierzu gehören in erster Linie Maßnahmen zur Beseitigung der mentalen Barrieren beim Prozess der Integration Polens in die EU: sowohl durch eine breit angelegte Aufklärung der Bevölkerung über den Sinn der Integration, die aber nicht in eine „hurra-europäische“ Indoktrination ausarten darf, als auch durch eine redliche Darstellung der Licht- und Schattenseiten der Integration. Die Bevölkerung ganz Osteuropas ist sich der faktischen kulturell-zivilisatorischen Überlegenheit der westeuropäischen Gesellschaften bewusst. Deshalb müssen ihr klare Perspektiven und ein Zeitplan der Anpassung und des Anschlusses an die westlichen Kultur- und Zivilisationsstandards abgesteckt werden.

Die neue, regional und nicht nationalstaatlich orientierte Osteuropaforschung wird sich folglich nicht nur der Beschreibung von politischen, sozioökonomischen, kulturellen Phänomenen, sondern auch verstärkt einem europäischen Kulturvergleich widmen müssen. Erst durch die Darstellung der Ursachen und des Wesens der unterschied-

lichen kulturellen Entwicklung von Ländern West- und Osteuropas können Schlussfolgerungen gezogen werden, die für die praktische Überwindung der besagten Disproportionen in den einzelnen Ländern der künftig erweiterten EU relevant sind.

Als Fazit dieser notgedrungen skizzenhaften Betrachtungen sei mir erlaubt, ein allgemeines Postulat zu formulieren: Möge die Osteuropaforschung im Zeitalter der Globalisierung sich aus ihrer nationalstaatlichen Einschränkung so bald wie möglich befreien. In einem sich integrierenden Europa ist eine europäische Gesamtschau

der europäischen Probleme nötiger denn je. Und vor diesem Hintergrund hat eine Teilung des Kontinents in Länder – wenn auch heute noch im Hinblick auf den unterschiedlichen Lebensstandard in West- und Osteuropa verständlich – und somit auch die politische Länderforschung perspektivisch keine Zukunft.

Prof. Dr. Tomasz G. Pszczó³kowski ist außerordentlicher Professor am Institut für Germanistik der Universität Warschau und leitet dort die Abteilung für Kulturkunde der deutschsprachigen Länder.

Was einem auf die Frage nach der Situation der deutschen Osteuropa-Studien einfällt

von Karl Schlögel, Frankfurt/Oder

1. Selten war eine Situation für frisches Nachdenken über alte Gegenstände besser als die nach 1989. Schon mehr als ein Jahrzehnt leben wir in einer Situation des geschichtlichen und geistigen Tumults. Welcher Generation ist es schon vergönnt, bei der Abwicklung eines ganzen historischen Zustandes dabeizusein: Gesellschaften ändern sich unter unseren Augen, geschichtliche Situationen kommen in Fluss, Vergangenheiten, von denen wir bisher nichts oder nur wenig wussten, kommen ans Licht, Archive, die bisher verschlossen waren, sind zugänglich geworden, Sprachregelungen, die obsolet geworden waren, werden aus dem Verkehr gezogen. Die Gegenstände, die endlich bearbeitet werden können, liegen gleichsam auf der Straße. Man muss sie nur aufheben und mit der Arbeit beginnen. Was will man als Wissenschaftler und Zeitgenosse, der man ja auch ist, eigentlich mehr!

2. Aber die Situation sieht ganz und gar nicht nach großer Inspiration und Initiative aus. Der Veränderung des Gegenstandes – Osteuropa – folgt die Veränderung der Subjektseite – die Wissenschaften von Osteuropa – nur mit Ach und Krach. Die Veränderungen werden mitunter als Beunruhigung und Belästigung empfunden. Das ist nicht verwunderlich, denn ein ganzer Zustand steht zur Disposition, nicht nur das eine oder andere Denkmodell. Ein Gegenstand in seiner bisherigen Gestalt löst sich auf, warum nicht auch die Disziplin, die sich an ihm konstituiert hatte! Man muss sich nur umsehen, um sofort die gravierende Differenz, die die Wissenschaftler- und Studenten-Generation vor 1989 von jener nach 1989 trennt, zu erkennen. Die eine ist nicht besser als die andere, sie lebt und arbeitet nur unter radikal verschiedenen Bedingungen – das ist nicht ihr Verdienst, sondern das „der“ Geschichte. Wer sich heute mit Russland, der Ukraine oder Polen beschäftigen möchte, der geht einfach hin. Es ist kein Problem, sich für eine längere Zeit in den Ländern aufzuhalten, sei es an einer Universität oder einfach so. Es ist kein

Problem, die Landessprache vor Ort zu erlernen. Die Welt, die für die ältere Generation praktisch fast unzugänglich oder eben nur punktuell auf organisiert-bürokratischem Wege des Wissenschafts- und Kulturaustausches zu erreichen war, liegt einfach und offen da. Man muss nur hingehen. Das östliche Europa ist heute nicht mehr außerhalb der Welt, die „Diskurse“ sind internationalisiert, grenzüberschreitend. Die Spaltung in Drinnen und Draußen ist nicht mehr entscheidend. Im Lande selbst wird endlich verhandelt, was früher verboten oder exterritorialisiert war – die Beendigung eines Ausnahmezustandes, eine säkulare Normalisierung. Auch das hat Folgen: man kann sich heute viel leichter verständigen, es bildet sich eine gemeinsame Sprache und Verständigungsebene heraus. Ausländer haben kein intellektuelles Privileg mehr, im Gegenteil: Ihre Ferne vom Ort des Geschehens macht sie im Grunde zu *second-hand-Leuten*, im Grunde sind sie es, die nun von Informationen, Diskursen etc. im Lande abhängig sind. Das produziert eine konfliktreiche Asymmetrie: die Westler haben das Geld, die Leute im Osten aber das Wissen und die Informationen; so entstehen intellektuelle und materielle Abhängigkeits- und oft auch Ausbeutungsverhältnisse. Der Zusammenbruch der Welt dort und der Welt des Wissens im Besonderen hat gravierende Folgen für die Wissenschaftler im Westen. Die Lage ist unübersichtlich geworden, die Hierarchien sind durcheinander. Ein ins Englische übersetztes Buch ist mehr wert als ein Sitz in der Akademie der Wissenschaften. Zugang zu den internationalen Diskursen entwertet die alten Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse. Es ist für unsereins schwer herauszufinden, „Wer ist wer“ im Wissenschaftsbetrieb. Man muss sich seine Ansprechpartner neu suchen und sich auf neue Spielregeln einlassen – sie werden jetzt neu ausgehandelt. Die Lage ist verwirrend und unübersichtlich und über weite Strecken ist die Neusortierung der Verhältnisse, die Neudefinition und im Grunde auch die Neuformierung der Wissenschaftseliten das Grundproblem. Die

Angehörigen der älteren Generation kennen in der Regel die jüngeren, die jetzt den Ton in der Forschung und in den „Diskursen“ angeben, nicht. Zusammenbruch des Wissenschaftskontakts. Funkstille. Zeitweiliges Abtauchen. Versuch zu neuen Kontaktaufnahmen. Die *science communities* organisieren sich neu. Das ist unvermeidlich. Das ist aber auch zeit- und kraftraubend. *Head Hunting* – das Finden der besten und produktivsten Köpfe ist, wenn man von den Seilschaften der vergangenen Epoche auf beiden Seiten unabhängig sein will, die schwierigste Arbeit geworden. Es geht nach der Erosion oder Abwicklung des alten Wissenschafts-Establishments um nichts weniger als die Formierung und Etablierung eines neuen – übrigens auf beiden Seiten. Der Osten ist da aus bekannten Gründen ein Jahrzehnt voraus.

3. Es tut sich ja einiges. Die Osteuropa-Leute führen seit zwei, drei Jahren eine mehr oder weniger verbindliche Debatte auf anspruchsvollem Niveau über Forschungs-Desiderate, methodische Defizite, die Definition ihres Gegenstandes und fällige interdisziplinäre Neuerungen (die meisten Beiträge der Osteuropa-Historiker sind publiziert in der Zeitschrift Osteuropa). Sogar bei den „Allgemein-Historikern“ hat sich herumgesprochen, dass „1989“ auch Folgen für sie hat und wenigstens als „Denkanstoß“ denkbar zur Kenntnis genommen zu werden verdient. Man könnte vieles daran hervorheben: die Auseinandersetzung über die bisherige Russland- und Sowjetunion-Zentriertheit der Osteuropa-Studien, über die methodische und thematische Isolation der Zunft vom *main stream* der Allgemeingeschichte, über einen fälligen *linguistic* oder *cultural turn*, über postmoderne, konstruktivistische und dekonstruktivistische Neuerungen, über die Abstinenz in intellektuellen, medialen und politischen Großkämpfen (Historikerstreit, Schwarzbuch) usw. usw. Man könnte hier dem einen zustimmen und dem anderen widersprechen. Zugespitzt hat sich die Kontroverse darauf, ob es überhaupt gesonderte Osteuropa-Studien geben soll oder ob sie in die allgemeinen Disziplinen zurückkehren oder integriert werden sollen. Ich persönlich bin der Meinung, dass Regionalstudien, *area studies* eine avancierte Form von Forschung und Lehre sein können, aber natürlich nicht müssen, ebenso wie das für allgemeine Studien zutrifft: es gibt auch da gute, mäßige, schlechte. Ich selbst möchte mich für eine Erneuerung von *area studies* aussprechen. Nur eines soll vorab klar sein: Entscheidend ist die Erneuerung der Disziplinen von der Sache her – egal ob in der Form von Regionalstudien oder im Kontext der allgemeinen Fächer. Und Erneuerung von der Sache her soll heißen: sich dem Gegenstand östliches und mittleres Europa auf neue Weise stellen.

4. Die Erneuerung der Beschäftigung mit Osteuropa aus dem Geist des geschichtlichen Wandels von 1989 und die Erneuerung der Landeskunde aus dem Geist der modernen Wissenschaften. Für alle involvierten Disziplinen der – so der schöne Terminus – „Osteuropakunde“ hat die geschichtliche Zäsur unterschiedliche Konsequenzen, in der Soziologie andere als in der Ökonomie, aber es gibt auch eine für alle gemeinsame Folge, die mit der Konstitu-

tion des Gegenstandes zu tun hat, die noch im Flusse oder jedenfalls noch nicht ganz abgeschlossen ist. Sie ist auch kein definitorischer Akt von außen, sondern hat mit der Selbstkonstitution dessen zu tun, was bisher Osteuropa oder Ostblock genannt wurde.

Osteuropakunde ist im Grunde nichts anderes, als der geschichtlichen Selbstkonstitution des neuen östlichen Europa gedanklich zu folgen, sie wissenschaftlich zu reflektieren. Manche Leute glauben, das lasse sich in einem kurzen Prozess machen, gewissermaßen indem man das angehäufte Wissen über „Osteuropa“ nutzend, die neuen Definitionen verkündet. Ich glaube nicht, dass das nach gravierenden Verwerfungen des letzten Jahrhunderts umstandslos möglich ist und richte mich auf einen längeren Klärungs- und Definitionsprozess ein. Dass wir die eingespielten und angeblich klaren Bestimmungen erst einmal zur Seite legen, ist kein Verlust. Es geht um neue Erfahrungen, um die Erkundung von Neuland, um Akkumulation, Offenheit – auch Rat- und Begriffslosigkeit, die der Ursprung für gut gestellte Fragen ist.

Zur Frage der Landeskunde. Man traut sich schon fast nicht, das Wort in den Mund zu nehmen. Es klingt verstaubt, obsolet, für manche sogar anrühlich, fast wie ein Zwilling von Volkskunde. Warum das so ist, wissen wir wohl; es hat etwas mit der deutschen Geschichte und dem Verkümmern einer einmal großen Tradition zu tun. Landeskunde, die up to date sein will, muss anders heißen: *area studies* oder Regionalstudien. In der Sache geht es um die Gewinnung von integralem Wissen, um gründliches Vertrautwerden mit einem Land, einer Gesellschaft, einer Kultur. Landeskunde ist von vornherein etwas, was man heute transdisziplinär nennen würde. Landeskunde ist nicht eine Art kurzer Lehrgang für Minderbemittelte, Volkshochschule statt Hochschule, sondern etwas, woran man neu arbeiten müsste. Es ist etwas sehr voraussetzungsreiches und wer seinen Braudel, Benjamin, seinen Geertz, Lamprecht, Weber oder Conze nicht drauf hat, kann da gar nicht mitreden. „Länder“ sind bekanntlich etwas Komplexes, Wissenschaftler aber sind in der Regel Schmalspurleute, meist sehr eng spezialisiert. „Länder“ sind nicht nur Bücher, sondern etwas Reelles, Wissenschaftler haben aber meist nur mit Büchern zu tun. Über „Länder“ kann man alles mögliche lesen und hören, sich eine eigene Anschauung und ein Urteil aus eigener Anschauung zu bilden, ist etwas sehr Anspruchsvolles. Landeskunde alias *area studies* sind also das Komplexes, nicht die Reduktion des Komplexen; sie ist keine Billigausgabe oder Kurzfassung eines höheren Wissens; sie ist die Verbindung von Anschauung und Reflexion, also das, was *theoria* im strikten Sinne immer schon meinte. Eine solche Landeskunde gibt es noch nicht. Sie zu entwickeln ist Pionierarbeit – auch wenn es von DFG und VW dafür kein Geld gibt.

5. Eine so altmodisch-moderne Auffassung von Landeskunde/*area studies* hat nur dann überhaupt einen Sinn, wenn man sich die Frage stellt, was sie eigentlich sollen. Ich glaube nicht, dass die erweiterte Reproduktion des Wissenschaftsbetriebes, das Fortzeugen einer Dissertati-

on aus einer anderen der Zweck wissenschaftlichen Arbeitens ist. Der Grundimpuls für die Beschäftigung mit dem östlichen und mittleren Europa ist unser Interesse an diesen Ländern, ihren Menschen und deren Kulturen, unsere Neugier, vielleicht sogar unsere Liebe (oder unser Abscheu). Sie braucht Arbeit, Zeit, Vertiefung, Anteilnahme. Sie kommt ohne lebendige Wahrnehmung vor Ort nicht aus. Wir wollen begreifen, warum eine Geschichtsregion so geworden ist, wie sie ist. Wir gehen unseren Bezügen zu dieser Region nach. Das ist der Grund, warum wir die Sprachen lernen, die Literaturen lesen, die Spuren suchen usf. Ohne dieses Interesse könnten wir es bleiben lassen. Es ist die uralte Habermas-Frage nach „Erkenntnis und Interesse“. Die Chance unserer Generation ist es, das ungeteilte Europa wieder auf die Beine, vielleicht sogar zu einer neuen Blüte zu bringen. Das geht ohne Vertrautheit mit diesem mittleren und östlichen Europa nicht. Nachdem der Krieg und die Nachkriegsteilungszeit fast alles positive Wissen um das gemeinsame Europa ruiniert haben, muss es jetzt neu erfahren und generiert werden.

6. Schlussbemerkung: Alles oben gesagte gilt auch für Berlin, aber die Berliner Situation ist zehn Jahre nach dem Ende der Spaltung Europas mit einer Diskussion über die eventuelle Schließung des Osteuropa-Instituts der FU und der Vakanz mehrerer Lehrstühle besonders grotesk. Ich habe gar keine Lust darüber zu sprechen. Alles ist schon gesagt in einem Text, den ich 1986 geschrieben habe: Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa (Siedler Verlag). In einer Situation, wo alles getan werden müsste, die Transformation des ehemaligen „Ostblocks“ gedanklich-analytisch zu bewältigen und die Rolle Berlins neu zu definieren, gehen Abwicklungs-, Kürzungs- usf. Vorschläge um. Über die z.T. selbstverschuldete Misere mögen andere, die weniger befangen sind als der vom Osteuropa-Institut der FU kommende Verfasser, schreiben. Es kann sein, dass anderswo die personellen, finanziellen, institutionellen Bedingungen für die Reformulierung unseres Wissens über das östliche Europa günstiger, entspannter sind als derzeit in Berlin. Es war vor zehn Jahren vielleicht nicht absehbar, wie schwierig es werden würde, Berlin wieder zu dem Zentrum von „Learning for Central and Eastern Europe“ zu machen. Es wäre aber seltsam, wenn dies in einer Stadt mit solchen Ressourcen – Bibliotheken, Archive, Institute, Universitäten, die Nähe zu Polen und zum östlichen Europa, die Lage als Verkehrs- und Kommunikationsknoten, die hauptstädtische Zirkulation, die russische und polnische *community* – nicht möglich sein sollte. Die Krise ist die Mutter vieler guter Dinge.

Karl Schlögel ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

Von ihm erschien zuletzt „Berlin Ostbahnhof Europas“ (Siedler Verlag), demnächst erscheint „Östliche Städtebilder“ (Hanser Verlag).

Internet: <http://www.berlin-verlag.de>

Herwig Roggemann (Hrsg.)

Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas

Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern

1999, 1.129 S., kart., 148,- DM, 1080,- ÖS, 131,50 Sfr
ISBN 3-87061-557-5

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin ·
und Deutsche Stiftung für internationale rechtliche
Zusammenarbeit e.V. Bonn (Hrsg.)

Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation (Zweiter Teil) von 1995

bearbeitet und eingeleitet von Herwig Roggemann
und Wilfried Bergmann

2000, 523 S., kart., 98,- DM, 715,- ÖS, 89,- Sfr
ISBN 3-87061-639-3

Christian von Wistinghausen

Preisaufsicht mit Mitteln des Kartell- rechts in der Russischen Föderation

1999, 211 S., kart., 48,- DM, 350,- ÖS, 44,50 Sfr
ISBN 3-87061-849-3

Angelika Nußberger, Margareta Mommsen (Hrsg.)

Krise in Rußland

Politische und sozialrechtliche Lösungsansätze

1999, 229 S., kart., 58,- DM, 423,- ÖS, 53,- Sfr
ISBN 3-87061-838-8

Boris Meistner

Auf dem Wege zur Wieder- vereinigung Deutschlands und zur Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen

Ausgewählte Beiträge

2000, 135 S., geb., 39,- DM, 285,- ÖS, 36,- Sfr
ISBN 3-8705-0102-1

Elisabeth Cheauré (Hrsg.)

Kunstmarkt und Kanonbildung

Tendenzen in der russischen Kultur heute

2000, 314 S., 12 Abb., kart., 78,- DM, 569,- ÖS, 71,- Sfr
ISBN 3-8705-0110-2

Georg Brunner (Hrsg.)

Politische und ökonomische Transformation in Osteuropa

3. aktual. Aufl. 2000, 252 S., kart., 64,- DM, 467,- ÖS,
58,- Sfr, ISBN 3-8705-0041-6



BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH
Fackellallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030/84 17 70-0
F-Mail: berlin-verlag.spitz@t-online.de
Internet: <http://www.berlin-verlag.de>

Wissenschaft und Globalisierung

Erst Endzeitstimmung, dann Ausverkauf?

von Dittmar Schorkowitz, Berlin

Wohin mit der Osteuropäischen Geschichte?

Als Francis Fukuyama vom Ende der Zeit¹ schrieb, konnte er dies nicht wörtlich gemeint haben. Was aber hatte der Mitarbeiter des amerikanischen *Think-tank Rand Corporation* mit seinem Bild beabsichtigt? Wofür stand sein Endzeitgedanke und was wollte er möglicherweise eigentlich damit ausdrücken? Es liegt nahe, gerade mit dieser Fragestellung ein Nachdenken darüber zu verbinden, wie der Begriff Eingang in den Diskurs um die Diskussion des Faches Osteuropäische Geschichte gefunden hat, ob es Jörg Baberowski seinerzeit mit seinem viel Aufmerksamkeit evozierenden Titel vom „Ende der Osteuropäischen Geschichte“ im Sommer 1998 wirklich ernst gemeint hatte oder ob hier vielleicht eine Ersatzdiskussion um andere Zusammenhänge geführt wurde.

Worin kam die vielzitierte Orientierungskrise des Faches greifbar zum Ausdruck? In den Mängeln seiner Organisation, Forschung und Lehre etwa, die der Tübinger Historiker zu benennen und zu beklagen wusste? Oder war es die Art des Umgangs der Kollegen mit seiner Hauptaussage von der Notwendigkeit einer Auflösung der Osteuropäischen Geschichte? Es war eine Herausforderung, gewiss, deren Vordergründigkeit man – da vom Provokateur als produktiver Anstoß verstanden – vielleicht besser doch nicht so wichtig hätte nehmen sollen, zumal ihr das argumentative Gewicht am Ende fehlte. Diese Schlussfolgerung jedenfalls wird durch das eher stumme Ausklingen eines sich hieran anschließenden Diskurses nahegelegt.

Überlegungen zu diesem für die historische Osteuropaforschung und das deutsche Wissenschaftsverständnis seltenen wie denkwürdigen Vorfall führen an den Beginn der 90er Jahre zurück und zu Beobachtungen, die der Zeitgenosse bezüglich der Einschätzung von Kollegen und Freunden zu den revolutionären Umwälzungen in Osteuropa ganz allgemein machen konnte. Je nach persönlichem oder beruflichem Erfahrungshorizont, dem Abstraktionsinteresse und der Anteilnahme wurde dieser Prozeß von jenen nämlich seinerzeit als Ende oder Neubeginn erlebt und bewertet. Auch schwenkte das Beobachten der Vorgänge am Ort des Geschehens nur allmählich in ein Nachdenken über die Auswirkungen für den Rest der Welt um.

Die Auflösung der Sowjetunion wurde so in zweifacher Weise als Implosion empfunden. Die Verwunderung über das zunächst fast geräuschlose Zerbrechen des Monoliths vermischte sich mit der Angst vor der Leere eines nun fehlenden Systemgegensatzes. Euphorie wollte nicht aufkommen. Ein Siegesgehül blieb aber auch deswegen aus, weil die postkommunistischen Strategen des Kapitals zu sehr mit der stillen und Reibungsfläche vermeidenden

Durchführung der Globalisierung – wie es scheint, ein Neologismus bzw. eine Paraphrase für die Mechanismen des modernen Kapitalismus – beschäftigt waren und sind. Es setzte also ein verständnisvolles Aufeinanderzugehen ein, bei dem sich osteuropäisches Streben nach Transformation der Macht und westliche Sorgen um die Transformationsfähigkeit der neuen Gesellschaften austarierten. Der Rest war Ernüchterung, Selbstbetrachtung und Schuldzuweisung.

Erhalten blieb auch die perspektivistische Entgegensetzung seitens jener, die das Glas für halbleer (Ende), und jener, die es für halbvoll (Wende) hielten. Diese Begriffsbindung wurde nicht allein durch die Schwerkraft rückwärtsgewandter Erklärungsmuster und Deutungsversuche verursacht. Im modischen Diskursverlauf waren die Stilmittel zur Beschreibung des Epochenwandels zu griffig geworden, als dass man sie bereitwillig aus der Hand legen wollte. Doch ging der Schuss nach hinten los. Das Unerklärbare des Eingetretenen war durch den bagatellisierenden Abgesang an ein misslungenes Experiment nicht einfach zu übersetzen und das Ungeheuerliche des Umbruchs konnte erschöpfend mit einem Bild vom Ende der Zeit kaum verdeutlicht oder transportiert werden. Es erhielt einen Selbstlauf, der ein gutes Ende zu nehmen nicht versprach.

Schon ein kurzer Blick in die Fachliteratur aus der ersten Hälfte der 90er Jahre macht den Werdegang der Metapher sowie ihre unkritische Verwendung deutlich. Lassen wir die Beobachtung mit einem Beitrag von Gerhard Simon vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien einsetzen, in dem er das „gescheiterte bolschewistische Experiment“² auf dem Hintergrund des erwachten nationalen Selbstbewusstseins beschreibt. Das Scheitern wird hier in einem unmittelbaren Zusammenhang zu den neuen Nationalbewegungen gesehen. Dass Simon unter dem Ende des Sowjetsystems aber vor allem die „Desintegration“³ des Vielvölkerstaates versteht und er damit den Systemwechsel vor Augen hat, wird erst beim genaueren Hinschauen deutlich. Sein Interesse gilt dem Prognostizierbaren und eben nicht dem im Titel genannten Endzustand. Er fokussiert dabei auf das Prozesshafte von Perestrojka und Wendezeit, eben auf den Wandel der Paradigmata, als deren deutlichster Ausdruck ihm die Souveränitäts- und Unabhängigkeitserklärungen der Republiken, ihr „Prozess der Entkolonialisierung“⁴ gelten.

Hatte Simon noch nur das Ende eines Systems vor Augen, so gelang Dietrich Geyer die entscheidende Apotheose des Epochalen, als er mit dem Ende des Sowjetimperiums in einem Atemzug das Ableben der Geschichte verkündete: „Die Historie ist tot“⁵, schrieb er, und als Historiker war

man geneigt, ihm mit einem „Hoch lebe die Historie“ zu antworten. Natürlich hatte Geyer, der hier Fukuyamas Wort vom Ende der Zeit paraphrasierte, und wie dieser ein intimer Kenner der russisch-sowjetischen Beziehungen zum Mittleren Osten ist, das nicht wörtlich gemeint. Er berichtete nur von dem, was in „gehobenen Feuilletons“⁶ ohnehin zu lesen war. Was ihn eigentlich umtrieb, war – wie bei Simon – der sich abzeichnende Vorgang der Desintegration, die „dritte Epochenwende“⁷ und vor allem die „Dekomposition des Imperiums“⁸, das dem Altmeister zeitlebens zentraler Gegenstand der Auseinandersetzung gewesen war.

Haften blieb jedoch die zwar flott formulierte, aber nicht minder vordergründige Gleichsetzung „Ende des Imperiums = Ende der Geschichte“. Hinzu kam, dass es – mit Blick auf die alten Defizite – allerorten zu den Imperativen der Wendezeit gehörte, das Verfassen neuer Geschichten auf die Tagesordnung zu setzen. Die Metapher hatte ihren Siegeszug angetreten und war nicht mehr wegzudenken, wenn man Akzente setzen wollte. Das langwierige und weit schwierigere Geschäft diachroner Prozessanalyse wurde in Nebensätzen verschämt angedeutet oder in die Untertitel verbannt, wie bei Jörg Stadelbauers Untersuchung zum Ende der sozialistischen Stadt, die das späte Scheitern einer monströsen Architekturkonzeption thematisiert. Auch ihm diente das Bild als Aufhänger, um auf jenen „Wandel der Rahmenbedingungen hinzuweisen“, der nun eine „Transformation der sozialistischen Stadt“⁹ einleitet. Dass Städte ihr Gesicht in Friedenszeiten nicht von heute auf morgen verlieren, sondern sich der soziale Wandel in ihm wie Furchen über lange Zeit eingräbt und somit eine neue Textur zutage fördert, war dem Kulturgeographen dabei natürlich gegenwärtig.

Allein, Jörg Baberowski meinte es doch ernst, als er auf das Ende der Osteuropäischen Geschichte zu sprechen kam. Denn hierbei gedachte er, selbst mit Hand anzulegen. Als gewichtiges Argument benannte er dabei nicht nur die „Rückständigkeit der Methoden und Arbeitsweisen im Fach Osteuropäische Geschichte“, sondern bemühte als Fürsprecher vornehmlich eben das weidlich strapazierte „Ende des Sowjetreiches“¹⁰. Den Varianten der von politik- und zeitgeschichtlich orientierten Osteuropahistorikern konstatierten Desintegration bzw. Dekomposition fügte er damit eine weitere hinzu. Von diesen unterschied sie sich vor allem dadurch, dass sie den Aspekt des Wandels und der Wende kaum mehr berücksichtigte, wie Manfred Hildermeier¹¹ und Stefan Troebst¹² zu Recht monierten. Was die Kritiker nicht sagen mochten: Ein Großer der Zukunft hatte durch Schlagworte wie Orientierungsnot, Wahrnehmungsschwäche, nachholendes Begreifen, Modernitätsdefizite einer mit „Osteuropäische Geschichte und das Ende der kommunistischen Zeit“¹³ betitelten Befundanalyse die Steilvorlage dazu geliefert. Und so musste Osteuropäische Geschichte, reduziert auf und wahrgenommen als ein „Spiegelbild des Roten Imperiums“¹⁴, im Jahr 1998 natürlich einen Anachronismus sondergleichen darstellen. Zu seiner Auflösung bedurfte es scheinbar nur einer „rechtlich und

institutionellen Form“, um – nach dem „Ende des alten Osteuropa“ – auch dem „baldigen Ableben der Osteuropäischen Geschichte“¹⁵ rasch nachzuhelfen.

Dabei kann doch der Blick in ein philosophisches Wörterbuch darüber belehren, dass sich „Endlichkeit ... aus dem Gesetz vom Umschlagen quantitativer Veränderungen in qualitative“¹⁶ Entwicklungsformen ergibt. So besehen, hat man es nie mit Endzuständen, wohl dagegen mit Übergängen und Umwandlungsprozessen zu tun. Dem Historiker stellen sich damit vor allem Periodisierungsfragen. Abwicklungsdebatten sind hier fehl am Platze. Es ist nicht die Bestimmung der Geschichte, an ihr Ende anzugelangen, auch nicht am Ausgang dieses Jahrtausends: Das nächste Ende kommt bestimmt! Für die Ausstrahlungskraft der Metapher und der ihr anhaftenden Endzeitstimmung müssen also andere, vielleicht metaphysische Deutungsmuster zugrunde gelegen haben.

Es ist das Verdienst von Clemens Friedrich, zur rechten Zeit auf die „teleologische Struktur der Rede vom ‘Ende der Geschichte’“¹⁷ hingewiesen zu haben. Dass diese angestaubte Denkfigur überhaupt von Fukuyama aus dem Regal einer universalistischen Geschichtsphilosophie herausgekratzt wurde und sich wie ein Flaschengeist daraufhin austoben durfte, lag wohl daran, dass Hegels Idealbegriff vom sittlichen Staat in Fukuyamas Sichtweise dafür erhalten musste, das „Ende des Systemgegensatzes durch den Zerfall des sozialistischen Regimes“ und damit den „endgültigen Sieg des einen politischen Modells des Liberalismus“¹⁸ als Zweck der Geschichte darzustellen. Tatsächlich aber, so Friedrichs Befund, fiel „das ‘Ende der Geschichte’ einfach mit der Tatsache zusammen, dass sich für Fukuyama gegenwärtig keine andersartigen Formen der Gesellschaft und Politik am Horizont zeigen“¹⁹. Lag Baberowskis Befund etwa ein Analogieschluss, eine Verwandtschaft der Endzeitbewertung zugrunde?

Systemwechsel und Wertewandel

Gewiss, man wird jene posthistorischen Sphären des Zeitgeistes mitzuberücksichtigen haben, die unter dem Ende der Ideologienrivalität nicht rein utilitaristisch den Sieg des Liberalismus verstehen, sondern in ihm eine kulturelle und soziale Erstarrung erkennen, die sich – errichtet durch den Zwang zur Konformität – aus der „einseitigen Zentrierung aller Werte auf die Entfaltung technischer und wirtschaftlicher Kräfte als Selbstzweck (unter den Formeln vom technischen Fortschritt und vom wirtschaftlichen Wachstum)“²⁰ ergibt. So besehen stellt die diagnostizierte Orientierungs- und Legitimationskrise der Osteuropäischen Geschichte nur ein kleines Segment jenes übergeordneten Konfliktes dar, dem die Geisteswissenschaft insgesamt und mit ihr der universitäre Humanismus ebenso wie die schulische Allgemeinbildung in viel höherem Maße ausgesetzt sind.

Ein prägnanter Ausdruck dieser Krise ist in dem Niedergang des Systems der Großtheorien bzw. ihrer Hierarchien zu sehen, der scheinbar zu nichts anderem geführt hat, als

zur Beliebigkeit von Forschungsansätzen und Diskurs-themen, deren Wertigkeitsverhalten den allgemein üblichen Marktbedingungen entspricht. Der „Maßstab für Bedeu-tbarkeit bricht um“⁴²¹, stellte Dieter Langewiesche jüngst fest und sprach sich flugs für einen neuen Professoren-typus aus: der Professor als Drittmittel einwerbender Wissenschaftsunternehmer! Der Tübinger Historiker gab jedoch Bedenken mit auf den Weg, zunächst dass eine Tonnenideologie der Drittmittelquote sich wohl als ausgegebenes Geld, nicht aber umstandslos als Forschungslei-stung bilanzieren lasse. Dass sie sich zudem forschungs-verhindernd auswirken könnte, stellte er ebenfalls unver-blümt fest: „Denn einen Kollegen zu berufen, der lieber forscht als forschen zu lassen, schadet jedem Fachbereich, der sich innerhalb der Hochschule über die Drittmittelquote rechtfertigen muss“⁴²².

Es ist bekannt, dass die Unbändigkeit des neuen Materia-lismus sich seit längerem anschickt, die „*Macht des Gei-stes*“ in eine Ohnmacht desselben umzukehren. Dass der einhergehende Wertewandel durch die Wende ungeahnten Aufwind erhielt, wird dabei zumeist entweder verdrängt – nach dem Motto, dass wo gehobelt wird, auch Späne fallen – oder als Preis, den wir als Zaungäste der ersten friedlichen Revolution in Europa angeblich zu zahlen be-reit sein müssen, mürrig schweigend hingenommen. Da-her tun wir gut daran, uns mit Hartmut Schiedermaier der Erkenntnis zu versichern, dass wir es bei der Globalisierung „in der Tat mit einer neuen Ideologie zu tun haben, die unter dem Vorwand der ökonomischen Notwendigkeiten in der globalisierten Gesellschaft in Wahrheit nach der Welterlösung durch die Entfesselung der Kräfte des Markt-es strebt“⁴²³. Von einem „Abklingen der Glaubenskriege“⁴²⁴ kann also überhaupt nicht die Rede sein. Im Gegenteil, wir stehen gerade am Beginn neuer Gefechte und – wie es scheint – rücksichtsloser Verteilungskämpfe, wenn auch nicht im Sinne Huntingtons.

Mit zu Fukuyamas teleologischem Mechanismus gehört dagegen die Illusion, dass mit dem Ende des gescheiterten Experiments auch die politischen und sozialen System-gegensätze für immer aus der Geschichte verbannt seien. Die Konflikte von Kapital und Arbeit werden von ihm wie die Entgegensetzung der Klassen „als vollständig über-wundene Formen der vergangenen Geschichte bezeich-net“⁴²⁵, stellte Friedrich konsterniert fest. Bei Baberowski liest sich das so, dass mit dem Sowjetreich auch „der Kom-munismus aus der Gegenwart verschwunden“⁴²⁶ sei. Die Vordergründigkeit dieser Analogie ist von Troebst zurecht als „unhistorischer Osteuropa-Begriff“⁴²⁷ gerade mit Blick auf die wirtschaftsmentale Haltung im postsozialistischen Raum kritisiert worden, die mit Sicherheit eine lange Transi-tionsphase erwarten und schwer prognostizierbare Trans-formationsformen entstehen lässt. Andere Prägungen (Im-perialbefindlichkeit, staatsbedingte Gesellschaft u.a.), deren nachhaltige Wirkung die Gestaltung der Verhältnisse in Osteuropa auch zukünftig bestimmen werden, lassen sich nach einigem Nachdenken unschwer benennen.

Vielleicht aber hatten auch allzu menschliches Hoffen, kol-lektive Erwartungen und die Euphorie über den System-wechsel zu einer Vermengung von Gefühlen und gesicher-tem Wissen über sozioökonomische Zusammenhänge ge-führt und zu einer Heilserwartung, die im „Sieg der Gesell-schaftsform des Westens“⁴²⁸ und der ihm nachlaufenden Globalisierung die Hegel'sche Versöhnung der Gegensät-ze ausmachte. Zwar konnte, wer wollte, bei Peter Ruben nachlesen, warum der Umbruch im Osten nicht das Ende des Marxismus schlechthin bedeutet, warum man tunlichst zwischen den „drei Versionen, der Marxschen Theorie (Marx), des Marxismus (Engels) und des Marxismus-Leni-nismus (Stalin)“⁴²⁹ sachlich zu unterscheiden habe.

Verblüffend aber war es doch, die Kraft des Glaubens zu Werke gehen zu sehen und mitzuerleben, wie die Einnah-me eschatologischer Positionen die scheinbar reibungslo-se Ersetzung der Chiliasmen³⁰ bewerkstelligte und mithalf, das Reich der Freiheit, zu dem laut Marx „die Verkürzung des Arbeitstags ... die Grundbedingung“⁴³¹ ist, gegen die Freiheit des Marktes einzutauschen, die uns neuerdings eine Debatte über die 50-Stunden-Woche³² beschert hat: Marxismus raus – Globalisierung rein! Und dies gilt natür-lich auch und erst recht für die Wissenschaften und ihre miserabel organisierten Geistesarbeiter, die das Wissen her-anschaffen müssen. Dass sich der Westen durch diesen Religionsersatz der ständigen Herausforderung an der Unternehmung Demokratie grob fahrlässig entzieht und sich auf diese Weise „selbst von der Prüfung seiner Wirk-lichkeit an den eigenen Idealen“⁴³³ entlastet, war eine wei-tere scharfsinnige Beobachtung von Clemens Friedrich.

PD Dr. Dittmar Schorkowitz lehrt Osteuropäische Ge-schichte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

¹ Fukuyama, Francis: *Have we reached the end of history?*, (Santa Monica, Calif.: Rand Corp., 1989). Ders.: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* Aus dem Amerikan. von Hel-mut Dierlamm, (München: Kindler, 1992).

² Simon, Gerhard: *Die Nationalbewegungen und das Ende des Sowjetsystems*, in: *Osteuropa*, Heft 8, S. 774–790, (Stutt-gart: DVA, 1991), hier S. 775.

³ Ebd., S. 788.

⁴ Ebd.

⁵ Geyer, Dietrich: *Das Ende des Sowjetimperiums: Eine histo-rische Betrachtung*, in: *Osteuropa*, Heft 4, S. 295–302, (Stutt-gart: DVA, 1992), hier S. 295.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd., S. 297.

⁸ Ebd., S. 296.

⁹ Stadelbauer, Jörg: *Das Ende der „Sozialistischen Stadt“? Zu einigen Transformationsansätzen in russischen Großstädten*, in: *Festschrift für Erdmann Gormsen zum 65. Geburtstag*, Mainzer Geographische Studien, Heft 40, S. 179–196, hg.v. M. Domrös, W. Klaer, (Mainz: Geographisches Institut, 1994), hier S. 180.

- ¹⁰ Baberowski, Jörg: Das Ende der Osteuropäischen Geschichte. Bemerkungen zur Lage einer geschichtswissenschaftlichen Disziplin, in: Osteuropa, Nr. 8–9, S. 784–799, (Stuttgart: DVA, 1998), hier S. 784.
- ¹¹ Hildermeier, Manfred: Osteuropäische Geschichte an der Wende. Anmerkungen aus wohlwollender Distanz, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 46, S. 244–255, (Stuttgart: Steiner, 1998).
- ¹² Troebst, Stefan: Ende oder Wende? Historische Osteuropafor- schung in Deutschland. Vier Anmerkungen zu Jörg Baberowski, in: in Osteuropa, Bd. 49, Heft 1, S. 71–78, (Stuttgart: DVA, 1999).
- ¹³ Geyer, Dietrich: Osteuropäische Geschichte und das Ende der kommunistischen Zeit. Vorgetragen am 28. Oktober 1995, in: Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissen- schaften, Phil.-hist. Klasse, Bericht 1, S. 1–62, (Heidelberg: C. Winter, 1996). Hilfreich zum Verständnis des Baberowski'schen Remedur Schaffens ist der Mängelkatalog auf S. 46–53. Vgl. bei Geyer, Dietrich: Rußland in den Epochen des zwanzigsten Jahrhunderts: Eine zeitgeschichtliche Problem- skizze, in: Geschichte und Gesellschaft, 23. Jg., Heft 2, S. 258–294, hg.v. H.P. Ullmann, (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1997), ebenso die Abschnitte „Rußland und das Ende der kommunistischen Zeit“ sowie daran anschließend „Orientierungsprobleme der Forschung“.
- ¹⁴ Baberowski, Das Ende der Osteuropäischen Geschichte, S. 784.
- ¹⁵ Ebd., S. 785.
- ¹⁶ Philosophisches Wörterbuch, 2 Bde., 13. Aufl., hg.v. G. Klaus, M. Buhr, (Westberlin: das europäische Buch, 1985), Bd. 1, S. 320.
- ¹⁷ Friedrich, Clemens: Zur Entlastungsfunktion einer Denkfigur: Fukuyamas „Ende der Geschichte“, in: B. Heuer/M. Prucha: Der Umbruch in Osteuropa als Herausforderung für die Phi- losophie. Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel, Bd. 3, S. 265–276, hg.v. L. Krader, R. Ahlberg (†), K. Meyer, D. Schorkowitz, (Frankfurt a.M./Berlin/Bern/NY/Paris/Wien: Peter Lang, 1995), hier S. 265.
- ¹⁸ Friedrich, Zur Entlastungsfunktion einer Denkfigur, S. 266.
- ¹⁹ Ebd., S. 267.
- ²⁰ Ebd., S. 266.
- ²¹ Langewiesche, Dieter: Hochschulpolitik aus historischer Sicht. (Festvortrag zum 65. Geburtstag von Wolfgang Frühwald und zum 60. Geburtstag von Georg Jäger, gehalten am Dienstag, den 18.7.2000, in der Siemens-Stiftung Muenchen), in: <http://iasl.uni-muenchen.de/spezial/langewie.htm>, hg.v. IASL on- line spezial, S.1.
- ²² Ebd. S. 2.
- ²³ Hartmut Schiedermaier: Die Macht des Geistes und die Globa- lisierung. Eine Mahnung zur Besonnenheit, in: Forschung & Lehre, Heft 5, S. 245–248, hg.v. Deutschen Hochschulverband, (Bonn: 2000), hier S. 246. Aus dem Vortrag zur Eröffnung des 50. Hochschulverbandstages am 3. April 2000 in Berlin.
- ²⁴ Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, (Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1994), S. 34. Nach ihm Bremer, Thomas/ Meurs, Wim van/Müller, Klaus: Vorwärts in die Vergangen- heit? Zur Zukunft der Osteuropafor schung, in: Osteuropa, Bd. 48, Heft 4, S. 408–416, (Stuttgart: DVA, 1998), hier S. 416. Bezugnehmend hierauf auch Jena, Detlef: Zur künftigen historischen Osteuropafor schung in Deutschland. Inhaltliche und methodische Probleme, in: Osteuropa, Bd. 49, Heft 8, S. 859–872, (Stuttgart: DVA, 1999), hier S. 863.
- ²⁵ Friedrich, Zur Entlastungsfunktion einer Denkfigur, S. 267.
- ²⁶ Baberowski, Das Ende der Osteuropäischen Geschichte, S. 784.
- ²⁷ Troebst, Ende oder Wende?, S. 72.
- ²⁸ Friedrich, Zur Entlastungsfunktion einer Denkfigur, S. 268.
- ²⁹ Ruben, Peter: Umbruch im Osten – Ende des Marxismus?, in: B. Heuer/M. Prucha: Der Umbruch in Osteuropa als Heraus- forderung für die Philosophie. Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel, Bd. 3, S. 245–263, hg.v. L. Krader, R. Ahlberg (†), K. Meyer, D. Schorkowitz, (Frankfurt a.M./Berlin/Bern/ NY/ Paris/Wien: Peter Lang, 1995), hier S. 249.
- ³⁰ Brentjes, Burchard: Chiliasmus und Marxismus, in: Ethno- historische Wege und Lehrjahre eines Philosophen: Festschrift für Lawrence Krader zum 75. Geburtstag, S. 120–128, hg.v. D. Schorkowitz, (Frankfurt a.M./Berlin/Bern/NY/Paris/Wien: Peter Lang, 1995), hier S. 120.
- ³¹ Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, 3. Bd., Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Pro- duktion. MEW, Bd. 25, (Berlin: Dietz, 1983), S. 828.
- ³² Daniels, Arne: Recht auf Arbeit. 50-Stunden-Woche: DGB- Chef Schulte ist so frei, in: Die Zeit, Nr. 22, 25.5.2000, S. 21.
- ³³ Friedrich, Zur Entlastungsfunktion einer Denkfigur, S. 275.

fibre

HANDBUCH UNGARN-KONTAKTE

Institutionen, Projekte, Initiativen in
Deutschland, Österreich und Ungarn

*Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Haus Ungarn,
Berlin · Redaktion: Corinna Dommus · 1. Aufl. 2000
ISBN 3-929759-35-7 · 96 S. · DM 36,-*

HANDBUCH POLEN-KONTAKTE

Institutionen, Projekte, Initiativen

*Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Polnischen
Magazin „Dialog“ und dem Wiss. Informationsdienst
„Inter finitimos“ · Redaktion: Peter Fischer · 3. Aufl.
2000 · ISBN 3-929759-05-5 · 144 S. · DM 36,-*

*Neu in der Reihe »Einzelveröffentlichungen
des Deutschen Historischen Instituts Warschau«:*

Włodzimierz Borodziej / Klaus Zierner (Hrsg.)

**DEUTSCH-POLNISCHE BEZIEHUNGEN
1939–1945–1949. EINE EINFÜHRUNG**

ISBN 3-929759-46-2 · 348 S. · DM 48,-

Sophia Kemlein (Hrsg.)

**GESCHLECHT UND NATIONALISMUS IN
MITTEL- UND OSTEUROPA 1848–1918**

ISBN 3-929759-45-4 · 259 S. · DM 58,-

fibre Verlag · Martinstraße 37 · D-49080 Osnabrück
Telefon 05 41/43 18 38 · Telefax 05 41/43 27 86
e-mail: info@fibre-verlag.de · www.fibre-verlag.de

MARTIN BURKERT

Die Ostwissenschaften im Dritten Reich

Teil 1: (1933–1939)

Der Osteuropahistoriker Martin Burkert untersucht in der vorliegenden Studie das Verhältnis der akademischen Ostwissenschaften zum Nationalsozialismus. Neben der Darstellung der relevanten ostwissenschaftlichen Institutionen und seiner maßgeblichen Protagonisten rekonstruiert der Autor das spannungsreiche Verhältnis zwischen Ost-Konzeption der NS-Bewegung und des inneren Führungskreises um Hitler.

Im Mittelpunkt seiner Untersuchung steht die Frage, ob die traditionellen ostwissenschaftlichen Konzepte überhaupt mit der von Hitler bis zum Kriegsausbruch durchgesetzten neuen Polenpolitik vereinbar waren.

Entgegen dem Stand der heutigen Forschung weist Burkert nach, daß das NS-Regime alle ostwissenschaftlichen Richtungen als ungeeignet für die Durchsetzung eigener Ziele, ja sogar zunehmend als störend empfand.

Erstmals wird somit der enge, den Ostwissenschaftlern verbliebene Spielraum gegenüber dem Regime sichtbar. Der Autor stützt sich in seiner Studie auf die umfassende Auswertung behördlicher, z.T. unveröffentlichter Quellen aus deutschen Archiven.

Aus dem Inhalt:

– Der propagandistische Zugriff auf die Fachgeschichte in der DDR – Die deutsche Ostforschung in der Weimarer Republik – Die Rückwirkungen des ostpolitischen Umschwungs auf die Ostwissenschaften – Der Niedergang des Breslauer Osteuropainstituts – Das Institut für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg – Das Ostland-Institut in Danzig – Das Dilemma der Slavistik – Neuorganisation der Ostwissenschaften im Zeichen der deutsch-polnischen Annäherung – Das Außenpolitische Amt Alfred Rosenbergs – Die Grundlegung einer nationalsozialistischen Ostforschung im Ostinstitut der Berliner Universität in Schneidemühl – Das gänzliche Fehlen einer zentralen Steuerung der Ostwissenschaften – Die Chancen der Deutschumsforschung angesichts der Behinderung der Volkstumsarbeit im Dritten Reich – Die ostpolitische Wende vom Frühjahr 1939 und die angebliche Brauchbarkeit der Ostwissenschaften –

Erscheint im Herbst 2000

als Band 55 der Reihe „Forschungen zur osteuropäischen Geschichte“
beim Harrassowitz Verlag, Wiesbaden.

771 Seiten, gebunden. Preis ca. 148,-DM ISBN 3-447-04304-0

Ist multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar? Von den Kriegen in Jugoslawien zum Stabilitätspakt für Südosteuropa¹

von Stefan Troebst, Berlin/Leipzig

Im September 1996 fand im Aspen Institute Berlin eine internationale Konferenz über die Entwicklung auf dem Balkan statt, auf welcher der US-amerikanische Südosteuropahistoriker Ivo Banac von der Yale University eine harsche Kritik am Abkommen von Dayton und an seinem *de facto*-Prinzip des *cuius regio, eius religio* formulierte. Diese Kritik gipfelte in einem Plädoyer für die Rückführung eines jeden einzelnen Flüchtlings der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina an den Ort, von dem er oder sie vertrieben oder geflohen war. Alles andere, so Banac, käme einer Belohnung des Aggressors und einer Sanktionierung von Unrecht gleich. Multiethnische Gesellschaft, so also Banac Botschaft, ist nicht nur rekonstruierbar, sondern diese Rekonstruktion ist in dieser Sicht vornehmste Aufgabe der Staatengemeinschaft.

Im April 2000 hielt in der American Academy Berlin ein anderer US-amerikanischer Südosteuropahistoriker, nämlich Gale Stokes von der Rice University, einen Vortrag zum Thema „Balkan Solutions“, in dem er die hinter dem Militärisch-technischen Abkommen von Kumanovo vom 9. Juni 1999 stehende Philosophie von Staatssouveränität und Unverletzlichkeit von Grenzen kritisierte, um sodann ebenfalls einen Weg zur Lösung der Konflikte im zerfallenen Jugoslawien vorzuschlagen, nämlich „die Staatsgrenzen auf dem Balkan entlang ethnischer Linien neu zu ziehen“. Zumindest die alte innerjugoslawische Verwaltungsgrenze zwischen der ehemaligen Sozialistischen Autonomen Provinz Kosovo und der Republik Serbien, so sein Rezept, sollte neu gezogen werden, da sie mittlerweile fast den Charakter einer Staatsgrenze hat. Mittels Gebietsaustausch mit Belgrad, so Stokes, könne Kosovo ethnisch weitgehend homogenisiert und damit als Staat überlebensfähig gemacht werden. Konkret nannte er einen Tausch von „Ostkosovo“, also dem südserbischen Gemeindebezirken Preševo, Bujanovac und Medvedja gegen Nordkosovo, also die Gemeindebezirke Leposaviq, Zvečan, Zubinpotok und Teile von Mitrovica. Aus seiner Sicht würden damit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Kosovo würde die Mehrzahl seiner Serben los, Serbien die Mehrzahl seiner verbliebenen Albaner, was beides zu einer Stabilisierung der Region beitrüge.

Mit den Positionen von Banac und Stokes ist die Bandbreite der Vorschläge zur Lösung der Krise auf dem Balkan konzipiert. Als diskutabel nimmt sich aus der Perspektive der Staatengemeinschaft allerdings lediglich die erstgenannte Position aus – die zweite gilt zumindest derzeit noch als „politisch unkorrekt“. Entsprechend wird unter den Zielen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa zwar „der Erhalt der multinationalen und multiethnischen Vielfalt der Länder der Region und der Schutz von Minderheiten“ ge-

nannt, nicht hingegen Grenzverschiebungen mit dem Ziel ethnischer Homogenisierung. Leider keinen Hinweis enthält der Text des Stabilitätspaktes darauf, wie in solchen Fällen zu verfahren ist, in denen der genannte „Erhalt der multinationalen und multiethnischen Vielfalt“ nicht gelungen ist, also mit denjenigen Staaten und Teilregionen, in denen es zur Zerstörung multiethnischer Gesellschaften durch Staatenkrieg, Bürgerkrieg, Massenmord, Vergewaltigung, ethnische Säuberungen, Flucht und Vertreibung gekommen ist.

Im folgenden soll mittels dreier Schritte eine Annäherung an die Frage unternommen werden, ob multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar ist. In einem ersten Abschnitt wird nach den Gründen, Motiven und Tendenzen gefragt, die zur Zerstörung multiethnischer Gesellschaften führen. Dies geschieht mittels Vorstellung der drei wichtigsten theoretischen Erklärungsansätze. Ein zweiter Teil soll beleuchten, mit welchen Mitteln eine solche Zerstörung erfolgt. Und am konkreten Beispiel einer der zahlreichen internationalen Organisationen, die mit dem Zusammenkehren der Scherben der Kriege in Jugoslawien befasst sind, soll gezeigt werden, was getan wird, um bedrohte multiethnische Gesellschaften zu stabilisieren und zerstörte zumindest partiell wiederaufzubauen.

I.

„Why are some nationalist movements peaceful in strategy and outcome while others create carnage?“ hat vor einiger Zeit David D. Laitin gefragt², jedoch keine generalisierende Antwort gefunden. Immerhin lassen sich drei Richtungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften identifizieren, die sich eine solche Antwort zutrauen. Die erste, modernisierungshistorisch argumentierende, hält Nationalismus und Gewalt für zwei Seiten ein und derselben Medaille; die zweite sieht Gewalteskalation potentiell in allen ethnonationalen Konflikten angelegt, ohne dass es jeweils zum Äußersten kommen muss; und die dritte macht eine prinzipielle Unterscheidung zwischen gewaltförmigen ethnischen Konflikten und solchen, in denen keine Gewalt präsent ist.

Die erstgenannte Schule wird am eindrucklichsten durch den britischen Historiker Lewis Namier repräsentiert, der im Jahr 1946 in seinem Abriss der 1848er Revolutionen in Europa den mittlerweile legendären Satz prägte:

„States are not created or destroyed, and frontiers drawn or obliterated, by argument and majority votes; nations are freed, united, or broken by blood and iron, and not by a generous application of liberty and tomato-sauce; violence is the instrument of national movements.“³

Dass der Siegeszug des Nationalstaatsprinzips in Europa und der Welt von Gewalt begleitet ist, gehört zum gusseisernen Bestand des *mainstream* sozialwissenschaftlicher Nationalismusforschung. Peter Alter zufolge ist Nationalismus ein „Synonym für Intoleranz, Inhumanität und Gewalt“⁴⁴; Friedrich Heckmann spricht von einer genuin „unfriedlichen Ideologie“⁴⁵; und Bruno Schoch urteilt kategorisch: „Gewalt und Nationalismus gehören zusammen.“⁴⁶ Mit Blick auf unsere Eingangsfrage danach, ob multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar ist, enthält diese Sichtweise eine klare Verneinung: Multiethnische Gesellschaft ist in dieser Sicht vormodern; in dem Moment, in dem das nationale Prinzip in einer Region wirksam wird, wird diese Gesellschaftsform unwiderruflich zerstört.

Die zweite Schule beschreibt gewaltförmige ethnische Konflikte als Eskalationsstufe von ethnischen Konflikten, in denen Gewalt zuvor nicht präsent war. So meint der genannte David Laitin mit Blick auf seine Fallbeispiele Baskenland, Katalonien, der Ukraine und Georgien:

„Nothing inherent in nationalism leads to violence; but since national revivals compel people to make important changes in how they live their lives, violence and terror become an available tool for those supporting or those suppressing the national project. The tool of violence is not historically or culturally determined; it is triggered by factors incidental to macrosociological factors and to the prevailing nationalist idea.“⁴⁷

Was eskalieren kann, kann – so wäre dieser Gedanke fortzusetzen – auch deeskaliert werden. Entsprechend wäre die Antwort auf die Titelfrage die, dass durch Gewalt zerstörte multiethnische Gesellschaft im Zuge einer Gewaltreduktion rekonstruierbar ist.

Die dritte Schule stellt gewaltförmige und gewaltfreie ethnische Konflikte auf dieselbe Hierarchiestufe, sieht keine Verbindung zwischen ihnen entlang einer Eskalationsskala, sondern hält sie für völlig unterschiedliche Konfliktarten. Gewalt wird hier nicht als Epiphänomen bzw. Mittel zum Zweck, sondern als soziale Tatsache *sui generis* begriffen. Der Augsburger Soziologe Peter Waldmann hat dies in seinem Buch „Ethnischer Radikalismus“, welches ebenfalls die Fälle Baskenland und Katalonien sowie zusätzlich Nordirland und Quebec analysiert, folgendermaßen erklärt:

„Gewalt ist nicht das notwendige Resultat eines extremen Spannungszustandes, sondern ein eigenständiger Modus der Konfliktaustragung, dessen Anwendung primär von den Interessen und verfügbaren Ressourcen der Kontrahenten abhängt.“⁴⁸

Besondere Anziehungskraft übt dieser Konfliktaustragungsmodus nach Waldmann auf solche nicht-staatlichen Akteure aus, die ihre Machtmittel politischer und materieller Art als dem jeweiligen Gegner gegenüber stark ungleichgewichtig einschätzen – wie etwa die UÇK in den Jahren 1997 bis 1999 gegenüber der Armee Jugoslawiens, der Sonderpolizei des serbischen Innenministeriums und serbischen paramilitärischen Formationen. In einem Parallelschluss zur unterschichtenorientierten Sozialpsychologie

sieht Waldmann physische Gewalt als Remedium für jegliche Art von Unterlegenheitssyndrom bzw. als „Notressource ansonsten ressourcenschwacher gesellschaftlicher Gruppen.“⁴⁹ Der Waldmannschen Sichtweise hat sich unlängst auch David Laitin angeschlossen. In einem gemeinsam mit Rogers Brubaker verfassten Aufsatz heißt es:

„We lack strong evidence showing that higher levels of conflict (measured independently of violence) lead to higher levels of violence. Even where violence is clearly rooted in preexisting conflict, it should not be treated as a natural, self-explanatory outgrowth of such conflict, something that occurs automatically when the conflict reaches a certain intensity, a certain ‘temperature’. [...] The study of violence should be emancipated from the study of conflict and treated as an autonomous phenomenon of its own right.“¹⁰

Gewaltförmige ethnische Konflikte sind in dieser Sicht also keine Stufe eines generellen ethnischen Konflikts, sondern eine eigenständige Konfliktform, welche – in Waldmanns Fußtapfen – der Berliner Nahostspezialist Thomas Scheffler mit dem Begriff „Ethnoradikalismus“ belegt hat.¹¹ Ihm zufolge kann Gewalt das politische Sesam-öffne-dich! ressourcenmäßig unterlegener Eliten nationaler Bewegungen sein, für die Joseph Rothschild bereits 1974 und unter Rückgriff auf Max Webers „politischen Unternehmer“ die Wortprägung „ethnischer Unternehmer“ kreiert hat. Mit Blick auf die Ausgangsfrage könnte man daher formulieren: Wo sich „ethnische Unternehmer“ des Konfliktmodus des „Ethnoradikalismus“ bedienen, werden multiethnische Gesellschaften binnen kurzem irreparabel geschädigt, ja bis zur Nichtrekonstruierbarkeit zerstört.

Gestützt auf eigene Untersuchungen über ethnonationale Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, hier Kosovo und Makedonien, und in der ehemaligen Sowjetunion, hier Transnistrien, Gageusien und Transkarpatien¹², erscheint mir der letztgenannte dieser drei Erklärungsversuche am plausibelsten. Gewalt in einem ethnischen Konflikt „entsteht“ nicht gleichsam durch Umdrehungen einer Eskalationsspirale, sondern wird gezielt von einer oder mehreren Konfliktparteien in den Konflikt eingebracht.

II.

Wie ethnische Unternehmer im Streben nach Polarisierung, Radikalisierung und schließlich Mobilisierung ihrer Zielgruppe die Zerstörung multiethnischer Gesellschaften betreiben, wird besonders deutlich am Beispiel des asymmetrischen Kosovokonflikts, wie er seit dem Beginn der achtziger Jahre akut wurde und 1998 in seine heiße Phase eingetreten ist. Der Kosovokonflikt ist ein Territorialkonflikt mit ethnonationalem Hintergrund, der 1913 durch die Einvernahme des Gebietes durch den serbischen Staat aufgebrosen sowie im Ersten und im Zweiten Weltkrieg fortgesetzt worden ist. Multiethnische Gesellschaft hat es hier im Sinne einer serbisch-albanischen Symbiose nie gegeben – von einigen wenigen „Inseln“ wie der lange Zeit türkisch geprägten Stadt Prizren einmal abgesehen. Im

Kosovo haben sich die Konfliktparteien nicht nur über Jahrzehnte mit Krieg, Terror und nationalistischer Hassrhetorik offizieller wie offiziöser Art überzogen, sondern sich gleichsam „maßgeschneiderte“ Verletzungen zugefügt bzw. sich als Opfer solcher Verletzungen stilisiert. Zwei Beispiele sollen dies illustrieren:

Am 1. Mai 1985 wurde der 56 Jahre alte Serbe Djordje Martinoviæ aus Gjljan (Gniljane) in ein Krankenhaus in Prishtina (Priština) eingeliefert, wo ihm eine zersplitterte Bierflasche aus dem Rektum entfernt wurde. In den folgenden Monaten verbreitete das Belgrader Wochenmagazin *NIN* im Zuge einer breit angelegten Pressekampagne, es habe sich um die Pfählung eines Christen durch Albaner nach „muslimischem“ Muster gehandelt.¹³ Nahezu jeder Absolvent einer jugoslawischen Volksschule assoziierte den „Fall Martinoviæ“ mit der ausführlichen und wissenschaftlich exakten Beschreibung der Pfählung eines Serben durch osmanische Beamte, die Nobelpreisträger Ivo Andriæ in seinem als schulische Pflichtlektüre dienenden Erfolgsroman „Die Brücke über die Drina. Eine Wischegrader Chronik“ (*Na Drini æuprija. Višegradska hronika*) von 1945 gegeben hatte. Das Grundmotiv des serbischen Nationalismus, nämlich die dem serbischen Schriftsteller und ehemaligen Staatspräsidenten Dobrica Åeosiæ zufolge „einzige Nation“ zu sein, „die zu noch größeren Leiden als die Juden auserwählt“ und die überdies „zeit ihrer gesamten Existenz“ – nicht „nur“, wie im jüdischen Fall, periodisch – „vom Genozid bedroht ist“, klingt hier ebenso an wie das Amselfeld-Syndrom des moralischen Sieges in der militärischen Niederlage.¹⁴ Als solche wird mittlerweile nicht nur die Schlacht auf dem Amselfeld des Jahres 1389, sondern gerade auch diejenige von 1999 gedeutet. Der auf ethnopolitische Konflikte spezialisierte Psychoanalytiker Vamik D. Volkan hat für autistisches Selbstmitleid dieser Art den Begriff des „gewählten Traumas“ (*chosen trauma*) geprägt. Anders als im Falle eines akzidentellen Traumas, das therapeutisch mit gutem Erfolg zu bearbeiten ist, bewertet er die Heilungschancen für ein „gewähltes Trauma“ wesentlich geringer.¹⁵

Zweites Beispiel: Auf albanischer Seite sind neben einem frappierenden Grad an Stoizismus, mit dem exzessiven Grausamkeiten staatlicher Akteure im Verlauf des Kosovo-Konflikts begegnet wurde, heftige Reaktionen auf gezielte oder auch nur vermeintliche Verletzung ganz spezifischer, als genuin albanisch empfundener Normen durch die Gegenseite zu konstatieren. Dies gilt vor allem für Selektionsvorgänge, welche jugoslawische Armee sowie serbische Sonderpolizei und Paramilitärs quer zu albanischerseits „akzeptierten“ Selektionskriterien wie Muslim/Christ, Albaner/Serbe, Jung/Alt, Erwachsener/Kind, Junge/Mädchen, Gesund/Krank oder Mann/Frau (einschließlich Ehemann/Ehefrau) vorgenommen haben sollen. So wurden Berichten zufolge im Frühjahr 1999 albanische Familienväter von serbischer Sonderpolizei aufgefordert, unter ihren Töchtern diejenige zu benennen, die *nicht* zum Zwecke systematischer Vergewaltigung verschleppt werden sollte

– andernfalls würden alle Töchter verschleppt.¹⁶ Auf dem Hintergrund des traditionellen albanischen Wertekanons zu Familie, Ehre und Scham erscheint die Ungeheuerlichkeit dieses mutmaßlichen Vorgehens gleichsam potenziert. Auch wenn die Trennlinie zwischen Realität und „gewähltem Trauma“ hier nicht eindeutig auszumachen ist – eine deutliche Parallele zum „Fall Martinoviæ“ also –, wird doch die Tiefe des Risses zwischen „uns“ und „denen“, zwischen Inklusion und totaler Exklusion, plastisch fassbar. Auch in diesem Fall müssen die Chancen einer „Heilung“ solcher kollektiver Traumata, seien sie nun selbst erlitten oder nur „selbst gehört“, als überaus niedrig eingeschätzt werden.

Mit anderen Worten: Sowohl aus Sicht der wenigen des Bleibens willigen bzw. fähigen Serben im Kosovo (einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen) als auch aus derjenigen der Albaner dort ist eine Rückkehr zum gespannten, indes – relativ – gewaltarmen Nebeneinander der Zeit vor 1980 derzeit weit jenseits jeglicher Vorstellungskraft. Nicht zu unterschätzen ist andererseits jedoch die potentielle Wirkung der generationellen Schichtung zumindest der albanischen Gesellschaft des Kosovo, die den mit über 60% an unter 25-Jährigen höchsten Jugendsockel Europas aufweist. Neben der abtretenden „Tito-Generation“ der über Vierzigjährigen, die ihre persönliche, berufliche und politische Sozialisation im zweiten Jugoslawien erfahren und an diesen Bundesstaat nicht ausschließlich negative Erinnerungen haben, und der derzeit dominierenden „Erlebnis-“ bzw. „UÇK-Generation“ der Fünfundzwanzig- bis Vierzigjährigen wird die relative Bevölkerungsmehrheit bereits heute von der „verlorenen Generation“ derjenigen gestellt, die jünger als 25 Jahre alt sind und die im „parallelen“ Schulsystem des kosovoalbanischen „Schattenstaates“ der Jahre 1990–1998 oder aber in den Bildungsstrukturen ihrer westeuropäischen Emigrationsländern eine sicher fragmentarische, jedoch primär praxisorientierte und aufgrund der politischen Umstände nur partiell politisierte Ausbildung erfahren haben. Auch wenn der komplizierte Alltag im zerbombten Kosovo damit nicht ganz zutreffend erfasst wird, könnte man diese große Gruppe als „Internet-Generation“ bezeichnen, zu der Gegenstücke in Makedonien, Montenegro, Serbien und ansatzweise selbst in Albanien zu finden sind.

Neben der möglicherweise konfliktmindernden Generationsspezifika des Kosovo gilt aber auch die konfliktverschärfende Gewaltspezifika für einige andere Teile des ehemaligen Jugoslawien, vor allem für die vormaligen serbischen Siedlungsgebiete in Ostslawonien und in der Krajina im heutigen Kroatien. In deutlichem Unterschied dazu sind in anderen und gleichfalls multiethnischen Regionen wie etwa der Vojvodina im Norden Serbiens, Westmakedonien oder Südostmontenegro die interethnischen Beziehungsgeflechte nicht durch Kriege zerissen. Doch auch hier haben in den vergangenen Jahren einzelne Fälle ethnischer Gewalt gezeigt, dass zumindest von einigen Akteuren dieser Modus der Konfliktaustragung zumindest in Erwägung gezogen wird.

Mit Verweis auf die Erwähnung von Ivo Andrićs Erfolgsroman ist noch ein weiterer, gleichsam „typisch jugoslawischer“ Umstand anzusprechen – das mediale Wachhalten der Erinnerung an ethnische Gewalt und ihre spezifischen Formen mit Bezug auf den Partisanenmythos als Gründungslegende des zweiten, Titoschen Jugoslawien. Die geschah zum einen durch die in Führungsposition von Partei und Staat aufgerückte Veteranen selbst¹⁷, zum anderen – und besonders intensiv – vermittels des Bildungssystems.¹⁸ Vor allem das Genre des Partisanenfilms stellt dabei eine jugoslawische Besonderheit dar, wie sie in den übrigen Staaten Südosteuropas kaum Gegenstücke fand. Fast jeder dieser abendfüllenden Partisanenfilme, die sämtlich eine David-gegen-Goliath-Geschichte erzählten, beinhaltete ein Mittelstück, in welchem die kommunistischen Titelhelden ihren Gegnern in die Hände fielen und von diesen zum Zwecke der Erpressung militärischer Geheimnisse gefoltert wurden. Während die „außerjugoslawischen“, also deutschen, österreichischen, bulgarischen, ungarischen und italienischen Folterknechte als brutal, aber dumpf porträtiert wurden, wurden den einheimischen, also Èetniks, Ustaše oder bosnischer Waffen-SS, grausame Raffinesse zugeschrieben. Dies sei an einem späten, aber um so aussagekräftigerem Produkt der jugoslawischen Filmindustrie illustriert, dem Spielfilm „Okkupacija u 26 slika“ (*Okkupacija u 26 slika*) des kroatischen Regisseurs Lordan Zafranović aus dem Jahr 1979. Der Plot ist simpel: Eine Gruppe sogenannter „wilder“ Ustaše – „wild“ im Unterschied zu den „regulären“, also den Sicherheitsorganen des Unabhängigen Staates Kroatien der Jahre 1941 bis 1944, der weniger unabhängig, als ein deutsch-italienisches Kondominium war –, diese „wild“ Ustaše also fahren mit einem Rot-Kreuz-Bus kreuz und quer durch das Land, um teils wahllos, teils gezielt unliebsame Personen, darunter bevorzugt Kommunisten, Demokraten, Roma, Muslime, Juden und Serben, in den Bus zu zerren, um sie sodann zu foltern und zu ermorden. Nur an der Oberfläche enthält der Film eine politische Botschaft, nämlich diejenige, dass das Ustaša-Regimes antikommunistisch, rassistisch, gesetzlos und verbrecherisch war, sowie die subkutane „ethnische“ Botschaft, dass Nicht-Kroaten in Kroatien den Kroaten besser nicht über den Weg trauen. Auf der Metaebene indes findet sich noch eine andere Botschaft, nämlich diejenige, dass es sehr viele verschiedenen Wege gibt, einen Menschen mit Alltagsgegenständen professionell zu foltern sowie vom Leben zum Tode zu befördern, ja beim genaueren Hinsehen scheint es sogar so, als würde hier unterschwellig vermittelt, dass Foltern und Töten bei Vorliegen entsprechender politischer Rahmenbedingungen ein leicht erlernbares Handwerk sei. Gerade dieser ausgesprochene Praxisbezug ist es aber, der die Frage nach Sinn und Wirkung eines solchen Films aufwirft. Denn anders als in handelsüblichen Horror- und Gewaltfilmen steht hier nicht die Lust am Grauen, sondern vielmehr technizistische Wissensvermittlung im Vordergrund. Etwas überspitzt könnte man also von der Aussage, dass in Gesellschaften mit einem hohen Prozentsatz an Waffen häufig geschossen wird, die Par-

allele zu einer Gesellschaft ziehen, zu deren Kernbestand an Alltagswissen auch Folter und Tötungstechniken gehören.

An dieser Stelle ist noch einmal hervorzuheben, dass sich diese Beobachtungen ausschließlich auf das Jugoslawien Titos beziehen und weder mit Theorien einer „Balkanmassakertradition“, wie von seiten einiger deutscher Historiker vorgebracht, noch mit solchen einer heroisch-gewaltbereiten Grundkonstante auf dem Westbalkan, wie sie österreichische Sozialanthropologen konstatieren zu können glauben, etwas zu tun haben. Meine These ist, dass in Schule, Medien und Kultur Jugoslawiens von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren über das Vehikel der Ideologie praktisches Wissen über Gewalt breit gestreut wurde. Ob ein solches Wissen nun allerdings tatsächlicher Anwendung Vorschub leistet, das ist eine Frage, über die ein Urteil begreiflicher Weise schwer fällt. Da es in den übrigen Balkanstaaten glücklicherweise *nicht* zu gewaltförmigen ethnischen Konflikten gekommen ist, fehlt hier die Vergleichsmöglichkeit.

III.

Zurück zur Titelfrage, ob eine durch Krieg zerstörte multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar ist, ob – und falls ja: wie – also die Zahnpaste zurück in die Tube zu praktizieren ist. Als Beispiel dafür soll die sogenannte Task Force 1 des Arbeitstisches 1 des Stabilitätspakts für Südosteuropa dienen. Dieser Arbeitstisch 1 befasst sich bekanntlich mit Demokratisierung und Menschenrechten, die vom Europarat und Slowenien geleitete Task Force 1 mit „Human Rights and National Minorities“. Im Rahmen dieser Task Force 1 wurde im November vergangenen Jahres eine Kommission eingesetzt, welche die umständliche Bezeichnung „Special Delegation of Council of Europe Advisers on Minorities in Southeastern Europe“ trägt und der acht Politiker, internationale Beamte und Wissenschaftler, darunter der Verfasser, angehören. Hauptaufgabe der *Special Delegation* war zunächst die Erstellung eines Berichtes zum Stand der interethnischen Beziehungen im ehemaligen Jugoslawien und seinen Nachbarstaaten. Dieser Bericht mit dem Titel „Promotion of Multi-Ethnic Society and Democratic Citizenship“¹⁹ bildete dann die Beschlussgrundlage einer Regierungskonferenz zum Thema „Inter-Ethnic Relations and Minorities in South-Eastern Europe“, die Mitte März 2000 im slowenischen Portoroč stattfand. Im Vorfeld der Abfassung des Berichts wurden Reisen in die meisten Staaten der Region unternommen, um so zum einen eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, zum anderen um konkrete Politikempfehlungen zu formulieren. Es ist nun aufschlussreich zu sehen, was aus den Empfehlungen der *Special Delegation* zum Themenkomplex Rekonstruktion multiethnischer Gesellschaft geworden ist, nachdem sie das Getriebe der Alltagsdiplomatie durchlaufen haben.

Zunächst zum Bericht selbst: Er enthält neben allgemeinen Teilen Auflistungen von „positiven Maßnahmen“ (*good practices*) und „positiven Entwicklungen“ (*good processes*) bezüglich der Bewahrung oder Wiederherstel-

lung einer multiethnischen Gesellschaft, welche die Kommission in den Staaten Südosteuropas ausgemacht hat. Er enthält des weiteren eine Auflistung von „Verpflichtungen zu zusätzlichen Initiativen und Maßnahmen“, die Regierungsvertreter der Delegation gegenüber eingegangen sind, sowie sechs Politikempfehlungen samt Umsetzungsvorschlägen. Kernaussage des Berichts ist, dass die von den Begriffen „Nationalstaat“, „Titulnation“ und „nationale Minderheit(en)“ geprägte statische Sichtweise interethnischer Beziehungen samt ihren ausschließlich rechtlichen Regelungsmechanismen für Südosteuropa ihres Deutungsmonopols mittlerweile verlustig gegangen ist. Stattdessen wird als Voraussetzung für die Wiederherstellung bzw. Bewahrung der multiethnischen Gesellschaften in diesem Teil Europas das mehr politische denn rechtliche sowie dynamische Konzept der „demokratischen Staatsbürgerschaft“ als deutlich vielversprechender erachtet. Im öffentlichen Raum, so dieses Konzept, sind Kategorien wie Staatsbürgerschaft und politische Partizipation ausschlaggebend; die Kategorie ethnische Zugehörigkeit hingegen wird gleich der Religion der privaten Sphäre der Bürger zugewiesen. Kernempfehlung des Berichts ist die Durchführung einer breit angelegten Aufklärungskampagne mit dem Ziel der Propagierung dieses Konzeptes in den Staaten Südosteuropas. Koordiniert durch ein europäisches Organisationskomitee in Straßburg sollten nationale Komitees in den Staaten der Region jeweils auf ihre Öffentlichkeit zugeschnittene Teilkampagnen entwerfen, die dann drei Jahre lang durchgeführt werden sollten. Die *Special Delegation* veranschlagte hierfür eine Summe von ca. 16 Millionen Euro.

Soviel zum Bericht. Dieser wurde auf der besagten Regierungskonferenz in Portoroč einhellig angenommen, seine Empfehlungen wurden in ein „Joint Statement and Framework Program of Action“ aufgenommen und die Kampagne an die erste Stelle einer „List of Projects Adopted by the Task Force on Human Rights and Minorities“ gesetzt, die der internationalen Geberkonferenz für den Stabilitätspakt Ende März vorgelegt wurde. Allerdings wurde dabei der Kostenansatz von 16 Millionen Euro für drei Jahre auf 430.000 Euro für ein Jahr – mit der Option einer Verlängerung um zwei weitere Jahre – reduziert. Auf der Geberkonferenz erklärten sich die Schweiz und Deutschland bereit, diese Summe kurzfristig zur Verfügung zu stellen, so dass der Europarat mit der Ausarbeitung der beantragten „Awareness-raising Campaign to promote multi-ethnic society and democratic citizenship for all“ beginnen konnte. Dieses am 17. Mai vorgestellte Programm besteht zu einem Gutteil aus frommen Wünschen: „Eine nachhaltige Stabilisierung Südosteuropas“, so die Präambel, soll durch „die Werte von multiethnischer Gesellschaft und aktiver demokratischer Staatsbürgerschaft“ erzielt werden.²⁰ Die Propagierung dieser Werte ist daher Gegenstand der Kampagne, die „aus ein Reihe von Initiativen besteht, welche Menschen zur Zusammenarbeit mittels gezielter Aktivitäten auf den Gebieten Zivilgesellschaft (NGOs), Kultur, Bildung, Wissenschaft, Jugend, Medien,

Regierung, Parlament und Verwaltung bewegen soll.“ Die konkreten Formen, mittels derer dies geschehen soll, sind die folgenden:

„Youth exchange programmes, round tables on specific subjects, internet projects, TV and radio programmes, cultural exchanges including regional tours of cultural events, training for professional groups (ex. civil servants), study visits, joint or reciprocal media reporting, publications for various target groups, trans-border joint activities, business encounters, parliamentary events, events organised by municipalities, confidence-building activities (including in relation to return programmes), etc.“

„It is expected“, so das Resümee der Kampagneplaner, „that the Campaign will bring about changes in attitudes and preparedness to resume contact and co-operation beyond ethnic dividing lines and a new approach of respect, at least tolerance if not acceptance, of other communities or groups. Contributions by others to public life should be regarded as positive elements in society and public affairs. This could also become a new basis for reconciliation and rejection of nationalist references and visions.“

Und der letzte Satz lautete nicht zufällig: „The expected impact may be more evident among the youth than the elder.“

Man muss kein großer Zyniker sein, um diese Erwartungen als Zweckoptimismus, gar als realitätsfremd zu bezeichnen – wäre da nicht als Anhang zum Kampagnendokument eine „List of projects submitted to the Council of Europe and eligible for the Campaign“. Neben internationalen staatlichen Organisationen und internationalen NGOs haben ca. 50 regionale Nichtregierungsorganisationen aus Rest-Jugoslawien, Makedonien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien, Bulgarien und Rumänien hier ganz konkrete und unverkennbar realitätstaugliche Vorhaben angemeldet. Vier Beispiele seien herausgegriffen:

- 1) Die Bürgervereinigung *Srcem* („Von Herzen“) aus Mostar plant ein gemeinsames Radioprogramm für kroatische und muslimische Jugendliche in den beiden verfeindeten Stadtteilen;
- 2) die Journalismusschule in Novi Sad in der zu Serbien gehörigen Vojvodina will Schülern die Probleme journalistischer Arbeit in multiethnischem Umfeld verdeutlichen;
- 3) die Stiftung zur Förderung jugendlicher Roma in der bulgarischen Hauptstadt Sofija bereitet ein Sommerlager für junge Roma und Nicht-Roma vor;
- 4) und die Gesellschaft *Put* („Weg“) im kroatischen Osijek setzt sich für die Gründung einer neuen Euroregion „Donau-Drau-Save“ ein.

Wenn es also überhaupt eine Antwort auf die Titelfrage „Ist multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar?“ gibt, dann ist sie im Erfolg bzw. Misserfolg dieser zivilgesellschaftlichen Projekte zu finden. Dass unter ihnen kein einziger Antrag aus der kroatischen Krajina, der Republika Srpska und dem Kosovo ist, erscheint dabei symptoma-

tisch. Ein vorsichtiger Antwortvorschlag könnte daher lauten: Durch Krieg und Gewalt zerstörte multiethnische Gesellschaft kann nicht rekonstruiert, allenfalls bei Vorliegen günstiger Bedingungen langfristig und in neuer Form ganz neu aufgebaut werden. Dies schließt notwendigerweise einen, wenn nicht mehrere Generationswechsel ein, desgleichen einen langen Atem und vor allem viel Geld. Sind die Bedingungen ungünstig – etwa dort, wo „ethnische Unternehmer“ Gewalt gezielt als Notressource eingesetzt haben – ist mit Misserfolgen zu rechnen. Und dort, wo multiethnische Gesellschaft auch vor Krieg und Gewalt nicht existiert hat, besteht keine Chance, sie neu zu bauen.

Stefan Troebst ist Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig und stellvertretender Direktor des ebenfalls in Leipzig befindlichen außeruniversitären Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas.

-
- ¹ Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Minderheiten und Minderheitenkonflikte im Wandel – Ostmittel- und Osteuropa im Umbruch“ des Lehrstuhls für Bevölkerungswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin am 4. Juli 2000. – Die Redeform wurde beibehalten, die Anmerkungen auf Quellenbelege beschränkt.
- ² Laitin, David D.: National Revivals and Violence, in: *Archives européennes de sociologie* 36 (1995), H. 1.
- ³ Namier, Lewis B.: 1848: The Revolution of the Intellectuals, in: *Proceedings of the British Academy* 30 (1946), S. 31.
- ⁴ Alter, Peter: Einführung, in: Ders. (Hrsg.): *Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens*. München 1995, S. 15.
- ⁵ Heckmann, Friedrich: *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen*. Stuttgart 1992, S. 44.
- ⁶ Schoch, Bruno: Nationalismus, Rassismus und die Wiederkehr der Gewalt in Europa., in: Hugger, Paul, Ulrich Stadler (Hrsg.): *Gewalt. Kulturelle Formen in Geschichte und Gegenwart*. Zürich 1995, S. 188–211, hier S. 189.
- ⁷ Laitin: *National Revivals*, a. a. O.
- ⁸ Waldmann, Peter: *Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs*. Opladen 1989, S. 267.
- ⁹ Ebd., S. 34.
- ¹⁰ Brubaker, Rogers, David D. Laitin: *Ethnic and Nationalist Violence*, in: *Annual Review of Sociology* 24 (1998), S. 423–452, hier S. 426.
- ¹¹ Scheffler, Thomas: *Ethnoradikalismus: zum Verhältnis von Ethnopolitik und Gewalt*, in: Seewann, Gerhard (Hrsg.): *Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa*. München 1995, S. 9–47, hier S. 12.
- ¹² Troebst, Stefan: *An Ethnic War That Did Not Take Place: Macedonia, Its Minorities and Its Neighbors in the 1990s*, in:

Turton, David (ed.): *War and Ethnicity: Global Connections and Local Violence*. Rochester 1997, S. 77–103; Ders.: *The Kosovo conflict*, in: *SIPRI Yearbook 1999. Armaments, Disarmament and International Security*. Oxford 1999, S. 47–62; Ders.: *Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE*, in: Baechler, Günther, Arno Truger (Hrsg.): *Afrikanische Perspektiven: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa*. Chur, Zürich 1998, S. 347–379; Ders.: *Von „Gagauz Halkı“ zu „Gagauz Yeri“: Die Autonomiebewegung der Gagausen in Moldova 1988–1998*, in: *Ethnos – Nation* 7 (1999), H. 1, S. 41–54; Ders.: *Regionalismus und Autonomiestreben im Ostmitteleuropa der Nach-„Wende“-Zeit. Mährer und Russinen im Vergleich*, in: Löwe, Heinz-Dietrich, Günther H. Tontsch, Stefan Troebst (Hrsg.): *Minderheiten, Regionalbewußtsein und Zentralismus in Ostmitteleuropa*. Köln, Weimar, Wien 2000, S. 67–104. Vgl. außerdem in historischer Perspektive Ders.: *Nationalismus und Gewalt im Osteuropa der Zwischenkriegszeit. Terroristische Separatismen im Vergleich*, in: *Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte* 3 (1996) H. 1, S. 273–314, sowie Ders.: *Ethnien und Nationalismen in Osteuropa. Drei Vorüberlegungen zur vergleichenden historischen Forschung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 5 (1994), H. 1, S. 7–22.

- ¹³ Mertus, Julie A.: *Kosovo: How Myths and Truths Started a War*. Berkeley, CA, Los Angeles, CA, London 1999, S. 95–120.
- ¹⁴ Æosia, Dobrica: *Tradition och ideologi: Det serbiska folkets öde*. In: Gustavsson, Sven (ed.): *Tradition and Modern Society. A Symposium at the Royal Academy of Letters, History and Antiquities*, Stockholm, November 26–29, 1987. Stockholm 1989, S. 195–204. Vgl. auch Sundhaussen, Holm: *Kosovo: „Himmliches Reich“ und irdischer Kriegsschauplatz. Kontroversen über Recht, Unrecht und Gerechtigkeit*, in: *Südosteuropa* 48 (1999), S. 237–2567.
- ¹⁵ Volkan, Vamik D.: *Das Versagen der Diplomatie. Zur Psychoanalyse ethnischer und religiöser Konflikte*. Gießen 1999, S. 84–97.
- ¹⁶ Zu Exzessen während der zweiten Kriegsrunde von 1999 vgl. Judah, Tim: *Kosovo. War and Revenge*. New Haven, CT, London 2000, S. 227–285.
- ¹⁷ Vgl. dazu pars pro toto die umfangreiche Sammlung von Memoirenfragmenten, Dokumenten, Fotografien und Zeichnungen politischer Gefangener, Internierter und Deportierter 1941–1944 auf dem Territorium der späteren jugoslawischen Teilrepublik Makedonien, die der „Verband der Vereine der Kämpfer im Nationalen Befreiungskampf“ in der für makedonische Verhältnisse geradezu exorbitanten Auflage von 2.000 Exemplaren herausgab: *Okovani vo prangi*. 2 Bde., Skopje 1981.
- ¹⁸ Höpken, Wolfgang: *War, Memory, and Education in a Fragmented Society: The Case of Yugoslavia*, in: *East European Politics and Society* 13 (1999), S. 190–227.
- ¹⁹ [Council of Europe:] *Promotion of Multi-Ethnic Society and Democratic Citizenship. Report of the Special Delegation of Council of Europe Advisers on Minorities in Southeastern Europe*. Strasbourg, 6 March 2000.
- ²⁰ [Council of Europe:] *Awareness-raising Campaign to promote multi-ethnic society and democratic citizenship for all. A Council of Europe project*. Strasbourg, 17 May 2000.

Russlands langer Weg nach Europa*

von Helmut Wagner, Berlin

Während in Russland heute die Meinung verbreitet ist, dass Europa es zwar besser habe aber weit weg sei, wird in Europa von vielen die Ansicht vertreten, dass Russland zwar zu Europa gehöre aber für das kleine Europa zu groß sei. Wie können die in diesen Wahrnehmungen zum Ausdruck kommenden beiderseitigen Vorbehalte gegen ein enges und vertrauensvolles Verhältnis zwischen beiden ausgeräumt werden?

Die vermisste Nähe und Gemeinsamkeit könnte immerhin in einem behutsamen und stetigen Prozess der Annäherung auf der Grundlage zunehmend gemeinsamer Interessen und Ziele bewirkt werden. Warum sollte das in einer Welt dichter Kommunikation und vielfältigten Austausches nicht schneller als erwartet möglich sein? Zumal wenn sich herausstellen wird, wie angewiesen beide Seiten aufeinander sind und wie vorteilhaft eine Vereinigung für sie ist? Anders dagegen steht es mit der vermuteten Übergröße Russlands. Sie ist auf diesem Wege nicht aus der Welt zu schaffen. Aber ist sie wirklich ein unüberwindbarer Hinderungsgrund für ein langsames Zusammenrücken und einen dauerhaften engen Zusammenschluss?

Russland ist trotz seiner Größe in der Vergangenheit, als Zarenreich, ein fester und anerkannter Bestandteil des europäischen Staatensystems gewesen, hat es sogar zweimal, bei dem französischen Umsturzversuch unter Napoleon I. und dem deutschen unter Kaiser Wilhelm II., vor dem Zusammenbruch gerettet, hat es zu keiner Zeit bedroht. Auch das Sowjet-Reich hat, nachdem Stalin zunächst mit Hitler paktiert hatte, Europa diesen Dienst gegen Hitler erwiesen, aber „Russland“ ist danach durch die sowjetischen Praktiken in Zentral- und Osteuropa selbst als Bedrohung Europas, seiner vereinzelt Nationen empfunden worden. Aus dieser Erfahrung resultieren denn wohl auch die heute in ganz Europa immer noch latent bestehenden Bedrohungsängste. Aber das Russland von morgen, von dem hier im Blick auf seine mögliche Zukunft die Rede ist, ist nicht die bis nach Mitteleuropa vorgerückte und dann nicht wieder abgezogene Sowjetunion, sondern ein, wie alle europäische Nationen, auf sein Gebiet begrenzter, innerlich gefestigter und befriedigter Staat; wenn auch mit einer Bevölkerung von 147 Millionen nach Deutschland mit 82 Millionen das größte europäische Volk auf einem Riesenterritorium von 17 Millionen qkm, dem mehr als Dreifachen des ganzen übrigen geographischen Europa mit 4.9 Millionen qkm.

Ebenfalls grundlegend gewandelt, jedoch in seiner neuen Struktur und Organisation bislang noch genauso wenig zur Kenntnis genommen, hat sich das Europa, von dem hier die Rede ist. Es ist nicht mehr das Europa übernationaler Weltreiche und auch nicht länger das souveräner Staaten, wie es das über tausend Jahre lang gewesen ist,

sondern eine Staatengemeinschaft von derzeit 15, in absehbarer Zeit gewiss von weitaus mehr europäischen Nationen. Ihre Gesamtzahl beträgt, wenn man die Anzahl der europäischen Mitglieder der OSZE zugrundelegt, einschließlich Russlands gegenwärtig 51. Der politisch einheitlich organisierte Teil Europas, die supranationale Europäische Union, hat schon jetzt auf einem Territorium von 3,2 Millionen qkm eine Bevölkerung von 375 Millionen und sie wird, wenn ihr alle europäischen Nationen einschließlich Russlands angehören werden, auf einem Territorium von 22 Millionen qkm über 600 Millionen zählen. (94) Warum sollte in ihr nicht auch ein Platz für Russland sein? Wenn es doch gelungen ist, das übermächtige Deutschland, das renitente England, das hochmütige Frankreich und das stolze Spanien, ja möglicherweise sogar die osmanische Türkei, zu verkräften und institutionell einzubinden. Warum sollte das Gleiche nicht auch mit dem großen Russland gelingen?

Nein, es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum Russland nicht in einen föderal organisierten europäischen Staatenverbund aller europäischen Nationen passen sollte. Es passt nur partout nicht als ein Reich übernationaler Zusammensetzung und imperialer Neigungen, auch nicht als ein Nationalstaat, der nicht gewillt ist, seine Souveränität mit anderen Nationen zum eigenen Nutzen zu teilen, wohl aber als ein in seiner nationalen Existenz gesicherter, seine einmalige kulturelle Identität bewahrender Staat. Als solcher ist er in Europa höchst willkommen, vervollständigt es, macht es erst zu einem Ganzen.

Was Winston Churchill vor 64 Jahren von den kontinentalen Völkern Frankreichs und Deutschlands gesagt hat, würde er, denke ich, nicht zögern, heute auch auf das russische Volk auszudehnen: „There can be no revival of Europe without a spiritually great France, a spiritually great Germany, and a spiritually great Russia.“ (95) Er würde damit, glaube ich, heute vielen Europäern, wie damals in Zürich, aus dem Herzen sprechen und den Verzagten unter ihnen insofern Mut machen, als Churchills ursprüngliche Vision so abwegig ja nicht gewesen ist, sondern sich im Laufe von nur einer Generation erfüllt hat. Russlands Zentren von St. Petersburg über Moskau bis Jekaterinenburg, ja auch mit Wladiwostok und Kaliningrad/Königsberg, würden dann wieder das werden, was sie schon einmal gewesen sind, europäische Zentren, ohne ihre spezifisch russische Eigenart zu verleugnen oder zu verlieren. Ganz Europa würde davon, wenn sie das eine und zugleich das andere wären, profitieren.

In einem vereinten Gesamteuropa würden Helsinki, Tallinn und Riga, Wilna und Warschau, Kiew, Odessa und Chisinau für Russland kein „nahes“ und Berlin, Prag und Wien, Paris, London und Madrid kein „fernes Ausland“

sein, sondern „Inland“. Es wäre gemeinsam mit allen anderen europäischen Nationen unter einem sie alle schützenden Dach vereint, würde die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen haben, hätte die gleiche Währung. Kiew und der Berg Athos ganz bestimmt, möglicherweise auch Konstantinopel/Cargrad/Istanbul brauchten erst gar nicht erobert zu werden, sie gehörten dazu, nämlich der gleichen Staatengemeinschaft an, wie Russland auch. Uralte russische Träume könnten sich, nein, werden sich auf

diese Weise unblutig erfüllen, wenn Russland es nur will. Ein politisch geeintes Gesamteuropa ist der Weg dazu.

Helmut Wagner ist Professor emeritus für Politische Theorie am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin.

* Schlusskapitel einer noch unveröffentlichten Abhandlung mit dem Titel „Das wechselvolle Verhältnis Russlands zu Europa in gesamt-europäischer Perspektive“.

Wahlen im Wandel – Albanien reformiert sein Wahlsystem und setzt für die Kommunalwahlen im Herbst neue Standards

von Tim Bittiger, Tirana

Diesen Herbst findet auf dem westlichen Balkan ein regelrechter Wahlmarathon statt. Zwischen September und November werden in kurzer Abfolge die Wähler Mazedoniens, Jugoslawiens, Albanien, des Kosovo und Bosniens an die Urnen treten.¹ Das allgemeine Augenmerk liegt zur Zeit vor allem auf den Wahlen in Jugoslawien und im Kosovo. In Serbien und Montenegro steht der Weiterbestand des Belgrader Regimes und des jugoslawischen Rumpfstaates auf dem Spiel. In der albanisch dominierten Provinz wird unter der Ägide der internationalen Verwaltung der erste Schritt zu einer Nachkriegsordnung unternommen.

Neben diesen Ereignissen vergisst man allzu oft die Entwicklungen in den Nachbarländern. In Albanien, zum Beispiel, geht die Bedeutung der diesjährigen Kommunalwahlen weit über den bloßen Urnengang hinaus. Gegenwärtig findet in der Republik an der Adria eine umfassende Reform des Wahlsystems statt. Gesetzgebung, Verwaltung und Registrierung werden internationalen Standards angepasst. Gleichzeitig unterläuft das Land eine nachhaltige Umgestaltung seines immer noch sozialistisch strukturierten Verwaltungssystems. Durch Dezentralisierung sollen die albanischen Städte und Gemeinden mehr Kompetenzen zur Selbstverwaltung erhalten.

Umfassende Reform des Wahlrechts

Die Reform des albanischen Wahlgesetzes stand ganz oben auf dem Programm der Wahlexperten. Eine Rechtsreform war dringend notwendig geworden, um der Vielzahl an widersprüchlichen Gesetzen, Verordnungen, und Entscheidungen Herr zu werden. Neben der Kodifizierung oder Vereinheitlichung sollte die veraltete Rechtslage außerdem an die neue albanische Verfassung und an internationale Standards angepasst werden.

Am 21. Februar 2000 beschlossen die albanischen Parteien, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die Kodifizierung vornehmen sollte. Die Koalitionsparteien, die Oppositionsparteien und internationale Organisationen² in Albanien ernannten zu diesem Zwecke jeweils fünf Wahlrechtsexperten.

Die Gespräche fanden vom 8. März bis zum 7. April unter der Schirmherrschaft der OSZE Präsenz in Albanien statt. Zu Anfang schienen alle Teilnehmer zur Zusammenarbeit bereit. Nach kurzer Zeit jedoch verließen die Oppositionsvertreter die Arbeitsgruppe, zunächst kurzfristig, schließlich endgültig. Die Experten der Oppositionsparteien forderten anfänglich schriftlich verbürgte Chancengleichheit der Parteien in den Gesprächen. Es stellte sich aber bald heraus, dass sie das Prinzip der Parität auch auf die Besetzung der Wahlkommissionen anwenden wollten. Dies hätte bedeutet, dass Parteien der Regierung und der Opposition diese Kommissionen zu gleichen Teilen mit Vertretern bestücken.

In der Vergangenheit waren die Wahlkommissionen tatsächlich paritätisch und politisch besetzt worden, was sich aber negativ auf ihr Funktionieren auswirkte. Kommissionsmitglieder entschieden grundsätzlich nach den Anweisungen ihrer Parteien. Blockaden waren so vorprogrammiert, vor allem in entscheidenden Phasen der Wahlen. Die neue Verfassung schreibt nun parteiunabhängige Mitglieder vor, die von Verfassungsorganen ernannt werden.

Im Laufe der Gespräche wurde der Streit um die Besetzung unüberbrückbar. Die Opposition verließ den Verhandlungstisch. Die Verhandlungen wurden mit den Experten der Regierungskoalition fortgesetzt. Am 10. April konnte der Leiter der OSZE-Präsenz, Botschafter Geert-Hinrich Ahrens, dem albanischen Premierminister Ilir Meta den Entwurf der Gruppe überreichen. Am 8. Mai nahm das Parlament den Wahlkodex mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit an.

Die schwierige Geburt einer neuen Zentralen Wahlkommission

Die Opposition war bei der Abstimmung im Parlament nicht zugegen und hält ihre Kritik an dem Gesetz aufrecht. Die Zentrale Wahlkommission steht weiterhin im Kreuzfeuer. Die Demokratische Partei vertritt den Standpunkt, dass die alte Wahlgesetzgebung – während der Präsidentschaft des Parteiführers Sali Berisha verabschiedet – völlig ge-

rechtfertigt gewesen sei. Außerdem wird der Regierung vorgeworfen, den neuen Wahlkodex manipuliert zu haben, um sich Vorteile bei der Besetzung der Wahlkommissionen herauszuschlagen.

Nach der Meinung unabhängiger internationaler Kommentatoren entspricht der Text internationalen Standards. Er wird als „hochentwickeltes“ Dokument betrachtet.³ In der Tat war es an der Zeit, den rechtlichen „Flickenteppich“ mit einem Dokument zu ersetzen, das europäischen Normen entspricht.

Allerdings ist die Kritik der Opposition an der Zusammensetzung der neuen Zentralen Wahlkommission jedoch nicht ganz unberechtigt. Laut Opposition haben die meisten derzeitigen Kommissionsmitglieder Neigungen zur Regierung. Tatsächlich ist der Vorsitzende, Fotaq Nano, ein Verwandter des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Fatos Nano. Trotz einiger Umbesetzungen sind auch die meisten anderen Mitglieder nicht frei von einer eher linksgerichteten Vergangenheit. Eine Ausnahmeregelung für die diesjährigen Kommunalwahlen garantiert der Regierung zudem eine Mehrheit in allen Wahlkommissionen auf Gemeindeebene. Die Opposition wird so systematisch benachteiligt.

Die Demokratische Partei hat folglich beschlossen, die Wahlkommissionen nicht anzuerkennen. Ob sie diesen Standpunkt beibehält, ist unklar. Letzte Woche beantragte die Partei bei der Zentralen Wahlkommission ihre Zulassung zur Wahl – ein mögliches Zeichen, dass sie von einem befürchteten Boykott absieht. Dieser Schachzug wäre denn auch politisch unklug, besonders deshalb, weil sich die Opposition damit schon während der Expertengespräche jegliche Einflußmöglichkeiten verbaut hatte.

Der Zentralen Wahlkommission steht jetzt, kurz vor den Wahlen, eine schwere Aufgabe bevor. Einerseits muss sie sich der Kritik der Parteien stellen und nun wahre Neutralität beweisen. Andererseits muss sie einen Wettlauf mit der Zeit gewinnen: die Aufgaben vor den Wahlen sind enorm. Während frühere Kommissionen nur die wichtigsten Entscheidungen im Wahlprozess treffen durften, hat die neue unabhängige Kommission eine verfassungsmäßig verankerte Rolle als „ständiges Organ, das alle Aspekte von Wahlen und Referenda vorbereitet, überwacht, durchführt und verifiziert, und ihre Ergebnisse verkündet.“⁴ Zur Zeit arbeiten die Kommissionsmitglieder fieberhaft daran, Direktiven auszuarbeiten, Materialien zu bestellen und Kollegen auf Gemeindeebene auszubilden. Am Wahltag wird wahrscheinlich alles an seinem Platz sein – bis dahin wird die Kommission aber eine wahre Feuertaufe durchlaufen haben.

Computergestützte Registrierung

In einem Punkt sind sich die Parteien und internationalen Experten einig: Dieses Jahr wird es entschieden bessere Wählerlisten geben. Ein großangelegtes Wahlhilfeprogramm unterstützt die Erstellung von transparenten und akuraten Wählerlisten. Zu diesem Zweck arbeitet die albanische Regierung eng mit dem Entwicklungsprogramm der

Vereinten Nationen (UNDP), mit der Internationalen Foundation of Election Systems (IFES), und mit der OSZE zusammen.

Das Wahlhilfeprogramm ist die Antwort auf die Kritik albanischer und internationaler Wahlbeobachter, die seit den ersten demokratischen Wahlen in Albanien immer wieder die Qualität der Listen bemängelt haben. Schwachpunkt war ihrer Meinung nach das Fehlen eines modernen Meldebehörderegisters. Manipulationen der Listen sollen ebenso zu Verzerrungen beigetragen haben.

Während die Listen bisher handschriftlich von Beamten der Meldebehörden zusammengestückelt wurden, wird die Erfassung nun auf Computer umgestellt. Zwischen Juni und August wurde zu diesem Zweck eine landesweite Wählerregistrierung von Haus zu Haus durchgeführt. Die Ergebnisse werden zur Zeit in eine zentrale Datenbank, das neue nationale Wählerregister, eingespeichert. Danach werden Bürger aufgerufen, ihre Daten zu überprüfen. Mitte September soll dann die endgültige Wählerliste vorliegen.

Neuerungen in einem so sensiblen Bereich wie Wählerregistrierung müssen mit soviel Transparenz wie möglich eingeführt werden. Zu diesem Zweck organisierte die OSZE Präsenz in Albanien eine Internationale Mission zur Registrierungsbeobachtung, während der 25 internationale Wahlexperten vom 3. Juni bis 11. Juli den Prozess verfolgten. Die Mission befand, dass der Registrierungsprozess im Ganzen zur Erstellung einer akkuraten und transparenten Wählerliste beitrug. Außerdem entsprechen ihrer Meinung nach die neuen Registrierungsverfahren im allgemeinen internationalen Standards. Gleichzeitig wurde aber auch bemerkt, dass die Registrierung durch Planungsfehler, Kommunikationsmängel und politische Blockaden negativ beeinträchtigt wurde.⁵

Die Bürger Albanien werden dieses Jahr wahrscheinlich die beste Wählerliste seit Einführung der Demokratie haben. Dennoch sollten Lehren aus den Schwachpunkten der Registrierung gezogen werden – und dies bevor die albanische Regierung nächstes Jahr eine landesweite Volkszählung durchführt.

Kommunale Kompetenzen nehmen zu

Neben den direkten Reformen des Wahlsystems spielt Dezentralisierung eine entscheidende Rolle in den diesjährigen Kommunalwahlen. Zur Zeit werden in Albanien Gesetze ausgearbeitet, die Bürgermeistern und Gemeinderäten mehr Selbstverwaltung einräumen. Einige dieser Gesetze sind schon vom Parlament verabschiedet worden.

Die Dezentralisierung in Albanien ist langfristig angelegt. Die Übergabe von Kompetenzen an Kommunalregierungen ist stufenweise über die nächsten fünf bis zehn Jahre vorgesehen. Konkrete Auswirkungen werden also erst in einigen Jahren zu spüren sein. Dennoch wird sich für die neugewählten Bürgermeister und Gemeinderäte einiges verändern. Über die kommenden vier Mandatsjahre hinweg werden sie eine wachsende Anzahl an Kompetenzen für sich beanspruchen können.

Wahlkandidaten sollten sich dabei nicht nur der Chance, sondern auch der Verantwortung bewusst sein, welche die Dezentralisierung mit sich bringt. Bisher war das politische Programm kommunaler Politiker fast ausschließlich auf Vorgaben der Parteien beschränkt. Kandidaten gingen traditionell mit Kritik gegen die finanzielle Bevormundung aus Tirana auf Stimmenfang. Die Dezentralisierung lässt nun in zunehmendem Maße eine eigenständige Kommunalpolitik zu, die sich mit spezifischen Interessen und Bedürfnissen vor Ort befasst. Wahlkonzepte könnten immer mehr unabhängig von Parteidogmata entwickelt werden.

Die Vorbereitungen zum derzeitigen Wahlkampf lassen vermuten, dass nur wenige Kandidaten diesen Weg einschlagen werden. Dennoch hat der Reformprozess den Grundstein für mehr Basisdemokratie gelegt. Es ist zu hoffen, dass sich diese über die nächste Wahlperiode hinweg weiterentwickeln kann.

Generalprobe?

Die Reform des Wahlsystems in Albanien scheint generell positiv zu verlaufen. Der wahre Test aber ist der Wahltag selbst. Am 1. Oktober ist die albanische Wählerschaft dazu aufgerufen, ihre demokratischen Rechte auszuüben. Bis dahin muss die Infrastruktur stehen – das setzt ein lückenloses Gesetz und eine gut funktionierende Zentrale Wahlkommission voraus.

Abzuwarten ist, inwieweit die Opposition ihre Kritik an beiden aufrechterhält. Ein Boykott der Wahlen könnte bedeuten, dass Albanien in das Chaos der letzten Jahre zurückfällt.

Im Juni 2001 stehen in Albanien Parlamentswahlen an, politisch gesehen ein möglicher Wendepunkt in der Entwicklung Albaniens. Nach den Kommunalwahlen bleiben bis dahin nur einige Monate, und es bleibt zu hoffen, dass in Albanien zur Zeit die richtigen Weichen für demokratische Wahlen gestellt werden.

[Der Artikel ist die persönliche Meinung des Autors und spiegelt nicht den offiziellen Standpunkt der OSZE wieder.]

Tim Bittiger, M.St. (Oxon), arbeitete in den letzten zwei Jahren als Kommunalverwaltungs- und Wahlexperte für die Präsenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Albanien und ist aktiv an der derzeitigen Wahlreform in Albanien beteiligt.

¹ Die folgenden Wahlen finden diesen Herbst auf dem Balkan statt: 10. September: Mazedonien, Kommunalwahlen; 24. September: Serbien, Kommunal-, Bundesparlaments- und Bundespräsidentchaftswahlen, 24. September: Montenegro, Bundesparlaments- und Bundespräsidentchaftswahlen; 1. Oktober: Albanien, Kommunalwahlen; 28. Oktober: Kosovo, Kommunalwahlen; 11. November: Bosnien und Herzegowina, Parlamentswahlen in der Muslimisch-Kroatischen Föderation und der Serbischen Republik.

² Europarat, Internationale Stiftung für Wahlsysteme (IFES), Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und das OSZE Büro für demokratische Einrichtungen und Menschenrechte (ODIHR).

³ Daniel Finn, IFES Wahlrechtsexperte, 6. Juni 2000.

⁴ Art. 153, Verfassung der Republik Albanien, 1998; siehe auch Art. 16 ff, Gesetz Nr. 8609, 8. Mai 2000, Wahlkodex der Republik Albanien.

⁵ Summary Report, International Mediation in Preparation for the 2000 Local Elections, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Präsenz in Albanien, 25. Juli 2000, S. 4 (http://www.osce.org/albania/publications/Albania_e.pdf); Republic of Albania Voter Registration for the Local Elections June-July 2000, Final Observation Report, International Observation Mission in the Framework of the Electoral Assistance Programme, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Präsenz in Albania, 20. August 2000, S. 3ff.

fibre

HANDBUCH TSchechien/SLOWAKEI-KONTAKTE

Institutionen, Projekte, Initiativen in Deutschland, Österreich, Tschechien und der Slowakei
Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Tschechischen Zentrum Berlin · Redaktion: N. Hirschler-Horáková, V. J. Horák · ISBN 3-929759-34-9 · 112 S. · DM 38,-

Neu in der Reihe »Klio in Polen« – Polnisch-deutsche Übersetzungsreihe des DHI Warschau:

Marian Biskup / Gerard Labuda:

DIE GESCHICHTE DES DEUTSCHEN ORDENS IN PREUSSEN

Wirtschaft – Gesellschaft – Staat – Ideologie
ISBN 3-929759-42-X · IV, 624 S., Karten · DM 74,-

Neu in der Reihe »Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau«:

Valentina Maria Stefanski:

ZWANGSARBEIT IN LEVERKUSEN Polnische Jugendliche im I.G. Farbenwerk

ISBN 3-929759-43-8 · 585 S., 41 Abb. · DM 48,-

fibre Verlag · Martinstraße 37 · D-49080 Osnabrück
Telefon 05 41/43 18 38 · Telefax 05 41/43 27 86
e-mail: info@fibre-verlag.de · www.fibre-verlag.de

Für eine Handvoll Z³oty – Zu den Krankenschwestern-Protesten in Polen 1999

von Gesine Fuchs, Hannover

Typische Frauenberufe sind in der Regel in West wie in Ost schlecht bezahlt. Die Verdienste polnischer Krankenschwestern aber sind besonders erbärmlich und erreichen nur in den seltensten Fällen die Hälfte des Landesdurchschnittslohns. Ihr Streik für höhere Löhne wie im Sommer 1999 macht da neugierig: Über sieben Wochen lang protestierten polnische Krankenschwestern und Hebammen, um zu erreichen, dass ihnen eine zweiprozentige Realloohnerhöhung und der 13. Monatslohn des Jahres 1998 ausgezahlt würde. Erschwert wurde dies dadurch, dass die Protestierenden von der Regierung diese Zusicherungen einforderten, die sich aber juristisch und politisch nicht verantwortlich fühlte, war doch mit Jahresbeginn 1999 neben drei weiteren Reformen auch eine soziale Krankenversicherung eingeführt worden, demzufolge nun Krankenkassen bzw. die Spitalverwaltungen Verhandlungspartner hätten sein müssen. Andere Gruppen hatten im vergangenen Sommer ebenfalls Zusagen für sich erkämpfen können, allerdings mit weniger Anstrengung. Am Tag nach der ersten großen Krankenschwesterndemonstration, am 24. Juni 1999, randalierten teilweise angetrunkene Beschäftigte einer defizitären Radomer Waffen- und Nähmaschinenfabrik vor dem Verteidigungsministerium, um ihrer Forderung nach ihren ausstehenden Löhnen und nach neuen Aufträgen Nachdruck zu verleihen. Die Polizei setzte Gummigeschosse ein, wobei ein junger Kameramann ein Auge verlor. Zehn Tage später wurden der Waffenfabrik Aufträge für Revolver zugesagt, während es früher geheißen hatte, die polnische Armee habe keinen Bedarf für die zu teure Ware.

Warum mussten die Krankenschwestern im Vergleich zu den Waffenarbeitern so lange kämpfen? Welche Protestformen verwendeten sie und welche Schlüsse für das politische System lassen sich aus dem Verlauf der Proteste ziehen?

Drei Themenkomplexe sind hier von besonderer Bedeutung. Zum ersten die verzweifelte Situation der Krankenschwestern und die Radikalisierung ihres Protests. Zum zweiten zeigen sich bei dieser Auseinandersetzung die problematischen institutionellen Arrangements bei der Reform des Gesundheitssektors. Und drittens verdeutlichen die Proteste das begrenzte Gestaltungspotential der Gewerkschaften in Polen.

Leben und Arbeiten als polnische Krankenschwester

In Polen gibt es etwa 250.000 Krankenschwestern und Hebammen. Nach den Ergebnissen einer Umfrage des Zentrums für Organisation und Ökonomie des Gesundheitswesens vom März 1999 verteilen sich die Löhne wie folgt:

Diese Löhne sind in eklatanter Weise unabhängig von Anciennität, Ausbildung oder konkretem Arbeitsplatz. Als angemessen erachteten die Krankenschwestern mindestens eine Verdoppelung der Löhne – zwei Drittel fordern bis zu 1500 PLN und nochmals ein Viertel bis zu 2000 PLN monatlich (der Landesdurchschnittslohn liegt brutto bei etwa 1900 PLN)¹. Mit diesen Gehältern ist keine selbständige Lebensführung möglich. Schon ein Telefon bedeutet Luxus und viele ledige Frauen belegen im Wohnheim ein Doppelzimmer für etwa 200 PLN monatlich. Durch jahrzehntelange Unterfinanzierung ist die gesamte materielle und pflegerische Situation in den Spitälern angespannt. Die Ausstattung sowohl mit Grundinventar als auch mit modernem Gerät ist schlecht, Verbrauchsmaterial wird „bewirtschaftet“. Die Hierarchien im polnischen Gesundheitswesen sind stark ausgeprägt. Ärzte legen sowohl gegenüber Krankenschwestern als auch Patienten häufig ein autoritäres, bevormundendes und paternalistisches Verhältnis an den Tag. Nicht selten werden die Rechte der letzteren auf Aufklärung, Beratung, vollständige Information und würdevolle Behandlung verletzt. In den letzten Jahren mehren sich allerdings Zeichen des Widerstands.²

Die Hypothek: Ein unterfinanzierter öffentlicher und ein grauer und privatisierter Gesundheitssektor

Wie andere Sektoren der Wohlfahrtsproduktion war das Gesundheitswesen im Nachkriegspolen verstaatlicht; Polikliniken, Spitäler und andere Einrichtungen wurden zentral gesteuert und staatsfinanziert (vgl. Götting 1998, Knieps 1998, Muszalski 1999: 217f.). Obwohl damit zum ersten Mal alle Bevölkerungsgruppen Zugang zu medizinischen Leistungen hatten, blieb das Gesundheitswesen im Laufe der Jahrzehnte hinter Bedarf, Bedürfnissen und medizinischen Möglichkeiten zurück. Große regionale Unterschiede in Niveau, Qualität und Verfügbarkeit medizinischer Leistungen sowie die Privilegierung bestimmter Personengruppen führte zu erheblichen Akzeptanzproblemen. Wesentlicher Grund war eine bleibende Unterfinanzierung dieses Sektors. Gesundheitsberufe wurden und werden im Gegensatz zu industriellen Produktionsberufen schlecht bezahlt. Seit den siebziger Jahren entstand ein grauer Markt für Gesundheitsdienstleistungen, der – wie viele andere Sphären auch – durch informellen Austausch geprägt war. Krankenhäuser verlangten „Gebühren“ oder Ärzte legten Zuwendungen für bestimmte Operationen nahe bzw. wiesen in späteren Jahren auf die eigene Privatpraxis, die sie als Bedienstete des staatlichen Gesundheitssektors nebenbei betreiben durften.

Die Kluft zwischen öffentlich-kostenlosen und privat-kostenpflichtigen Leistungen, zwischen arm und reich, wuchs in diesem Bereich seit Beginn der Transformation besonders deutlich. Während die realen staatlichen Ausgaben für die gesundheitliche Versorgung sanken, stiegen die relativen Kosten für Gesundheit im Vergleich zur allgemeinen Preisentwicklung. Anfang 1997 wurde nach zähen politischen Auseinandersetzungen ein neues Krankenversicherungsgesetz verabschiedet, das am 1. Januar 1999 in Kraft trat und sich stark an das deutsche Modell der Krankenversicherung anlehnt.³ Es wurden Gebietskrankenkassen eingerichtet (die den neugeschaffenen Wojewodschaften entsprechen), die finanziert werden sollten durch ursprünglich elf, später nur siebeneinhalb Lohnprozente (vgl. Rzeczpospolita vom 30. Januar 1999). Die staatlichen Gesundheitseinrichtungen gingen in die Hände der Gebietskörperschaften über. Mit diesen einzelnen Betrieben schließen die Krankenkassen Leistungsverträge ab. Weil keine den Kassenärztlichen Vereinigungen ähnliche Institutionen bestehen, können Patienten nur Einrichtungen aufsuchen, mit denen die Kasse explizit einen Vertrag geschlossen hat, was absurde Folgen haben kann.⁴ In der Selbstverwaltung der Krankenkassen sitzen Versichertervertreter und Vertreter von Kommunen und Wojewodschaften. Eine effektive Rechtsaufsicht gibt es aber nicht (Knieps 1998: 17).

Verlauf der Proteste

Ende Januar 1999 besetzt die Krankenschwestern- und Hebammengewerkschaft (Związek Zawodowy Pielęgniarek i Położnych, im Folgenden ZZPiP) mehrere Tage das Arbeitsministerium. Die Besetzung endet mit der Unterzeichnung einer Übereinkunft mit der Regierung, in der diese eine zwei-prozentige Lohnerhöhung zusagt. Um den 13. Monatslohn für die Krankenschwestern zu zahlen, werden 150 Mio. PLN aus der Staatskasse bereit gestellt, die via Krankenkassen und Gesundheitseinrichtungen ausgezahlt werden sollen. Zu den weiteren Forderungen gehören Verhandlungen über Beschäftigungsnormen und Tarifverträge sowie eine Analyse der Finanzen im Gesundheitswesen und die Erhöhung der Beiträge.

Am 20. Mai 1999 besetzen 16 Krankenschwestern erneut das Ministerium und beginnen einen Hungerstreik. Sie fordern die Umsetzung des Januarabkommens und Verhandlungen über die übrigen Forderungen, eingeschlossen die Sozialpläne für die geschätzten 40.000 Krankenschwestern, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Am 2. Juni wird das Arbeitsministerium brutal geräumt und die Krankenschwestern setzen ihren Hungerstreik in einem improvisierten Zeltlager vor dem Ministerium fort. Die Solidaritätsaufrufe der ZZPiP an Gewerkschaften, Krankenschwestern und die Bevölkerung zeigen eher langsam Wirkung (vgl. Bruder 1999, Gazeta Wyborcza 18. Juni 1999): Den ganzen Juni über kommen Solidaritäts-Autobusse aus ganz Polen an und immer mehr Gewerkschaften, darunter auch die der Hüttenarbeiter und der Bergleute, schicken Solidaritätsadressen.⁵ Viele Krankenschwestern nehmen

sich einige Tage Urlaub, um im Zeltlager vor Ort sein zu können. Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern und Gewerkschafterinnen werden abgebrochen, weil die Regierung die Auszahlung der Lohnerhöhungen nicht garantieren will. Sie verweist wiederholte Male auf die Direktionen der Gesundheitseinrichtungen als ordnungsgemäße Verhandlungspartner.

Dies hat eine Verschärfung der Proteste zur Folge. Ab Mitte Juni werden im ganzen Land Krankenkassen und Wojewodschaftsämter besetzt, vereinzelt kommt es zu Straßenblockaden und Schweigemärschen (ebd.).

Am 23. Juni 1999, fünf Wochen nach Beginn der Proteste, kommen 20–30.000 Krankenschwestern und Hebammen zu einer der größten Demonstrationen der vorangegangenen Monate nach Warschau und ziehen in strömendem Regen vor den Sejm. Am nächsten Tag wird erneut verhandelt. Ende Juni trifft die einzige Solidaritätsadresse einer Frauenorganisation ein, und zwar von der Familienplanungsföderation.⁶ Anfang Juli kommt es zu einer neuen Welle von Besetzungen und am 7. Juli 1999 schließlich beginnt ein von der ZZPiP angekündigter landesweiter Hungerstreik mit etwa 30.000 Krankenschwestern, wobei diese jedoch weiterarbeiten „solange wir die Kraft dazu haben“ (Rzeczpospolita vom 6. und 7. Juli 1999). 100.000 Frauen hatten sich zu diesem Schritt bereit erklärt.

Am 9. Juli findet die zweite Großdemonstration statt, die sich diesmal vom Sejm als Trauermarsch zum Regierungssitz bewegt, denn tags zuvor wurde die Stettiner Gewerkschaftsführerin Krystyna Boruszczak begraben, die 47-jährig einem Herzinfarkt erlegen war. Es werden verbindliche Regierungszusagen gefordert und mit einem unbefristeten Sit-in vor dem Ministerrat begonnen. Die Gewerkschaft droht mit ihrer allerletzten Waffe: einer landesweiten Arbeitsniederlegung. Am Nachmittag beginnen Verhandlungen zwischen Gewerkschafts- und Regierungsspitze, die bis in die Nacht dauern. Schließlich wird am 11. Juli 1999 eine Übereinkunft zwischen Regierung und ZZPiP unterzeichnet. Neben der Einsetzung von Arbeitsgruppen zu Themen wie den Beschäftigungsnormen erklärt sich die Regierung bereit, den Krankenkassen einen 800-Mio-PLN-Kredit ein Jahr lang, d. h. bis zum Ende des Jahres 2000 zu stunden, damit daraus Lohnerhöhungen finanziert werden können. Die Krankenschwestern verlangen eine schriftliche Zusicherung, dass die Gelder auch tatsächlich für ihre Löhne verwendet werden, bekommen sie aber nicht.

Am 31. August 1999 erklärt die ZZPiP, nur 10% der Beschäftigten hätten die Lohnerhöhungen tatsächlich bekommen, was im Verlauf der zweiten Septemberhälfte nochmals zu kleineren Protesten in allen Landesteilen führt. Auf diese Vorhaltungen antwortet die Regierung wie schon früher mit dem Hinweis, die versprochenen Gelder seien angewiesen, eine Kontrolle oder Weisungsbefugnis ihrerseits über die Verwendung habe sie jedoch leider nicht. So bleibt die Situation prekär.

Zwar verfügt die Regierung über Soziotechniken – etwa Regeln für den Ablauf von Verhandlungen zwischen Re-

gierung und Streikenden – und mit der Abteilung für Analysen und Prognosen auch über eine Stelle, die Berichte zum Streikrisiko und der sozialen Situation in den wichtigsten Branchen wie Landwirtschaft, Bergbau, Bahn erstellt. Entschlossene und kämpferische Krankenschwestern kamen in diesen Szenarien nicht vor und so wurde die Regierung komplett überrascht (Janicki 2000).

Zwischen „bösen Mädchen“ und traditionellem Frauenbild: Die Protestformen

Gut organisiert wurde der über siebenwöchige gewaltlose Protest von der Krankenschwestern- und Hebammengewerkschaft. Sie gehört zu den zahlreichen Gewerkschaftsneugründungen und besteht seit 1992. Mittlerweile sind in ihr fast 70.000 Personen zusammengeschlossen. „Früher war unser Milieu nicht organisiert. Wir konnten nicht wirksam um unsere Rechte kämpfen!“ erklärt dazu die Vorsitzende Bożena Banachowicz (Rzeczpospolita 10.–11. Juli 1999). Diese fast reine Frauengewerkschaft ist das organisatorische Rückgrat für die an sich schon sehr bemerkenswerte Tatsache, dass Tausende Frauen in einem Pflegeberuf öffentlich protestieren und damit Stereotypen herausfordern. Auf der Schwelle zwischen traditionellem Frauenbild und „bösen Mädchen“ mussten sie überlegen, wie sie gesellschaftliche Akzeptanz behalten und gleichzeitig wirksam für die eigene Würde und ihr eigenes Überleben kämpfen konnten. Die Krankenschwestern beginnen mit Besetzungs- und Hungerstreiks. Ersterer ist eine typische Protestform der *Solidarność* seit Anfang der achtziger Jahre⁷ und wird damit zumindest teilweise in diese Tradition gesetzt und so legitimiert.⁸ Hungerstreiks sind in den Protesten des Gesundheitswesens der neunziger Jahre recht weit verbreitet. Sie erzeugen hohen moralischen Druck und sind auto-aggressiv: „Seht her, euret wegen müssen wir so sehr leiden!“ Ausgeführt werden die Hungerstreiks in routinemäßigem Verfahren und häufig während des eigenen Urlaubs. Je länger die Streiks erfolglos andauern, desto verzweifelter werden die Beteiligten, die Entschlossenheit aber ist eisern, der Wille zum Erfolg reicht lang – acht Wochen lang. „Wir sind billige Arbeitskräfte. Alle haben sich Geld erkämpft, die Ärzte, die Bergleute. Warum nicht auch wir? Wir bleiben hier bis zum Erfolg!“ („Prosto“ 8). In Selbstdarstellungen ist eine starke Verzweiflung über die Lebenssituation zu spüren, in Gesprächen mit der deutschen Journalistin Bruder fangen alle Frauen irgendwann an, zu weinen (vgl. Bruder 1999, „Prosto“ passim). Es geht ihnen um Würde, Anerkennung ihres essentiellen Anteils der Pflege im gesamten Heilungsprozess und um tragfähige Zukunftsaussichten (vgl. „Prosto“ 4, *Gazeta Wyborcza* vom 18. Juni 1999).

Die Krankenschwestern genossen mit ihren Protesten eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Dabei sind zwei wichtige Aspekte zu beachten. Einmal die Einstellung zu Protesten im allgemeinen und andererseits die Meinungen zum konkreten Fall. Generell werden in Polen verschiedene Protestformen, auch disruptive, im Laufe der neunziger Jahre immer stärker akzeptiert (CBOS Juli 1999)⁹. Die stärksten

Formen, wie Streiks oder Straßenblockaden, werden dabei auch als die effektivsten betrachtet. Eine vergleichende Studie (Lemke 1997, Ekiert/Kubik 1998) kommt für die erste Hälfte der neunziger Jahre zum Schluss, dass Proteste eine Standardform der Auseinandersetzung zwischen Staat und Gesellschaft auch in Ostmitteleuropa geworden sind. Die Protestintensität gerade in Polen ist hoch. Proteste könnten sogar die demokratische Konsolidierung fördern, insbesondere wenn dabei politische Forderungen gestellt würden, ohne die Legitimität des Systems in Frage zu stellen, wenn die Methoden von der Mehrheit der Bevölkerung als legitim angesehen würden und Proteste von etablierten Organisationen in gut organisierte Strategien kanalisiert würden (Ekiert/Kubik 1998: 579). Nun sind diese Bedingungen hier zwar gegeben, aber die hohe Protestintensität und die verbreitete Einschätzung, dass sich die sozialen Konflikte noch weiter verschärfen würden und dass man nur mit radikalen Formen etwas erreichen könnte (CBOS September 1999)¹⁰ deuten darauf hin, dass sich das politische System zur Zeit als nicht besonders responsiv für Forderungen aus der Gesellschaft zeigt.

88% der Bevölkerung sahen im Juni 1999 die Forderungen der Krankenschwestern als ganz oder teilweise berechtigt an (CBOS Juli 1999). Nur eine Minderheit der Bevölkerung schloss sich der Regierungsmeinung an, sie selbst sei nicht die richtige Adressatin für die Krankenschwestern. Die Protestformen sind ebenfalls Ausdruck einer strukturellen Machtlosigkeit der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Alle Formen, die möglicherweise Patienten schaden könnten, werden in der Bevölkerung stark abgelehnt (CBOS Februar 1999), was für die Strategieplanung der Krankenschwestern von Bedeutung gewesen sein mag, aber auch dem eigenen Berufsethos entspricht. So werden die Hungerstreiks mit den Worten kommentiert: „Es gibt einfach keine anderen Methoden, wir sind dazu provoziert. Das ist unsere einzige Waffe. Wir haben keine Schrauben, wir haben keine Fäuste, wir haben unser Leben und das Leben der Patienten“ („Prosto“ 2). Den Frauen bleibt rationalerweise, das Korsett ihrer Protestformen argumentativ in moralische Stärke zu verwandeln: „Wir, die Krankenschwestern und Hebammen, werden nicht auf Kosten der Patienten kämpfen. Im Gegensatz zur Regierung haben wir unsere Ehre. Und Arbeit für leidende Menschen ist unsere Berufung“ („Prosto“ 10).

Ein zu aggressives, vielleicht gar gewalttätiges Auftreten der protestierenden Frauen hätte Weiblichkeitsvorstellungen verletzt. Damit zusammenhängend durfte nicht der Anschein entstehen, die Krankenschwestern seien egoistisch nur auf die Verbesserung ihrer eigenen (finanziellen) Lage bedacht. Eine weit verbreitete Parole lautete denn auch „Chodźcie z nami, też bédziecie pacjentami!“ (etwa: „Kommt herunter, reiht Euch ein, auch ihr werdet Patienten sein!“) Wie schnell es zu einer Verurteilung kommen kann, zeigte ein sich leicht echauffierender Bericht der *Gazeta Wyborcza* über ein Spital, wo Lohnerhöhungen an Krankenschwestern, die gestreikt hatten, bezahlt wurden, nicht aber an Stationshilfen und Reha-Kräfte. Den gewerkschaft-

lich organisierten Frauen wurde Egoismus vorgeworfen, was niemand bei den Bergleuten oder den Waffenarbeitern aus Radom getan hatte (vgl. *Gazeta Wyborcza* vom 9. Juli 1999).

Die Motive der Proteste und die Selbstbilder sind von diesen Bedingungen gekennzeichnet. Der Zusammenhang zwischen Geschlecht der Protestierenden und dem mangelnden Erfolg und dem mageren Echo bei Regierung und Gesundheitseinrichtungen wird deutlich thematisiert und analysiert, aber er wird (noch) nicht in ein politisches Argument verwandelt. Weil Krankenschwestern keine Bergarbeiter seien, vor denen man sich fürchten muss, würden sie so schlecht behandelt, und: „Wer fürchtet sich in Polen schon vor Frauen? Niemand! Obwohl wir so viele Rollen erfüllen – wir sind Mütter, Ehefrauen, Krankenschwestern – werden wir wie Dreck behandelt“ („Prosto“ 2). So findet der Protest an sich in der Bevölkerung Akzeptanz; diese Akzeptanz ist aber deutlich von Geschlechtsstereotypen geformt.

Geldfluss ohne Kontrollmöglichkeiten

Mit der notwendigen Reform hat sich der polnische Staat formell der Verantwortung für ein modernisierungsbedürftiges und mit schweren strukturellen Mängeln und Disparitäten behaftetes Gesundheitswesen entledigt. Deren Steuerung wurde zwar dezentralisiert, aber die Unterfinanzierung vorerst festgeschrieben. Jadwiga Staniszkis spricht von einer Kommerzialisierung des Staates, der freiwillig und in beschleunigtem Tempo sich selbst seiner verbleibenden Steuerungsinstrumente beraube, sich seiner Verantwortung entziehe und öffentliche Aufgaben an Marktfirmer auslagere. Es gehe dabei sowohl die Kontrolle über immense Geldströme verloren als auch seine Koordinationsfähigkeit (Staniszkis 1999).

Die Protestierenden entließen den Staat aber nicht aus seiner politischen Verantwortung, so dass sich der Staat zu Zugeständnissen gezwungen sah. Für diese Zugeständnisse werden Steuergelder in Bewegung gesetzt, über deren Verwendung aber nicht mehr der Staat, sondern einzelne Krankenkassen und Gesundheitsdirektoren zweckungebunden entscheiden, deren Mehrheit offensichtlich diese Mittel nicht für die Krankenschwestern verwenden. In der Parlamentsdebatte über die Proteste vom 18. Juni 1999 (zitiert nach „Prosto“ 13) brachte der konservative Ex-Premier Jan Olszewski das Problem auf den Punkt: „Es geht um öffentliche Gelder. Für dieses Geld ist die Regierung nicht nur gegenüber den Krankenschwestern verantwortlich. Sie ist vor der ganzen Gesellschaft dafür verantwortlich, vor uns allen, vor uns Steuerzahlern. Diese Gelder, die irgendwie auf dem Weg versickert sind, müssen sich wieder anfinden. Es muss so schnell wie möglich ein entsprechendes Kontrollverfahren durchgeführt werden.“

Blockade-, aber kaum Gestaltungspotential

Als gebranntes Kind¹¹ hielt sich die Gewerkschaft „Solidarność“ bei den Protesten zurück und machte sich die Regierungsargumente zu eigen. Anfang Juli 1999

schlägt das Gesundheitssekretariat der „S“ der Krankenschwestern-Gewerkschaft vor, sie solle sich doch der „S“ anschließen, die seit April (!) mit den Direktoren der einzelnen Gesundheitseinrichtungen über Lohnerhöhungen verhandle (*Rzeczpospolita* 6. Juli 1999). Dieses illustriert die spezifische Position von Gewerkschaften in Polen. Ihr Protest- und Blockadepotential mag groß sein, ihr konkretes Gestaltungspotential gerade auf betrieblicher Ebene tarifliche Übereinkünfte zu erreichen, ist eher gering (vgl. Havlovic/Moore 1997: 275). Gewerkschaften können in einem Betrieb nämlich lediglich die Interessen ihrer Mitglieder, nicht der Belegschaft vertreten. Sie sind bei Fragen der Beschäftigung, Entlohnung und Arbeitszeit zwar zu konsultieren, aber ein Mitbestimmungsorgan wie einen Betriebsrat gibt es in nichtstaatlichen Betrieben nicht. Gewerkschaften können lediglich auf betrieblicher Ebene Tarifverträge schließen, für überbetriebliche Vereinbarungen sind komplizierte hohe Hürden zu nehmen (vgl. Ziemer 1994, Sieg/Pruszczyk 1996, Romer 1996, Muszalski 1999). So versuchte auch die ja mit einem sehr guten Organisationsgrad ausgestattete ZZPiP vor allem, Ergebnisse und Erfolge durch Verhandlungen auf nationalstaatlicher Ebene zu erreichen. Über Erfolge bei betrieblichen Verhandlungen wurde in der Presse zwar immer wieder berichtet, ein Domino-Effekt blieb aber offensichtlich aus. Bedenkt man zusätzlich die großen Funktions- und Finanzprobleme des Gesundheitswesens, so sind die Aussichten für eine grundlegende Verbesserung der Situation der Krankenschwestern eher schlecht.

Auch 11/2 Jahre nach Beginn der Reformen meinen zwei Drittel der PolInnen, das Gesundheitswesen funktioniere schlechter als vorher. 55% sind der Meinung, diese Reform nütze den Menschen nicht. Das ist die schlechteste Bewertung aller im letzten Jahr begonnenen Reformen.

Vereinzelt haben Krankenschwestern in einzelnen Spitälern seit dem Sommer 1999 wieder gestreikt, besetzt und protestiert. Zu einer größeren Protestwelle kam es genauso wenig wie zu einer deutlichen Verbesserung ihrer Situation. Es bleibt gleichwohl Fakt, dass sie mit ihren Protesten Solidarität und Durchhaltevermögen gezeigt und Ansprüche auf Würde und gesellschaftliche Anerkennung angemeldet haben.

Gesine Fuchs ist Wiss. Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.

Literatur

- Bruder, Franziska: Minister an die Arbeit – für nur 500 Zloty, in: „Freitag“, Berlin 1999 (Textfassung der Autorin).
- Centrum Badania Opinii Społecznej [Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung] – Bulletin verfügbar unter <http://www.cbos.pl/> am 1. August 2000.
- CBOS: Cztery reformy w opinii społecznej: poinformowanie i ocena [Die vier Reformen in der öffentlichen Meinung: Informiertheit und Bewertung] – (Falkowska, Macieja) Warszawa Juni 2000.

- CBOS: Stosunek do protestów w służbie zdrowia – (Derczyński, Włodzimierz) Warszawa Februar 1999.
- CBOS: Opinie o strajkach i demonstracjach w obecnej sytuacji kraju [Meinungen über Streiks und Demonstrationen in der gegenwärtigen Situation des Landes] (Wciórka, Bogna) – Warszawa September 1999.
- CBOS: Opinie o protestach pielęgniarek. Akceptacja i ocena skuteczności różnych form protestu [Meinungen über die Krankenschwesternproteste. Akzeptanz und Beurteilung der Wirksamkeit verschiedener Protestformen] – (Wenzel, Michał) – Warszawa Juli 1999.
- Ekiert, Grzegorz; Kubik, Jan: Contentious Politics in New Democracies: Eastern Germany, Hungary, Poland and Slovakia 1989–1993, in: *World Politics* 50, No. 4 (1998), 547–581.
- Götting, Ulrike: Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz, Opladen 1998: Leske + Budrich.
- Havlovic, Stephen J.; Moore, William M.: Workers' Councils, Trade Unions and Industrial Democracy in Poland, in: *Economic and Industrial Democracy*, 1997, 261–287.
- Janicki, Mariusz: No to pogadajmy – Na zapleczu Rz¹du zamontowano rozbudowan¹ aparat¹ do negocjacji [Na, dann reden wir – im Hintergrund installiert die Regierung einen ausgebauten Verhandlungsapparat], in: *Polityka* No. 8 (2000), S. 26–27.
- Knieps, Franz: Transformationsprozesse im Gesundheitswesen – Die Einführung einer sozialen Krankenversicherung in Polen, in: *Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht* 12, No. 1 (1998), 11–20.
- Lemke, Christiane: Protestverhalten in Transformationsgesellschaften, in: *PVS* 38, No. 1 (1997), 50–78.
- Long, Kristi S.: We all fought for freedom: women in Poland's solidarity movement. Boulder 1996: Westview Press.
- Muszalski, Wojciech: *Prawo Socjalne 99*, Warszawa 1999: Wydawnictwo Naukowe PWN.
- Prosto z Brackiej – Biuletyn protestujących pielęgniarek i położnych przed gmachem MPiPS [Direkt aus der Bracka-Straße – Bulletin der vor dem Sozialministerium protestierenden Krankenschwestern und Hebammen], Nr. 1–14, Warszawa 1999: Mai – Juli.
- Romer, Teresa: Changes in the Polish Labor Code of 2 June 1996, Warszawa 1996, <http://www.ceeerc.uw.edu.pl/wwwpages/Romer.htm>, verfügbar am 3. Februar 2000.
- Rzeczpospolita – Archiv erreichbar unter <http://arch.rp.pl>.
- Sieg, Rainer; Prujarczyk, Maciej: *Arbeitsrecht in Polen*, München 1996: Rehm.
- Staniszki, Jadwiga: Komercjalizacja państwa [Die Kommerzialisierung des Staates], in: *Rzeczpospolita* vom 17. Juli 1999.
- Ziemiński, Klaus: Polens Gewerkschaften auf der Suche nach ihrem Platz im postsozialistischen System, in: *Industrielle Beziehungen* 1, No. 3 (1994), 239–260.
- ihre alltägliche Leben und ihre bisher erfüllte Sexualität nicht mehr möglich waren. Der amputierende Arzt zeigte keinerlei Unrechtsbewusstsein. Die Schaffung von Öffentlichkeit über solche weit verbreiteten Praktiken könnte ein erster Ansatz zur Selbsthilfe werden.
- ³ Hierbei lagen, anders als etwa bei der Arbeitsmarktpolitik, keine eindeutigen Reformziele oder -modelle vor und beratende internationale Organisationen waren sich uneins. Götting resümiert, die Einbeziehung der Leistungsanbieter habe die gesundheitspolitische Steuerung erschwert, da diese in der Debatte v.a. Einkommens- und Beschäftigungsinteressen vertreten hätten. Strukturkonservative Kräfte in Ministerien und Sozialversicherungsanstalt fürchteten bei einer Dezentralisierung um Finanzkontrolle und Macht. Vgl. Götting 1998: 213.
- ⁴ Eine Verrechnung von Notfällen zwischen den Krankenkassen ist zwar vorgesehen, funktioniert aber nur mangelhaft. Es tauchen immer wieder dementsprechende Berichte in der Presse auf; so starb im Sommer ein Herzinfarktpatient, weil der nächstgelegene Rettungswagen aus der Nachbarwojewództwa nicht ausrückte und es eine Stunde dauerte, bis ein von der richtigen Krankenkasse kontaktierter eintraf.
- ⁵ Die größte kommt Ende Juni, vgl. „Prosto“ Nr. 12.
- ⁶ Diese hat einen Soliaufruf auch via Internet in ein frankophones Krankenschwesternnetz gegeben und an Krankenschwestern in Belgien, GB, Italien, Albanien, Bulgarien. Eine Erklärung wird auch dem NGO-Forum bei der Parlamentarischen Frauengruppe zur Annahme vorgelegt. Neben ausbleibenden Soliadressen (vom Hauptvorstand der Polnischen Frauenliga aus kann man auf das Zeltlager vor dem Arbeitsministerium blicken, aber keine Transparent erschien dort) ist das Fehlen irgendwelcher Frauengruppen auf beiden Demonstrationen m. E. ein Zeichen dafür, dass nicht von einer polnischen Frauenbewegung gesprochen werden kann, sondern eher von einem „Milieu der Frauenorganisationen“. Erstere würde einen mehr oder weniger großen „Dunstkreis“ von aktivierbaren Personen voraussetzen, letztere ist zahlenmäßig zu klein und zu sehr mit eigenen, wichtigen Aufgaben beschäftigt.
- ⁷ Vgl. Long 1996: 115. Sie erwähnt die Besetzung des Wappensaals des Danziger Rathauses durch Krankenschwestern 1980. Interessanterweise kommt es 1999 zu einer Kontroverse zwischen zwei damaligen Aktivistinnen: Krystyna Sienkiewicz, Vizegesundheitsministerin unter Mazowiecki, sieht eine Konstante zu den jetzigen Protesten: „Auch damals ging es um Würde“. Alina Pieńkowska, weiterhin in der Solidarność gewerkschaftlich aktiv, sieht prinzipielle Unterschiede. Damals hätten sie um Freiheit gekämpft, die heute verwirklicht sei.
- ⁸ Historische Erklärungsfaktoren für Protestformen werden für Polen auch von systematischen Studien bestätigt, vgl. Ekiert/Kubik 1998.
- ⁹ Im Juni 1999 akzeptierten die PolInnen Unterschriftensammlungen zu 74%, Streiks zu 55%, Demonstrationen zu 45%, Besetzung öffentlicher Gebäude zu 30%, Straßenblockaden zu 25%.
- ¹⁰ Im September glaubten 64% der Bevölkerung an eine Verschärfung der Konflikte. 44% gegenüber 26% im August 1996 meinten, nur mit Streiks könne man etwas in der gegenwärtigen Situation erreichen.
- ¹¹ 1993 hatte „S“ Streiks in Bildungs- und Gesundheitswesen mit einem Misstrauensvotum gegen die Regierung unterstützen wollen. Das endete in einem klassischen Eigentor. Suchocka wurde gestürzt und bei den folgenden Neuwahlen gewannen die Postkommunisten. Vgl. Ziemiński 1994: 251.

¹ Vgl. *Rzeczpospolita* vom 1. Juni 1999.

² Für die Arbeitsbeziehungen vgl. *Gazeta Wyborcza* vom 18. Juni 1999. Immer wieder lösen Schilderungen unglaublicher Vorgänge öffentliche Empörung und Solidaritätsbekundungen aus. Emilia Niewolska berichtete im *Magazyn* der *Gazeta Wyborcza* („Wyrok na m¹ godność babsk¹“ – Urteil über meine Weibwürde, 10. Juni 1999), wie sie mit einem Gebärmuttervorfall einen Gynäkologen aufsuchte und sie in der Folge bei drei Operationen so verstümmelt wurde, dass

Der Wiederaufbau des Barock und die nationale Renaissance. Die Ukraine feiert die Wiederherstellung des Michaelsklosters – Identität aus der Gemeinschaft im Leiden

von Gerhard Gnauck, Warschau

„In dieser großen Stadt, die das Haupt des Königreiches ist, gibt es mehr als vierhundert Kirchen und acht Märkte.“ Thietmar von Merseburg, der mittelalterliche Chronist, mag in seinen Erinnerungen an Kiew übertrieben haben. Vielleicht hat er aus der Ferne vierhundert Kirchtürme gezählt und vergessen, wie viele Türme ein Gotteshaus haben kann. Doch der Anblick der Hauptstadt des Kiewer Reiches, die damals mit 40.000 Einwohnern eine der größten Städte Europas war, muss prächtig gewesen sein. Im 13. Jahrhundert, mit dem Mongolensturm, erlitt die Pracht erste Einbußen. Ihren niedrigsten Stand erreichte die Zahl der Türme unter Stalin. 65 Prozent aller Kirchen der Ukraine, hat ein Historiker errechnet, wurden vor Beginn des Zweiten Weltkriegs zerstört oder zweckentfremdet. Den Synagogen des Landes erging es ebenso.

Ende Mai hat Kiew jedoch acht golden funkelnde Türme wiedergewonnen. Die nicht einmal aus Ruinen, sondern wirklich aus dem Nichts erstandene Michaelskirche wurde nach drei Jahren Bauzeit eingeweiht. Die Kirche und die sie umgebende Klosteranlage waren unter Stalin von einer „wissenschaftlichen“ Kommission wegen der Mischung der Baustile, wie sie über die Jahrhunderte nun einmal zu Stande kommt, zu einem Baudenkmal minderer Qualität erklärt worden. 1935/36 wurde die Anlage zerstört, um einem Regierungsgebäude der damaligen Sowjetrepublik Platz zu machen, das dann nur zur Hälfte fertiggestellt wurde. So ragt heute gleich neben dem Kloster die mit klobigen Säulen bewehrte Fassade des ukrainischen Außenministeriums in den Himmel. Ein elefantengraues Ungetüm, dem man nur wünschen kann, die bewaldete Anhöhe hinabzustürzen und in den Fluten des Dnjepr zu versinken.

Der Wiederaufbau des Klosters dagegen, das größte Aufbauprojekt dieser Art seit dem Ende der Sowjetunion, soll nach dem Willen der Stadt- und der Staatsführung ein „Fundament für die Renaissance der Ukraine“ liefern. Mit insgesamt 782 Quadratmetern vergoldeter Flächen beschließt das Kloster, ein Werk des verspielten ukrainischen Barock, den Italiener wie Rastrelli mit geprägt haben, die Achse der Wolodymyr-Straße. Wer vor ihm steht und sich umdreht, sieht wie in einer Spiegelung gegenüber die Silhouette der Sophienkathedrale. Auch dort ein wuchtiger Glockenturm und vergoldete Turmhauben, aber strengere Formen und statt Himmelblau ein sattes Grün. Zusammen mit dem berühmten Höhlenkloster, der Wiege der ostslawischen Klosterkultur, verfügt die Stadt jetzt über drei Kirchenburgen dieser Art, deren Geschichte bis ins elfte Jahrhundert zurückgeht.

Wird der Altar des Gotteshauses jetzt auch zum Altar des Vaterlands? Wenigstens das architektonische Skelett der nationalen Tradition musste nicht neu erfunden, es musste nur wieder hergestellt werden. Doch hier endet auch schon die Eindeutigkeit. In der Ukraine, einem zwischen Ost und West ausgespannten, nach Tradition und Orientierung noch suchenden Land, taugt die Religion nicht als Ersatzidentität. Gleich drei orthodoxe Kirchen streiten zwischen den Karpaten und dem Don um die Seelen. Ein Patriarch sitzt in Kiew, der zweite in Moskau, der dritte in Amerika, doch sein Büro hat er just auf dem Gelände des Michaelsklosters, das eigentlich dem Kiewer Patriarchen untersteht. Zwei weitere Kirchen, die römisch-katholische und die unierte, sind dem Papst unterstellt. Die Kiewer Regierung stützt das Kiewer Patriarchat, um eine Art Staatskirche vorweisen zu können.

Wenn nicht die Konfession, taugt vielleicht die Sprache den 50 Millionen Bürgern als einigendes Band? Elf Millionen Staatsbürger, vor allem im Osten und Süden des Landes, sind Russen, im Westen leben Polen, Rumänen und Ungarn, auf der Krim Tataren. Russisch mag als lingua franca dienen, die Staatssprache kann sie nicht sein. Dagegen entfaltet das Ukrainische, vom Russischen etwa so weit entfernt wie das Niederländische vom Deutschen, nicht genügend Attraktivität, um integrieren zu können.

Der Publizist Mykola Rjabschuk hält das Dilemma für nicht auflösbar: „Ich fürchte eine Kreolen-Kultur. Weder geht es zurück nach Spanien, noch wird es eine Indio-Kultur geben.“ Im benachbarten, autoritär regierten und von Sowjetnostalgie geprägten Weißrussland hätten, so Rjabschuk, die Kreolen gesiegt. In der Ukraine sieht er – noch – eine „Doppelherrschaft“ von russischer und ukrainischer Kultur, zwei Boxern gleich, die im Ring umeinander kreisen.

Die Vielfalt der Kulturen, Konfessionen und Traditionen müsste jedoch, so mag es scheinen, den Humus für eine multikulturelle Gesellschaft bieten, die nur von einem politischen Nationsbegriff überwölbt wird. Mit den Worten „Leben und leben lassen“ überschrieb vor fünf Jahren der Historiker Ernst Lüdemann seinen Abriss des ukrainischen Kulturlebens. Er lobte, dass es „keinen Kulturkampf gegen den großen Bruder“, gegen Russland und die Russen gebe. Bosnien brennt, das Kosovo steht in Flammen, doch in der Ukraine, dem nach Russland größten Land Europas, leiden die Nationalitäten still und einträchtig nebeneinander her.

Diese Sichtweise war sicher berechtigt. Doch das Bild hat Risse bekommen. An dem selben Tag, an dem in Kiew Präsident, Premier und Geistlichkeit die Michaelskirche ein-

weithen, starb in Lemberg (Lwiw), der Hochburg der ukrainischen Nationalbewegung, der Liedermacher Ihor Bilosir. Er war zuvor in einem Café von russisch sprechenden Gästen angegriffen und verletzt worden, die russische, nicht ukrainische Lieder hören wollten. Der Vorfall hatte sich in der Nacht zum 9. Mai ereignet, am „Tag des Sieges“, der die Ukraine Jahr für Jahr in Sowjetpatrioten und Antikommunisten teilt. Zehntausende begleiteten den Trauerzug zum berühmten Lytschakiwskij-Friedhof. Ukrainer demolierten als Rache ein anderes Café, in dem russisch gesungen wurde. Das Moskauer Außenministerium sandte eine Protestnote wegen „antirussischer Eskapaden“.

Die negative Integration über ein Feindbild funktioniert besser als die über ein positives Selbstverständnis. „Unser Staat hat keine Vision, was für ein Staat er sein will“, stellt der Kiewer Politologe Mykola Tomenko fest. „Weder die politischen noch die kulturellen Eliten haben uns gesagt, worin unsere Andersartigkeit und Einzigartigkeit liegt.“

Wenn es eine nationale Einzigartigkeit der Ukraine gibt, dann das Auserwähltsein zum Leiden. In der Michaelskirche zeigt ein Fresko auf dunklem Hintergrund Totenschädel. Schlangelinien, großen Würmern, Blitzen (oder radioaktiven Strahlen?) gleich, kommen aus ihren Augenhöhlen. Die Schädel sollen, wie eine Plastik links vor dem Glockenturm, an die Hungersnot der 30er Jahre erinnern, die Stalin zumindest billigend in Kauf genommen hatte. Nur im Angesicht von Hunger und Terror waren alle Bürger gleich. Nur aus dieser Erinnerung kann eine gemeinsame Identität entstehen.

Dr. Gerhard Gnauck berichtet als Warschauer Korrespondent der „Welt“ über Polen, die Ukraine und Weißrussland.

Achtung!

Unsere Internet-Adresse
hat sich geändert.

Sie finden uns jetzt unter
<http://www.oei.fu-berlin.de>

Schauen Sie mal rein!

Internet: <http://www.berlin-verlag.de>

Dagmara Jajęśniak-Quast, Katarzyna Stokfosa
Geteilte Städte an Oder und Neiße

Frankfurt (Oder) – Stubice, Guben – Gubin
und Görlitz – Zgorzelec 1945–1995
2000, 250 S., kart., 40,- DM, 350,- ÖS, 44,50 Sfr
ISBN 3-87061-808-6

Milan Milošević

Die Parteienlandschaft Serbiens

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
2000, 109 S., kart., 24,- DM, 175,- ÖS, 22,- Sfr
ISBN 3-8305-0059-9

Claudie Brosta

**Der vertragliche Erwerb
von Grundeigentum in Tschechien**

Eine Untersuchung unter Berücksichtigung
des deutschen und des österreichischen Rechts
2000, 236 S., kart., 58,- DM, 423,- ÖS, 53,- Sfr
ISBN 3-8305-0083-1

Karina Pallagst

**Raumordnung
der Tschechischen Republik**

Mittel- und Osteuropa vor dem Hintergrund
europäischer Raumordnungsbestrebungen
2000, 212 S., kart., 48,- DM, 350,- ÖS, 44,50 Sfr
ISBN 3-8305-0077-7

Wendelin Ettmayer

Estland

Der Aufbruch nach Europa
1999, 169 S., kart., 49,- DM, 358,- ÖS, 45,50 Sfr
ISBN 3-87061-840-X

Wendelin Ettmayer

Finnland

Ein Volk im Wandel
1999, 299 S., kart., 54,50 DM, 398,- ÖS, 49,50 Sfr
ISBN 3-8305-0051-3

Dörte Putensen

Im Konfliktfeld zwischen Ost und West

Finnland, der Kalte Krieg und die deutsche Frage
(1947–1973)
2000, 459 S., kart., 74,- DM, 540,- ÖS, 67,50 Sfr
ISBN 3-8305-0054-8

Osmo Jussila, Seppo Hentilä, Jukka Nevakivi

**Vom Großfürstentum
zur Europäischen Union**

Politische Geschichte Finnlands seit 1809
1999, 415 S., kart., 49,- DM, 358,- ÖS, 45,50 Sfr
ISBN 3-87061-833-7



BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH
Pacelliallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030/84 17 70-0
E-Mail: berlin.verlag.spitz@online.de

Wirtschaftliche Entwicklung lebensnotwendig für Bosnien-Herzegovina

von Marcel van den Heuvel, Amsterdam

Am 23. und 24. Mai diesen Jahres kamen die Mitglieder des *Peace Implementation Council* und die Führer Bosnien-Herzegovinas in Brüssel zusammen, um den Fortschritt und die Entwicklung des Landes zu diskutieren. Der *council* unterzeichnete den Plan des *High Representative* zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Entwicklung, zur Beschleunigung der Rückkehr der Flüchtlinge und zur Verstärkung der *common institutions*.

Anfang diesen Jahres beendete ich meinen Auftrag zur Unterstützung des bosnischen Ministeriums für Außenhandel und Wirtschaftliche Beziehungen bei der Entwicklung einer Handels- und Investitionspolitik. Dieses Projekt, welches die Gründung einer entsprechenden Vertretung zum Ziel hatte, wurde 1996 ins Leben gerufen und gipfelte in einem geschulten Team bosnischer Mitarbeiter, konzeptioneller Gesetzgebung und einer funktionstüchtigen Behörde. Leider fehlte es jedoch an struktureller Finanzierung sowie der Bereitschaft, die erforderliche Gesetzgebung zu implementieren und das Projekt auch tatsächlich in Gang zu setzen. Verantwortlich dafür sind die bosnische Innenpolitik und die chaotische Finanzierungsstruktur der Europäischen Kommission. Es ist denn auch mit Entsetzen festzustellen, dass im Jahr 2000 die wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung noch immer die höchste Priorität genießt. Die Berichterstattung des *council* ließ mich an einen Artikel denken, den ich vor einigen Jahren für die niederländische Zeitung *NRC Handelsblad* schrieb: In den vergangenen Jahren hat sich in Bosnien-Herzegovina wenig verändert.

In vielen Ländern hat sich die Diskussion um Hilfe für Bosnien-Herzegovina von neuem entfacht an dem Unvermögen der Kroaten, Serben und Moslems, eindeutige Absprachen zu treffen, welche das Land Bosnien-Herzegovina dringend nötig hat. Macht es eigentlich noch Sinn, so viel Energie in ein Land zu stecken, dessen Zukunft so unsicher ist?

Alle wissen, dass die internationale Truppenmacht (SFOR) nicht ewig bleiben kann. Obwohl über die Dauer des Mandats spekuliert wird, ist sich die internationale Gemeinschaft darüber im klaren, dass die Anwesenheit von Truppen während der nächsten Jahre weiterhin unumgänglich ist. Gleichzeitig muss durch die Einführung einer soliden Politik und eines Wirtschaftssystems eine alternative Garantie für den Frieden entwickelt werden. Wirtschaftliche Integration zwischen den Entitäten untereinander und Verstärkung der Verbindung zur internationalen Wirtschaft sind die einzige Möglichkeit, um zu einem dauerhaften Frieden in dieser Region zu gelangen. Bemerkenswerterweise ist festzustellen, dass diese Beobachtung auch von den Kroaten, Serben und Moslems geteilt wird. Ohne Zusam-

menarbeit existiert keine wirtschaftliche Zukunft für die Republiken des ehemaligen Jugoslawien. Und auch wenn es Generationen dauern wird, bevor der Konflikt aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden ist, ist es die heutige Generation, die mit dem Aufbau einer dauerhaften Politik und eines wirtschaftlichen Systems beginnen muss.

Es bestehen meines Erachtens zwei Erwägungen, die in dieser Diskussion von Bedeutung sind. An erster Stelle steht, dass internationale Hilfe weiterhin wünschenswert ist. Nicht, dass diese meiner Meinung nach zur Diskussion stünde, doch stellt sich die Frage, ob die vielen Millionen tatsächlich auf die effektivstmögliche Weise eingesetzt werden. In der Vergangenheit hat die Unterstützung Bosnien-Herzegovinas im Zeichen der Aushilfe und des Wiederaufbaus gestanden. Hierdurch wurde Menschen geholfen und ein Beitrag zum Wiederaufbau der Infrastruktur geleistet. Der Schaden ist enorm und wird derzeit mit 10–15 Milliarden US-Dollar veranschlagt; auf der ersten Spenderkonferenz, die am 12. April 1999 in Brüssel abgehalten wurde, bezifferte die Weltbank für die kommenden Jahre einen sofortigen Bedarf in Höhe von 5 Milliarden US-Dollar. Tatsache ist auch, dass momentan für die Durchführung überfälliger Instandsetzungsarbeiten viel Geld ausgegeben wird, die nicht durch den Krieg, sondern durch jahrelange Verwahrlosung verursacht worden sind.

Daneben besteht ein immenser Bedarf an Entwicklung der staatlichen Instanzen. Derzeit ist der Mangel an Wissen, Gesetzgebung und Führung die maßgebliche Ursache für eine schlecht funktionierende Staatswirtschaft. Die Zurückhaltung der Entitäten erschwert die Arbeit für den Staat zusätzlich. Darüber hinaus wird das qualitativ gute Personal durch die internationale Gemeinschaft abgeworben, welche Einkommen anbietet, die 3–5mal höher als die vom Staat bezahlten sind. Diese Faktoren tragen zu einem mäßig bis schlecht funktionierenden Beamtenapparat und zunehmender Korruption bei. Neben politischen Beweggründen sind für die Behinderungen, welchen die internationale Gemeinschaft begegnet, möglicherweise noch wichtigere Erklärungen zu finden. In den vergangenen Jahren hat der Einsatz von Spendengeldern einzig bedeutenden Politikern und Unternehmern der verschiedenen Entitäten neu erworbenen Reichtum und politische Macht eingebracht. Positionen wurden erreicht, die niemand ohne weiteres aufgeben wollen wird.

Die Niederlande sind ein großzügiger Geldgeber, seit 1996 werden jährlich 255 Millionen Gulden zur Verfügung gestellt und kürzlich wurden der Region 500 Millionen Gulden pro Jahr in Aussicht gestellt. Die Hilfe, die unser Land bereit stellt, fällt vornehmlich in die Kategorie Aushilfe, Wiederaufbau und Mitfinanzierung von Projekten der

Weltbank und der übrigen multinationalen Organisationen. Wie wichtig diese Hilfe auch ist, sie trägt nur in geringem Maße zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und zur Verbesserung des Lebensstandards bei. Und das, obwohl die Existenz Bosnien-Herzegovinas in den kommenden Jahren mit dieser Entwicklung steht und fällt.

Es steht nicht gut um Bosnien-Herzegovina. Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert, die Arbeitslosigkeit ist enorm hoch und mit der Aushaltung der (gezwungenermaßen) zurückkehrenden Flüchtlinge wird die Lage nicht einfacher. Das durchschnittliche Einkommen liegt noch unter 400 DM pro Monat und die Arbeitslosigkeit bei 42,5% (Quelle: OHR/Juni 2000). Das Ausbleiben nennenswerter ausländischer Direktinvestitionen spielt der Wirtschaft einen Streich. 1998 wurden ca. 635 Joint-ventures gegründet, aber nur in 5% aller Fälle ging es dabei um substantielle Joint-ventures. Europäische Unternehmen nehmen eine abwartende Haltung in Bezug auf Bosnien-Herzegovina ein. Paradoxerweise besteht gleichwohl genügend Interesse seitens der (internationalen) Wirtschaft. Leider scheint das Investieren in andere Wachstumsländer wie Polen, die Tschechische Republik oder Ungarn anziehender und einfacher zu sein. Das Interesse ausländischer Unternehmen bezieht sich hauptsächlich auf die Submissionen der Weltbank, Europäischen Union etc.

Nur mit Mühe sind europäische Betriebe dazu zu bewegen, ernsthaft nach Investitionsmöglichkeiten in Bosnien-Herzegovina zu suchen. Informationen über Gelegenheiten, Partner, staatliche Submissionen (Weltbank, EBRD etc.) sowie Gesetzgebung und Regulierungen scheinen begehrt, sind aber schwer zu erhalten. Andererseits besteht ein großes Bedürfnis nach Informationen dieser Art. Im Zeitraum von 1997 bis 1999 war es möglich, sie über das Bosnische Ministerium für Ausländischen Handel und Wirtschaftliche Beziehungen sowie eine provisorisch eingerichtete Vertretung zu beziehen. In diesem Zusammenhang hat sich die niederländische Regierung bemüht, zusammen mit der bosnischen Regierung ein *one-stop-one* einzurichten. Letztlich musste dieses Projekt mit europäischen Geldern strukturell finanziert werden. Allerdings wird diese Initiative durch die Bürokratie der Europäischen Kommission behindert.

Im Jahre 1998 wurde unter der Leitung des OHR ein Leitplan veröffentlicht, welcher die Gründung einer *Foreign Trade and Investment Agency* befürwortete. Es hat bis Anfang dieses Jahres gedauert, bis die Europäische Kommission den Plan übernahm. Voller Entsetzen muss man feststellen, dass heute eine Kopie des niederländischen Projekts auf dem Submissionswege verdingt wird. Dies um so mehr, als die *terms of reference* vom Unterzeichneten stammen. Positiv ist allerdings zu verzeichnen, dass dadurch – auch wenn es vier Jahre gedauert hat – ein struktureller Beitrag zur tatsächlichen Förderung des Außenhandels und der Investitionen erbracht wird. Falsch ist hingegen die Ansicht, dass es inzwischen mehr als einer derartigen Vertretung bedarf, um ausländische Investoren umzustimmen.

Andererseits bestehen noch immer ernsthafte Probleme, die die ausländischen Investoren entmutigen. Die politische Lage ist noch immer alles andere als klar. Nationale Politiker sägen sich gegenseitig die Äste ab, auf denen sie sitzen. Kroaten, Serben und Moslems vereiteln jede Überlegung, die der Vereinbarung von Dayton zum Erfolg verhelfen könnte. Und obschon Wahlen nahen, scheint die Opposition keinen Fuß auf den Boden zu kriegen. Vielmehr bietet die schlechte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung keine Zukunftsperspektiven und treibt sie in die Arme der nationalistischen Parteien. Die durch die internationale Gemeinschaft beabsichtigte Integration und Zusammenarbeit bleibt aus und so mancher beginnt sich offen zu fragen, ob Bosnien-Herzegovina als souveräner Staat überhaupt noch eine Existenzberechtigung hat. Und das ist eine besorgniserregende Entwicklung. Der Kosovo hat ein deutlich abweisendes Signal gegeben an diejenigen Betriebe, die sich dem Balkan zögerlich zugewendet haben. Die scheinbar unantastbare Position des serbischen Präsidenten Milosović ist denn auch nicht gerade eine Werbung für die Region.

Eine mögliche Lösung dieser Schwierigkeiten liegt in der zusätzlichen Unterstützung des internationalen Wirtschaftslebens durch das Zusammenführen von Partnern (*match-making*), die Eröffnung neuer Finanzierungsmöglichkeiten sowie Qualitätssteigerung. Die internationale Gemeinschaft muss die Initiative ergreifen, um die an sich aussichtslose Lage positiv zu beeinflussen. Der niederländische Premier Wim Kok hielt anlässlich der Marshallplan-Gedächtnisfeier vor einigen Jahren ein Plädoyer für private Investitionen in Osteuropa und betonte die Notwendigkeit, auf diese Weise modernes Management, technisches Wissen und Kapitalfluss in die Region zu bringen. Dies impliziert ein *hands-on-Vorgehen*, für das es in Bosnien-Herzegovina jedoch im Moment kein Know-how gibt. Während jeder Spenderkonferenz für Bosnien-Herzegovina wird die wirtschaftliche Entwicklung und Steigerung des Lebensstandards in Bosnien-Herzegovina betont: das Verstärken von Investitionen, wodurch wiederum Arbeitsplätze entstehen und Wachstum angekurbelt wird. Die These ist dagegen, dass Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum Vertrauen und Glaube in die Zukunft bringen, welche sich in einem pluriformen politischen System widerspiegeln. Tatsächlich geschieht hier derzeit nur wenig und verfällt auch der letzte *council* allein in erbauliche Worte.

Wie wichtig und notwendig Aushilfe und Wiederaufbau auch sind, Bosnien-Herzegovina kann als selbständiger Staat nur dann überleben, wenn die Bevölkerung einsieht, dass Friede wirtschaftlichen Wohlstand bringt und nur darin eine hoffnungsvolle Zukunft liegt. Das bedeutet nicht, dass sich der Akzent der ausländischen Hilfe verschieben muss in Richtung Verstärken und Fördern von Investitionen und damit Arbeitsplätzen. Es ist vielmehr lebensnotwendig, dass hierzu ein Instrumentarium geschaffen wird.

Insgesamt macht es gleichwohl Sinn, Geld und Wissen in den Staat Bosnien-Herzegovina zu investieren. Das Land

hat allerdings mehr nötig als Geld von Spenderländern und internationalen Organisationen. Ausländische Investitionen und *institution building* sind im Moment wichtiger denn je, nur dürfen sie nicht auf das Produzieren von „Papiertigern“ beschränkt bleiben. Es ist auch nicht ausreichend, eine Vertretung zur Bereitstellung von Informationen über die internationale Wirtschaft ins Leben zu rufen. Inzwischen ist es vielmehr an der Zeit, aktiv eine wirtschaftliche Entwicklungsgesellschaft einzuführen, welche mit Hilfe eines modernen Apparats, bosnische Partner in technischer (Management-)Hinsicht begleiten, Exportkredite zur Verfügung stellen und *match-making*-Projekte initiieren kann. Die Lebensfähigkeit Bosnien-Herzegovinas steht und fällt mit dem Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Niederlande und die Europäische Kommission müs-

sen die Initiative ergreifen und ihr Augenmerk auf vereinte Hilfe legen, auf Maßarbeit. Nur wenn sich die Wirtschaft vergegenwärtigt, dass sich in Bosnien-Herzegovina Geld verdienen lässt, entsteht dort ein wirkliches Interesse. Es ist jedoch weiter erforderlich, Voraussetzungen an diese Form vereinter Hilfe zu knüpfen, so dass tatsächlich Investitionen stattfinden und die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien-Herzegovina angekurbelt wird. Nur dann hat das Land ein Daseinsrecht und kann der Friede bestehen bleiben.

Übersetzung aus dem Niederländischen: Dr. Birgit Reuter

Marcel van den Heuvel ist Wirtschaftsberater, 1996–1998 arbeitete er als Berater des Ministers für Außenhandel und Wirtschaftliche Beziehungen in Bosnien-Herzegovina.

Das Mediengesetz 1998 – Ein Ausschnitt aus der Unrechtslandschaft Serbiens¹

von *Vladimir V. Vodinelac*, Belgrad

*Es ist das Zeitalter des Rechtsstaates.
Ich aber lebe in Serbien.*

I.

Einst als Teil des zweiten Jugoslawien für seine hohe Verfassungsdynamik weltbekannt (alle zehn Jahre wurde das Grundgesetz erneuert oder umfassend geändert), ist Serbien heute als Symbol des dritten Jugoslawien wenig bekannt für seine Missachtung der Verfassung oder gar Verfassungslosigkeit². Seit einem Jahrzehnt gibt es in Serbien weder eine neue Verfassung noch eine Verfassungsänderung, praktisch gibt es überhaupt keine Verfassung.

Mit unerträglicher Sorglosigkeit verstoßen die Herrschenden immer wieder gegen die geltende serbische Verfassung von 1990 (weiter: VS³)⁴. Obwohl ihrer Grundrechte vielfach beraubt, verteidigen die Bürger weder ihre Rechte noch die Verfassung oder allenfalls in Ausnahmefällen (wie etwa während der dreimonatigen Proteste in den Jahren 1996–1997 gegen Wahlfälschungen). Die Verfassung ist weitgehend schutzlos; auf Verfassungsverstöße reagiert das Verfassungsgericht nicht oder allenfalls im Schnecken-tempo.^{5,6} Die Verfassung Serbiens ihrerseits steht nicht im Einklang mit der jugoslawischen Bundesverfassung von 1992 (weiter: BV⁷). Alle Fristen für die Anpassung der Verfassung und Gesetze der Teilrepublik an die Bundesverfassung sind seit 1994 fruchtlos verstrichen.⁸

In der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts wurden mehrere juristisch mangelhafte Gesetze verabschiedet und bestehende Gesetze verschlechtert. Da ohne Gesetze regiert wird, ist die Qualität der Gesetze ohnehin unerheblich. In der zweiten Hälfte, insbesondere nach der erfolglosen Beendigung der Bürgerproteste in den Jahren 1996–97 und der

darauffolgenden Stabilisierung der Macht, sind Gesetze entstanden, die auf die Zerstörung derjenigen Institutionen gerichtet sind, die für eine offene Gesellschaft wesentlich sind: So, wie sich das Hochschulgesetz vom Mai 1998 gegen die Freiheit der Universitäten richtet,⁹ ist das Mediengesetz¹⁰ vom 20. Okt. 1998 in Wahrheit ein Anti-Mediengesetz. Diese gegen die Errungenschaften der Zivilisation verstoßenden Gesetze – von den regierenden Politikern und Hofjuristen zynisch als modern und europäisch propagiert – werden mit Begeisterung angewandt (VI).¹¹

II.

Das Mediengesetz Serbiens von 1998 ist ein Musterbeispiel für „Anti-Recht“ und mutet wie ein Versuch der Regierung an, in das Guinnessbuch der Rekorde zu gelangen: Wie viel Unrecht kann doch in einen einzigen Gesetzesakt gepresst werden mit dem Anschein und unter dem Namen des Gesetzes!

Das Gesetz verstößt gegen sämtliche Rechtsquellen: gegen die völkerrechtlichen Regeln und internationalen Konventionen¹², gegen die Verfassungen Serbiens und des Bundes und nicht zuletzt gegen die Bundesgesetze¹³. Die Medienfreiheit ist in mehrfacher Hinsicht verletzt, sowohl als institutionelle als auch individuelle Garantie. Die äußere (gegen den Staat gerichtete), die materielle (Informationsbeschaffung und -veröffentlichung) und die formelle (bezüglich der für die Tätigkeit notwendigen Mittel) Freiheit sind verletzt; die innere (die im Mediensektor tätige Personen betreffende) Freiheit ist ebenfalls nicht gewährleistet. Das Gesetz ist sowohl in seinen dekretierten Bestimmungen verfassungswidrig als auch insoweit, als darin Normen fehlen, die zur Verwirklichung der Grundrechte

notwendig sind. Die Auslassungen des Gesetzes (III.) sind allerdings weniger gravierend als die geschriebenen Bestimmungen (IV. und V.).

III.

Das Mediengesetz weist folgende Mängel auf:

- der Zugang zu Informationen, über die die Regierung verfügt, ist nicht gesichert;
- es kennt kein Diskriminierungsverbot für die Regierung;
- es kennt kein Teilnahmerecht an öffentlichen Veranstaltungen;
- es kennt keinen Vertraulichkeitsschutz bezüglich journalistischer Informationsquellen;
- es gibt keinen Schutz für mittelbare Verletzungen der Medienfreiheit;
- dem Gesetz ist die interne Medienfreiheit nicht vertraut;
- die Unabhängigkeit der Redaktion vom Eigentümer oder der Schutz des Journalisten gegenüber den Redakteuren bleibt unerwähnt.

IV.

Die Freiheit der Medien (Art. 36 BV, Art. 46 VS) wird in mehrfacher Hinsicht verletzt. Dies betrifft den Informationsgehalt, die Programmorientierung und die Freiheit der Information ohne vorherige Genehmigung durch die Regierung. Darüber hinaus ist die Medienfreiheit dem Persönlichkeitsschutz zum Opfer gefallen. Illustrationen:

Inländische Medien dürfen politische Fernseh- und Rundfunksendungen ausländischer Fernseh- und Rundfunkorganisationen nicht ausstrahlen, deren Begründer ausländische Regierungen oder ihre Organisationen sind. Ausgenommen sind nur diejenigen Sendungen, die auf der Grundlage der durch zwischenstaatliche Verträge festgestellten Reziprozität ausgestrahlt werden (Art. 27). Abgesehen davon, dass solche Verträge nicht existieren, sind die Beschränkungen der Medienfreiheit ohnehin nicht den Bedingungen von Art. 38 BV, Art. 46 VS und Art. 19 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte entsprechend entstanden: Sie dienen keinem der in diesem angeführten fünf legitimen Zwecke, sind nicht im Kriegszustand erlassen und überschreiten das notwendige Maß.

Das Gesetz verbietet die Veröffentlichung unwahrer und unvollständiger Informationen (Art. 4 Abs. 1). Die Veröffentlichung unwahrer Information gilt als Missbrauch der Medienfreiheit (Art. 4 Abs. 2). Die sorgfältige Prüfung der Wahrheit von Informationen vor deren Veröffentlichung durch die Journalisten befreit diese nicht von ordnungswidrigkeitenrechtlicher Haftung; zusätzlich gilt die Unwahrheitsvermutung, und die Medien tragen die Beweislast, dass die Information wahr ist (Art. 72 Abs. 8).

Bild- und Tonaufnahmen und persönliche Briefe dürfen nicht ohne Zustimmung veröffentlicht werden (Art. 55–

60). Da keine Ausnahmen bekannt sind, wie z.B. im Hinblick auf Beiwerk oder Personen der Zeitgeschichte, ist die Freiheit der Information in unzählig vielen Fällen einer gerechtfertigten Veröffentlichung ausgeschaltet. Damit hat das Gesetz – jenseits jeder praktischen Konkordanz mit der Medienfreiheit – ein unbeschränktes Persönlichkeitsrecht eingeführt. Serbien ist damit zum Land mit dem absoluten, totalen und weltweit umfangreichsten ordnungswidrigkeitenrechtlichen Persönlichkeitsschutz (Art. 69) avanciert.

Medienorganisationen dürfen nicht ohne vorherige Genehmigung des zuständigen Ministeriums mit ihrer Informationstätigkeit beginnen: vor der Eintragung in das Medienregister des Ministeriums ist diese verboten und wird ordnungswidrigkeitenrechtlich geahndet (Art. 70 Abs. 3). Der Eintrag im Medienregister dient nicht nur der Transparenz der rechtlich relevanten Fakten, sondern unter anderem auch der staatlichen Kontrolle der finanziellen Quellen (Art. 15, 23)¹⁴.

V.

Die Übertretung all dieser – ansonsten verfassungswidrigen – und anderer Verbote wird in diesem Gesetz als Ordnungswidrigkeit sanktioniert. Aus dem ordnungswidrigkeitenrechtlichen Abschnitt des Gesetzes (Art. 67ff.), der früher nicht besonders interessant war, ist diesmal – zusammen mit den Gesetzesbestimmungen, welche die Medienfreiheit unmittelbar angreifen – ein positiver Zentralpunkt der Repression geworden.

Auf der „Opferliste“ des ordnungswidrigkeitenrechtlichen Abschnitts befinden sich neben der Medienfreiheit noch mindestens

- das Grundrecht auf Verteidigung und einen Verteidiger;¹⁵
- das Grundrecht auf Beschwerde und juristische Nachprüfung des Urteils;¹⁶
- das Prinzip der staatlichen Gewaltenteilung;¹⁷
- das Recht auf Menschenwürde;¹⁸
- die Eigentumsgarantie¹⁹

Die materiell- (a), prozess- (b) und organisationsrechtlichen (c) Bestimmungen vereinigen sich bei dieser Fronarbeit. Illustrationen:

(a) Einige bisherige Straftaten gelten nun als Ordnungswidrigkeiten, ohne als Straftaten abgeschafft worden zu sein: So waren z.B. üble Nachrede, Verleumdung, Verletzung der Privatsphäre u.a. bisher unter Strafe gestellt und bleiben dies weiterhin (Art. 92 u.a. des Bundesstrafgesetzes), sind nun aber unter dem Sammelbegriff der „Verletzung der Persönlichkeitsrechte“ zusätzlich Ordnungswidrigkeiten geworden (Art. 61). Aufruf zur gewaltsamen Zerstörung der verfassungsmäßig verankerten Ordnung, zur Verletzung der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit Serbiens und Jugoslawiens (Art. 114 Bundesstrafgesetz) waren und sind noch immer Straftaten, sind

jetzt aber zusätzlich als Ordnungswidrigkeiten qualifiziert (Art. 67). Von hier ist es nur noch ein Schritt, bis z.B. Diebstahl oder Mord noch ein Gewand der Ordnungswidrigkeit erhält.

Die Strafen für Ordnungswidrigkeiten sind so auffällig überdimensioniert, dass sie praktisch der Liquidation der Medien und langjährigem Berufsverbot für bestrafte Journalisten gleichkommen. Die Höchststrafe für Gründer und Herausgeber hat sich um das 80-fache erhöht (800.000 Dinar gegenüber 10.000 Dinar), für den verantwortlichen Redakteur um das 400-fache (400.000 Dinar gegenüber 1.000 Dinar). Vom Durchschnittseinkommen ausgehend müsste ein Herausgeber/ Mediengründer 62 Jahre, ein verantwortlicher Redakteur 31 Jahre lang arbeiten, um die Strafe bezahlen zu können.

Bei einer Umwandlung der Geld- in eine Haftstrafe (6 Dinar = 1 Tag in Haft) müsste ein Herausgeber/ Gründer für 36,5 Jahre und ein verantwortlicher Redakteur für 18,5 Jahre ins Gefängnis. Übt eine Person beide Berufe zugleich aus, kann das eine lebenslange Haftstrafe bedeuten.²⁰

Die Vernichtung des Verurteilten ist aber mit der Garantie der Menschenwürde unvereinbar.²¹

Der Tatbestand der Ordnungswidrigkeit zieht für ein und dieselbe Tat eine strengere Strafe nach sich als jener der Straftat. Das Strafmaß bezüglich der Verletzung des Persönlichkeitsrechts z.B. liegt als Ordnungswidrigkeit um ein Jahr höher als jenes, das dafür im Strafgesetzbuch vorgesehen ist.²² Die Komplementierung ordnungswidrigkeitenrechtlicher durch strafrechtliche Sanktionen ist grundsätzlich ein diskutierbares Problem.²³ In diesem Fall jedoch verbirgt sich hinter der angeblichen Komplementierung des bestehenden straf- und zivilrechtlichen durch den neueingeführten ordnungswidrigkeitenrechtlichen Persönlichkeitsschutz in Wahrheit dessen Eliminierung: der straf- und zivilrechtliche Schutz der Persönlichkeit ist dadurch sinnlos geworden, dass einerseits dessen mildere Sanktionen durch höhere Bedingungen als die strengere ordnungswidrigkeitenrechtliche Sanktionen gebunden sind, und andererseits ihre Realisierung durch ein Gerichtsverfahren mit normalerweise ungewissem Ausgang im Vergleich zu dem leichter zu absolvierenden ordnungswidrigkeitenrechtlichen Verfahren belastet ist.

(b) Der in dem ordnungswidrigkeitenrechtlichen Abschnitt festgelegten Verfahrenskonzeption nach ist der Angeklagte ein überflüssiges Prozesssubjekt, das im voraus verurteilt ist. Illustrationen:

Der Angeklagte könnte nur unter günstigen Umständen sein Recht auf Verteidigung ausüben. Es ist nicht gesichert, dass der Angeklagte über den Prozess benachrichtigt wird. Eine Vorladung vor das sog. Gericht für Ordnungswidrigkeiten kann beim Arbeitgeber hinterlegt, an die Haustür angeschlagen oder in der Presse veröffentlicht werden; all das ist der Zustellung gleichgestellt (Art. 72 Abs. 3 und 4). Das Strafurteil kann auch ohne Vernehmung des Angeklagten erlassen werden, aus welchen Gründen auch immer der Angeklagte abwesend war (Art. 72

Abs. 6). Der sog. Ordnungswidrigkeitenrichter muss den Prozess ausnahmslos binnen 24 Stunden abschließen, unabhängig davon, ob es um Werk- oder Feiertage geht (Art. 72 Abs. 7), wodurch wahrscheinlich ein Weltrekord in der Geschwindigkeit der Verurteilung aufgestellt wird.

Es wundert deshalb nicht, dass der Text als „rechtsstaatlichen“ Luxus auch Regelungen über die Vorbereitung der Verteidigung enthält. Denn das Grundrecht des Angeklagten auf einen Verteidiger (Art. 29 Abs. 3 BV, Art. 24 Abs. 3 VS) und das gesetzliche Gebot, die Feststellung der für die Verteidigung relevanten Tatsachen zu sichern (Art. 8 des Verwaltungsverfahrensgesetzes Jugoslawiens) werden schon dadurch nicht gewährleistet, dass im Verfahren die Abwesenheit des Verteidigers stets unwichtig ist (Art. 72 Abs. 6). Aber wozu benötigt man auch einen Verteidiger, wenn man keine Verteidigungsmöglichkeit hat?! Erinnert sei hier nur an das Zusammenspiel von Unwahrheitsvermutung und vorgeschriebener Zeitnot.

Das Grundrecht auf Beschwerde und juristische Nachprüfung der Verurteilung (Art. 26 Abs. 2 BV, Art. VS, Art. 14 Abs. 5 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, Art. 29 der Internationalen Paktes über die Gewährleistung des Rechts auf Berufung) ist schon dadurch nicht gewährleistet, dass die Beschwerde keine suspensive Wirkung entfaltet (Art. 72 Abs. 8), und zwar in einem Verfahren wo keinerlei Garantien gegen eine rechtsgrundlose Verurteilung bestehen. Es liegt deshalb in der Logik dieser Konzeption, dass auch die Vorschriften über die Urteilsaushändigung (Art. 73 Abs. 2) dem Verurteilten wenig Chancen einräumen, von der Existenz des Urteils zu erfahren und sein Beschwerderecht ausüben zu können.

Wenn die Strafe binnen 24 Stunden nach Verkündung der ordnungswidrigkeitenrechtlichen Entscheidung nicht beglichen ist (Art. 73), erfolgt im Vollstreckungsverfahren eine Konfiskation des Vermögens, die allerdings nicht als solche bezeichnet wird: Der Entzug des Eigentumsrechts und anderer Vermögensrechte der Medien bzw. der verurteilten Journalisten kann schon auf der Grundlage einer noch nicht rechtskräftigen Entscheidung vorgenommen werden (Artt. 73, 74), was eine Verletzung der Eigentumsgarantie darstellt (Art. 69 Abs. 2 und 3 BV, Art. 56 VS).

(c) Hinsichtlich Handlungen, die Straftatbestände darstellen, sollten ausschließlich die Gerichte zuständig sein. Obwohl im Falle der Verletzung der Informationsfreiheit und des Freiheitsmissbrauchs auch nach dem Mediengesetz ausschließlich die Gerichte zuständig sind (Art. 1 Abs. 3), sind nach demselben Mediengesetz aber dafür die sog. Ordnungswidrigkeitengerichte zuständig (Art. 72), die nur der Bezeichnung nach Gerichte sind. In Wirklichkeit aber sind sie Verwaltungsorgane, und die sog. Ordnungswidrigkeitenrichter sind keine Richter, sondern Beamte, die von der Regierung direkt ernannt und des Amtes enthoben werden. Die Rechtsprechung von Verwaltungsorganen in Strafsachen im Sinne des Strafgesetzbuches ist mit der in der Verfassung kodifizierten Gewaltenteilung

nicht vereinbar (Art. 9 BV, Art 9 VS). Es ist aber repräsentativ für das gegenwärtige Serbien, einem von der Exekutive beherrschten, nicht verfassungsgemäßen Staat: Die Regierung hat das Gesetz produziert. Das Parlament, das lange schon nur als Abstimmungsmaschine der Regierung funktioniert, hat es über Nacht verabschiedet, und die sog. Ordnungswidrigkeitenrichter, die abhängigen Regierungsbeamten haben es gehorsam umgesetzt.

Alles in allem, mit Hilfe materiell-, prozess- und organisationsrechtlicher Bestimmungen ist ein Mechanismus konstruiert, der als unerbittliches Schreckenpendel funktioniert, das auf Turbo-Geschwindigkeit eingestellt ist und vor dem für die Zielmedien keine Möglichkeiten des Ausweichens bestehen.

VI.

Bei der Schaffung dieses Gesetzes hatte auf beiden Seiten der politischen Front Serbiens niemand einen Zweifel daran, bei welcher Zielgruppe dieses Unglück bringende Produkt der pervertierten juristischen Imagination Angst, sogar Existenzangst hervorrufen sollte. Vorrangiges Ziel ist die Einschüchterung der unabhängigen Medien. Falls sie doch sprechen, dann greift Plan Nr. 2, ihre Ausschaltung mittels des Strafrechts.

Nach Inkrafttreten des teilrepublikanischen Gesetzes sagte Herr Bundespräsident Milošević: „Das Gesetz hat einige äußerst milde Mittel des Schutzes der Wahrheit und der Würde des Landes und seiner Bürger eingeführt“, und gab seinen Eindruck bekannt: „Die Anwendung des Gesetzes ist ziemlich schwach“²⁴. Milde Mittel – schwache Anwendung. De gustibus non est disputandi – lassen wir deshalb ein paar Tatsachen der „schwachen“ Anwendung der „milden“ Gesetzmittel sprechen:

Schon in den ersten zwei Monaten nach den Inkrafttreten des Mediengesetzes haben die sog. Ordnungswidrigkeitengerichte mehr als 8 Mio. Dinar oder 1,2 Mio. DM, und im folgenden Jahr weitere 2,4 Mio. DM eingenommen. Bis Mai 2000 haben sie 29,56 Mio. Dinar erhoben.²⁵ Damit sind diese sog. Gerichte zu den profitabelsten Staatsunternehmen der verdorbenen Wirtschaft Serbiens avanciert. Gleichzeitig sind von ehemals sieben unabhängigen Belgrader Tageszeitungen nur noch drei am Leben, und von 1.100 Mitgliedern der Unabhängigen Assoziation der Journalisten Serbiens (NUNS) seit Inkrafttreten des Gesetzes 70% arbeitslos geworden.²⁶

Wie dieses Anti-Mediengesetz und seine diskriminierende Anwendung (die Befreiung oder mildere Bestrafung der Regimemedien)²⁷ nur ein Ausschnitt aus der Unrechtslandschaft Serbiens sind, so sind sie nur eins aus der reichen Palette der missbrauchten juristischen Mittel, die die Herrscher in Serbien im Kampf gegen unabhängige Medien routiniert anwenden: Vorenthalten oder Entziehung der Frequenznutzungsgenehmigung für unabhängige elektronische Medien, Vorenthalten der Einfuhrgenehmigung für stets defizitäres Druckpapier, Wiederverstaatlichung der

einst privatisierten Medienunternehmen und Druckereien, Betätigungsverbote vonseiten der Finanzpolizei, Strafprozesse gegen Journalisten, vielzählige und regelmäßige polizeiliche Vernehmungen von Journalisten usw.²⁸ Der Maulkorb für die unabhängigen Medien und Journalisten ist aus den pervertierten Rechtsinstituten und der pervertierten Anwendung von Rechtsinstituten dicht gewebt.

Vladimir V. Vodinelic war Univ.-Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Belgrad. Seit seiner politisch motivierten Entlassung ist er als Gastforscher an der FU Berlin tätig.

¹ Referat, gehalten auf dem X. Osteuropa-Symposium „Osteuropa und Europa“ am 30. Juni 2000 am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin.

² In deutschen osteuroparechtlichen Zeitschriften gibt es ein offensichtliches Defizit an Aufsätzen zu Rechtsordnung und -leben in Serbien.

³ Ustav Republike Srbije [Verfassung der Republik Serbien] vom 28. Sept. 1990, in: Službeni glasnik Republike Srbije (Gesetzesblatt) Nr. 1/1990; dt. Übersetzung in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Verfassungen Mittel- und Osteuropas, Berlin 1999, S. 820ff. und in: Peter Häberle (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 45, 1997, S. 253 ff.

⁴ Analysen zur Verfassungswidrigkeit zahlreicher Gesetze, Vorschriften und Regierungsakten in: Zoran Ivošević (Red.), Kriza i obnova prava [Krise und Wiederaufbau des Rechts], hrsg. vom Centar za unapredjivanje pravnih studija [Zentrum zur Förderung der Rechtsstudien], Belgrad 1999, 220 Seiten und in: Kosta Ćavoški (Red.), Ustavnost i vladavina prava [Verfassungsmäßigkeit und Rechtsstaat], hrsg. vom Centar za unapredjivanje pravnih studija [Zentrum zur Förderung der Rechtsstudien], Belgrad 2000, 494 Seiten.

⁵ Vgl. Marijana Pajvančević, Ogledi o kršenju ustava [Die Versuche über die Verfassungswidrigkeiten], in: Kosta Ćavoški (Red.), a.a.O., S. 255 u. 285 ff.

⁶ Der Präsident des Verfassungsgerichts Serbiens ist zwar kein Jurist, wohl aber ein Parteigänger.

⁷ Ustav Savezne Republike Jugoslavije [Verfassung der Bundesrepublik Jugoslawien] vom 27. April 1992, in: Službeni list Savezne Republike Jugoslavije (Gesetzesblatt) Nr. 1/1992; dt. Übersetzung in: Georg Brunner (Hrsg.), Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Staaten Osteuropas (VSO), Bd. 2, Berlin; engl. Übersetzung in: Peter Häberle, a.a.O., S. 270ff.

⁸ Vgl. Marijana Pajvančević, a.a.O., S. 261 ff. (bez. der Inkongruenz der Verfassung Serbiens mit der Bundesverfassung), S. 268ff. (bez. der Suspension der Bundesverfassung durch die Änderungen des Verfassungsdurchführungsgesetzes), S.283ff. (bez. das serbische Regieren mittels Verordnungen als Form des Verstoßes gegen die Bundesverfassung).

⁹ Die Deutsche Hochschulrektorenkonferenz, die Humboldt-Stiftung, die DFG, die Max-Planck-Gesellschaft, der DAAD u.a. haben diesbezüglich mehrfach ihren Protest geäußert. Das Gesetz bildete die Grundlage für eine politische Säuberungsaktion an den serbischen Universitäten. Vgl. dazu die Beiträge in: Sociologija, Vol. XL (1998), No. 4, Beograd und in: Defence

- of the University, Beogradski krug [Belgrade Circle] No. 3–4 (1997), No. 1–2 (1998).
- ¹⁰ Zakon o javnom informisanju, Službeni glasnik Republike Srbije (Gesetzesblatt), Nr. 36/1998; engl. Übersetzung im Internet unter <http://www.freeb92.net/media/legalrepression>. – Das Gesetz trat bereits am Tag seiner Verkündung am 21. Oktober 1998 in Kraft (Art. 76), obwohl in der legislativen Prozedur kein Grund für das Inkrafttreten vor Auslaufen der Frist von acht Tagen ab der Verkündung festgestellt wurde (Art. 116 BV, Art. 120 VS).
- ¹¹ Zur einheimischen juristischen Kritik des Mediengesetzes und seiner Anwendungspraxis vgl. Vladimir V. Vodinelia/ Vladimir Djeria/ Saša Gajin/ Dušan Stojkovic/Miloš •ivkovic. Pravo medija [Medienrecht], Beograd 1998, S. 299 und Vladimir V. Vodinelia, Šta je neustavno u Zakonu o javnom informisanju [Was ist verfassungswidrig im Mediengesetz], in: Zoran Ivoševia (Red.), a.a.O., S. 75ff. – Zur Kritik ausländischer Juristen vgl. im Internet unter <http://www.freeb92.net/media/legalrepression>.
- ¹² Die Regeln und Konventionen sind Bestandteil der einheimischen Rechtsordnung (Art. 16, Abs. 2 BV).
- ¹³ Die teilrepublikanischen Gesetze müssen mit der Bundesverfassung und den Bundesgesetzen konform sein (Art. 115 BV).
- ¹⁴ In der Praxis hat das Ministerium schon früher die Registrierung in eine Genehmigung verwandelt, vgl. dazu Miloš •ivkovic, in: V. V. Vodinelia u.a., Pravo medija, a.a.O., S. 37ff.
- ¹⁵ Art. 29 BV, Art. 24 VS, Art. 14 Abs. 3 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte
- ¹⁶ Art. 26 Abs. 2 BV, Art. VS, Art. 14 Abs. 5 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte.
- ¹⁷ Art. 9 BV, Art. 9 VS.
- ¹⁸ Art. 22 Abs. 2 und 25 BV, Art. 26 VS.
- ¹⁹ Art. 69 Abs. 2 und 3 BV, Art. 56 VS.
- ²⁰ Siehe auch Nezavisno udruženje novinara Srbije – NUNS [Assoziation der unabhängigen Journalisten Serbiens]: Mediji u Srbiji – Dosije o represiji [Medien in Serbien – Dossier über die Repression], Nr. 1 (Januar–Februar), Beograd 2000, S. 9; Kosta Āavoški, Navodno zajemēenje slobode javnih glasila zarad njenog ukidanja [Angebliche Gewährleistung der Medienfreiheit zwecks ihrer Aufhebung], in: Kosta Āavoški (Red.), Ustavnost, a.a.O., S. 41f.
- ²¹ Art. 22 Abs. 2 und 25 BV, Art. 26 VS, Art. 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Art. 7 des Internationalen Paktes über das Verbot der unmenschlichen Sanktionen. Vgl. Vladimir V. Vodinelia, Pravo na ljudsko dostojanstvo [Das Recht auf Menschenwürde], Zbornik Pravnog fakulteta u Zagrebu [Sammelband der Juristischen Fakultät in Zagreb], Supplementband zu Nr. 5–6 (1989), S. 713ff.
- ²² Vgl. Anm. 20.
- ²³ Vgl. z.B. Christian Kirchner, Komplementierung zivilrechtlicher und ordnungswidrigkeitenrechtlicher durch strafrechtliche Sanktionen, in: C. Ott/H.–B. Schäfer (Hrsg.), Die Präventivwirkung zivil- und strafrechtlicher Sanktionen (Beiträge zum VI. Travemünder Symposium zur ökonomischen Analyse des Rechts vom 25.–28. März 1998), Tübingen 1999, S. 108ff.
- ²⁴ Im Interview der Regierungszeitung „Politika“ (Belgrad) für die Neujahrsnummer 2000.
- ²⁵ Nezavisno udruženje novinara Srbije – NUNS (Assoziation der unabhängigen Journalisten Serbiens): Mediji u Srbiji – Dosije o represiji (Medien in Serbien – Dossier über Repression) Nr. 1 (Januar–Februar) 2000 S. 6ff, 9ff., 21f., Nr. 2 (März–April) 2000 S. 5f, 22ff., Nr. 3 (Mai) 2000 S. 2, 25ff.
- ²⁶ Helsinki Komitee für Menschenrechte in Serbien: Izveštaj o pojačanoj represiji u Srbiji (Bericht über die verstärkte Repression in Serbien), Belgrad 1999, S. 13 (Strafrechtliche Verfolgung der Journalisten und Liquidierung der Medien).
- ²⁷ Die gegen diese selten verhängten Strafen enden im Staatshaushalt, aus dem die Regimemedien ohnehin finanziert werden.
- ²⁸ Eine aktuelle Chronologie und Schilderung von Fällen findet sich in den Publikationen der Assoziation der unabhängigen Journalisten Serbiens: Medien in Serbien – Dossier über Repression (serbisch) (Anm.18), im Internet unter <http://www.nuns.org.yu/doc/dosije> abrufbar, und auf der Web-Site der Assoziation der unabhängigen Medien (Asocijacija nezavisnih medija – ANEM), <http://www.anem.opennet.org> (in englischer Sprache) bzw. <http://www.freeb92.net/media/repression>.

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts!

<http://www.oei.fu-berlin.de>

Hier erfahren Sie mehr über die Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen unserer MitarbeiterInnen, Veranstaltungstermine, osteuropabezogene Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und andere Publikationen des OEI.

Learning Citizenship. Remarks about the Beginning of Studying Civics in 19th Century Romanian School

von Mirela-Luminita Murgescu, Bukarest

In spite of the fact that educating its subjects/citizen in an appropriate way has been one of the early concerns of the modern state, in the 19th century Romanian schools civic education did not have a clear cut place as an education discipline. It became an independent discipline in the curricula only after World War I.

Civic values as part of religious education

During the 19th century civic values were taught mainly in the framework of other disciplines, such as geography, history, and reading/literature.¹ Yet, throughout most of the 19th century, the discipline which contributed most to the civic education of the pupils was catechism (religious education).² Besides specific themes, the religious education was expected to teach the pupils responsibility towards God, towards themselves and towards the Fatherland. The paramount and diversified importance assigned to religious education explains why the first textbook competition organized by the Wallachian School Administration in 1833 was that for writing an appropriate catechism to be used in the elementary schools.³ The competition was won by the catechism schoolbook written by the historian Aaron Florian⁴. His textbook has been a bestseller for more than half a century, having been published with only minimal changes in 28 editions till 1889.

Not only the textbook written by Aaron Florian, but also all other textbooks used in the Romanian schools during the first part of the 19th century provided a behaviour model based on Christian values: pupils were taught to fulfil their religious deeds and to integrate in the Orthodox community, "to behave merrily towards all other people, piously, forgiving, to provide the hungry, to dress the nude, to help the ill"⁵. Being a good Christian was thought to be a basic element of a good citizen. The schoolbooks insisted on the connection of religious, civic, and political affiliation. The pupils were taught to obey five sacred authorities: "towards God, towards the Fatherland and the mastery, towards those who have born them, towards the moral parents, i.e. the old priests and teachers"⁶. Thus, Christian morality included "patriotism" and subordination towards the "mastery". Aaron Florian's catechism is most explicit in this point: "The duties of the subjects toward the mastery are paramount: because after God, here on earth the mastery cares for the welfare and happiness of all people (...) the mastery makes and maintains the peace in the country (...). The mastery defends our life, our fortune and any thing from enemies and malefactors"⁷. In this paternalist system, the pupil was taught that it was his duty to "honour the mastery, to obey to it, to be faithful to

it second towards God, because from it come all improvements in a country"⁸; of course, this means from a practical point of view "to fulfil without objection all orders the mastery issues through its dignitaries"⁹. It meant also to show to the state dignitaries "deep respect and obedience"; and whenever "it would happen to meet such a dignitary, they [the pupils] should uncover their head from far away, and when coming nearer they should greet by bowing their head"¹⁰.

Although the political system changed dramatically during the mid-19th century – in 1866 there was enacted a liberal constitution, which insisted on the civic rights and freedoms – the schoolbooks continued for a long time to teach the same values as during the first part of the 19th century. Aaron Florian's textbook is symptomatic. The new editions published in the 1860s and 1870s included only minor changes, which did not alter its basic concept. Even in the late 1870s the schoolbook taught about "the duties of the subjects towards the mastery"; only in the 1880s "mastery" was replaced by "government" and "authorities", but this terminological change was not supported by a more substantial adjustment. The individual continued to be considered a subject, and not a citizen who pays taxes for a state which should accordingly serve him. On the contrary, in the framework of this paternalistic relationship, the pupils were taught that the subjects should be happy when paying the contributions towards the state and pray to God to keep the mastery "in peace and quietness in order to make the subjects happy"¹¹.

Contributions of other disciplines to the paternalistic model

The model provided by the catechism schoolbooks was strengthened by the messages delivered by other disciplines. For example, during reading lessons the pupils were taught that "the greatest crime is that made by those who plot against the Prince mastering the state, or who agrees with the enemies of the Fatherland against it. The same punishment is deserved by those who publicly defame, stand against the laws and the orders of the mastery, mock them, or dare even to tear and to dirty the writings including them, and which are displayed on the streets and on public buildings"¹². The main idea was that "each good citizen gladly obeys to the laws and pays the contributions demanded by the state because these are for the welfare of all"¹³.

This paternalistic model was strengthened by the devotion exercises towards the ruling prince. In fact, these adulation exercises even amplified after 1866, when the political elites agreed that the foreign prince Carol I was needed to

strengthen the modern Romanian state. Therefore, from the beginning of the new reign, the school administration insisted that the youth should be happy that the prince has saved the fatherland, and remember that in 1866 they had received prizes from "the first Romanian monarch, from the famous house of Hohenzollern"¹⁴.

Characteristic for the mood after 1866 is the case of I. P. Eliade, who published a pedagogical schoolbook for the future teachers. For such a selected audience, Eliade insisted that the pupils should be taught "to obey the laws", because "the laws are identical with the Fatherland; they are made by the country by means of those who represent it. The respect for the laws and magistrates should be planted deep and early in the hearts of the youth, so that it should become their second nature"; yet, despite acknowledging the new constitutional state order of Romania after 1866, I. P. Eliade insisted on the same page that teachers should not separate "the august name of the Prince from the sacred image of the Fatherland. The Prince is the representant of the Fatherland, or better said he is the personified Fatherland"¹⁵. Assaulted by such instructions, and used to singing twice each week hymns for the prince and his wife¹⁶, it is obvious that the future teachers did not perceive clearly that there had occurred a major change in the political system of the country, and that being a citizen of a constitutional monarchy, where civic rights were enforced by the constitution, was different from being the subject of an autocratic ruler. If the teachers were unclear about such an issue, one might wonder whether the elementary school pupils – most of them living in traditional villages and having illiterate parents – perceived such a difference.

Civic education and the paternalistic political system

It is obvious that this setting of the civic education provided in elementary schools was connected with the paternalistic political system prevailing in the Romanian Principalities before 1859, and in the modern Romanian state, even after the enforcement of the liberal constitution from 1866. While the censitary vote system assigned a subordinate role for most of the population, the elementary school was designed to teach the peasant children that their main virtue was to obey the state and the ruling class. One could learn about rights and constitutional freedoms in the secondary school, but (or because?) most of the peasant children had almost no chance to reach this education stage.

Towards the end of the century the readers began to include passages from the Constitution, and to mention the civic rights together with the duties of each citizen. In fact, for the new generation of teachers and schoolbook authors, the constitutional system was the normal political system, and not just an unsure innovation. Moreover, events like the 1907 peasant rebellion and World War I made it clear that the social and political system had to be changed in

favour of the peasants. Yet, such ideas found a difficult way into the conservative setting of Romanian elementary education. One had to wait until the interwar period for the introduction of civics as a special discipline in the curriculum, and even this did not guarantee a change in the real teaching of civic values.

Therefore, our inquiry which has begun with the study of 19th century civic education will have to be extended to the first half of the 20th century, in order to investigate the tension between the new political framework and the already established tradition of a paternalistic civic education, which nurtured the authoritarian expectations of a large part of the Romanian interwar society.

Dr. Mirela-Luminita Murgescu ist Hochschuldozentin an der Fakultät für Geschichtswissenschaften der Universität Bukarest.

¹ See my analysis: Mirela-Luminita Murgescu: Între "bunul crestin si bravul român". Rolul scolii primare în construirea identitatii nationale românești (1831–1878), Iași 1999.

² Mirela-Luminita Murgescu: Behaviour Models and Collective Identities in the Orthodox Catechism textbooks used in the Romanian Elementary Schools (19th Century), in: Maria Craciun, Ovidiu Ghitta (eds.): Church and Society in Central and Eastern Europe, Cluj-Napoca 1998, p. 254–265.

³ V. A. Urechia: Istoria scolilor de la 1800-1864, vol. I, Bucuresti 1892, p.250.

⁴ Aaron Florian: Catihismul omului crestin, moral si sotial, Bucuresti 1834, 102p.

⁵ Catihis sau invatatura pe scurt a credintei ortodoxe pentru invatatura tinerimii de clasa a II-a rurala si clasa a IV-a rurala, hrsg. von T. Codrescu und D. Gusti, Iași 1859, p. 134.

⁶ Dimitrie Jianu: Mentor sau abecedar, Sibiu 1836, p. 49.

⁷ Aaron Florian: Catehism, p. 88.

⁸ Ibidem, p. 89.

⁹ Catehism elementar al religiei crestine dupa marturisirea dreptcredincioasei Biserici a Rasaritului, Bucuresti 1846, p. 59.

¹⁰ Alexandru Petrovici: Regule scolastice si morale cu câteva rugaciuni de scoala pentru trebuinta scolilor nationale din Printipatul României, Craiova 1850, p. 23.

¹¹ Aaron Florian, Catehism 1834, p. 91. Identical text in all following editions.

¹² Fr. Philip Wilmsen: Prietenul tinerimii. (Romanian Edition by G. Melidon), Iași 1856m p. 283.

¹³ Carte de citire. Partea a III-a pentru clasa a IV-a, Bucuresti 1876, p. 4.

¹⁴ "Buletinul Instructiunii Publice", July 1866, p. 580.

¹⁵ I. P. Eliade: Elemente de pedagogie si metodologie teoretica si practica, Bucuresti 1869, p. 352.

¹⁶ "Anuarul Scolii Normale Carol I", Bucuresti 1870.

Cyberfeministische Strategien in Russland. Vorstellung eines online-Projektes im Rahmen einer Magistrahausearbeit

von *Andrea Hapke und Andrea Jana Korb, Berlin*

”Cyberfeminism is an ideological speculation which serves us as a browser for viewing and navigating through current cultural changes and historical heritages. A good thing about the label is that it is a provocation, makes emotional noise, conceptual mess. It is a fake ideological interface. Cyberfeminism is a useful term to feminist philosophy for its radical impact on body and technology theories“ (Alla Mitrofanova 1998).

In den Diskursen um den postsowjetischen Raum wurden ähnliche Metaphern verwendet wie in denen um den globalen virtuellen Raum des Internets. *New frontier* und *tabula rasa* sind nur zwei Begriffe, die das Interesse an diesen beiden Räumen und die Hoffnungen der globalisierten Wirtschaft wie auch der staatlichen und nicht-staatlichen Politik auf gesellschaftliche und kulturelle Transformationen widerspiegeln.

Doch ist die Vorstellung, das Alte einfach ausradieren zu können (*tabula rasa*), genauso eine Illusion wie die Annahme eines ungeprägten neuen Raums (*new frontier*).

Dies zeigen z.B. die Erfahrungen der feministischen Bewegungen im Internet wie auch im postsowjetischen Raum, die die Hoffnung auf eine einfache und schnelle gesellschaftliche Veränderung, z.B. im Hinblick auf Geschlechterhierarchien, bald aufgeben mussten. Trotzdem entwickeln Feministinnen und Cyberfeministinnen weltweit in Auseinandersetzung mit diesen neuen alten Räumen vielfältige Strategien und Handlungsansätze.

In unserer Auseinandersetzung mit (cyber)feministischen Strategien in Russland stellt sich für uns zunächst die Frage nach einer Vergleichbarkeit bzw. dem Verhältnis dieser verschiedenen Räume.

Inwieweit ist das Internet ein realer Raum, der nicht losgelöst von gesellschaftlichen Diskursen und Bildern funktioniert? Inwieweit ist der postsowjetische Raum ein diskursiv erzeugter, ein symbolischer, ein Repräsentationsraum?

Von diesen Fragen ausgehend, wobei wir immer wieder an die unentscheidbare Grenze zwischen „realen“ und „virtuellen“ Räumen stoßen, interessiert uns vor allem die Frage nach der Frau bzw. den Frauen. So wollen wir verschiedene cyberfeministische Ansätze daraufhin befragen, was Cyberfeminismus mit (den) Frauen in Russland zu tun hat.

Das ist unsere Ausgangsfrage für eine online-Konversation mit einigen russischen Cyberfeministinnen und Feministinnen, die das Internet gebrauchen. Diese im Oktober beginnenden Gespräche veröffentlichen wir auf russisch, deutsch und englisch in unserem Netz-Projekt, wo auch andere die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. So wollen wir ein interaktives Forum schaffen, das wir als cyberfeministischen Beitrag verstehen, mit dem Anspruch, die diskursiven Räume des Cyberspace und der ehemaligen Sowjetunion zu entmystifizieren.

Andrea Hapke und Andrea Jana Korb sind Studentinnen der Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Die Website ist zu finden unter <http://userpage.fu-berlin.de/~brat/cyberfemin.html>, mit den Gesprächen, einem Diskussionsforum, einer ausführlichen Literatur- und Linkliste und Ideen zu unserer Magisterhausarbeit.

Die Themenbände der „Wieser Enzyklopädie des europäischen Ostens“

von *Dagmar Gramshammer-Hohl und Robert Pichler, Graz*

Das Institut für Geschichte der Universität Klagenfurt hat in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Südosteuropäische Geschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz und dem Klagenfurter Wieser-Verlag das Projekt der „Wieser Enzyklopädie des europäischen Ostens“ (WEEO) initiiert. Diese will sich in einer historisch-anthropologischen Perspektive mit Geschichte und Kultur Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas auseinandersetzen und dabei

allen Zeitabschnitten von der Frühgeschichte bis zur Gegenwart gerecht werden. Die Enzyklopädie ist so angelegt, dass sie aus drei Abteilungen besteht: einer ersten, neun Bände umfassenden Abteilung, die alphabetisch nach Stichworten gegliedert ist und in der länder- und epochenübergreifende Dachartikel im Vordergrund stehen sollen. Deren Herausgeber ist Univ.-Prof. Günther Hödl (Klagenfurt). Abteilung 1 wird ergänzt durch ein von Prof. Miloš

Okuka (München) herausgegebenes „Lexikon der Sprachen des europäischen Ostens“, das bereits in Kürze erscheinen wird. Eine zweite, sechs Bände umfassende Abteilung ist als zusammenhängende Darstellung konzipiert und soll in der Folge näher vorgestellt werden. Die dritte, von Univ.-Prof. Günther Hödl und Univ.-Prof. Karl Kaser (Graz) herausgegebene Abteilung umfasst drei Bände und ergänzt mit ausgewähltem Quellenmaterial die beiden ersten.

Karl Kaser hat mit den AutorInnen dieses Beitrags die Konzeption und Herausgabe der zweiten Abteilung der WEEO, der sogenannten „Themenbibliothek“ übernommen. Deren Ziel ist es, sich in einem transdisziplinären Zugang mit ausgewählten Schwerpunktthemen aus Geschichte und Kultur des europäischen Ostens zu beschäftigen und dabei dessen Bedeutung im Kontext gesamt-europäischer Geschichte herauszustrichen.

Inhaltliche Konzeption

Im Mittelpunkt der Darstellung soll der Mensch mit seinen grundlegenden Erfahrungen, Ausdrucksweisen und Tätigkeiten stehen – nicht abstrakte Gebilde und Strukturen, die die Menschen, die in und mit diesen Strukturen leben, verschwinden lassen. Diese Zugewandene hat Auswirkungen auf die Form der Darstellung. So verzichten die sechs Bände der Themenbibliothek auf die herkömmliche Gliederung nach Epochen, die sich ohnehin an westeuropäischen historiographischen Bedürfnissen orientiert. Im Vordergrund steht vielmehr die Fragestellung, das Thema, mit seiner jeweils spezifischen historischen Dynamik.

Der **erste Band** stellt gewissermaßen einen Einstieg in die Szenerie dar. Hier soll allerdings der Eindruck vermieden werden, mit der slawischen Landnahme würde die Geschichte des europäischen Ostens beginnen, weshalb verstärkt zu berücksichtigen sein wird, dass die Zuwanderer 1) auf einheimische Bevölkerung gestoßen sind, womit ein Bogen zur vor-slawischen Zeit in mehr oder weniger ausgeprägter historischer Tiefe gespannt wird, und dass sie 2) nicht nur auf autochthone Kulturen trafen, sondern sich auch auf die ökologischen Bedingungen einstellen mussten; damit ist eine Geschichte der Interdependenz von Naturraum und Mensch angesprochen.

Der **zweite Band** wird sich mit der Gestaltung des Öffentlichen und des Politischen auseinandersetzen. Über die Zeiten hinweg wurde eine breite Palette an politischen Strukturen und Herrschaftsformen ausgebildet. Es wird um die Analyse dieser Strukturen und ihrer jeweiligen Herrschaftsinstrumente (wie rechtliche Institutionen, Armee und Verwaltung) gehen. Den staatlichen Organisationsformen müssen vor- und nicht-staatliche Formen von „Herrschaft“ gegenübergestellt werden. Die verschiedenen Sphären von Öffentlichkeit werden zu vergleichen und in ihren Wechselbeziehungen zu untersuchen sein; und immer werden wir uns die Frage stellen müssen, welche Formen der Selbst-Inszenierung in Zeit und Raum diese

Öffentlichkeiten wählen, in welcher Gestalt sie dem Subjekt begegnen und wie sie es zum Subjekt, zum Unterworfenen, disziplinieren.

Der **dritte Band** der Themenabteilung widmet sich dem Menschen als ökonomisch aktivem und produzierendem. Die in der Organisation dieser Sphäre sich herausbildenden sozialen und wirtschaftlichen Formen und Strukturen sind zu analysieren. Dabei soll jedoch immer im Vordergrund stehen, wie Menschen auf diese makrohistorischen Strukturkonstellationen reagiert haben. Es wird daher vor allem auf Formen der Arbeitsorganisation, auf die Verknüpfung von Arbeit und Lebenswelt einzugehen und besonderes Augenmerk darauf zu richten sein, was „Arbeit“ für die Menschen jeweils bedeutet, welchem historischen Bedeutungswandel sie unterliegt.

Der **vierte Themenband** ist dem Individuum und der Gemeinschaft gewidmet, wobei die Frage im Mittelpunkt stehen soll, wie diese sich wechselseitig beeinflussen und konstituieren und welche Formen der Interaktion sie ausbilden. In diesem Band werden menschliche Elementarerfahrungen thematisiert werden, die das Ich und seine Beziehung zu anderen betreffen: das Individuum und seine Einbettung in einen gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhang, oder genauer: in viele kulturelle und subkulturelle Zusammenhänge; Familie, Verwandtschaft, Generationen- und Geschlechterbeziehungen; der historische Bedeutungswandel von Liebe, Ehe, Sexualität und Erotik. Darüber hinaus werden wir uns mit überverwandtschaftlichen Gruppenbildungen und ihrer Bedeutung für – kollektive und individuelle – Identitätskonstruktionen zu beschäftigen haben. Hier muss der Frage nachgegangen werden, wann sich ein Begriff von „Individualität“ im modernen Sinn herausbildet und was in einer historisch vergleichenden Perspektive überhaupt als individueller Raum, als „Innenraum“ wahrgenommen wird. Und schließlich werden wir uns ganz allgemein damit beschäftigen müssen, welche Bedeutung der/das Fremde als Projektionsfläche für das Selbst, welche Bedeutung Fremdenkonstruktionen sowohl für kollektive als auch für individuelle Identitäten haben.

Der **fünfte Band** der Themenabteilung konzentriert sich auf das weite Feld der Sprache und der Schrift, der Zeichen, Bilder und Symbole und der Geschichte der Kommunikationsvorgänge im Allgemeinen. Die Sprachen des östlichen Europa werden in ihrer gegenwärtigen Verfassung ebenso wie historisch zu beschreiben sein, wobei im einen wie im anderen Fall auf das jeweilige Verhältnis von Volkssprache, Dialekt und Schrift- bzw. Literatursprache Bedacht genommen werden muss. Anschließend daran ist die Frage des Verhältnisses von Mündlichkeit und Schriftlichkeit zu behandeln. Von hier aus wird sich die Darstellung der Literaturen im östlichen Europa bis zur Gegenwart zu entfalten haben, wobei sich diese auf bestimmte Aspekte beschränken wird müssen; besonderes Augenmerk ist dabei auf Wechselbeziehungen und Einflüsse im gesamt-europäischen Kontext zu richten. In die-

sem Band werden wir uns weiteres mit religiöser, nationaler sowie sozialer Symbolik und der Funktion des Symbols in der Kunst zu beschäftigen haben. In diesem Zusammenhang wird auf Bildsymbole, Farben und nicht zuletzt auf die Bedeutung der Zahl einzugehen sein.

Der **sechste Band** wird sich mit den historischen Veränderungen und kulturellen Unterschieden in der Wahrnehmung, Erfahrbarkeit und Repräsentation des Körpers befassen. Wir werden uns mit dem im Laufe der Geschichte sich verändernden Umgang mit dem Körper auseinanderzusetzen haben, mit Verhaltensnormen und dem sich wandelnden Erleben des eigenen sowie des fremden Körpers: Dazu gehören die Vorstellungen vom Leben, Altern und Sterben, Erkrankungen, Sexualität und Begehren, Werte, Normen und Tabus in der Körperpflege und der Ernährung, die Erfahrung von Schmerz und Gewalt und generell das Verhältnis von Körpernorm und Andersheit. Immer wird Bedacht auf die Wechselbeziehung von Körperimagination und Körperwirklichkeit zu nehmen und die „Wirkmächtigkeit“ der Bilder zu betonen sein, weshalb die Repräsentation des Körpers in bildender und darstellender Kunst sowie im Film auch einen wichtigen Abschnitt bilden wird. Doch ebenso wird es um die durch die Massenmedien vermittelte Körperästhetik gehen sowie um den Körper der Wissenschaft, der sich historisch verändert und das Erleben des eigenen Körpers wesentlich mitgestaltet.

Arbeitsweise

Mit dem Anspruch, die Geschichte des europäischen Ostens nicht aus einer westlichen, sondern aus einer gesamteuropäischen Perspektive schreiben zu wollen, stellt sich natürlich die Frage der Definition(en) bzw. der Definierbarkeit von „West-“, „Ost-“ und „Gesamteuropa“ überhaupt. Sie soll an den Beginn des ersten Bandes gestellt werden. Die Themenbände beziehen sich auf den „europäischen Osten“, sie schreiben ihn aber nicht fest. Wir nehmen davon Abstand, klare Grenzen zu ziehen, sondern möchten diese Grenzen vielmehr in Frage stellen und zeigen, wie relativ diese sind. Mit der Methode des Vergleichs sollen unterschiedliche Entwicklungsverläufe sichtbar gemacht und erklärt werden, wobei die vergleichende Perspektive gesamt- und ebenso außereuropäische Prozesse zu berücksichtigen hat. Das bedeutet konkret, dass es immer von dem zu behandelnden Themenfeld abhängen wird, welcher territoriale Rahmen jeweils ins Blickfeld rückt.

Es ist offensichtlich, dass den AutorInnen der Themenbände damit sehr viel abverlangt wird: Für eine solche Form der Darstellung ist es einerseits erforderlich, das gesamte östliche Europa zu überblicken, was eine einzelne Forscherin, ein einzelner Forscher unter Umständen nicht leisten kann; und andererseits wird es notwendig sein, der Versuchung zu widerstehen, die heterogene Geschichte des östlichen Europa als ein homogenes Ganzes darzustellen und

dabei das Differentielle aus den Augen zu verlieren. Die Frage, die sich somit stellt, ist, wie und wo ForscherInnen gefunden werden können, die 1) diese Herausforderung annehmen, die 2) diesem Anspruch gerecht werden wollen und 3) einen entsprechenden Beitrag leisten können.

Die Lösung, die die Verantwortlichen für die Themenabteilung anstreben, ist, ein Forum zu schaffen, das WissenschaftlerInnen aus „Ost“ und „West“ – nicht weniger als 50 Prozent der AutorInnen sollen aus den darzustellenden Ländern kommen – zusammenbringt und wo ExpertInnen verschiedenster Disziplinen ihr Wissen und ihre Erfahrung einbringen können. Wir planen, zu diesem Zweck an der Universität Graz ein mehrwöchiges Sommer-Kolleg einzurichten, das jährlich stattfinden soll und in dessen Rahmen die MitarbeiterInnen der Themenbände ihre Beiträge zur Diskussion stellen, überarbeiten, ergänzen und gegebenenfalls auch fertigstellen sollen.

Zeitraumen

Es ist geplant, dass das erste Sommer-Kolleg, das sich vorwiegend Band I widmen wird, im Jahr 2001 in Graz für die Dauer von etwa drei Wochen stattfinden soll.

Redaktionsschluss für den Band I ist Ende 2002, so dass dieser bis spätestens Herbst 2003 erscheinen kann.

Insgesamt ist das Projekt auf zehn Jahre angelegt; die Vorbereitungsarbeiten (Recherchen, Kontaktaufnahmen, usw.) zu den einzelnen Bänden werden dabei jeweils ineinandergreifen und sich überlappen; das bedeutet, daß parallel zu den Vorbereitungsarbeiten für Band I jetzt bereits mit jenen für Band II begonnen wird.

Info & Kontakt

Wir laden alle WissenschaftlerInnen, die an einer Mitarbeit unter den oben skizzierten Rahmenbedingungen interessiert sind, herzlich ein, mit uns Kontakt aufzunehmen; nähere Informationen erhalten sie von:

Mag. Dagmar Gramshammer-Hohl/Mag. Robert Pichler
Abteilung für Südosteuropäische Geschichte, Karl-Franzens-Universität Graz, Mozartgasse 3, A-8010 Graz
Tel. +43 316 380 8108, Fax +43 316 380 9735
Email: dagmar.gramshammer@kfunigraz.ac.at; oder
Email: rpichler@gewi.kfunigraz.ac.at

Dagmar Gramshammer-Hohl, Slawistin mit Forschungsschwerpunkt Alterswissenschaften und Geschlechterforschung, ist Projektassistentin an der Abteilung für Südosteuropäische Geschichte und Lehrbeauftragte am Institut für Slawistik der Universität Graz.

Robert Pichler, Historiker mit Forschungsschwerpunkt Historische Anthropologie Südosteuropas, insbesondere Albaniens, ist Projektassistent und Lehrbeauftragter an der Abteilung für Südosteuropäische Geschichte der Universität Graz.

Auf der Suche nach Stabilität Die Balkan-Schwarzmeer-Kaukasus-Region im Brennpunkt der Wissenschaften

von Dittmar Schorkowitz, Berlin

Von der Adria zum Kaukasus

Gegen Ende 1999 hatte sich unter Leitung des Bologneser Professors Stefano Bianchini eine interdisziplinäre Expertengruppe am *Centro per l'Europa Centro-Orientale e Balcanica* zu einem Forschungsprojekt mit dem vielsagenden Titel „From the Adriatic to the Caucasus: The Dynamics of (De-)stabilization“ zusammengefunden.¹ Damit wollte man an der ältesten Universität Europas den Ursachen und Mechanismen für die strukturelle Instabilität der Region im Anschluss an das Zustandekommen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa (30.7. 1999) nachspüren.

Unterstützt durch das *Centro Militare di Studi Strategici* – einem 1987 gegründeten *Think Tank* des italienischen Verteidigungsministeriums – will diese ambitionierte Suche nach möglichen Eskalationsfaktoren sowie die Analyse ihrer Interdependenz bzw. Dynamik im Ergebnis Prozesse aufzeigen, welche die Stabilität mittelfristig stärken und eine Ausgangsbasis für die Implementierung friedenssichernder Maßnahmen darstellen könnten. Dem Vorhaben unterliegen damit drei wesentliche Annahmen: Es besteht, erstens, Grund zur Besorgnis, dass die herrschende Instabilität sich in konzentrischen Kreisen auf ganz Südosteuropa ausdehnen könnte. Jedoch ist man, zweitens, zuversichtlich, Mittel und Wege zu finden, die Strukturen und Institutionen der im Laufe der postkommunistischen Transformation geschwächten Staaten soweit zu stärken, dass sie sich zu selbsttragenden Sicherheitsgaranten in der Region entwickeln.

Mit Blick auf den Stabilitätspakt und die zugesagte Nachkriegsunterstützung für Südosteuropa schließlich gibt diese Vermutung damit auch einer Skepsis Raum, dass die bisher von der Europäischen Union zur Wirkung gebrachten Mechanismen und Werkzeuge geringe Integrationskraft besitzen und zur Zeit eher noch einen Teil des Problems denn seiner Lösung darstellen. In den Brennpunkt der Politik- und Geschichtswissenschaften sind somit die strukturschwachen Räume von Bosnien, Kosovo, Transnistrien, der Krim, des Kaukasus und auch Zypern gerückt, deren soziale Anfälligkeit und nationale Identitätssuche für die angrenzenden Regionen (Mazedonien, Rumänien, Ukraine, Russland) zu einem schwer kalkulierbaren Risikofaktor werden.

Ein Zwischenbericht aus Bologna

Unterdessen hat sich die Forschergruppe wiederholt zu einem Workshop eingefunden, im Mai in Bologna und im September in Cervia. Die thematischen Studien wie die Fallbeispiele wurden für den Druck vorbereitet und kon-

trovers diskutiert. Einhelligkeit herrschte in der Auffassung, dass die Entwicklungen der Region weder zeitlich noch räumlich isoliert von den Prozessen in Westeuropa und den Auswirkungen der Globalisierung betrachtet werden können. Als roter Faden gilt den einzelnen Projektstudien daher einerseits das Phänomen ethnonationaler Reaktionen auf das postkommunistische Ideologie- wie Legitimitätsdefizit, was letztlich generell zu einer Redefinition der Staatsidee führte, und andererseits die sich abzeichnenden Interdependenzen zwischen der Transition im Osten und der Transformation im Westen Europas.

Das Projekt darf mithin als erfolgreich und nahezu abgeschlossen gelten. Die schriftlichen Ergebnisse werden bei Longo Editore (Ravenna) Anfang nächsten Jahres erscheinen.² Über die inhaltliche Gestaltung und den Forschungsverlauf aber geben Passagen eines Berichtes³ vom Sommer des Jahres schon jetzt Aufschluss, dem die folgenden Auszüge entnommen sind. So gab es unter den Autoren Konsens in der vergleichenden Methodik, „[...] to reflect not only on the cases where the transition has proved disastrous, as in former Yugoslavia, where the secession war has had a determining influence on the redefinition of defence and security strategies, as well as on the balance of power in the West. In fact, destabilising mechanisms have been and are still at work in other areas, but have not led to the same consequences. In a way, both the Yugoslav secession war (which started in 1991 and is undoubtedly far from over a decade later) and the European Union's inclusion policies with respect to Hungary, Poland and the Czech Republic have contributed in different and sometimes opposed ways, to encourage recourse to political mediation that has allowed emerging tensions to be contained.“

Der Untersuchungsraum stellt, anders ausgedrückt, eine geopolitische Region dar mit “[...] a variety of situations that require careful analysis both of the mechanisms triggered locally and of the impact exercised by the Yugoslav armed conflict (as an exemplary case) and the conditional nature of EU policies. [...] As regards the Yugoslav conflict, much has been written already and there would be no sense in going over events developing traditional themes and approaches concerned with the causes that triggered the conflict, the escalation of events, the economic cost of the conflict, the policies adopted by the West in the circumstances. The bibliography on the subject is really vast [...].”

Das Projekt konzentriert sich daher auf andere Aspekte und Räume, die eine mehr in die Tiefe gehende vergleichende Analyse und damit neue Einblicke in die Sachver-

halte von Sicherheit, Stabilität und in die Dynamik von Instabilität erlauben. Es ist bspw. ein im Westen in der öffentlichen Meinung und unter Politikern weit verbreiteter Glaube, “[...] that nationalism and ethnic conflict inevitably lead to armed conflict, leaving no room for alternative policies or for strategies of conflict containment, so much so that even in the post conflict recuperation phase does not allow short term transformations to take place. However, such pessimism, certainly resulting from the Yugoslav disaster, is not necessarily accurate. [...] although [...] as a consequence of the war, the restoring of mutual trust between individuals and peoples of the Adriatic-Caspian area is not likely to be achieved in the short term. The fact remains, however, that certain conflicts that emerged in the area under study (similar by nature and simultaneous) have had a violent outcome, while others have not. We must, therefore, analyse such results.

[...] In this framework, **Serbia** – as execrated as it has been neglected by scholars – will have to be tackled systematically, so as to understand not only the mechanisms of destabilisation it triggered over the whole region, but also the internal political dynamics fuelled after the war against NATO in 1999. In fact, the sense of prostration and resignation felt by the population, the structural fragility of the political opposition, the repeated and incessant assassinations of politicians, as well as the attitude of political elites that support Milošević lead us to believe that all points of reference and all cultural or ideal aggregations are disappearing, so that society risks its own destruction and that of the State, as in Albania in 1977 with the pyramids crisis. In other words, the confrontation with Montenegro and even the threat (which also exists) of a civil war in Serbia could have explosive consequences if the contrasts between opposite fronts became established in an evident and insurmountable polarisation of ideas and perspectives. On the contrary, the lack of ideas and perspectives leads us to envisage a civil disintegration which would have unimaginable consequences. In this context, studying Serbia as the fulcrum of contradictory dynamics potentially rich in implications for local and regional destabilisation becomes a central element in the identification of the characteristics and themes the research focuses on.

On the contrary, **Transylvania**, with its controversial Hungarian-Rumanian relations, and the problem of the Turk population in **Bulgaria** represent two emblematic cases where the ethno-national confrontation could have led to outcomes similar to those of Yugoslavia, but in fact developed along different paths and conflict was channelled so as to allow tensions to be contained. This is of course partly due to the local political elites’ strong desire to lead their countries into Europe, and to the conditions posed by Brussels on the issue of human rights, relations with minorities and the resolution of conflict with neighbouring countries.

Equally specific developments in **Macedonia** and the complex interaction of problems that characterise inter-

Albanian relations, relations among Slavs [...] and those between Albanians and Orthodox Slavs, need to be systematised along various interpretive lines. On the one hand, in fact, it is necessary to analyse in depth the country’s internal dynamics, with specific attention to ethno-cultural and national issues that transcend a country’s boundaries. On the other hand, there is a need to assess the Macedonian situation in comparative terms, against the background of similar experiences, such as that of Belgium, where two parallel societies united by geography and yet so distant coexist. Furthermore, an analysis highlighting whether and in what conditions Macedonia may behave as Belgium requires dealing with the issue of its elites and their capacity to choose moderate solutions and evaluate the potential outcomes of compromise and the alternative disintegration of the state, in terms of cost/benefits for the population.

[...] The ability to quell a conflict with frightful destructive potential (**Transnistria**) and to defuse other sources of national tension avoiding violent outcomes (**Crimea, Ajaria**) will have to be investigated in each chapter to verify what mechanisms lead to different outcomes, and the role played by the powers that want to operate and establish territorial control, almost as if they were States, despite not having the capacities or legitimacy of States (we could define them as „pseudo-States“) will have to be evaluated, as well as to analyse the role played by Russia. [...] While leaving aside many of the mechanisms that underlie Russia’s internal dynamics and the relationship between the Centre and its 89 regions, it remains essential to analyse in depth the connection between the function that Moscow is exercising between the Black and Caspian Sea and in South-Eastern Europe. How far, indeed, is Russia capable of exercising a stabilising role and how far, instead, is Russia itself a source of destabilisation? This question will permeate the analysis of the dynamics that are at work in Moldova (with the two relational triangles: Moldova-Russia/Ukraine-Gagauzia and Moldova-Hungary-Romania) and in Crimea, as well as those specifically linked to the Caucasus and to the Caspian sea area.”

Ergänzt wurde die raumbezogene Fragestellung durch eine begriffliche Hinterfragung, die der konzeptionellen Klärung dient. Dabei zeigte sich, dass es den methodologisch-terminologischen Werkzeugen ein nötiger Schärfe zur Interpretation mangelt: „What do we mean by „stability“ and „stabilisation“ and when can a country be deemed to have reached stability?“ Dies war eine der sich durch die Diskussion ziehenden Leitfragen, die mit der wachsenden Erkenntnis eindringlicher wurde, dass man es generell mit Staaten zu tun habe, die de facto destabilisiert sind: “[...] Hence, the meaning we attribute to the terms we use in relation to processes of transformation are crucial to the identification of the boundaries and thresholds that place a country in one or another context relatively to another country. Suffice it to mention that, according to British evaluation criteria [...] the United States appear to be an unstable and violent country, while Serbia is an example of

how it is possible for a society to undergo a process of systematic destruction [...] and yet have a stable political power structure. The boundaries between stability and stagnation are not very clear-cut, despite the fact that the Pact of Stability identifies seven countries as 'frontline countries' on the basis of criteria which could equally well be applied to others. Therefore, a theoretical and methodological systematisation is considered essential, so that the analysis and the various contributions can refer to such parameters.

Furthermore, [... we ...] should aim to sketch out a redefinition of the nature of the State as a polity precisely because the state is at the heart of the post-communist transition. Its role, in fact, is undergoing profound transformation both in terms of legitimacy and of the definition of criteria of belonging, inclusion and exclusion, distribution and exercise of power, both administratively and territorially. Such factors become particularly relevant if we consider that in the entire area under study the State is characterised by its fundamental (and traditional) weakness, often exercising threats and violence to compensate its institutional fragility, its inefficiency in the exercise of its functions and the provision of services, so much so that the state itself becomes the source of internal and regional destabilisation.

[...] A question emerges very forcefully: when the fall of Communism occurred in 1989, did that only mark the end of an ideology, or was that a symptom of a much deeper fracture, involving society and the State as such? By now, it is evident that many of the decisions taken, for instance, in Moscow, are virtually irrelevant in many parts of Russia. The reflection on the symbols and myths of the State, on their ability to mobilise and interact with individual and collective emotions is part of this field of analysis, and must be approached in its specificity. The fall of Communism and the question of the transformation of the State in fact implies a reviewing of the symbols of belonging, of the collective mythological, poetic and symbolic references on the part of the political elites in the redefinition not only of the balance of power, but also of the areas on which it is exercised.

The issue of boundaries is therefore one of the strong themes [...] Indeed, how important are boundaries now, after the fall of the Berlin wall? The widening of the spaces that can be crossed without barriers thanks to the Schengen agreement contrasts with the urge to redefine the external boundaries of the Union; an urge that spreads among the general population and is reflected in East-West relations as a consequence of the overcoming of the opposition between communism and anti-communism. In other words, [...] it is likely that the decisions of the Badinter Commission will exercise a significant impact in the medium and long term, at least until it becomes clear to what extent power has to be transferred from the centre to outlying areas. On the other hand, the very perception of boundaries is neither shared nor evident, as it would seem at first glance. While, for instance, in the West the boundaries of Serbia are

perceived separately, this does not reflect the feelings of the Serbian people. On the contrary, the belief that Serbia's boundaries are not clear is functional to a weak State and contributes to the desire to rebuild democracy in the country less visible, less effective and less palpable [...].

Die Frage nach den Grenzen, ihrer symbolischen Macht und ihrer Bedeutung für die Existenz des Staates demonstriert einmal mehr die Interdependenz der Transformationsprozesse in Europa, wobei die graduelle Definition der ständig expandierenden sozialen, kulturellen sowie informationstechnologischen Grenzen insbesondere auf die Globalisierung verweisen. Transition (Ost) und Transformation (West) sind zusammenhängend wohl nur in einer allgemeinen Untersuchung der Globalisierungsprozesse zu verstehen: "[...] at least insofar as it intersects with the transforming role and influence of the concept of sovereignty and with the emerging of elites available to support the process of interdependence and technological/cultural development in the widest sense of the term. Another aspect of security, which we can define 'human or internal security' must be included in this framework. This is both a key factor in promoting stability in a particular country, and an essential prerequisite for the attainment of regional stability. In fact, it is more and more evident that the interconnections produced by crime, corruption, and even the repercussions caused by sanctions cannot be efficiently addressed as internal matters, but require a regional strategy and international cooperation if they are to be successful. This is evident even in the case of Italy. Globalisation, therefore, intersects new phenomena and is reflected in the relationship between individuals and politics.

Nor is the role played by individual political personalities and their private lives insignificant in this respect. A clear example is that of the Macedonian leader Arben Xhaferri, who was recently diagnosed to be suffering from cancer. What consequences will the course of his illness and his retirement have on Albanian-Macedonian and regional relations (at least in the Central Southern Balkans)? And, in more general terms, how far do politics and security depend on a leader? How much do charismatic personalities matter in the Republika Srpska and in the Bosnia-Herzegovina federation, both within political parties and in the management of the political guidelines of the country, and how much does Milošević's personality affect developments, not only in Serbia, but over the whole region. [...].

Damit tritt abschließend die internationale Dimension der Problematik schwacher Staaten und ihrer Bedeutung für den Stabilitätsprozeß in der Region deutlicher hervor. Gemeint ist hierunter vor allem das Hineinspielen der *Global Players* und von internationalen Akteuren. Es stellt sich die Frage, inwiefern deren Interessen sich tatsächlich integrierend auswirken: "[...] Various aspects have been considered. In the first place, the question of the protectorate on **Bosnia-Herzegovina** which exists de facto, although not formally, and the external intervention

dependency syndrome. Then again, the behaviours of international actors (including authorities and NGOs) and their strategies towards the weaker states in the area and in relation to both conflict prevention and resolution. In reality, discussion on the protectorate inevitably intersects EU regional strategies. The use of the term 'protectorate' has already caused the need to distinguish between a de facto situation and the significance of a formal decision, whose absence leaves Bosnia and the EU in a different relationship from that existing with Austria-Hungary in 1878.

A basic question follows, that is, how far does the current situation contribute to make Community initiatives effective in promoting the stabilisation of the country, or does it rather deprive it of persuasive tools for attracting local consensus for policies that aim to overcome conflicts and the animosities that triggered them? In other words, despite the fact that the interpretive category of 'protectorate' should not be applied, its use allows an extension of the scope of analysis and reflection to EU inclusion policies, their effectiveness and adequacy in the circumstances in question. It is not just a matter of assessing the gap between the expectations raised and the time needed for implementation by the countries that support the Stability, [...] it is also necessary to see how far the offer to join the Union, although in a partial way, may offer in itself a stabilising perspective in relation to the absence of any concrete aim to be achieved. [...]"

Es ist eben erforderlich, hinter die Kulisse aufgebauter Deklarationen von Prinzipien und Versprechungen zu schauen. Man hat dabei nüchtern zu bilanzieren, welche regionalen Organisationsformen die Kapazität besitzen, ökonomische, soziale sowie staatliche Integrationskraft nachhaltig zu entfalten. Zu analysieren ist, welche Strukturen als Vorstufe dienen könnten, "[...] as pre-inclusion channels through which co-operation initiatives can be set up and a collaborative exchange can become established, as pre-requisite for joining, so that in the meantime the EU can define schedules, methods and strategies for the absorption of an area characterised by a high degree of political, institutional, economic and social fragility.

[...] It is also true that the state of uncertainty that weighs so heavily on the present as well as on the future of the Caspian-Adriatic region in terms of legitimacy and sovereignty, has influenced the attitude of the political elites as well as of the people in general towards the European Union and the international community as a whole. In other words, in the context of a weak state, the dependency syndrome triggers a sense of irresponsibility on the part of the local political and administrative class, who tend to delegate to international organisations the solutions of any controversy or problem, including those caused by strikes. The inability to decide and mediate (and the absence of a will to do this) also feeds into the repercussions caused by the indirect costs of the presence of foreign organisations, as in the case of Bosnia. In this case, about 15.000 foreigners are spending up to 60 million

DM per month (including entertainment), i.e. 170 DM per month for each resident of Sarajevo, a sum which exceeds the revenue from tourism of the whole of Croatia before the war. Furthermore, 25,000 inhabitants of the Bosnia-Herzegovina federation are employed by international organisations and their salaries are much higher than those of their co-nationals employed in other sectors. On the one hand, the risk is that the gap between social groups will widen, on the other, that a mass of people will be created that contributes very little to local production and the local economy, reproducing an unsustainable situation which could, in turn, trigger a serious crisis in the future, endangering the survival of many inhabitants of the area, should international organisations decide to withdraw from the country.

Economic and social dependency as the belief that principles of law and legitimacy are ignored in the society and the State they live in, cause irresponsible attitudes among the political elite and the people as a whole, reproducing mechanisms that lead them to 'expecting what is due', in the same attitude of 'passive demand' that characterised relations between citizens and the State fostered during the socialist period. In other words, in the eyes of the local people, the international community, including the EU, have ended up replacing the socialist state, from which people demand and expect answers to their needs. Among possible consequences of this state of things, there is a risk of endangering the success of the inclusion policies of the European Union. [...] The absence of perspective and of specific goals [...] reflect negatively on the relationship between the de facto dependency of political elites from the EU (and NATO) and on their legitimacy, in particular when it is up to these groups to implement measures which [...] are perceived as incomprehensible and ultimately unacceptable decisions by the people, thus eroding consensus and trust towards institutions and political actors."

Welch irreversible Konsequenzen eine inkonsistente oder kurzfristige Interventionspolitik haben kann, zeigen abschließend drei Beispiele. So etwa für Bulgarien, "[...] where the creation of a currency board was received positively by the people, who saw it as a form of international support aiming to include **Bulgaria** in the wider context of the developed world, through measures for strengthening the currency. On the contrary, Bulgarian attitudes against the NATO war against Serbia in 1999 and the criticism of their own government's alliance with NATO was significantly reinforced by the inability of the government to offer the people a political-diplomatic way out of their isolation, given the rejection of Bulgaria's candidacy by NATO. In other countries, the interaction between dependency and legitimacy constitutes an excellent alibi for a ruling class that is not interested in building for the future of the country. This is the case, in particular, in **Bosnia**, where, for instance, privatisation policies have not been implemented due to the fact that the major party in government, Izetbegovic's SDA, controls the financial balances of large

businesses and has no intention of relinquishing this important source of revenue.

Finally, one can investigate what role International Organisations, authorities and NGOs that have been operating in the region in the framework of humanitarian intervention programmes, co-operation strategies and financial support schemes have had in the process of stabilisation/destabilisation [...] to explore [...] their impact in respect of local needs and expectations. This [...] relates to a wide range of decisions, some of which have caused irreversible damage in the past, even when they were based on the best intentions. [...] For instance, when the European Community offered 6 billion dollars to Ante Markovič's government on the only condition that federal macro-economic reforms be approved by all six **Yugoslav** republics. Clearly, the intention was to indicate that support would be given to policies aiming to prevent the collapse of the system. However, the republics' aims were different, and they therefore preferred to turn down the EU's offer, thus decreeing the failure of the reforms themselves. Of course, other more cynical considerations can be advanced: given that the objectives of the republics were already widely known, it is difficult to understand why the Community should have decided to impose such a condition: it was evident, in fact, that such intervention would be more likely to damage Marković than to promote the success of the reforms."

Europa Occidentalis – Orientalis – Communalis?

Es wäre verwegen, an dieser Stelle ein Fazit zu der Dynamik postkommunistischer Desintegrations- bzw. Stabilisierungsprozesse in der Balkan-Schwarzmeer-Kaukasus-Region ziehen zu wollen. Die Entwicklung ist in vollem Gange und die Forschung heftet sich ihr gerade an die Fersen. Dennoch oder gerade wegen des nachbleibenden Gefühls der Unfertigkeit und Unsicherheit scheint ein fokussierender Ausblick wünschenswert. Dieser geht von zwei Annahmen aus, über die weitgehend Konsens herrscht. Zum einen spricht das westeuropäische Sicherheitsinteresse gegen ein nachlassendes Engagement bei der Demokratisierung und Integration Osteuropas. Zum anderen dient die Europäische Union als Richtschnur postsozialistischer Gesellschaftsmodelle. Der Westen hat – ob dies glücklich gewählt ist, sei dahingestellt – de facto Vorbildcharakter angenommen. Er muss sich der Verantwortung bewusst sein, dass die Transformation im Osten nicht ohne ihn stattfindet. Dies bedeutet auch, dass er seine eigene Wahrnehmungsschwäche korrigiert und dem Ausblenden von Integrationshürden in Ost wie West auf den Grund geht. Auf drei Problemkomplexe sei hier hingewiesen.

Zu den nur randständig behandelten Grundsatzfragen gehört die Gegenläufigkeit politischer und die Ungleichzeitigkeit sozialer Entwicklungsprozesse in Europa. Zwar gilt als Binsenwahrheit, dass sich West und Ost in wirtschaftlicher, sozialer wie mentaler Hinsicht voneinander relativ

stark unterscheiden. Dass sich hieraus unterschiedliche Identitätsfindungen für ein Europa von morgen ergeben könnten, wird jedoch selten gesehen. Dabei sind die Divergenzen von nachholender Nationsbildung und ethnokulturellem Traditionsbewusstsein einerseits, von Nationalstaatsdispersion und globaler Modernisierung andererseits nicht zu übersehen. Die neu entstehende bipolare Struktur, die Europa im Zuge der Entgegensetzung von Globalismus und Regionalismus von Nordwest nach Südost durchzieht, wird kaum als Integrationshindernis wahrgenommen.

Während die Politik in den Ländern Westeuropas um ihre Gestaltungsmacht ringt, geht es in den postsozialistischen Staaten gerade darum, einer völlig ethnisierten Politik Spielraum für den wirtschaftlichen, rechtlichen und kommunal-administrativen Aufbau zu entreißen: für den „öffentlichen Raum“ der Transitionsländer werden „Kategorien wie demokratische Staatsbürgerschaft und politische Partizipation ausschlaggebend“⁴ sein. Dem aber steht nicht selten eine an Aktionismus grenzende Entschlossenheit des politischen Willens gegenüber, der den europäischen Integrationsprozess a priori als unteilbar ansieht und von der Annäherung der Staaten Südosteuropas an die EU unhinterfragt auf ihre Vollmitgliedschaft schließt.

Ein grundsätzliches Nachdenken ist auch angesagt, da der Aufbruch der Nationen das Dilemma doppelter Standards neu belebt hat. Der Nationsbildungsprozess von Ländern an der Peripherie der ehemaligen Sowjetunion und ihrer blockpolitischen Struktur vollzog sich offiziell zwar unter Beachtung des Prinzips der territorialen Integrität. Dies aber konnte Russland und den Westen nicht davon abhalten, Partei für Nationalbewegungen zu ergreifen, die sie um Unterstützung angingen. Weil die Souveränitätswertung zu einer Neuvermessung von Einflussgrenzen führen musste, wurde das Recht auf nationale Selbstbestimmung unterschiedlich interpretiert und sukzessive eingefordert. Was der einen Seite die Vertretung nationaler Selbstbestimmung war, galt der anderen als Einmischung oder gar Verletzung territorialer Integrität. Dieser Prozess verlief anfangs zwar weitgehend gewaltlos. Doch sorgten die Eskalation von ethnischen Konflikten und Interventionen bald für eine Aufteilung in prorussische (Armenien, Karabach, Abchasien, Südossetien, Dnestr-Republik, Serbien) und prowestliche (Georgien, Aserbaidschan) bzw. antirussische (Tschetschenien, Moldova, Kosovo) und neutrale (Ukraine) Zonen.⁵

Die geostrategischen Interessen Russlands wie der USA machen die Stabilität der adriatisch-kaukasischen Region von Entwicklungen abhängig, die für Europa nicht immer kalkulierbar sind.⁶ Zwar sind Russlands imperiale Ansprüche ständig geschmälert worden, zuletzt sichtbar durch Putins Abrücken von Milošević auf dem G-8 Treffen im Juli 2000. Sie sind jedoch nicht erloschen und die Verselbständigung der kaukasischen wie mittelasiatischen Republiken wird in Moskau immer noch als besonderer Verlust empfunden. Die Einbußen zeigen sich deutlich an den heute

verwehrt Zugängen an das adriatische Mittelmeer und in den Mittleren Osten. Die Alleinherrschaft auf dem Kaspischen Meer ist gleichsam dahin. Da Armenien und Jugoslawien jedoch als letzte zuverlässige Verbündete Russlands gelten, ist davon auszugehen, dass Moskau bemüht sein wird, die Beziehungen zu Belgrad und die Verbindung in den Iran zu pflegen. Dass eine Rückführung von Georgien und Aserbaidschan unter die Botmäßigkeit Moskaus hierzu hilfreich wäre, liegt auf der Hand.

Das Vorgehen Russlands im zweiten Tschetschenischen Krieg (1999/2000) jedenfalls kann man heute kaum noch als defensives Besitzstandwahren bezeichnen und mit der Machtpolitik Serbiens kontrastieren. Es ist, wie das Wegsehen Europas, als ein Ergebnis des Eingreifens der NATO im Kosovo und des Jugoslawischen Krieges von 1999 zu interpretieren, der für Russland eine Neuausrichtung seiner Kaukasuspolitik bewirkte. Hier sollte sich nicht wiederholen, was auf dem Balkan geschehen war: der Verlust geostrategischer Räume und die Abstrafung alter Verbündeter. Der zweite Tschetschenische Krieg sollte einen Rubikon markieren, den zu überschreiten Russland nicht zulassen würde. Putins Wende in der Sicherheitspolitik und das Einschwenken amerikanischer Außenpolitik auf Autonomieforderungen Karabachs gehören damit ebenfalls – nachdem der Westen für die Selbstbestimmung der Kosovo-Albaner massiv eingetreten war – zu den regionalübergreifenden Konsequenzen. Eine Rückkehr Berg-Karabachs in den aserbaidschanischen Staatsverband ist gegenwärtig ebenso unwahrscheinlich wie eine Wiedereingliederung des Kosovo in eine Republik Restjugoslawien.⁷

Demgegenüber vertreten die USA im Südkaukasus vor allem Interessen der eigenen Wirtschaft und die amerikanischer *Pressure Groups*. So hat die Lobby der armenischen Diaspora in den USA seit 1992 erheblichen Einfluss auf den Gesetzgeber (Freedom Support Act, Section 907) und die Finanzhilfe der Regierung (USAID, Foreign Operations Appropriations Bill) ausüben können. Für Armenien und Aserbaidschan führte dies zu einer doppelgleisigen Politik, der für den Moment beides gelang: das Klima für US-Investoren in Aserbaidschan zu fördern und Armenien nicht zu verprellen. Entsprechend paradox stellten sich die politischen Richtlinien dar. Einerseits sanktionierte man Aserbaidschans Blockadepolitik spürbar, verabschiedete aber das Baku-Ceyhan-Projekt auf dem Istanbuler OSZE-Gipfel im November 1999. Andererseits gewährte man Armenien Aufbauhilfe in mehrstelliger Millionenhöhe, vermied aber Kritik an der russischen Militärpräsenz. Inzwischen gibt es eine halboffizielle Vertretung Berg-Karabachs in den USA. Die azerbaidschanische Regierung ist sich der Stärke des armenischen Lobbying wohl bewusst, kann aber kaum gegensteuern. Politische Druckmittel werden stellvertretend oft durch die Türkei vorgebracht, indem man eine proaserbaidschanische Haltung in der Lösung der Karabach-Frage oder eine offizielle Distanzierung von der armenischen Völkermord-Anklage u.a.m. anmahnt.

Mit den Bedenken, die in Westeuropa bezüglich der EU-Osterweiterung geäußert werden, zeichnet sich ein weiterer Komplex zumeist bekannter Probleme ab, der etwa drei Bereiche umfasst. So ist man darin d'accord, dass die Hürden einer europäischen Integration im wirtschaftlichen Entwicklungsgefälle (Produktivität, Lebensstandard), in der Rechtsungleichheit und der sozialen Not vor allem der Beitrittsländer zu sehen sind, wo staatlich-mafiöse Strukturen, Korruption und unüberschaubare Klientelsysteme die Investitionsrisiken zusätzlich erhöhen. Bezüglich der sozialen Sicherheit, der Reformierung der Verwaltungen und der Festigung demokratischer Institutionen gilt allgemein, dass dem Westen bei weitem nicht reicht, was in der Region schon als viel zu großes Zugeständnis empfunden wird. Der Veränderungswillen der Eliten fällt scheinbar nicht mit dem inhärenten Strukturwandel zusammen oder dieser wird durch langlebige Strukturen an der Entfaltung behindert. Offensichtlich wirken prädemokratische Prägungen fort (Imperialbefindlichkeiten, Gesellschaft als staatliche Veranstaltung), die ein Einpassen in die Struktur von Rechtsinstitutionen der EU und in ihr Demokratieverständnis schwierig machen.⁸

Die Hauptsorge gilt weiterhin dem regionalen Gewaltpotential. Im Südkaukasus haben die Konflikte den Militärs und Sicherheitskräften einen überdimensionierten Einfluss auf den Staat verschafft. Ihre Aktivitäten sind der zivilen Kontrolle de facto entzogen, so dass die Übergänge von Militärregierung und Zivilgesellschaft verschwimmen.⁹ Während Gewalt und Isolation im Kaukasus der sozialen Entspannung weiter entgegenstehen, hat sich die militärische Lage in Südosteuropa nach Unterstellung des Kosovo unter die Interimsverwaltung der UNO (UNMIK) zunächst beruhigt.¹⁰ Durch Reformen und Subventionen konnten nach Zustandekommen des Stabilitätspaktes hier zumindest die sozioökonomischen Faktoren gewaltsamer Konflikte abgeschwächt werden. Bodo Hombach ist zuversichtlich, dass sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, regionale Kooperation sei der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration.¹¹ Sie könne, an die Relikte sozialer Institutionen und die Traditionen von Multikulturalität anknüpfend, ein gewisses Gegengewicht zur allgegenwärtigen ethnischen Intoleranz des Nationalismus bilden. Allerdings ist die multiethnische Gesellschaft nicht einfach rekonstruierbar, sondern sie wird in den meisten Fällen „ganz neu aufgebaut werden“¹² müssen.

Doch der Ethnoradikalismus „ethnischer Unternehmer“ hinterlässt auch irreparable Schäden. Mag es auch politisch inkorrekt klingen: Stabilität wird sich u.a. durch eine administrativ-territoriale Neuordnung nach ethnonationalen Gesichtspunkten, durch einen Austausch ethnisch homogener Gebiete herbeiführen lassen. Absehbar ist, dass Kriegsfolgen und wirtschaftliche Rückständigkeit die Region noch lange prägen werden, dass sich Arbeitsmigration und Subventionen zu einer langfristigen Belastung der EU-Länder mit weitreichenden sozialen Auswirkungen entwickeln können. Um die Länder aus den „Klauen nationalisti-

scher Führungsgruppen zu befreien und wirtschaftlich auf die Beine zu stellen“¹³, wird Europa einen langen Atem benötigen, so der Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft für Bosnien und Herzegowina Wolfgang Petritsch.

Es herrschen zudem Probleme strukturell-konstituierender Art. Die Präzedenzlosigkeit eines Verfahrens zur Osterweiterung bringt es eben mit sich, dass sich die EU häufig nach ihrer Erweiterungskapazität fragen lassen muss. Nicht nur gibt es keinen Fahrplan für das *Procedere* oder den Zeitrahmen, Bedenken sind zudem nicht von der Hand zu weisen, dass die EU durch die Aufnahme von Mitgliedern, die untereinander im bewaffneten Streit liegen an ihre Belastungsgrenze geführt werden könnte. Importierte Konflikte, wie sie für Zypern bekannt und für Bosnien, Kosovo oder Karabach denkbar wären, komplizieren die Konsensbildung der Gemeinschaft gewaltig. Dies gilt besonders mit Blick auf Russland, das in den europäischen Institutionen als Mitglied und als nicht uneigennützigem Vermittler auftritt, wie die Konflikte um den Kosovo, Moldova, Südossetien oder Karabach illustrieren.

Ein letzter Komplex wird die Europa-Skepsis aus osteuropäischer Perspektive besonders zu thematisieren haben. Denn bei allen Bekundungen zur Reformwilligkeit können weder die Fehlentwicklungen der Transition übersehen, noch jene Stimmen überhört werden, die sich kritisch zu den faktischen Voraussetzungen oder zu den Formen der Integration äußern, wie der Bologneser Bericht verdeutlicht. Eine Annäherung Südosteuropas und des Südkaukasus an Europa bedeutet zwar, dass die Länder zu einer gewissen Adaptation bereit sind. Damit sind sie aber den sozialen wie kulturellen Folgen der Homogenisierung in besonderem Maße ausgesetzt. Um jedweder Europa-Feindlichkeit im Vorfeld zu begegnen und einem wachsenden europäischen Zentralismus vorzubauen, wird man auf begründete Kritiken einzugehen haben, die sich in Reaktion auf die normative Europäisierung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens generell ergeben und zum Teil auf historische Vorläufer mit negativen Erinnerungswert aufbauen. Es könnte sonst geschehen, dass Europa als Beleg für eine gelungene Transformation nimmt, was tatsächlich nur formale Verwestlichung ist.¹⁴

Besonderes Feingefühl wird man den Staaten des Südkaukasus gegenüber aufzubringen haben. Denn obschon Armenien an der Herausbildung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung stark interessiert ist, am Programm *Partnership for Peace* teilnimmt und die Mitgliedschaft in der EU aktiv anstrebt, steht es einer NATO-Osterweiterung so negativ gegenüber wie Russland. Allerdings ist diese Ablehnung heute nicht mehr so stark ausgeprägt wie noch vor drei Jahren. Da das Land aber isoliert und seiner historischen Mittlerfunktion zum Iran beraubt ist, besitzen die eigenen Streitkräfte und die strategische Partnerschaft zu Russland sicherheitspolitische Priorität. Demgegenüber haben Aserbaidschan und das am 27.1.1999 in den Europarat aufgenommene Georgien den 1992 in Tashkent geschlossenen Vertrag der GUS-Staaten über kollektive Si-

cherheit im Frühjahr 1999 nicht mehr verlängert und suchen die Annäherung an westliche Bündnissysteme mit Nachdruck. Zwar kommt Armeniens Abneigung gegenüber einer erneuten Blockbildung von Ost und West in seinem Nichtbeitritt zum russisch-weißrussischen Unionsstaat zum Ausdruck. Eine Integration Armeniens in Europa aber ist ohne Russland nicht denkbar. Der von Präsident Kocharjan im März 2000 als Antwort auf die Brüsseler CEPS-Pläne vorgeschlagene Stabilitätspakt für den Kaukasus (3+3+2) integriert denn auch die drei südkaukasischen Staaten sicherheitspolitisch in ein System, an dem Russland, die Türkei und der Iran sowie die USA und die EU teilnehmen.¹⁵

PD Dr. Dittmar Schorkowitz lehrt Osteuropäische Geschichte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

¹ Stefano Bianchini ist Professor für Osteuropäische Geschichte und Politische Institutionen an der Fakultät für Politikwissenschaft der Universität Bologna. Zudem ist er Direktor des Centro per l'Europa Centro-Orientale e Balcanica und Koordinator des International Network „Europe and the Balkans“. Forschungserträge erscheinen in den „Series on Balkan and East-European Studies“ sowie in den „Occasional Papers“ bei Longo Editore (Ravenna).

² Geplant sind folgende Beiträge: Stefano Bianchini, *Weak States in Search of Legitimacy*; Albert Binachvili, *The Dynamics of Destabilization in the Caspian and Challenges to NATO*; Vladimir Kolosov, *Moldavia/Transnistria: States and Pseudo States in Confrontation*; Craig Nation, *Security and Strategic Environment between the Adriatic and Caspian Areas*; Parko Papić, *International Support Policies – Lessons (not) learned in BiH*; Francesco Privitera, *Areas of Contained Tension: Transylvania and Bulgaria*; George Schöpflin, *The Nature of Myth: Some Theoretical Aspects*; Dittmar Schorkowitz, *Explaining Destabilization and Escalation. A Diachron-Synchronous Approach with Reference to Nagorno-Karabakh*; Francesco Strazzari, *Mediation or Violence? The Crimea Case*; Jovan Teokarevic, *Serbia as a Destabilizing Factor*; Stefan Troebst, *The Albanian Question – Scenarios and Controlling Tools*; Peter Volten, *The Dynamics of (De-)Stabilization. An Analytical View*; Mario Zucconi, *Protectorates and Their Regional and International Impact*.

³ CeMISS Research Project 2/P: DALL'ADRIATICO AL CAUCASO – FROM THE ADRIATIC TO THE CAUCASUS. THE DYNAMICS OF (DE-)STABILISATION; Report by Stefano Bianchini, (meeting held in Bologna, 13–14 May 2000).

⁴ Troebst, Stefan: „Ist multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar? Von den Kriegen in Jugoslawien zum Stabilitätspakt für Südosteuropa“, in: *Comparativ*, No. 4, 2000: Typoscript, (in print), S. 11 sowie S. 21ff. der vorliegenden Ausgabe Nr. 16 des BOI.

⁵ *From Ethnopolitical Conflict to Inter-Ethnic Accord in Moldova*. ECMI Report # 1, hg.v. European Centre for Minority Issues, S. Troebst, (Flensburg: 1998).

⁶ Bogomolov, Oleg T.: „OSCE on the Threshold of the New Century: As Seen by Russia“, paper presented at the VI. ICCEES (International Council for Central and East European Studies), (Tampere: Typoscript, 2000), S. 2.

- ⁷ Luchterhandt, Otto: Dagestan – Unaufhaltsamer Zerfall einer gewachsenen Kultur interethnischer Balance?, in: <http://www.deutsch-armenische-gesellschaft.de/dag/ludar.htm>, (1999b). Zürcher, Christoph: In den Kreml via Groznyj: Putins Krieg in Tschetschenien, Berliner Osteuropa Info, Nr. 14, 2000, S. 38–41.
- ⁸ Sundhaussen, Holm: Europa balcanica. Der Balkan als historischer Raum Europas, in: Ostdeutschland unter dem Kommunismus, 1945-1950. Geschichte und Gesellschaft, Bd. 25, Heft 4, S. 626-653, hg.v. H.-J. Puhle, (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1999). Roggemann, Herwig: Die Osterweiterung der Europäischen Union – rechtliche und politische Probleme und Perspektiven, in: Berliner Osteuropa Info, Nr. 14, 2000, S. 4–6. Tomann, Horst/Paperlein, Juliane: Keine Transformation ohne glaubwürdiges Rechtssystem, Berliner Osteuropa Info, Nr. 14, 2000, S. 14–15.
- ⁹ Luchterhandt, Otto: Republik Armenien, Karabach und Europa – endlose Frustrationen? (Vortrag in der Amerikanischen Universität in Jerewan, 24.3.1999), in: <http://www.deutsch-armenische-gesellschaft.de/dag/vort.htm#00>, (1999). Schorkowitz, Dittmar: Der „Gordische Knoten“ Kaukasiens. Acht Monate für die OSZE in Nagorno-Karabach, in: Berliner Osteuropa Info, Nr. 14, S. 129–135, (Berlin: 2000).
- ¹⁰ Törnudd, Klaus: The Role of the OSCE in the Security Architecture of the 21st Century, paper presented at the VI. ICCEES (International Council for Central and East European Studies), (Tampere: Typoscript, 2000), S. 5–6. Schulze, Ulrich W.: Perspektiven des europäischen Engagements im Kosovo, in: Berliner Osteuropa Info, Nr. 14, 2000, S. 66–71.
- ¹¹ Hombach, Bodo: Nach einem Jahr Stabilitätspakt ist noch keine Bilanz möglich, in: F.A.Z., 29.7. 2000, S. 7. Rotfeld, Adam Daniel: For a New Partnership in the New Century: The Relationship between the OSCE, NATO and the EU, paper presented at the VI. ICCEES (International Council for Central and East European Studies), (Tampere: Typoscript, 2000), S. 6–7.
- ¹² Troebst, Stefan: a.a.O., S. 13.
- ¹³ Petritsch, Wolfgang: Balkan will keiner mehr sein. Südosteuropa und die EU fünf Jahre nach dem Abkommen von Dayton, in: Die Zeit, Nr. 36, S. 9, vom 31.8. 2000.
- ¹⁴ Roth, Alexander: Die „Europäisierung“ des rumänischen Rechts“, in: Berliner Osteuropa Info, Nr. 14, 2000, S. 91–92.
- ¹⁵ Oskanian, Vartan: „A New Security Agenda for Armenia“, in: Transitions, Heft 4, 1997. Malek, Martin: Determinanten der Sicherheitspolitik Armeniens. BIOst-Bericht 11, (Köln: 2000).

Die Praktikumsbörse am Osteuropa-Institut der FU Berlin

- vermittelt Praktika mit Osteuropabezug
- aus allen Bereichen – vom Wirtschaftspraktikum bis zum Praktikum im sozialen Bereich
 - in den osteuropäischen Ländern wie in Deutschland

Praktika suchen

Die Praktikumsbörse bietet Studierenden Hilfe zur Selbsthilfe für die Praktikumsuche.
Wir unterstützen mit Adressen, Tipps und konkreten Kontakten.

Praktika anbieten

Die Praktikumsbörse hilft Organisationen, Firmen und anderen Praktikums-Anbietern,
qualifizierte PraktikantInnen mit Osteuropa-Kompetenz zu finden.

Veröffentlichen Sie Ihr Praktikumsangebot auf unserer Homepage im Internet:

[Http://userpage.fu-berlin.de/~oeprakt/anbieten](http://userpage.fu-berlin.de/~oeprakt/anbieten)

Kontakt

Praktikumsbörse Osteuropa am OEI

– Hanno Gundert –

Garystr. 55, 14195 Berlin, (030) 838-2074 Fax: (030) 838-3788,

Email: oeprakt@zedat.fu-berlin.de, Internet: <http://userpage.fu-berlin.de/~oeprakt>

Sprechstunde

im WiSe 2000/2001 (voraussichtlich):

Donnerstags, 13–15 Uhr, im Studienbüro des OEI, Raum 017, EG

Zurück in die Zukunft: Zur Wiedereinrichtung des Collegium Hungaricum Berlin

von Wolfgang Rackebrandt, Berlin

Das Haus Ungarn, ungarisches Kulturinstitut in Berlin, darf sich seit Februar dieses Jahres wieder „Collegium Hungaricum“ nennen. Bei dieser Rückbenennung handelt es sich nicht um eine kosmetische Maßnahme, sondern um das äußere Zeichen eines geänderten Konzepts.

Vorgeschichte

Anfang der zwanziger Jahre ging das für den verlorenen Weltkrieg extrem hart bestrafte und außenpolitisch isolierte Ungarn auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet in die Offensive: Ähnlich wie im Preußen der Jahre nach 1806 versuchte man, verlorene physische durch geistige Stärke zu ersetzen. So wurden unter der Ägide des Kultusministers Kuno Graf Klebelsberg 1923 in Rom sowie 1924 in Wien und Berlin Collegia Hungarica, ungarische Auslandsinstitute für Wissenschaft und Kultur, gegründet.



Das Vorkriegsgebäude des Collegium Hungaricum in der Dorotheenstr. 12
Quelle: Archiv des Collegium Hungaricum Berlin

Das Berliner Kollegium existierte und arbeitete in enger personeller und räumlicher Verflechtung mit dem ungarischen Institut der Berliner Universität. Seine hauptsächliche Aufgabe bestand nicht in der kulturellen Brückenkopffunktion, sondern in der Förderung talentierter ungarischer Nachwuchswissenschaftler, die ihre Studien in Berlin, damals einem der Zentren des internationalen wissenschaftlichen Lebens, weiterführen und wissenschaftliche Kontakte mit dem Ausland aufbauen sollten. Zu diesem Zwecke erhielten sie als Staatsstipendiaten freie Kost und Logis, Beleuchtung, Heizung, Unterricht, Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung (Sport, Kultur), Unterstützung bei der Integration in die Berliner Gesellschaft und ein kleines Taschengeld. Diese wissenschaftsorganisatorische Tätigkeit bildete offenbar während der gesamten zwanzig Jahre seines Bestehens die zentrale Aufgabe des Berliner Colle-

gium Hungaricum, obwohl das Haus auch generell „[...] bekanntlich [...] ein wichtiger Mittelpunkt für die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn [...]“¹ war.

Klebelsberg folgte mit dieser Linie einer jahrhundertealten Tradition, der „Peregrinatio Hungarorum“, der Wanderung ungarischer Studenten an ausländische Universitäten. Er war sich durchaus darüber im klaren, dass die enge Anbindung Ungarns an die westliche Welt auf wissenschaftlichem Gebiet für das Land von immenser Bedeutung war – und dies umso mehr in der damaligen Lage, in der Ungarn durch die radikale Verkleinerung und die internationale Isolierung extrem geschwächt war. Klebelsberg: „Wir haben unsere ganzen verbliebenen Kräfte auf ein Ziel eingestellt: das geistige Rüstzeug des früheren großen Ungarn soll für Rumpfungarn unvermindert erhalten bleiben.“² Die ungarische Regierung folgte dieser Linie und stattete das Kultusministerium mit einem äußerst großzügigen Budget aus, das Ende der zwanziger Jahre mehr als 10% der gesamten Staatsausgaben ausmachte!

In den folgenden zwei Jahrzehnten besuchte die Elite der jungen ungarischen Akademiker die Kollegien. Stellvertretend für viele bedeutsame Namen seien hier nur der Schriftsteller Dezső Keresztury, der Regisseur Antal Németh sowie der Philologe und spätere Leiter des Instituts für Finnougristik der Humboldt-Universität, Béla Szentiványi, genannt.

Im Oktober 1944 wurde das Gebäude des Collegium Hungaricum von der ungarischen Regierung für die Zwecke der ausgebombten Botschaft beschlagnahmt, in den Endkämpfen um Berlin fast völlig zerstört und schließlich abgetragen.

Die Kollegiumstätigkeit war 1944 zum Erliegen gekommen. Das ungarische Institut der Universität existierte als Institut für Finnougristik, seit 1968 als Fachgebiet Hungarologie der Sektion Slawistik, zwar weiter, ein ungarisches Kulturinstitut wurde jedoch in Berlin erst 1973 wieder eröffnet.

Die fröhlichste Baracke

Das im Jahre 1973 eröffnete Haus der Ungarischen Kultur in der Karl-Liebknecht-Straße hatte seinen Schwerpunkt auf kulturellem und nicht auf wissenschaftlichem Gebiet. Es war ein Ort, an dem Andersdenkende die relative Freiheit der Kultur in der Ungarischen Volksrepublik erleben und Kontakte zu Gleichgesinnten in Europa finden konnten – eine Funktion, die dem Haus mancherlei Probleme beschert hat.

Nach der politischen Wende war eine grundlegende Neukonzeption nötig. Die Arbeit des nunmehr „Haus Ungarn“ genannten Kulturinstituts verlief mit stark reduziertem Per-

sonal unter erschwerten Bedingungen, denn die Sonderrolle Ungarns als „fröhlichste Baracke im sozialistischen Lager“ war weggefallen. Ungarn war nun ein Land wie jedes andere und konnte so auch nicht mehr auf ein überdurchschnittliches Interesse an seiner Kultur und Wissenschaft hoffen.

Die neue Konzeption zielte darauf ab, im Rahmen einer teilweise multinational und regional definierten Richtung die wirkliche Situation und die Möglichkeiten Ostmitteleuropas aufzuzeigen (Tagungen über die Wege der wirtschaftlichen Integration, über die Vergangenheitsaufarbeitung, deren Defekte und reale Perspektiven, über das Bild der politischen Vergangenheit in der Kunst, die literarische Aufarbeitung der Wende u.a.m.).

Gegenwart

Pro Jahr werden seitdem 80–100 Veranstaltungen angeboten, wobei der Akzent sowohl auf der Entwicklung eigener Programme als auch auf Kooperationen mit anderen Veranstaltern liegt. Wechselnde Themenschwerpunkte liegen auf den Bereichen Kunst, Literatur, Gesellschaftspolitik und Kulturgeschichte.

Das Angebot in Stichworten: Film- und Videovorführungen; Konzerte Ausstellungen; Podiumsgespräche, Vorträge und Lesungen; Mediathek mit ca. 9000 Büchern, Videos, Audiokassetten, Zeitungen und Zeitschriften; Sprachkurse für Anfänger und Fortgeschrittene; ungarischer Schulunterricht für Kinder und Jugendliche, Beschäftigung in ungarischer Sprache für Vorschulkinder.

Nachdem Ungarn im Jahre 1998 das alte Kollegiumsgrundstück in der Dorotheenstraße 12 zurückerhalten hatte, wurde in Budapest an eine institutionelle, inhaltliche und auch räumliche Wiedereinrichtung des Collegium Hungaricum gedacht.

Die ersten Schritte sind inzwischen vollzogen worden: Das Haus Ungarn darf sich seit Februar dieses Jahres wieder Collegium Hungaricum nennen. Die Vorarbeiten für ein neues Kollegiumsgebäude auf dem alten Grundstück laufen, als Fertigstellungstermin ist Ende 2003 vorgesehen.

Die Umbenennung des „Haus Ungarn“ geht mit einer Änderung seiner Konzeption einher, die sich hauptsächlich auf den Ausbau der Anstrengungen auf wissenschaftlichem Gebiet – bei gleichzeitiger Beibehaltung der kulturell-künstlerischen Vermittlungstätigkeit – konzentriert.

Erste Schritte auf diesem Weg sind die Erhöhung des Anteils wissenschaftlicher Veranstaltungen – deren Inhalt selbstverständlich oft genug kulturgeschichtlicher Natur ist – und der Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Seminar für Hungarologie der Humboldt-Universität. Im laufenden Jahr konzentriert sich das wissenschaftliche Programmangebot im wesentlichen auf die folgenden Themenkomplexe:

- Stätten deutscher Kultur in Ungarn
- Ungarn in Geschichte und Gegenwart – 1000 Jahre ungarischer Staat in Europa
- das ungarische Hochschulwesen vor dem EU-Beitritt

Bei der Zusammenarbeit mit dem Seminar für Hungarologie liegt der Schwerpunkt auf der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und Räumlichkeiten. Erste konkrete Resultate im WS 00/01 sind eine gemeinsame Vorlesungsreihe des Zentrums für Hungarologie der Universität Hamburg, des Seminars für Hungarologie und des Collegium Hungaricum zum oben erwähnten zweiten Themenkreis, für die interessante und namhafte Vortragende aus Ungarn und Deutschland gewonnen werden konnten; außerdem eine gemeinsame Lehrveranstaltung mit dem Titel „Literaturkino“, in der ungarische Literaturverfilmungen gezeigt und sprachlich und inhaltlich diskutiert werden. Das Vorlesungsprogramm ist unten mit Ort und Zeit abgedruckt, Interessierte sind herzlich eingeladen!

Weiterhin ist geplant, Literaturabende im Collegium Hungaricum durch Mitarbeiter und Studenten des Seminars für Hungarologie gestalten und moderieren zu lassen, Diplomarbeiten von Studenten im Collegium Hungaricum vorzustellen, gemeinsame Kurse in moderner ungarischer Umgangssprache zu veranstalten, gegenseitig über die Bibliotheksbestände beider Institutionen zu informieren und schließlich auch gemeinsame gesellschaftliche Aktivitäten ins Leben zu rufen – so z.B. Semesteranfangs- und Abschlussfeiern oder auch eine Berliner Variante des traditionellen ungarischen „gólyabál“, der Einführungsfeier für Erstsemester.

Zukunft

Nach der Fertigstellung des neuen Gebäudes ist eine Ausweitung des Profils des Kollegiums geplant. Angestrebt wird die räumliche Zusammenlegung mit dem Seminar für Hungarologie, das dabei im Vergleich zu heute eine wesentlich umfangreichere Nutzfläche mit eigenen Seminarräumen bekommen soll. Die Bibliothek des Seminars, die auch die geretteten Vorkriegsbestände der Bibliothek des Kollegiums umfasst, würde ebenfalls ihren Platz im neuen Gebäude finden.

Die wissenschaftlichen Aktivitäten sind hauptsächlich als postgraduale Doktorandenprojekte gedacht, in deren Rahmen eine Wiederaufnahme der Stipendiatenprogramme für talentierte ungarische Nachwuchswissenschaftler vorgesehen ist. Sie werden sich zwar auf die Geisteswissenschaften konzentrieren, aber nicht auf sie beschränken. Als wichtigster – aber keineswegs ausschließlicher – Partner für die Zusammenarbeit wird die Humboldt-Universität angesehen, die wir für konkrete Projekte gewinnen wollen (Konferenzen, Symposien, Publikationen etc.).

Wolfgang Rackebrandt ist PR-Referent und Verantwortlicher für die Organisation wissenschaftlicher Projekte am Collegium Hungaricum Berlin.

¹ Der deutsche Gesandte in Budapest Schoen im Jahre 1932 in einem Brief an den ungarischen Außenminister. Zitiert nach: Ujváry, Gábor, Collegium Hungaricum Berlinense. Unveröffentlichter Artikel, in Privatbesitz.

² Zitiert nach dem bereits erwähnten Artikel von Gábor Ujváry.



UNGARISCHER KULTURINSTITUT

Aus dem Programmangebot im Herbst 2000

Freitag, 15. September 2000, 19:30

Ausstellungseröffnung: VAMP UND ENGEL – Lya de Putti
Die Sammlung des Berliner Chirurgen Dr. Johannes Zeilinger über die ungarischstämmige Stummfilmdiva.

Um **20.00 Uhr** zeigen das Collegium Hungaricum Berlin und das Kino Balázs den Stummfilm *Varieté* (Regie: E. A. Dupont, Darsteller: Emil Jannings, Lya de Putti u.a., Deutschland, 1925) mit musikalischer Begleitung von Steven Garling.

Dienstag, 19. September 2000, 19:30

„Minuten-Novellen“ *István Örkény-Abend mit dem Schauspieler Pál Mácsai*

Mittwoch, 20. September 2000, 19:00

HALBZEIT – Zwei Jahre Regierung Viktor Orbán
Vortrag und Diskussion mit dem Historiker Dr. Alexander Tinschmidt.

Freitag, 22. September 2000, 19:00

Ausstellungseröffnung: Ungarische Filme auf deutschen Plakaten.

Eine Ausstellung aus der Sammlung von Ed Zacharias

Freitag, 22. September 2000, 20:00

Péter Bacsó: Der Zeuge
Videovorführung. Ungarn, 1969, OmU.

Samstag, 23. September 2000, 19:00

Die Geschichte und das heutige Leben der „Csángó“-Ungarn. Vortrag von Valér Ádám, Bacáu. In ungarischer Sprache.

Dienstag, 26. September 2000, 19:00

„Die Sonne ging in Ungarn auf“
Dr. István Horváth, Ungarns Botschafter in Deutschland a.D., schildert die Rolle Ungarns bei der Auflösung des Warschauer Paktes und der Grenzöffnung für die DDR-Flüchtlinge im Jahre 1990.

Freitag, 29. September 2000, 20:00

Vernissage: cross female – Metaphern des Weiblichen in der Kunst der 90er Jahre
Unter den eingeladenen Künstlerinnen: Hajnal Németh (mit Unterstützung des Collegium Hungaricum Berlin).
Ausstellungsort: Künstlerhaus Bethanien, Studio1, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin.

Samstag, 30. September 2000, 21:30

BINDER-BORBÉLY DUO
Das ungarische Programm zum 1. Berliner Ost/West Jazz Festival.
Veranstaltungsort: Kulturfabrik Schlot (Chausseestr. 18, Berlin-Mitte).

Donnerstag, 5. Oktober 2000, 19:30

SAMIZDAT Gefilmt... Die ungarische Opposition
(Historische Aufnahmen, kommentiert von György Dalos)

Donnerstag, 12. Oktober 2000, 19:30

SAMIZDAT „Gefördert, geduldet oder verboten“ – Lesung und Gespräch mit Mihály Kornis
Veranstaltungsort: Georg-Büchner-Buchladen, Wörther Straße 16, 10405 Berlin (Prenzlauer Berg, am Kollwitzplatz).

Freitag, 20. Oktober 2000, 19:00

Ausstellungseröffnung: 1000 Jahre Ungarisches Hochschulwesen – Schätze der Universitätsbibliothek der Loránd-Eötvös-Universität (ELTE), Budapest

Freitag, 20. Oktober 2000, 19:30

Vortrag und Diskussion mit Dr. Peter Spary: Die Erweiterung der Europäischen Union – eine Herausforderung für Ungarn und Europa

Dienstag, 24. Oktober 2000, 20:00

Konzert des Béla-Bartók-Chores der Loránd Eötvös Universität, Budapest
Veranstaltungsort: Fritz-Reuter-Saal der Humboldt Universität zu Berlin (Reuterhaus, Bauhofstraße 9, Berlin-Mitte).

Mittwoch, 25. Oktober 2000, 15:00

Ungarns Hochschulwesen vor dem EU-Beitritt – aus der Perspektive deutsch-ungarischer Beziehungen
Eine gemeinsame Konferenz des Collegium Hungaricum, des DAAD, der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz. Veranstaltungsort: DAAD, Markgrafenstraße.

Mittwoch, 25. Oktober 2000, 18:30

Konzert des Béla-Bartók-Chors der Loránd-Eötvös-Universität, Budapest
Veranstaltungsort: Wissenschaftsforum am Gendarmenmarkt –Atrium, Markgrafenstraße 37, Berlin-Mitte.

Donnerstag, 26. Oktober 2000, 19:30

Ausstellungseröffnung: Textilarbeiten von Ildikó Arday

Freitag, 27. Oktober 2000, 12:00

Von Sibirien in das Karpatenbecken: Zur Herkunft und Verwandtschaft der Ungarn
Vortrag von Prof. Dr. János Pusztafay
Erste Veranstaltung einer gemeinsamen Vorlesungsreihe des Hungarologischen Zentrums der Universität Hamburg, des Collegium Hungaricum und des Seminars für Hungarologie der Humboldt-Universität Berlin mit dem Titel „Ungarn in Geschichte und Gegenwart – 1000 Jahre ungarischer Staat in Europa“.

Montag, 30. Oktober 2000, 19:30

„*Peregrinatio Hungarorum*“ – *Ungarische Studenten unterwegs*
Vortrag von Dr. László Szögi, Universitätsdozent und Generaldirektor der Budapester Universitätsbibliothek.

Weitere Veranstaltungen aus der gemeinsamen Vorlesungsreihe mit der Hamburger und Berliner Hungarologie

Freitag, 3. November 2000, 12:00

Landnahme und Staatsgründung, oder: Wie europäisch waren die Árpáden und König István?
Vortrag von Prof. Dr. László Koszta

Freitag, 10. November 2000, 12:00

Ungarische Kultur - europäische Kultur. Eigenständigkeit vs. Integration. Vortrag von Doz. Dr. Gábor Erdödy

Freitag, 17. November 2000, 12:00

Revolutionen, Niederlagen, Kompromisse. Ungarns Weg im 20. Jahrhundert. Vortrag von Prof. Dr. Ignác Romsics

Freitag, 24. November 2000, 12:00

Minderheiten in Ungarn – Ungarn als Minderheiten. Historische und aktuelle Entwicklungen
Vortrag von Dr. Gerhard Seewann

Freitag, 1. Dezember 2000, 12:00

Die ungarische Gesellschaft im Spannungsfeld von nationalen Spezifika und internationalen Entwicklungen
Vortrag von Prof. Dr. Pál Tamás

Freitag, 8. Dezember 2000, 12:00

Potentiale und Hemmnisse der Wirtschaft in Ungarn
Vortrag von Jürgen Illing

Freitag, 15. Dezember 2000, 12:00

Parteien und ihre Führer - Probleme der politischen Kultur Ungarns am Beispiel der politischen Parteien
Vortrag von Dr. Karin Sitzler

Freitag, 5. Januar 2001, 12:00

Wie international war und ist die Wissenschaft in Ungarn?
Vortrag von Prof. Dr. László Komlósi

Kontakt, Ansprechpartner

Collegium Hungaricum Berlin – Ungarisches Kulturinstitut, Karl-Liebknecht-Str. 9, 10178 Berlin
T.: +49 30 2409146, F.: +49 30 2423447
Email: collegium@hungaricum.de, WWW: <http://www.hungaricum.de>

Direktor: Prof. Dr. András Masát
Literatur, Film, Ausstellungen: Dr. György Fehéri
Konzerte, ungarische Schule: Adrienne Gábor
Raumvermietung, Veranstaltungsservice: Ágnes Matthes
Mediathek, Sprachkurse: Zsuzsa Schauschitz
Öffentlichkeitsarbeit, wissenschaftliche Projekte: Wolfgang Rackebrandt

Andere Kulturinstitute der Region in Stichworten¹

Polen

Anspruchsvolles Programm, das Interesse für das Nachbarland wecken und ein umfassendes Bild des modernen Polen vermitteln will. Schwerpunkte in diesem Jahr: 1000 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft, die Internationale Buchmesse in Frankfurt/Main mit Polen als Schwerpunktland sowie das zur europäischen Kulturhauptstadt gewählte Krakow.

Polnisches Kulturinstitut Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 7, 10178 Berlin, T.: +49 30 2475810

Tschechische Republik

Nicht nur Vermittlung tschechischer Kultur, sondern ein landeskundlicher Informationsservice über alle Fragen: Ausstellungen, Vorträge, Lesungen, Filmvorführungen, Seminare zur Wirtschaftsproblemen. Bibliothek mit ca. 3000 Buchtiteln, etwa 80 Zeitungen und Zeitschriften in tschechischer, deutscher und englischer Sprache.

Tschechisches Zentrum, Leipziger Straße 60, 10117 Berlin, T.: +49 30 2082592

Bulgarien

Ansprechpartner für alle Fragen über das Land. Ausstellungen, Lesungen und Filmveranstaltungen.

Bulgarisches Kulturinstitut, Leipziger Straße 114, 10117 Berlin, T.: +49 30 2299527

¹ Die Informationen wurden mir freundlicherweise von Herrn Claus-Dieter Steyer, Redakteur beim Tagesspiegel, zur Verfügung gestellt.

Wolfgang Rackebrandt



Das Römische Statut und die Aufgaben der Gesellschaft für Völkerstrafrecht e.V. bei der Verbreitung der Idee einer internationalen Strafgerichtsbarkeit

von Susen Jäger, Berlin

Die Entwicklung auf dem Gebiet des internationalen Strafrechts ist in den 90er Jahren entscheidend vorangeschritten. Zum einen wurden die UNO-Strafgerichte für Jugoslawien und Ruanda errichtet.¹

Außerdem begannen 1996 in New York UNO-Verhandlungen, um einen ständigen Strafgerichtshof zu schaffen. Bereits zwei Jahre später konnte man ein Ergebnis vorweisen.

Das Römische Statut²

Am 17. Juli 1998 wurde die Konvention des Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs nach fünf schwierigen Verhandlungswochen verabschiedet. 120 Staaten stimmten für den vom Vorsitzenden des Gesamtausschusses, dem kanadischen Botschafter Kirsch, vorgelegten Entwurf, sieben dagegen (u.a. USA, China und Israel), 21 Staaten enthielten sich.

Die Bedeutung der Verabschiedung des Vertrages lässt sich treffend mit den Worten von UN-Generalsekretär Annan beschreiben: „Das Statut ist ein Geschenk der Hoffnung für künftige Generationen“.

Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs sieht die internationale Verfolgung der vier Kernverbrechen, d.h. Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen sowie Verbrechen der Aggression, vor. Das in 13. Kapitel und 128 Artikel unterteilte Vertragswerk definiert die drei erstgenannten Verbrechen, regelt die Zuständigkeit, die Errichtung, den Aufbau und die Finanzierung des Gerichtshofs sowie die allgemeinen Strafrechtsprinzipien, das Strafverfahren, die Strafen und die Strafvollstreckung. Besonderer Wert wird auf die Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze gelegt (Bestimmtheitsgrundsatz, ne bis in idem, Rückwirkungsverbot, Rechte des Beschuldigten). In der Anwendung des Gesetzlichkeitsprinzips geht das Statut entscheidend über die Ansätze der Vorgänger (Nürnberg, Den Haag) hinaus. Die Todesstrafe kann der Gerichtshof nicht verhängen.

Das Statut fasst geltendes internationales Strafrecht und die Grundzüge des Verfahrensrechts aus verschiedenen Rechtskreisen und Ordnungen der Welt zusammen.

Es ist ein Meilenstein in der Entwicklung des internationalen Strafrechts, aber gleichzeitig ein Kompromiss, der die unterschiedlichen Ansichten über die Zuständigkeit des Gerichtshofs zu versöhnen hoffte. Das Gericht soll auf die

schwersten internationalen Verbrechen beschränkt bleiben und nur handeln, wenn der Nationalstaat zur Strafverfolgung nicht willens oder nicht in der Lage ist (Komplementarität – Vorrang der nationalen Gerichtsbarkeit). Es gilt der Grundsatz der automatischen Gerichtsbarkeit. Ein Staat, der Vertragspartei des Statuts wird, erkennt die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs für die im Statut aufgeführten Verbrechen an. Das Gericht kann sich demzufolge eines Falles annehmen, wenn eines der beiden folgenden Länder seine Jurisdiktion anerkannt hat: das Land, in dem das Verbrechen stattgefunden hat, oder das Land, dessen Staatsangehöriger verdächtigt wird. Der Gerichtshof wird entweder auf Grund einer Staatenbeschwerde, einer Initiative des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen oder der Initiative des Anklägers tätig. Dieser kann von sich aus die Ermittlungen aufnehmen und arbeitet unabhängig, ist aber der begleitenden Kontrolle einer Ermittlungskammer des Gerichts unterworfen. Der Sicherheitsrat hat kein Vetorecht, wie von den USA gefordert, jedoch die Befugnis, eine Anklage wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen für ein Jahr zu blockieren, mit der Möglichkeit der Verlängerung, wenn er mit der Angelegenheit nach Kapitel VII der UN-Charta betraut ist. Die Vertragsstaaten können bei der Ratifizierung des Vertrages erklären, dass ihre Staatsangehörigen für den Zeitraum von sieben Jahren nicht wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden können.

Die Delegierten konnten sich nicht auf eine gemeinsame Definition über das Verbrechen der Aggression einigen. Deshalb ist diese Verbrechenkategorie zwar in das Statut aufgenommen, seine Ausgestaltung jedoch auf spätere Verhandlungen verschoben worden.

Der Grundstein für eine neue, internationale Institution der Justiz war gelegt. Weitere juristische und politische Arbeiten mussten folgen.

Zum einen wurde die IStGH-Vorbereitungskommission (PrepCom) für den Ständigen Internationalen Strafgerichtshof aufgrund einer Resolution der Generalversammlung am 16. Februar 1999 einberufen. Diese Kommission sollte unter anderem folgende Entwürfe erarbeiten: die Verfahrens- und Beweisordnung und die sogenannten „Verbrechenselemente“, d.h. unverbindliche Auslegungshilfen für die Verbrechenstatbestände. Diese Entwürfe sind seit kurzem im Internet abrufbar.³ Sie müssen von der Versammlung der Vertragsstaaten angenommen werden.

Zum anderen sind bis zum endgültigen Inkrafttreten des Statuts auf Staatenebene weitere juristische Handlungen notwendig. In Rom wurde der Text des völkerrechtlichen Vertrages angenommen, wofür nach Art. 9 II Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge eine Zweidrittelmehrheit der abstimmenden Staaten erforderlich war. Die Annahme führte ebenso wie die Unterzeichnung durch die einzelnen Staaten noch nicht zu einer rechtlichen Bindung dieser an das Statut. Es bedarf dazu gemäß Artikel 125 des Statuts der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten. Bis zum 25.8.2000 haben 98 Staaten das Statut unterzeichnet, 15 Staaten haben es bereits ratifiziert.⁴

Nach deutschem Recht ist ein Vertragsgesetzgebungsverfahren gemäß Art. 59 II 1 GG erforderlich. Neben dem Vertragsgesetz zum Römischen Statut wurde ein Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht, der künftig durch eine Ergänzung des Art. 16 II GG Ausnahmen vom Auslieferungsverbot Deutscher an das Ausland ermöglichen soll. Zudem ist der Entwurf eines Völkerstrafgesetzbuches in Vorbereitung.

Das Statut tritt gemäß Art. 126 nach Hinterlegung der sechzigsten Ratifizierungsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

Das Römische Statut stellt als Akt internationaler (Straf)Rechtsschöpfung einen entscheidenden Durchbruch auf dem Gebiet des internationalen Strafrechts dar und hat eine Vielzahl von Menschen für dieses Thema sensibilisiert.

Die Gesellschaft für Völkerstrafrecht e.V. – International Criminal Law Society

Eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen (kurz NGO) haben die Entwicklung, insbesondere in den letzten Jahren, begleitet und beeinflusst. Diese NGO's verfolgen vor allem ein Ziel: sie möchten die Weltöffentlichkeit darüber informieren, welche Fortschritte auf dem Gebiet des internationalen Strafrechts erreicht worden sind und was dies für Deutschland und die Welt bedeutet.

Eine dieser NGO's ist die Gesellschaft für Völkerstrafrecht e.V., International Criminal Law Society (kurz ICLS).⁵

Der gemeinnützige Verein wurde im Frühjahr 1999 von Universitätsmitgliedern verschiedener Berliner Universitäten und Fakultäten gegründet.

Zweck des Vereins ist es, über den Stand des Völkerstrafrechts und verwandter Gebiete (zum Beispiel Menschenrechtsschutz) zu berichten und durch eigene Veranstaltungen und akademische Projekte aktiv an der Entwicklung teilzunehmen.

Die Schwerpunkte unserer Vereinsarbeit liegen auf:

- Teilnahme an internationalen Konferenzen sowie schriftliche Auswertung der Ergebnisse;
- Beobachtung und Analyse der Entwicklung der bestehenden UNO Ad-hoc Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda;

- Veranstaltung von Seminaren und Konferenzen zum Völkerstrafrecht;
- Projektgruppenarbeit zu gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Fragestellungen des Völkerstrafrechts;
- wissenschaftliche Veröffentlichungen in Medien, insbesondere im Internet.

Insgesamt geht es uns um die Förderung der Idee einer internationalen Strafgerichtsbarkeit wie sie im Römischen Statut vorgesehen wurde.

Zur Verdeutlichung möchte ich im Folgenden konkret auf die jüngsten Aktivitäten des Vereins eingehen.

Seit dem Frühjahr 1999 nimmt der Verein als Mitglied der „Coalition for an International Criminal Court“ (CICC), dem Dachverband der NGO's, an den UNO-Nachverhandlungen zum Römischen Statut (PrepCom) teil.

Im Rahmen der mehrwöchigen UNO-Konferenzen hat der Verein mehrere Expertenrunden zusammengeführt. Fachleute aus der Praxis, Ankläger und Rechtsexperten der Strafgerichtshöfe sowie Universitätsprofessoren diskutierten über den aktuellen Verhandlungsstand. Besucher dieser ICLS-Veranstaltungen waren Wissenschaftler, Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen sowie von staatlichen Delegationen.

In Auswertung der UNO-Konferenzen wurden Analysen der Verhandlungsergebnisse erstellt. Die Berichte sind im Internet veröffentlicht und unter www.iccnw.org abrufbar.

Mitglieder der Gesellschaft hielten Vorträge über die Entwicklungen auf dem Gebiet des internationalen Strafrechts in verschiedenen Städten und Ländern, u.a. in Berlin, Bonn, Brunn und Botswana.

Die Gesellschaft ist Mitinitiator von Netzwerkgründungen zur Unterstützung des Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs in Osteuropa und dem afrikanischen Kontinent.

Am 21./22. Oktober 2000 wird im Roten Rathaus eine von unserem Verein organisierte Konferenz zum Thema „Römisches Statut – was folgt? Die Umsetzung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes in nationales Recht“ stattfinden.

Die Gesellschaft für Völkerstrafrecht e.V. richtet diese Veranstaltung mit Unterstützung von Univ.-Prof. Dr. Herwig Roggemann sowie unter Förderung durch die Berghof Stiftung für Konfliktforschung GmbH aus. Sie befasst sich mit den erforderlichen Anpassungen angelsächsischer und kontinentaler Rechtsordnungen bei der Umsetzung des Römischen Statuts.

Ziel der Konferenz ist es, Experten aus Deutschland und anderen Ländern zusammenzubringen und ihnen die Möglichkeit zu geben, über die verschiedenen Probleme bei der Implementierung des Römischen Statuts zu diskutieren. Die Öffentlichkeit soll über die einzelnen Modelle der Umsetzung und über die damit einhergehenden Schwierigkeiten informiert werden.

Neben den zuständigen Ministerialbeamten aus den in der Ratifikation bereits weit vorangeschrittenen Ländern Ka-

nada, Belgien und Neuseeland werden Mitglieder der deutschen interministeriellen Arbeitsgruppe und Wissenschaftler deutscher Hochschulen als Redner auf der Konferenz erwartet.

Sitz unseres Vereins ist Berlin. Das erleichtert die Pflege von Beziehungen zu anderen NGO's sowie zu den in der Hauptstadt ansässigen, mit der Implementierung des Römischen Statuts betrauten Stellen.

Ein Teil der Vereinsmitglieder sind wissenschaftliche Assistenten und Mitarbeiter der beiden Berliner Völkerrechtslehrstühle, so dass eine unmittelbare Beziehung zur Humboldt-Universität und zur Freien Universität Berlin besteht. Mitglieder des Vereins kommen aus sechs verschiedenen Ländern in Europa, Nordamerika und Afrika.

Darüber hinaus wird der Kontakt zu außeruniversitären Gruppen und einem interessierten Personenkreis gepflegt und mittelfristig eine Erweiterung angestrebt.

Weitere Informationen über die Gesellschaft für Völkerstrafrecht e.V. sind unter folgender Adresse – Gesellschaft für Völkerstrafrecht e.V. – ICLS:

Postfach 58 03 61, 10413 Berlin oder per *Email: icls@hotmail.com* zu erhalten.

Ref. iur. Susen Jäger ist Mitarbeiterin am Arbeitsbereich *Recht und Wirtschaft des Osteuropa-Instituts der FU Berlin* und Gründungsmitglied der *Gesellschaft für Völkerstrafrecht e.V.*

¹ Siehe dazu H. Roggemann, Die Internationalen Strafgerichtshöfe, 2. Auflage, 1998 m.w.N; im Internet zum Jugoslawien-Strafgerichtshof www.un.org/icty und zum Ruanda-Strafgerichtshof www.ict.rw.

² Siehe dazu unter anderem R.S. Lee (Hrsg.), *The International Criminal Court. The Making of the Rome Statute*, Den Haag-London-Boston 1999; O. Triffterer, *Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court*, Baden-Baden 1999; H. Roggemann, *Der Ständige Internationale Strafgerichtshof und das Statut von Rom*, in: *Neue Justiz* 1998, S. 505 ff.; im Internet www.iccnw.org und www.un.org/law/icc/index.html

³ Siehe im Internet unter www.un.org/law/icc/index.html.

⁴ Siehe im Internet unter www.iccnw.org.

⁵ Siehe im Internet www.icls.de.

Die schwierige Suche nach „gerechten“ Einnahmen für die EU* – Eine Diskussion verschiedener Möglichkeiten

von Beate Milbrandt, Berlin

Die Aufgaben der Europäischen Union (EU) sind in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich angewachsen. Im Zusammenhang mit den verschiedenen Beitrittsrunden oder mit signifikanten Politikänderungen ist eine parallele Aufgabenausdehnung der zentralen europäischen Ebene festzustellen – insbesondere um die Mitgliedsstaaten zu „entschädigen“, die sich nach einer Aufnahme neuer Mitglieder oder der Verwirklichung einer neuen Politikrichtung (finanzielle) Nachteile ausrechneten. Ein anschauliches Beispiel bildet die Einrichtung des Kohäsionsfonds, von dem vor allem die ärmeren Peripherieländer profitieren, im Zusammenhang mit den Verhandlungen zur Wirtschafts- und Währungsunion, von der sich die Kernländer die größten Vorteile versprochen. Eine derartige Kompensation einiger Mitgliedstaaten ist folglich auch bei einer bevorstehenden Osterweiterung zu erwarten.

Die Bereitschaft der gegenwärtigen Mitgliedstaaten, derartige Kompensationszahlungen zu leisten, ist jedoch nicht unbegrenzt. Um so wichtiger ist das „subjektive Gefühl“ der Mitglieder, finanziell nicht über Gebühr belastet zu werden. Die Wichtigkeit dieses Aspekts zeigt sich auch in der in regelmäßigen Abständen aufflammenden Diskussion um die „Nettozahlerposition“ einzelner EU-Staaten. „Gerechte“ Finanzbeiträge der EU-Mitglieder haben deshalb nicht nur einen moralischen Charakter, sondern sind auch und gerade für eine Erweiterung der EU unabdingbar.

Bei der ökonomischen Ermittlung von Prinzipien zur Beitragserhebung stehen das Leistungsfähigkeits- und das Äquivalenzprinzip im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion. Das Leistungsfähigkeitsprinzip orientiert sich bei der Bemessung der Finanzierungsbeiträge allein an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Individuums bzw. in diesem Fall der einzelnen Staaten. Dabei soll die dem einzelnen zugemutete Abgabenlast seiner individuellen Leistungsfähigkeit entsprechen. Beim Äquivalenzprinzip entsprechen die von den einzelnen Staatsbürgern zu leistenden Abgaben den von ihnen empfangenen staatlichen Leistungen.¹ Die von ihnen zu tragende Abgabenlast soll in diesem Fall genau den Kosten der staatlichen Leistungserbringung entsprechen.

Betrachtet man zunächst das Leistungsfähigkeitsprinzip, so stellt sich die Frage nach einem geeigneten Indikator zur Messung der nationalen Leistungsfähigkeit, i.e. des nationalen Wohlstandes. Die deutschen Länderfinanzminister haben in einer ihrer wissenschaftlichen Studien als Wohlstandsindikator das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen in Kaufkraftstandards herangezogen.² Die Verwendung von Kaufkraftstandards ermöglicht es, neben der Höhe des nominal verfügbaren Einkommens auch die Höhe der Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen. Auf der Ausgabenseite haben die Europäische Kommission und der Europäische Rat bereits anerkannt, dass sich der rela-

tive Wohlstand am ehesten auf der Grundlage des BIP in Kaufkraftstandards bemessen lässt.³ Es wäre also nur konsequent, diese Erkenntnis auf die Einnahmenseite zu übertragen. Als Maßstab für die Verteilung der Zahllast wäre dann der prozentuale Anteil eines Mitglieds am BIP aller Mitglieder vorstellbar. Die derzeitige Einnahmenstruktur der EU orientiert sich weitgehend am Prinzip der Leistungsfähigkeit, auch wenn sehr viel kompliziertere und intransparentere Bemessungsgrundlage verwendet werden (z.B. die Mehrwertsteuer).

Bei einer Betrachtung des Äquivalenzprinzips spielt der nationale Nutzen, den jedes Land aus einer EU-Mitgliedschaft zieht, keine Rolle, allein die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zählt. Verstärkt wird diskutiert, Finanzbeiträge nach dem Nutzen zu berechnen, den ein Land aus der Mitgliedschaft in der EU zieht, also äquivalente Beiträge zu erheben. Die Vielzahl der Aufgaben, die die EU erfüllt, machen eine Kosten-Nutzen-Rechnung einer EU-Mitgliedschaft schwierig. Eine einfache Gleichsetzung von Zahlungen an und Leistungen aus dem Gemeinschaftshaushalt (Nettoposition) mit Kosten und Nutzen der EU-Mitgliedschaft ist nicht möglich. Ebenso wie bei der Messung der nationalen Leistungsfähigkeit ist auch bei der Ermittlung äquivalenter Finanzbeiträge ein Indikator zur Ermittlung des nationalen Wohlfahrtsgewinns (Nutzens) einer Mitgliedschaft in der EU erforderlich. Im Zuge der wirtschaftlichen Integration entstehen ökonomische Vorteile, die in jedem einzelnen Staat unterschiedlich ausfallen. Da ein Referenzszenario zu einer EU-Mitgliedschaft fehlt (Wie hätte sich Land X ohne die EU wirtschaftlich entwickelt?), stellt sich die Messung des nationalen Integrationsvorteils als schwierig dar. Als ökonomische Vorteile einzelner Länder werden vor allem positive Handelseffekte erachtet.⁴ Als Indikator für die Messung des Integrationsvorteils bietet sich deshalb der Binnenhandelsanteil eines Landes am Gesamtbinnenhandel der EU an. Der Größe des Landes wird dabei durch das Handelsvolumen in gewissem Maße Rechnung getragen. Dieser Indikator ist einerseits relativ leicht messbar und transparent, andererseits ist eine Differenzberechnung zu einem lediglich geschätzten Referenzszenario nicht notwendig.

Für eine „gerechte“ Finanzierung einer erweiterten Europäischen Union bietet sich aus den im folgenden ausgeführten Gründen eine nationale Finanzbeitragsermittlung als Kombination aus Leistungsfähigkeits- und Äquivalenzprinzip an. Je nach Aufgabenerfüllung der EU wird ein Teil des Haushalts äquivalent, also gleich dem erlangten Nutzen, finanziert, der andere nach der nationalen Leistungsfähigkeit. Eine Finanzierung nach dem Integrationsvorteil von Staaten bietet sich für die Aufgaben an, die allen Staaten zugute kommen und sich unter dem Begriff der Allokation zusammenfassen lassen. Dazu zählt beispielsweise die Bereitstellung europaweiter öffentlicher Güter wie Wettbewerbs- und Geldpolitik.

Eine Finanzierung nach der nationalen Leistungsfähigkeit in Anlehnung an das nationale BIP bietet sich für die Er-

füllung der Aufgaben Distribution und Kompensation an. Die regionale Umverteilung zwischen den EU-Staaten als klar definiertes Ziel der europäischen Einigung kommt nicht allen Staaten zugute, sondern soll ja gerade die ökonomisch schwächeren unterstützen. Eine Umverteilung von reich zu arm erfordert zwangsläufig eine Finanzierung nach der ökonomischen Leistungsfähigkeit. Ähnliche Überlegungen liegen auch dem Gedanken der Kompensation zugrunde. Hierbei „kaufen“ einige Länder die Zustimmung von anderen. Gerade bei einer Erweiterung der Union ist dieser Gedanke wichtig, da hierfür Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist.

Das Einnahmesystem der Europäischen Union ist aus vielerlei Gründen reformbedürftig. Einer davon ist die zunehmende Zahlungsunwilligkeit einiger wohlhabenderer Mitgliedstaaten, deren Bevölkerung sich – auch angesichts eigener nationaler leerer Kassen – durch hohe Finanzbeiträge an die EU benachteiligt und ungerecht behandelt fühlt. Eine Osterweiterung der EU kann weitere finanzielle Erwartungen an die EU hervorrufen und dieses Problem dadurch verstärken. Um so wichtiger ist es, die Akzeptanz einer Osterweiterung und der verschiedenen politischen Tätigkeiten der EU durch zumindest teilweise am nationalen Integrationsvorteil orientierte äquivalente Beiträge zu fördern. Auf der einen Seite ist deshalb eine Neugestaltung der nationalen Finanzbeiträge für eine Osterweiterung der EU eine *conditio sine qua non*. Auf der anderen Seite stellt eine Osterweiterung Herausforderung und Chance zugleich dar, um das ohnehin reformbedürftige Einnahmesystem der EU zu erneuern..

Dipl.-Volksw. Beate Milbrandt, MSc ist Leiterin des Senatorenbüros bei der Senatsverwaltung für Finanzen in Berlin.

* Die in diesem Artikel wiedergegebenen Ansichten entsprechen ausschließlich denen der Autorin und sind nicht mit offiziellen Meinungen der Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin, gleichzusetzen.

¹ Vgl. ausführlicher Andel, Norbert (1990), Finanzwissenschaft, 2. Auflage, Tübingen, S. 267–269.

² Vgl. Länderfinanzminister (1997), Bericht der Arbeitsgruppe der EU-Referenten der Länderfinanzminister an die Finanzministerkonferenz, o.O.

³ Vgl. z.B. Europäische Gemeinschaft (1994), Verordnung zur Errichtung des Kohäsionsfonds vom 16.04.1994, Amtsblatt L 130/1.

⁴ Vgl. Caesar, Rolf (1997), Die deutsche Nettozahlerposition – Eine Koalition zu Lasten Dritter?, in: Rolf Caesar (Hrsg.), Zur Reform der Finanzverfassung und Strukturpolitik der EU, Baden-Baden, S. 161–180.

Uzbekistan: Das Biosphärenreservat „Nuratau-Kyzylkum“ nimmt konkrete Gestalt an

und bietet Praktikumsplätze im Rahmen des ASA-Programms

von *Brigitte Heuer, Berlin* und *Stefan Michel, Lüskow*

Das zentralasiatische Land Uzbekistan ist in ökologischer Hinsicht vor allem durch die Probleme bekannt, welche die intensive Baumwollmonokultur in den letzten Jahrzehnten verursacht hat und auch weiterhin zur Folge hat: drohende völlige Austrocknung des Aralsees, Bodenversalzung und Bodenerosion und extreme Pestizidbelastung, die die Gesundheit der Bevölkerung massiv und langfristig beeinträchtigt. Doch es sind auch Landschaften mit relativ intakter Natur erhalten geblieben. Das Gebiet des Nuratau-Gebirges, der angrenzenden Kyzylkum-Wüste und des im Norden gelegenen Aydar-Sees, über die an diese Stelle schon berichtet wurde¹, ist von herausragender biologischer Vielfalt. Hier, im Schnittpunkt der Provinzen (*viloyat*) Jizzax, Samarqand und Navoiy, leben zahlreiche seltene Tier- und Pflanzenarten, es hat sich eine reichhaltige Natur- und Kulturlandschaft erhalten.

Ein Teil des Gebietes stand bereits in sowjetischer Zeit unter strengem Naturschutz. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dem Beginn des Umbau des Wirtschaftssystems und dem damit verbundenen Wegfall von Arbeitsplätzen und der Versorgung mit subventionierten Gütern wachsen die Probleme der Landbevölkerung, wie in ganz Uzbekistan so auch in dieser relativ abgelegenen Region. Der früher wichtige intensive Garten- und Ackerbau, der in den Gebirgstälern des Nuratau ganz überwiegend von seit altersher ansässigen Angehörigen der tad•ikischen Minderheit betrieben wird, war in der Sowjetzeit durch Zwangskollektivierung und -umsiedlungen stark zurückgegangen. Handwerkliche Traditionen gingen im Laufe der Jahrzehnte immer mehr verloren.

Seit einigen Jahren sind in Uzbekistan die privaten Anbauflächen (Nebenwirtschaften) zwar wieder erweitert worden (von 0,06 ha, 1989, auf nunmehr 0,35 ha), um die Eigenversorgung und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung insgesamt zu stärken, die erzielten Erträge sind aber relativ gering. Eine echte Privatisierung hat in der Landwirtschaft Uzbekistans bisher nicht stattgefunden; vielmehr lassen sich hier zwei, nach ihrer eigenen inneren Logik funktionierende und doch miteinander verflochtene, Ökonomien beobachten: exportorientierter, staatlich streng reglementierter Sektor (formal genossenschaftlich organisierte Kolchosen) und kleinbäuerliche Familienwirtschaften.² Wenn sich auch letztere tatsächlich mehr oder weniger nach Marktprinzipien regulieren, so werden sie doch in ihrer Weiterentwicklung durch vielfältige bürokratische Hemmnisse, Korruption und vor allem durch den Mangel an Kapital und Serviceeinrichtungen behindert; dies gilt ebenso für die Entstehung von Kleingewerbebetrieben.

Im Nuratau-Gebirge scheint bisher eine ausreichende Ernährung der Familien nur durch immer weiter ausufernde Viehzucht und Beweidung auch des Schutzgebietes möglich zu sein. Zusammen mit dem Schlagen von Feuerholz resultieren daraus eine rapide Ausweitung von Desertifikations- und Erosionsprozessen und ein zunehmend angespannter Wasserhaushalt – ökologische Fehlentwicklungen, die über kurz oder lang das Überleben der Bevölkerung vor Ort in Frage stellen können.

Das Konzept eines UNESCO-Biosphärenreservats

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) ist seit einigen Jahren im Nuratau-Gebiet und den angrenzenden Regionen aktiv. In den Jahren 1992 und 1993 wurden naturwissenschaftliche Exkursionen durchgeführt und Flora und Fauna sowie Ökosysteme untersucht. Da der Zusammenhang zwischen dem deprivierten Zustand, d.h. der Übernutzung der natürlichen Ressourcen, und den sozialen und ökonomischen Verhältnissen offensichtlich war, nahmen in den folgenden Jahren vermehrt Regionalwissenschaftler, Soziologen, Sozialgeographen und Ethnologen an den Bereisungen teil, um ein klareres Bild von den sozioökonomischen Strukturen und den Einstellungen der Dorfbewölkerung in den Tälern des Nuratau zu gewinnen. Wegen des hohen Wertes des Gebietes als Naturrefugium und seiner generellen Repräsentanz für die ökonomischen und ökologischen Probleme mittelasiatischer Mittelgebirgs- und Halbwüstenregionen entstand die Idee, das bestehende Naturschutzgebiet als Kernzone und seine weitere Umgebung als Puffer- und Entwicklungszonen eines UNESCO-Biosphärenreservates zu entwickeln und damit den Anstoß für die Entstehung einer Modellregion für nachhaltige Entwicklung und Naturschutz zu geben. In der mühevollen Phase der endgültigen Ausarbeitung dieses Konzepts wurde bereits ab 1998, finanziert über Kleinkredite aus einem Fonds der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Taškent, die Gründung einer Reihe von handwerklichen und gewerblichen Kleinunternehmen initiiert, welche nichtlandwirtschaftliche Einkommen schaffen und die Diversifizierung vorantreiben sollen.

Nachdem die usbekische Regierung das Vorhaben zur Schaffung eines Biosphärenreservats Nuratau-Kyzylkum in die im April 1998 verabschiedete „Nationale Strategie zum Schutz der Biologischen Vielfalt“ und den entsprechenden „Aktionsplan“ aufgenommen hatte³, wurde ab Herbst 1998 eine umfangreiche Planung für ein „Medium Sized Project“ (MSP) im Rahmen der Global Environment Facility (GEF)

durchgeführt, des globalen Umweltfonds, der nach dem „Earth Summit“ 1992, der Konferenz von Rio de Janeiro, restrukturiert wurde, um den ärmeren und ärmsten Ländern finanziell bei der Erfüllung globaler Umweltziele zu helfen.⁴ Im Ergebnis dieser Planung entstanden eine umfangreiche Studie, die vor allem die Landnutzung und die daraus resultierenden Gefährdungen der biologischen Vielfalt analysiert, und eine umfassende Projektskizze für ein MSP. Die örtliche Bevölkerung und wichtige Repräsentanten der lokalen Selbstverwaltung und der zuständigen Bezirks- und Provinzverwaltungen wie auch zentraler Instanzen wurden durch Workshops, informelle Diskussionen und zahlreiche individuelle Interviews in die Planungsphase einbezogen, auf die Berücksichtigung des Genderaspekts wurde besonderes Gewicht gelegt.

Das eingereichte Konzept „Establishment of the Nuratau-Kyzyllikum Biosphere Reserve as a model for Biodiversity Conservation in Uzbekistan“ – mit einem Finanzierungsumfang von rund 1,5 Mio US-\$ – wurde im Juni dieses Jahres von GEF endgültig angenommen; das Projekt wird voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2001 mit einer Laufzeit von vier Jahren starten. In Uzbekistan ist das beim Ministerrat angesiedelte Umweltkomitee (Goskompriroda) in Kooperation mit anderen staatlichen Stellen für die Durchführung verantwortlich. Auf internationaler Ebene wird das Projekt von UNDP (United Nations Development Program der UNO) betreut, Teilprojekte sollen von ausländischen und usbekischen Nichtregierungsorganisationen, u.a. dem NABU, durchgeführt werden.

Zielvorgaben des GEF-Projekts „Nuratau-Kyzyllikum“

Als wichtigste Probleme einer nachhaltigen Entwicklung in der Region, die durch das Projekt gelöst werden sollen (oder, realistischer formuliert, für die unter günstigen Bedingungen hoffentlich Ansätze zu einer Lösung entwickelt werden können) wurden vorrangig identifiziert: Ein gering entwickeltes Bewußtsein über den Nutzen einer intakten Umwelt und der natürlichen biologischen Vielfalt sowohl bei den Verantwortlichen in den Verwaltungen und staatlichen und halbstaatlichen Institutionen als auch in der lokalen Bevölkerung; entsprechend teilweise ineffektive und naturzerstörende Landnutzungspraktiken; ein unzureichendes gesetzliches Regelwerk und die geringe Professionalität des Managements für Schutz und Nutzung der Natur; nicht zu vergessen auch die bis vor kurzem völlig fehlende Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung, beispielsweise bei der Einrichtung des Schutzgebietes in den siebziger Jahren, und daher auch die nur partielle Akzeptanz der Idee des Naturschutzes. Diesen Problemen soll begegnet werden durch den Aufbau einer effektiven Biosphärenreservatsverwaltung, die Erarbeitung eines neuen gesetzlichen Rahmenwerkes, eine detaillierte Managementplanung, eine intensive Umweltbildung und das modellhafte Entwickeln und Testen umweltgerechter Landnutzungsformen.

Implementationsprobleme

Wichtigster Aspekt der Projektarbeit, der mit all den genannten Aktivitäten eng verzahnt ist, wird die Partizipation der lokalen Bevölkerung und das Einbeziehen aller *Stakeholder* in das Projekt sein. Das Projekt hat nur Realisierungschancen, wenn jene, die unmittelbar darin involviert sind, es akzeptieren und in seinem Rahmen ihre eigenen Ziele entwickeln und zu verwirklichen suchen. Die Projektimplementation wird unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen mit vielfältigen Hindernissen rechnen müssen: schleppende bürokratische Abwicklung, geringe Entscheidungsspielräume unterer und mittlerer Instanzen und Entscheidungsstau aufgrund überzentralisierter Verwaltungshierarchien; Eigeninteressen und „claims“ der diversen *Stakeholder*; *last, but not least* das fast alle Lebensbereiche durchdringende Phänomen der „Korruption“, das allerdings durchaus vielschichtig ist.⁵ Auf die Notwendigkeit, die gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen angemessen in Forschungs-, Planungs- und Implementationsprozessen zu berücksichtigen – mehr noch, sie in ihrer eigenen kulturellen Logik anzukennen und achtsam zu behandeln, verweist der amerikanische Sozialanthropologe David Abramson:

„What then is the significance of the centrality of social networks for foreign aid and civil society building projects? It is quite easy for members of the donor community and scholars studying Central Asia to dismiss social networks, clans and patron-client relationships as evidence of corruption, nepotism, or exclusionism. However [if] we choose to value these social practices, it is important to keep in mind that they are nonetheless rational practices with their own cultural logic developed in response to behavioral expectations based on real life experience.“⁶ Die usbekische Gesellschaft hat ihre eigenen Mechanismen und sozialen Netzwerke des Überlebens entwickelt, wie beispielsweise die *mahallah*, die informellen – heute auch offiziell anerkannten und teils von staatlicher Seite instrumentalisierten – Nachbarschaftsviertel und Dorfgemeinden mit ihren Selbstverwaltungsstrukturen, die bei der Realisierung des Nuratau-Projekts eine wichtige Rolle spielen sollten.

Schließlich kann hier nur die Kritik angesprochen, aber nicht weiter diskutiert werden, daß Entwicklungs-„Hilfe“ in der Vergangenheit und auch gegenwärtig nicht selten – vielleicht ganz überwiegend – eine Veranstaltung ist, die vor allem den Gebern und Geberländern zu Gute kommt und Arbeitsplätze für westliche „Experten“ schafft (die immer neue „Zielgruppen“ entdecken und damit den Expertenbedarf perpetuieren). Dem soll im Projekt begegnet werden, indem fast ausschließlich usbekistanische Kräfte das Projekt in die Praxis umsetzen werden. Insgesamt sind die allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen in Uzbekistan gegenwärtig prekär; die Gefahr sozialer Spannungen aufgrund des Reformstaus, der kontinuierlichen Verschlechterung der Lebensbedingungen und der Unterdrückung jeglicher politischer Alternativen wächst.⁷

Kommen wir nun auf die konkreten Schwierigkeiten zurück, mit denen außerdem in der Nuratau-Region zu rechnen sein wird: Problematisch ist, daß sowohl seitens der Schutzgebietsverwaltung und anderer administrativer Ebenen als auch von der lokalen Bevölkerung vor allem Investitionen und praktische, technische Entwicklungsmaßnahmen erwartet werden, seitens der GEF jedoch solche Investitionen nur in äußerst begrenztem Maßstab finanziert werden. Dieser Diskrepanz, die möglicherweise für die Akzeptanz und den Erfolg des Projektes ganz entscheidend sein wird, sollen einige Teilprojekte begegnen, die modellhaft lokal die Forstwirtschaft, die Viehzucht und die Fischerei effektivieren und umweltgerechter gestalten sollen, sowie ein Modellprojekt für umweltverträglichen Tourismus und Jagdwirtschaft, welches dazu beitragen soll, direkt Einkommen aus der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt zu erzielen. Ergänzend werden weitere wirtschaftliche Kleinstprojekte durchgeführt, durch welche vor allem die Einkommensquellen diversifiziert und damit die Abhängigkeit von der Viehzucht vermindert werden soll sowie die Einbindung der lokalen Bevölkerung intensiviert und ihre Initiativen und die Fähigkeit zur Selbsthilfe gestärkt werden sollen.

Arbeits- und Studienaufenthalte im Nuratau-Gebiet

Im Kontext des „Medium Size Project“ wurden durch den NABU vier Projektvorschläge im Rahmen des ASA-Programms („Arbeits- und Studienaufenthalte im Ausland“) der Carl-Duisberg-Gesellschaft eingereicht. Bewerben können sich für diese Projekte jeweils zwei Studierende oder junge Berufstätige, von denen eine/r „Spezialist/in“, der/die andere Sozialwissenschaftler/in sein sollte, und die sich von ihrer unterschiedlichen Ausbildung her ergänzen und als Team zusammenarbeiten, denn in allen Projekten sind sowohl spezielle fachliche wie sozialwissenschaftliche, partizipatorische etc. Aufgabenstellungen relevant. Die Bewerber/innen sollten neben Improvisationstalent und ökonomischem Grundverständnis gute kommunikative und mediatorische Fähigkeiten und Aufgeschlossenheit gegenüber der örtlichen Bevölkerung haben und bereit sein, unter einfachen Verhältnissen zu leben und zu arbeiten.

Allgemeine Informationen zu allen vier ASA-Projekten

Zahl der Teilnehmer/innen pro Projekt: 2 („Spezialist/in“ plus Sozial- oder Regionalwissenschaftler/in).

Sprachkenntnisse: unabdingbar – Russisch; erwünscht – Uzbekisch, Tad*ikisch, Persisch oder Türkisch.

Dauer und Zeitraum: 3 Monate im Sommer 2001.

Finanzierung: Das ASA-Programm finanziert Hin- und Rückreise und zahlt ein Stipendium.

Bewerbung: Der Programmkatalog des ASA-Programmes ist ab 4.10.2000 im Internet zu finden, am 18.10. erscheint

der gedruckte Katalog. Die **Bewerbungsfrist** ist leider sehr knapp bemessen und läuft nur bis zum 20.11.2000!

Die Einzelprojekte

1. Ökologischer Garten- und Ackerbau

Möglichkeiten einer Ertragssteigerung im Garten- und Ackerbau durch Einführung moderner Technologien des Ökolandbaus und eventuell auch neuer Sorten und Kulturen sollen untersucht und getestet werden. Durch eine nachhaltige Erhöhung der Erträge könnte einerseits die Ernährungssituation der lokalen Bevölkerung verbessert und andererseits durch eine Vermarktung von Obst und Gemüse die Einkommenssituation verbessert werden. Als weiterer Effekt ist eine bessere Erhaltung und Entwicklung der auch ökologisch wertvollen Obstgärten zu erwarten.

Berufsfachrichtungen: Gärtner, Landwirte u.ä. mit Erfahrungen und Kenntnissen im ökologischen Landbau.

Studienfachrichtungen: Landwirtschaft, Biologie, Geographie, Regionalwissenschaften, Sozialwissenschaften; mit Erfahrungen und Kenntnissen im ökologischen Landbau.

2. Wiederinbetriebnahme einer ehemaligen Kleinstwasserkraftanlage

In einem der Dörfer soll eine alte Kleinstwasserkraftanlage wieder in Betrieb genommen werden. Dadurch kann eine Ergänzung zu der sehr unzuverlässigen staatlichen Stromversorgung geschaffen werden und die Nutzung anderer Energieträger, wie Holz und Diesel, reduziert werden. Die ASA-Teilnehmer sollen eine dörfliche Initiative bei der Vorbereitung der Wiederinbetriebnahme unterstützen. Dabei sind die hydrologischen Gegebenheiten zu untersuchen und auf der Basis dieser Ergebnisse und vorhandener Daten die Anlage technisch zu konzipieren. Weiterhin muß mit einer lokalen Initiativgruppe eine geeignete Organisationsform für den Betrieb der Anlage erarbeitet, mögliche Konflikte untersucht und Lösungen gefunden werden.

Berufsfachrichtungen: technische Berufe aller Art, vor allem Mechaniker, Energietechniker, Elektriker.

Studienfachrichtungen: Maschinenbau, Energietechnik, Technischer Umweltschutz, Stadt- und Regionalplanung, Regionalwissenschaften, Sozialwissenschaften, Wirtschaftsgeographie.

3. Erprobung von angepaßten Technologien der Käseherstellung

Möglichkeiten für eine lokale Käseherstellung sollen untersucht werden. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht der Test verschiedener Käsesorten hinsichtlich der technologischen Feasibility einer lokalen Produktion und ihre Akzeptanz bei der Bevölkerung. Dadurch könnte einerseits die Ernährung der lokalen Bevölkerung bereichert und andererseits durch eine Vermarktung von Käse die Einkommenssituation verbessert werden. Als weiterer Effekt ist eine intensivere Milchviehhaltung auf der Basis

von Futteranbau und damit eine Entlastung der Weidegebiete zu erwarten. Dies würde ebenfalls positive ökologische Effekte haben, wie Verringerung der Erosionsgefahr, Stabilisierung des Wasserhaushaltes, Schutz der biologischen Vielfalt. Die ASA-Teilnehmer sollen die Arbeiten mit örtlichen Landwirten, die Milchvieh halten und der Käserei aufgeschlossen gegenüber stehen, durchführen.

Berufsfachrichtungen: Landwirte, Käseimitarbeiter, andere Berufstätige mit Erfahrungen in der Käserei.

Studienfachrichtungen: Landwirtschaft, Lebensmitteltechnik, Biotechnologie, andere technische Studienrichtungen, Regionalwissenschaften, Sozialwissenschaften, Wirtschaftsgeographie.

4. Solare Fruchttrocknung

Möglichkeiten zu einer effektiveren Nutzung der lokalen Obstarten durch verbesserte Konservierung und Lagerung sollen untersucht und getestet werden. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die solare Fruchttrocknung und die Frage der Schwefelung. Dadurch könnte einerseits die Ernährungssituation der lokalen Bevölkerung verbessert und andererseits durch eine Vermarktung von Trockenfrüchten die Einkommenssituation verbessert werden. Die ASA-Teilnehmer sollen mit örtlichen Partnern eine kleine Testanlage für solare Trocknung bauen und verschiedene Konservierungs- und Lagerungstechnologien vergleichen und bewerten.

Berufsfachrichtungen: technische und handwerkliche Berufe aller Art, Gärtner, Landwirte u.ä.

Studienfachrichtungen: Landwirtschaft, Lebensmitteltechnik, andere technische Studienrichtungen; Regionalwissenschaften, Sozialwissenschaften, Wirtschaftsgeographie.

Programmkatalog und Bewerbung bei:

ASA-Programm Carl-Duisberg-Gesellschaft e.V.

Postfach 3509, 10727 Berlin

Tel.: (030) 25482, App. 350-357; Fax: (030) 25482-359

Email: ASA@cdg.de; Internet: www.ASA.cdg.de.

Stud.Ass. Brigitte Heuer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Turkologie und Lehrbeauftragte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Dipl.-Biologe Stefan Michel (Lüskow) ist Mitarbeiter des NABU.

¹ Brigitte Heuer: Ökologie und nachhaltige Entwicklung im Nuratau-Gebirge – soziale und wirtschaftliche Probleme einer Mikroregion in Usbekistan. Berliner Osteuropa Info 8, 1997, S. 42f.

² Vgl. hierzu: Alisher Ilkhamov: Divided Economy: Kolkhoz System vs. Peasant Subsistence Economy in Uzbekistan. Central Asia Monitor, No. 4, 2000, S. 5–14.

³ GEF/UNDP: Republic of Uzbekistan. Biodiversity Conservation. National Strategy and Action Plan, Tashkent 1998.

⁴ Global Environmental Facility: <http://www.gefweb.org/>.

⁵ Im Jahresbericht 2000 der NGO „Transparency International“ belegt Uzbekistan auf einer Rangliste von 1–90 den Platz 79 (www.transparency.de/).

⁶ David Abramson: Civil Society and the Politics of Foreign Aid in Uzbekistan. Central Asia Monitor, No. 6, 1999, S. 1–12; hier: S. 3.

⁷ Vgl. hierzu Ilkhamov, a.a.O., S. 11f.; Brigitte Heuer: Schmelztiegel Zentralasien. Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben. Internationale Politik, Jg. 54, No. 9, Sept. 1999, hier S. 39f.

Plotki – Rumors from around the block

Dreiländerzeitschrift: Deutschland – Polen – Tschechien

Gemeinsam mit StudentInnen aus Warschau, Prag und anderen Städten in Mittel- und Osteuropa sollen drei Ausgaben einer englischsprachigen elektronischen und gedruckten Publikation entstehen. Das Themenfeld – *Kultur und Gesellschaft in Mittel- und Osteuropa* – ist weit gesteckt, deshalb wird jede Ausgabe mit einem besonderen thematischen Schwerpunkt erscheinen. Das Projekt eröffnet die Möglichkeit, sich in Textgattungen jenseits der wissenschaftlichen Hausarbeit zu erproben: Neben Reportagen, Porträts und Essays wird in unserer Zeitschrift auch Raum für literarische und (photo-)graphische Versuche sein. Zusätzlich zu den regelmäßigen Arbeitssitzungen sind drei internationale Redaktionsseminare mit unseren Partnern aus Polen und Tschechien vorgesehen.

Bitte informiert auch Freunde in Polen oder Tschechien, die vielleicht Interesse an einer Mitarbeit hätten, über dieses Projekt!

Tutoren: Robert Thalheim und Jakob Hurrle; Infos: hurrle@zedat.fu-berlin.de

Infotreffen: Dienstag, den 24.10.2000 um 16 Uhr im Caféhaus des Osteuropa-Institutes

Über die Zukunft einer historisch orientierten Südosteuropa-Forschung

von Karl Kaser, Graz

Die Abteilung für Südosteuropäische Geschichte an der Universität Graz nahm ihr 30-jähriges Bestandsjubiläum zum Anlass, um am 30. Juni 2000 zusammen mit ihren Fachkollegen und -kolleginnen aus Österreich und Deutschland über „Die Zukunft einer historisch orientierten Südosteuropa-Forschung“ nachzudenken. Dieses Nachdenken sollte nicht zum Ziel haben, eine bestimmte Richtung für die kommenden Jahrzehnte festzulegen, sondern eher die Gedanken dahingehend zu schärfen, in welche *Richtungen* es unter den konkreten Bedingungen der Wissenschaftslandschaft und der institutionellen Möglichkeiten und unter Offenhaltung noch nicht gedachter Optionen weitergehen könnte.

Die Veranstalter dieses Workshops konnten insofern relativ selbstbewusst an die Frage herangehen, als Südosteuropa für die Universität Graz auf verschiedenen Ebenen eine wichtige Orientierung darstellt: Sei es, dass hier viele Studierende aus den Ländern Südosteuropas ihre Studien absolvieren, sei es, dass Partnerschaften mit Universitäten der Region ausgebaut werden oder der Wiederaufbau von durch die Kriege zerstörten Universitäten (in Bosnien-Herzegowina oder Kosovo) tatkräftig in Angriff genommen wird, oder sei es, dass an der Juridischen Fakultät ein Menschenrechts-Training-Center, das speziell in Richtung Südosteuropa arbeitet, aufgebaut wurde. Eine universitäre Einheit, wie Südosteuropäische Geschichte mit einer starken Orientierung in Richtung Gegenwartsforschung, hat ihre Rolle in diesem Kontext zu spielen, sie versucht darüber hinaus auch innovative Beiträge für die Forschung und Lehre des Instituts für Geschichte zu liefern.

Den Veranstaltern war es außerdem daran gelegen, benachbarte und fallweise ohnedies zusammenarbeitende Disziplinen, wie etwa die Ethnologie, die Geschichtswissenschaften oder die Balkanologie sowie die unterschiedlichen Generationen an einen gemeinsamen Tisch zu bekommen. Es ist schön, dass dies gelungen ist, denn die Gelegenheiten für derartige Zusammentreffen sind eher rar. 17 Gäste aus Deutschland und Österreich sowie neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Veranstalterhaus garantierten für eine Vielfalt in der Diskussion.

Das Veranstaltungskonzept sah vor, dass, ausgehend von einzelnen Themen, Fragestellungen und Forschungsprojekten immer wieder auf die Ausgangsfragestellung – nämlich auf die Zukunft unseres Faches – rückverwiesen wird, was auch mehr oder weniger gut gelungen ist. In der ersten Themenrunde ging es vor dem Hintergrund der Kriege und Konflikte im ehemaligen Jugoslawien auch darum, die Frage aufzuwerfen, was diese für unser Fach bedeuten und welche Lehren daraus zu ziehen wir bereit sind. Die Impulse kamen von Konrad Clewing (München) und Joachim von Puttkamer (Freiburg/Br.).

In der zweiten Themenrunde ging es um den alten/neuen Fragenkomplex von Identität und Ethnizität. Diesbezüglich haben gerade die Ethnologie/Anthropologie in den letzten Jahren viel an Theoriearbeit geleistet. Es ist durchaus beruhigend konstatieren zu können, dass diese theoretischen Ansätze in geschichtswissenschaftliche Arbeitskonzepte übernommen werden. In den Impulsreferaten zweier Arbeitsteams, nämlich Ulf Brunnbauer und Christian Promitzer (Graz) einerseits sowie Johannes Niehoff-Panagiotidis und Christian Voss (Freiburg/Br.) andererseits, kam dies anhand von regionalen Beispielen (Pomaken in Bulgarien, Orthodoxe in Slowenien sowie die multi-ethnische Region Bitola/Monastir) klar zum Ausdruck. Gabriella Schubert (Jena) griff die Problematik des „Mythos Europa“ und seine identitätsstiftende Rolle in Südosteuropa auf.

In der dritten Präsentations- und Diskussionseinheit ging es um Theorien, Methoden und Perspektiven. Gabriele Wolf (München) sprach über neue methodologische Ansätze in der Alltagskulturforschung, auf das sozialistische Dorfleben in Bulgarien bezogen; Stefan Troebst (Leipzig) stellte einen in den Politikwissenschaften aktuell diskutierten erweiterten Südosteuropa-Begriff vor, der auch das Schwarzmeergebiet und den Kaukasus umfasst und der zumindest zu Balkan-Kaukasus-Vergleichen herausfordern könnte. Holm Sundhaussen (Berlin) brach eine Lanze für eine komparatistische europäische Geschichtsforschung, in der eine Geschichtsregion wie der Balkan oder Südosteuropa und die Forschung darüber einen neudefinierten Stellenwert einnehmen könne – zumal für andere Geschichtsregionen ein der historisch orientierten Südosteuropaforschung vergleichbares theoretisches und methodologisches Know-how (noch) nicht abrufbar ist. Hannes Grandits und Karl Kaser präsentierten ihre aus einem längeren Diskussionsprozess hervorgegangenen Überlegungen einer Historischen Anthropologie in Südosteuropa: verstanden als eine neu definierte Forschungshaltung, die vom Menschen in allen seinen historischen und kulturellen Bezügen ausgeht und verstanden auch als ein Forum der Transdisziplinarität. Auch sie sehen ihre Arbeit als europäische Geschichtsforschung und plädierten ebenfalls für eine Komparatistik, die jedoch nicht nur europa-bezogen sein muss, sondern prinzipiell die Mittelmeerwelt und den Nahen Osten einschließen sollte.

Der Workshop spiegelte sicher einige zukunftsorientierte Ansätze einer historisch orientierten Südosteuropaforschung wieder. Folgende Gedanken scheinen besonders wert, weitergedacht zu werden:

– Es war zu beobachten, dass die Forderung nach Inter- und Transdisziplinarität nicht im leeren Raum steht, sondern in einigen Beiträgen eine disziplinäre Integration, die v.a. über die Art der wissenschaftlichen Fragestellungen

hergestellt wird, zu beobachten ist. Die Zeit des starken disziplinären Abgrenzungsbedürfnisses scheint vorbei zu sein und eine zukunftsweisende neue Offenheit und Neugier benachbarter Disziplinen zeichnet sich auch in der Südosteuropaforschung ab.

– Die zeitgeschichtliche Forschung, auch dies wurde an verschiedenen Stellen geäußert, bedarf einer verstärkten Zuwendung – sei es im Sinne einer Verortung von historischen Fragestellungen in aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen, sei es im Sinne echter zeitgeschichtlicher Forschung, die gerade in Südosteuropa ohne historische Tiefe seriös nicht zu betreiben ist. Die gegenwärtigen und zukünftigen Konflikte in Südosteuropa lassen sich zwar nicht ausschließlich historisch erklären, sie lassen sich aber auch ohne die historischen Dimensionen nicht erklären. Man könnte meinen, dass das Genre „begleitende Transitionsforschung“ noch einige Jahre höchste Relevanz besitzen wird und es sich lohnt, diesbezüglich wissenschaftlich zu investieren, insbesondere in Fragen wie Gewalt und Gewalteskalation, Konflikt, Ethnizität, Migration usw.

– Der Einsatz komparatistischer Modelle bzw. Komparatistik als analytisches Instrument wurde auf verschiedenen Ebene gefordert, und auch diese Ansätze sollten in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Herausgegriffen seien zwei Ebenen: Da ist einerseits der Vergleich zwischen Lebenswelten im Kleinen. Mikrohistorie kann ihre Stärken erst im Vergleich, das isolierte Beispiel überwindend, ausspielen. Andererseits müssen wir auf einer umfassenderen Ebene Modelle des Kulturvergleichs für unterschiedliche Zeiten und über die Zeiten hinweg erarbeiten. Erste richtungsweisende Ansätze sind vorgedacht; zu fruchtbringenden Ergebnissen wird man allerdings nur über die Installierung von Forschungsteams gelangen, die diesen Kulturvergleich inhaltlich, methodisch und theoretisch erst ermöglichen, ohne in Trivialität zu versinken.

– Auch eine flexible Handhabung von geographischen Begriffen wie „Balkan“ oder „Südosteuropa“ scheint sich abzuzeichnen. Territorialer Orientierungen bedarf es natürlich, aber diese sind v.a. themenspezifisch auszulegen. Die Frage ist, wollen wir einen vorgegebenen geographischen Rahmen historisch auffüllen oder richten wir gewisse Fragen an die Geschichte und organisieren einen entsprechenden Untersuchungsrahmen (mikrohistorisch, regional, kulturvergleichend usw.). Letzteres wird wohl die zukunftsweisendere Option darstellen.

Allein, wenn diese vier auf dem Workshop getätigten Beobachtungen sich als Zukunftstrends immer stärker durchsetzen würden, bräuchte es uns um die Zukunft einer historisch orientierten Südosteuropaforschung nicht bange zu sein.

Karl Kaser ist Professor für Südosteuropäische Geschichte sowie Direktor des „Center for the Study of Balkan Societies and Cultures“ an der Karl-Franzens-Universität Graz.

Nomos Verlag

Die Ostwissenschaften während des Zweiten Weltkriegs

von Martin Burkert, Berlin

Seit der politischen Wende von 1989/90 ist ein verstärktes Interesse an einer genaueren Kenntnis der Rolle der deutschen Ostwissenschaftler während des Zweiten Weltkriegs unverkennbar. Die Erwartung jedoch, dass mit dem Wegfall der realsozialistischen Regime in Osteuropa sich im Verlaufe einer unvoreingenommenen Debatte ein Grundkonsens in den entscheidenden Fragen abzeichnen würde, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Nimmt man die vor einem guten halben Jahr von W. Schulze und O. G. Oexle herausgegebenen einschlägigen Beiträge auf dem letzten Historikertag (Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1999) als eine vorläufige Bilanz, so lässt die längst überfällige Revision weiter auf sich warten. Statt einer Neubewertung dominieren Thesen, die überwiegend vor der politischen Wende konzipiert und seither kaum kritisch aufgearbeitet worden sind. Sie stützen sich selten auf genuin fachgeschichtliche Untersuchungen, vielmehr beziehen sie ihre Plausibilität von ihrer Einbettung in einen größeren Zusammenhang, der das Verhalten der „Deutschen Historiker im Nationalsozialismus“ thematisiert, die schon seit Jahren andauernde Diskussion um die sog. Volksgeschichte bzw. Volkstumsforschung und den Antisemitismus unter den Historikern betrifft oder sie stehen im Zusammenhang mit der angestrebten Suche nach den „Vordenkern der Vernichtung“ unter den deutschen Wissenschaftlern.

Dieser Kontext, der sich durch eine Reihe von unausgesprochenen Grundannahmen auszeichnet, ist für die Erforschung der Rolle der Ostwissenschaften alles andere als zuträglich. Hier wird auf die vorbehaltlose Erörterung der Frage, ob die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft in Osteuropa sowie der Holocaust tatsächlich wissenschaftlich vorbereitet worden sind, in der Regel verzichtet. Stattdessen wird die bloße Vermutung, „dass gerade der hochtechnisierte Vernichtungsapparat notwendigerweise eines entsprechenden rationalen Planungsapparats bedurfte, der die benötigten Daten aufbereitete, damit der Vernichtungsprozess überhaupt anlaufen konnte“ (M. Fahlbusch), zur unumstößlichen Gewissheit erhoben. Die Jahre 1933–1939 fungieren folglich nur als Inkubationszeit, als geheime Vorbereitung des Besatzungsterrors und der Vernichtungspolitik, eine davon losgelöste Aufgabenstellung während der Friedensjahre des Dritten Reichs wird den Ostwissenschaften nicht zugestanden. Ob das NS-Regime die Osteuropaforschung und Ostforschung (letztere wird meistens unter Volkstumsforschung subsumiert) wirklich für seine Ziele einsetzen konnte, scheint für viele Bearbeiter keiner Klärung mehr zu bedürfen. Ein besonders gravierender Mangel praktisch aller Beiträge besteht in dem Verzicht auf eine Prüfung der Verträglichkeit der Konzepte der damaligen Ostwissenschaften mit der konkreten Ostpolitik Hitlers. An ihrer Stelle werden abgegriffene Floskeln angeboten: Die Ostforscher

hätten „in ostpolitischen Fragen gemeinsame Sache mit dem NS-Regime gemacht“. Fast hat es den Anschein, dass eine Diskussion der Ostpolitik Hitlers um jeden Preis vermieden werden soll. In der Folge solcher Voreingenommenheit wird die Erstellung von sog. Volkstumskarten und Volkstumsstatistiken über Osteuropa blind der späteren Besatzungspolitik zugeordnet. Dass gerade die Respektierung der Volkstumsgrenzen und vor allem die Durchsetzung einer auf ihnen beruhenden friedlichen Revision der Grenzen die Erforschung der Siedlungsgebiete der ostmittel- und osteuropäischen Völker nötig machte, wird nicht einmal geahnt. An keiner Stelle erfährt das Verhältnis von „völkischer Idee“ und NS-Regime die geringste Aufmerksamkeit. Auch ist nie ernsthaft eine Antwort auf die Frage gesucht worden, ob denn die infrage stehenden Osthistoriker tatsächlich vom NS-Regime als politische Beratergruppe akzeptiert worden sind.

Dafür wird in Umkehrung der Wirklichkeit den Ostforschern, die sich dem allen ostmitteleuropäischen Staaten gemeinsamen Problem der ethnischen Minderheiten zugewandt hatten, in welches das Deutsche Reich und Österreich seit Versailles und Trianon objektiv einbezogen waren, jegliche Bereitschaft für diplomatische Konfliktlösungen abgesprochen. Es zeugt von einer fundamentalen Unkenntnis hinsichtlich der damaligen osteuropäischen Verhältnisse, den betreffenden Historikern wegen ihrer Erforschung der Lage der ethnischen Minderheiten in Ostmitteleuropa die imperialistischen Ziele des NS-Regimes zu unterstellen. Der Volkstumskampf, der für ein Drittel der Bevölkerung Ostmitteleuropas die bedrückendsten Realität der Zwischenkriegszeit war, wird allen Ernstes als eine „Erfindung“ der deutschen Ostforscher dargestellt, der gewaltsame Volkstumskampf zu deren Programm erhoben. Selbst eher besonnene Diskussionsteilnehmer wie W. J. Mommsen suggerieren eine angeblich zwangsläufige Evolution des Volkstumskampfes der Zwischenkriegszeit zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Kein einziger hat die Tatsache erwähnt, dass gerade Hitler den Volkstumskampf zu unterbinden versucht hat.

Eine voreilige Identifizierung einzelner kompromittierender Aussagen von Historikern mit den Zielen des NS-Regimes wird letztlich ermöglicht durch ein höchst undifferenziertes, keinerlei ideologische Verschiebungen berücksichtigendes Bild des Dritten Reiches. Dabei hatte z.B. W. J. Mommsen in seinem Referat daran erinnert, dass nach der Machtergreifung „die völkische Idee Verformungen im Sinne einer einseitig rassistischen Auslegung des Volksbegriffs“ ausgesetzt gewesen war. Eine völlig statische, die sich ab 1937 überstürzende außenpolitische Dynamik ausklammernde Vorstellung vom NS-Staat dient dem Zweck, einem naiven Interpretationsmuster von Plan und Durchführung zur Geltung zu verhelfen. Beinahe zwangs-

läufig müssen dann Entlehnungen aus der Besatzungs-Propaganda den Ostforschern als Ziele unterstellt werden: Sie hätten bereits in der Weimarer Republik den „Anspruch der Deutschen auf die Wiederherstellung ihrer Vorrangstellung im Osten, auch jenseits der Reichsgrenzen von 1914“ verlangt. Dadurch scheint auch die von vielen für unverzichtbar gehaltene, von der DDR-Forschung aufgebrachte Konstruktion von der Kontinuität des Weimarer Revisionismus zur NS-Besatzungsherrschaft gerettet zu sein.

Zusammengehalten werden die einer kohärenten Logik entbehrenden Darlegungen durch die publizistischen Verfahren eigene Neigung, einem unzureichenden Faktenbestand durch Appelle an politische oder ideologische Überzeugungen eine anders nicht zu beschaffende Evidenz zu verleihen. Gern benutzt werden seit den 60er Jahren bekannte Schlagworte und Klischees und an Unterstellungen grenzende Vermutungen. Ein hohes Maß an Assoziationsfreudigkeit ist fast die Regel, vielfach ein aufgesetztes Pathos, ein unduldsames, sich ständig selbst bestätigendes Moralisieren, Anleihen bei der Mythologie („Der faustische Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime“) und nicht zuletzt eine suggestive, jede Konkretion scheuende Metaphorik, deren Zweck Mystifizierung, nicht Aufklärung zu sein scheint. Letztere ist das eigentlich Hervorstechende an der gegenwärtigen Debatte. Da werden die Ostforschungsinstitute zu „Geheimen Denkfabriken des Dritten Reiches“ stilisiert, als „politikberatende Institutionen neuen Typs“ und „Agitationszentren einer antislawischen historiographischen Volkstumspolitik“ bezeichnet. Lockere Forschungsgemeinschaften werden zu einem „Großforschungsverbund“ und „Netzwerk von Personalunionen und machtpolitischen Intrigen“. Die Ostforschung selbst wird zur „Einmarschhistorie“ erklärt, zur „wissenschaftspolitischen Ostmission“ und „Begleitforschung der Vernichtungspolitik“, ihr Ziel sei angeblich die „Erfindung des Volkstums als Forschungsprogramm zur ethnischen Segregation Europas“ gewesen.

Das Ergebnis der Diskussionen auf dem Frankfurter Historikertag ist denkbar kontrovers ausgefallen. Thesen wie die von I. Haar, wonach „der Forschungsverbund der ostdeutschen Volkstumshistoriker federführend an der Durchführung des Generalplans Ost“ gewesen sei, fanden dezidierten Widerspruch: Die Ostforscher seien eben nicht an der „mittelbaren oder unmittelbaren Vorbereitung des späteren ‚Generalplans Ost‘ beteiligt“ gewesen, sie waren auch keine „Wegbereiter der Idee der Judenvernichtung“ (W. J. Mommsen). Andere wie Hans Mommsen flüchteten sich in Verallgemeinerungen, die auf ein Ausweichen hinauslaufen: Die Ostforscher trugen angeblich „zur Entstehung ... einer Mentalität bei, welche den systematischen Völkermord in den Bereich zuerst des Möglichen, dann den des Unvermeidlichen und schließlich den des Notwendigen rückte“. Es steht zu befürchten, dass die Wortführer dieser angeblich neuen Debatte, die so neu gar nicht ist, weithin der „Magie eines Konstruktes“ erlegen sind. Mit dieser Formulierung hat unlängst Hans Böhm seine Besprechung des jüngst vorgelegten Werks von M. Fahlbusch über die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften überschrieben und damit in höchst taktvoller Weise eine Grenze aufzuzeigen versucht, von der an sich die Anhänger einer wissenschaftsfremden Motivation in Wahngelassenen zu verlieren drohen. Diese extreme Polarisierung kann nur überwunden werden, wenn die zahlreichen Tabus und blinden Flecke der bisherigen Debatte einer weniger aufgeregten und selbstgerechten, dafür aber soliden und textkritischen Bearbeitung weichen. Ansonsten läuft die Forschung über die Ostwissenschaften im Dritten Reich Gefahr, im wesentlichen den Kenntnisstand des auslaufenden Kalten Krieges zu verfestigen.

Dr. Martin Burkert ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Arbeitsbereiches Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Wir danken allen Leserinnen und Lesern, die sich an unserer Spendenaktion beteiligt haben, für ihre spontane und großzügige Unterstützung des Berliner Osteuropa Infos (BOI). Ihre Spende hilft uns, das BOI auch in Zukunft einem möglichst breiten Interessentenkreis zugänglich zu machen, ohne dass darunter die inhaltliche oder technische Qualität leiden muss.

Spendenkonto

Hauptkasse der FU Berlin, Kto.Nr. 3901 999 303, Berliner Bank, BLZ 100 200 00

Wichtig

Bitte Verwendungszweck angeben: 04/28290/31030633.

Auf Wunsch kann ab einem Betrag von 100,- DM eine Spendenquittung zur Vorlage beim Finanzamt ausgestellt werden. Die Namen der Spender werden, soweit diese einverstanden sind, im kommenden BOI veröffentlicht.

4. Deutsch-Kroatisches Juristensymposium zur Anwaltschaft, 26.–28.04.2000 in Split

von Stefan Pürner, Nürnberg

„Ausbildung und Praxis von Anwaltschaft und Notariat in Kroatien und Deutschland“ lautete der Titel des 4. Deutsch-Kroatischen Juristensymposiums, das vom 26.–28.04.2000 in der dalmatinischen Hafenstadt Split stattfand. Außer der Deutsch-Kroatischen Juristenvereinigung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Juristischen Fakultät Split, die das mittlerweile traditionelle Deutsch-Kroatische Juristensymposium ins Leben gerufen haben, konnten dieses Jahr auch die kroatische Anwaltskammer und das neu gegründete Zentrum für deutsches, kroatisches und europäisches Recht und Rechtsvergleichung, Split/Berlin (Prof. Dr. H. Roggemann) als Mitveranstalter gewonnen werden. Darüber hinaus wurde die Veranstaltung, die unter der Schirmherrschaft des deutschen Botschafters in der Republik Kroatien, Dr. Volker Haak, stand, u.a. vom Deutschen Notarinstitut und der Deutschen Stiftung für Internationale rechtliche Zusammenarbeit unterstützt.

Juristenausbildung im Vergleich

Ziel der Veranstaltung war es, durch Ko-Referate deutscher und kroatischer Referenten die Unterschiede und Gemeinsamkeiten hinsichtlich verschiedenster Aspekte von Ausbildung und Praxis von Anwaltschaft und Notariat herauszuarbeiten. Das Symposium, das sich erstmals über drei Tage erstreckte, gliedert sich hierbei in zwei verschiedene Abschnitte. Am ersten Tag fand vor überwiegend kroatischen Teilnehmern im gut gefüllten Audimax der Universität Split eine Veranstaltung statt, bei der es ausschließlich um die Juristenausbildungsthemen (nicht nur in Deutschland und Kroatien, sondern auch in den USA und in Frankreich) ging. Die Referate bei dieser Veranstaltung wurden ausschließlich in kroatischer Sprache gehalten. (Das war deshalb möglich, da die Deutsch-Kroatische Juristenvereinigung über eine ausreichende Anzahl an zweisprachigen Mitgliedern verfügt). Wie aus den Referaten von Prof. Dr. Ivan Bilić (Dekan der Juristischen Fakultät Split), Leila Kulović (deutsche Rechtsreferendarin/Frankfurt, gleichzeitig Jurastudium in Zagreb) und RRef. Andreas Tiedemann (Frankfurt a. M.) deutlich wurde, ist das kroatische Jurastudium wesentlich verschulter als das deutsche. Gesellschaftspolitische Nebenfächer nehmen teilweise eine höhere Stundenzahl ein als klassische Themen wie Schuld- und Sachenrecht. Bei Prüfungen wird vorwiegend der auswendig gelernte Inhalt vorgeschriebener Lehrbücher abgefragt. Weitgehend unbekannt ist hingegen die teilrechtsgebietübergreifende Arbeit am praktischen Fall, deren Bedeutung im amerikanischen Ausbildungssystem Prof. Dr. Ivan Tadjan (Zagreb), und RA Dr. Stefan Pürner (Nürnberg) mit Blick auf die Referendar-ausbildung in Deutschland, hervorhoben. Den internatio-

nen Vergleich rundete Dr. Rainer Maria Kiesow vom Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte (Frankfurt a. M.) ab, der in seinem Referat auch Parallelen zwischen der Juristenausbildung in Kroatien und in Frankreich herausarbeitete. Wesentliche Unterschiede zwischen Deutschland und Kroatien gibt es auch hinsichtlich der Referendarausbildung. Diese bestehen insbesondere darin, dass es in der Republik Kroatien kein einheitliches Modell der Vorbereitung auf das „Zweite Staatsexamen“ gibt. Diplom-Juristen haben vielmehr die Möglichkeit, zwischen einer Ausbildung bei Gericht, beim Rechtsanwalt und in Unternehmen zu wählen. Sofern sie die Ausbildung in einem Unternehmen wählen (müssen) können sie erst nach fünf Jahren zur Prüfung zugelassen werden (in anderen Fällen beträgt dieser Zeitraum nur drei Jahre). Mit der bestandenen Prüfung erwerben sie auch das Recht, sich als Anwälte zuzulassen. Anders als ihre Kollegen, die ihre Ausbildung beim Anwalt absolviert haben und die deshalb nur eine geringe Aufnahmegebühr in die Rechtsanwaltskammer zahlen müssen, beträgt die Gebühr für diesen Personenkreis nicht weniger als umgerechnet 10.000 DM.

Juristische Praxis im Vergleich

Der zweite Teil der Veranstaltung fand am 27. und 28. April in den Räumen der Wirtschaftskammer Split vor gemischt-nationalem Publikum statt. Vorträge und Redebeiträge wurden hierbei jeweils simultan ins Deutsche bzw. Kroatische übersetzt. Angesprochen wurden dabei u.a. Rechtsformen, in denen anwaltliche Tätigkeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit mit verwandten Berufen durchgeführt werden können, Anwaltschaft und Anwaltswerbung sowie die Kosten eines Zivilprozesses in den jeweiligen Ländern. Vorträge zur Rolle des Notariats in Kroatien und Deutschland rundeten diesen Teil des Programms ab.

Kontroverse um Forderung nach Öffnung des kroatischen Anwaltsmarkts

Die Diskussionen verliefen vielfach kontrovers. Nicht nur zwischen deutschen und kroatischen Juristen, sondern insbesondere auch zwischen den anwesenden kroatischen Rechtsanwälten und Notaren sowie den Vertretern ihrer Standesorganisationen. Einleitend erteilte der Präsident der Kroatischen Rechtsanwaltskammer Marijan Hanzekovic einer Tätigkeit ausländischer Anwälte in Kroatien eine klare Absage. Er begründete dies mit negativen Erfahrungen in anderen Transformationsländern. Darüber hinaus konstatierte er, dass über die Öffnung des kroatischen Anwaltsmarkts allenfalls bei verbürgter Gegenseitigkeit diskutiert werden könne. Demgegenüber verwies Dr. Zoran Pokrovac (Split/Frankfurt a. M.) in seinem Referat darauf, dass in

Deutschland kroatischen Juristen zumindest die Möglichkeit eröffnet sei, als Rechtskundige auf dem Gebiet des kroatischen Rechts in ihrem Heimatrecht zu beraten. Dementsprechend sei es durchaus wünschenswert, wenn ausländische Juristen in Kroatien zumindest auf dem Gebiet ihres Heimatrechts tätig werden könnten – insbesondere auch um eine qualitative Beratung im fremden Recht sicherzustellen.

Anwaltliche Werbung

Unterschiedliche Auffassungen – auch innerhalb der kroatischen Anwaltschaft – wurden im Hinblick auf die Referate der Rechtsanwälte Eduard Bischof (Köln), Michael Strunk (Koblenz) und Dr. Stefan Pürner (Nürnberg) vertreten, die verschiedene Teilaspekte anwaltlicher Werbung zum Gegenstand hatten. Hier wird seitens der kroatischen Anwaltskammer eine sehr restriktive Haltung vertreten. Hiernach ist anwaltliche Werbung in jedweder Form generell unzulässig.

Formen anwaltlicher Zusammenarbeit und Fragen der Anwaltshaftung

Kontroverse Meinungen gab es auch zu den in den Referaten von RA, WP und StB Prof. Dr. Wilhelm Haarmann (München) sowie RA Heinz L. Furtmayr (Landshut) angesprochenen, im deutschen Recht zulässigen Rechtsformen für Anwaltskanzleien und die Zusammenarbeit von Rechtsanwälten mit Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern. Diesbezüglich erlaubt das kroatische Recht Anwälten nämlich nur, sich untereinander zur gemeinsamen Berufsausbildung zu verbinden, und zwar entweder in Form einer Sozietät, einer Bürogemeinschaft oder einer „Anwalts-gesellschaft“. Bei letzterer handelt es sich um eine „Anwalts-OHG“. Unterschiedliche Situationen ergeben sich auch im Hinblick auf die Haftung von Rechtsanwälten für Berufsversehen. Hierzu teilte RA Marijan Hanzekovic mit, dass dieses Thema in Kroatien erst seit einiger Zeit praktische Bedeutung gewinnt. Bislang seien der Kroatischen Rechtsanwaltskammer – die gleichzeitig Träger der neu eingeführten, obligatorischen Haftpflichtversicherung für Rechtsanwälte ist – nur vergleichsweise wenig Schadensfälle bekannt geworden. Bemerkenswert sei diesbezüglich insbesondere, dass in einer nicht geringen Zahl von Fällen festgestellt werden musste, dass Anwälte und Mandanten kollusiv zusammenwirkten, um die Versicherung zum Eintritt zu veranlassen. Im Gegensatz zu der im Referat von Rain Dr. Brigitte Borgmann (München) dargestellten Situation in Deutschland fehlt es in Kroatien jedoch noch weitgehend an Rechtsprechung zu Fragen der Anwaltshaftung.

Zivilprozesskosten im Vergleich

Wesentliche Unterschiede ergeben sich auch bezüglich der Kosten eines Zivilprozesses, die Gegenstand der Referate von M. Pavlović (Richter am Handelsgericht Split), RA Arno Vicec (Zagreb) und RA Ranko Peso (Köln) waren. In beiden Ländern sind Anwaltsgebühren zwar in der Regel streitwertabhängig. Anders als in Deutschland je-

doch knüpfen die Gebührentatbestände nicht an der Tätigkeit des Anwaltes in einem gewissen Verfahrensstadium an, sondern an einzelnen Handlungen (Schriftsätze, Wahrnehmung von Terminen). Dadurch lassen sich die bei einem Zivilprozess entstehenden Anwaltskosten häufig nicht prognostizieren. In nicht wenigen Fällen erhalten kroatische Rechtsanwälte auch für nach Streitwert und Arbeitsumfang vergleichbare Verfahren höhere Gerichtsgebühren als ihre deutschen Kollegen. Bei sehr hohen Streitwerten wird dieser Effekt doch teilweise durch die Maximalgebühr von 10.000 kroatischen Kuna (etwa 2.500 DM) für eine einzelne Anwaltshandlung kompensiert. Außerdem verwiesen die kroatischen Kollegen in der Diskussion darauf, dass sie in erheblich höherem Maße als ihre deutschen Kollegen unter der Nichtzahlung von Anwalts-honoraren zu leiden hätten. In diesem Zusammenhang hoben sie außerdem hervor, dass sie – anders als ihre deutschen Kollegen – nicht berechtigt sind, ein Mandat niederzulegen, wenn der Mandant einen erhobenen Vorschuss nicht begleicht. (Zur Niederlegung des Mandates sind die kroatischen Rechtsanwälte nur bei Nichtzahlung der zu verauslagenden Gerichtskosten berechtigt). Auch die Gerichtsgebühren sind in Kroatien im Ergebnis höher als in Deutschland. (Endet ein Verfahren durch Urteil, so werden in Kroatien zwei Gerichtsgebühren fällig. Bei einem Streitwert von 10.000 DM beispielsweise ergibt sich somit ein Gesamtbetrag von 880 DM, während der Vergleichsbetrag in Deutschland mit 705 DM um ca. 20% geringer ist).

Rechtliche Grauzonen

Erregte interne Diskussionen unter den kroatischen Kollegen lösten die Referate von A. Giunio (Zagreb) und Jo•o Cicmić (Split) aus, bei denen es um die gerichtliche Vertretung durch Nicht-Anwälte und die Rechtsberatung durch Hochschullehrer in Kroatien ging. Hinsichtlich der Postulationsfähigkeit von Nicht-Anwälten besteht in Kroatien derzeit eine rechtliche Grauzone, da die Bestimmungen der Zivilprozessordnung und des Anwalts-gesetzes nicht aufeinander abgestimmt sind.

Das Notariat im Vergleich

Auch bezüglich des Notariats bestehen grundlegende Unterschiede zwischen Deutschland und Kroatien, obwohl Kroatien sich bei der Einführung des dortigen Nur-Notariats am bayerischen Vorbild orientiert hat. Da sich die Rolle der Notare jedoch weitgehend auf die Beglaubigung von Rechtsakten beschränkt, lässt sich bezüglich Kroatien nach Auffassung von Notar Dr. Frieder Krauss (Hof) keinesfalls von einem klassischen lateinischen Notariat sprechen. Diese Auffassung wurde vom Präsidenten der Kroatischen Notarkammer Ante Ilić (Zagreb) vollinhaltlich bestätigt. Ilić forderte in seinem Referat deshalb die Übertragung zusätzlicher Kompetenzen auf die kroatischen Notare. Notar Andjelko Stanić (Dubrovnik) ergänzte diese Forderungen um weitere *de lege ferenda* vorzunehmende Änderungen, die insbesondere die soziale Situation der Notare betreffen. Aufgrund des geringen Gebührenaufkommens –

und da in Kroatien keine Notarkasse besteht – könnten viele Notare auf dem flachen Land und auf den Inseln nämlich nicht von ihrer Tätigkeit leben. Das sei auch der Grund dafür, dass in Kroatien derzeit ca. ein Drittel der Notarstellen überhaupt nicht besetzt seien. Einem länderübergreifenden Thema widmete sich Prof. Dr. H. Roggemann (Berlin/Split) in seinem Referat „Anwaltschaft und internationale Gerichtsbarkeit“. Die zunehmende Bedeutung sowie die Neueinführung verschiedener internationaler Gerichtshöfe eröffnet nämlich neue Betätigungsfelder für Rechtsanwälte, deren Bedeutung von diesen bislang noch nicht ausreichend erkannt wurde.

Vorankündigung

Im Rahmen des Symposiums wurde ein Sonderband der Schriftenreihe der Juristischen Fakultät in Split der Öffentlichkeit vorgestellt, der die Referate und Diskussionsbeiträge zu den beiden Symposien aus den Vorjahren (Steuer-

recht in Deutschland und Kroatien, Insolvenz- und Vollstreckungsrecht in Kroatien in Vergleich zum deutschen Recht) enthält. Es ist vorgesehen, auch die Beiträge des diesjährigen Symposiums in Buchform zu veröffentlichen. Auch für das Jahr 2001 ist wieder ein deutsch-kroatisches Juristensymposium in Split geplant. Thema der Veranstaltung, die wieder Ende April stattfinden wird, sollen rechtliche Aspekte eines möglichen Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union sein. Außer der Deutsch-Kroatischen Juristenvereinigung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Juristischen Fakultät wird diese Veranstaltung auch vom Zentrum für Deutsches, Kroatisches und Europäisches Recht und Rechtsvergleichung, Split/Berlin, mitveranstaltet werden.

Dr. Stefan Pürner ist Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter in Nürnberg.

Ideology and Historiography: The Making of Identity in Yugoslavian Historiography¹

von Carl Bethke, Berlin

Das Europäische Hochschulinstitut in Florenz ist eine 1972 gegründete EU-finanzierte Einrichtung für postgraduierte Studien mit Europa-Schwerpunkt in Rechts-, Wirtschafts-, Politik- und Sozialwissenschaften sowie in Geschichte und Kulturgeschichte, wofür spezielle 3-Jahres Stipendien vergeben werden. Hier befinden sich auch die Historical Archives of the European Communities (HAEC), wo die in Brüssel und Luxemburg produzierten Akten der EU sowie ihrer Vorgängerorganisationen deponiert sind. Nachdem früher ein leider einseitig west-europäischer Ansatz dominierte, sollen zunehmend auch Ost-europa-Themen bearbeitet werden.

Das Thema der Tagung wollte die Debatte um das Selbstverständnis von Historikern bzw. ihre Rolle als Produzenten und -Vermittler nationaler Ideologien aufnehmen; freilich in einem staatlichen Rahmen in dem insbesondere schwer zu überspielende, divergierende historische Dispositionen eine Barriere gegen erfolgreiches nation-building darstellten. In der Vorankündigung legte der Workshop den Akzent auf die Konstruktion von „Jugoslawismus“ als spezifischem Identitätsangebot, welches bekanntlich durch die Entwicklung von einer romantischen Ideologie zu einem transnationalen Integrationskonzept gekennzeichnet war.

In den Vorträgen der meist jüngeren Forscher wurden sowohl verschiedene geographische Ebenen (gesamtstaatlich-regional) als auch methodische Ansätze (wissenschaftliche Historiographie, biographischer Zugang, Schnittstellen zur Parteideologie, öffentlicher Raum, west-

liche Wahrnehmung) behandelt. Wolfgang Höpken analysierte in seinem Vortrag „Historical Identity in a Divided Society“ die 1918–1941 von staatlicher Seite im öffentlichen Raum (Gedenktage, Schulbücher etc.) unternommenen Versuche, die bereits ausgeprägten und verbreiteten bürgerlich-nationalen Geschichtsdiskurse und Symbole quasi „additiv“ in einen nationalstaatlich bzw. ethnisch verstandenen Jugoslawismus zu amalgamieren. Miloš Koviæ (SANU, Belgrad) identifizierte in seinem Beitrag über serbische Historiographie am Vorabend des ersten Weltkriegs die pro-jugoslawische Richtung als den liberalsten Teil der serbischen intellektuellen Szene. Diese habe sich zunächst in einem ausgesprochenen Spannungsverhältnis zum serbischen Nationalstaat begriffen, welches sich erst mit dem Akutwerden der österreichisch-serbischen Spannungen ab 1906 lockerte, ohne dass die grundlegenden konzeptionellen Divergenzen geklärt wurden. Koviæ wies in diesem Zusammenhang auch hin auf den sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dynamisierenden, vielschichtigen Konflikt zwischen den serbischen Intellektuellen im Königreich Serbien einerseits und in Österreich-Ungarn andererseits. Ervin Dolenc (Institut für Zeitgeschichte, Ljubljana) beschrieb das komplexe Verhältnis der slowenischen Diskurse zum Jugoslawismus. Dieser sei hier erst vergleichsweise spät zum Durchbruch gekommen, wobei es zunächst eine Konkurrenz zwischen einem jugoslawisch verstandenen Nationalismus innerhalb der Monarchie und einem panslawistischen Groß-Jugoslawismus gab. Nach 1918 profitierte der Jugoslawismus von

den Spannungen mit Österreich, doch setzte sich jene Fraktion, die auf Bewahrung der kulturellen Eigenstaatlichkeit setzte, bereits durch. Auf dieser Grundlage wurde im kommunistischen Jugoslawien insbesondere die slowenische Parteiorganisation zum Advokaten eines dynamischen Föderalismus. Der Beitrag der Historiker zum Jugoslawismus in Slowenien wurde, jenseits von Partei- und Partisanengeschichte nach 1945, insgesamt als nicht sehr hoch eingeschätzt. Der Beitrag von Predrag Markovič (Institut für Sozialgeschichte, Belgrad) war dem Versuch gewidmet, nach 1945 eine transnationale Identität zu schaffen. Die seit den siebziger Jahren auf verschiedenen Ebenen erstarkenden intellektuellen u.a. Gegenreaktionen interpretierte Markovič als Antwort auf sich bereits abzeichnende Erfolge dieses Konzepts, freilich insbesondere außerhalb der Institutionen. „All nations may be imagined communities, but some require more imagination than others“ – anhand dieses denkwürdigen Zitats erläuterte Dušan Djordjevič (Stanford) das Scheitern eines integralen Jugoslawismus, von dem auch die ehemals jugoslawistisch orientierten serbischen Historiker wie Vladimir Ćorović in den dreißiger Jahren bereits weitgehend abrückten. In dieser Zeit sei vielmehr ein neuer Historizismus an die Stelle eines ahistorischen Voluntarismus getreten, verbunden allerdings noch mit der auch historisch begründeten (Slobodan Jovanović), machtpolitischen Notwendigkeit eines gemeinsamen Staates. Christian Promitzer stellte den slowenischen Ethno-Historiker Niko Ćupanič (1876–1961) vor. Ćupanič stammte aus der Bela Krajina, einer ethnisch sehr komplexen Landschaft im slowenisch-kroatischen Grenzraum. In Anlehnung an Jovan Cvijič vertrat er einen rassistisch-biologistisch begründeten Jugoslawismus, mit explizit pro-serbischer Attitüde. Nichtsdestotrotz galt er, im Zweiten Weltkrieg Angehöriger der Partisanen, im kommunistischen Jugoslawien als hochangesehener Wissenschaftler. Carl Bethke untersuchte in seinem Beitrag die komplexen Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung der jeweiligen südslawischen und nicht-südslawischen Identitäten in der Vojvodina. Anhand historiographischer Beispiele zeige sich, dass Pan-Ideologien wie der Jugoslawismus in Gefahr seien, erhebliche Disparitäten durch Projektion auf externe Feindbilder und Bedrohungsszenarien zu kompensieren. In Mischgebieten wie in der Vojvodina könne die einseitige Beschwörung ethnisch verwandter, aber räumlich ferner „Brüder“ leicht exklusiv wirken, wohingegen stabile regionale Identitäten günstigere Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Integration schafften. Das bemerkenswerteste Referat trug m.E. Dejan Jovič (Zagreb, Florenz) vor, der sich mit der Frage befasste, warum die serbische Parteiorganisation der Verfassung von 1974 zugestimmt habe. Jovič verwies auf den ex-post-Charakter heutiger populärer Geschichtskonstruktionen (Allmacht Titos, Opportunismus), und stellte demgegenüber die tatsächliche ideologische Gläubigkeit der damaligen Kader heraus; das unbestreitbare Spannungsverhältnis zu Tito sei keineswegs auf Kardelj übertragbar. Außerdem habe man sich zu Recht eine Stärkung der Autonomie auch

Serbiens erhofft, welches Anfang der 70er Jahre einen exponiert liberalen Kurs vertrat. Dass dann, wie in der Diskussion bekräftigt wurde, die erste Hälfte der siebziger Jahre von einer gewissen reideologisierenden Tendenz gekennzeichnet war, zeigt jedenfalls, dass die 74er Verfassung (die längste der Welt) nicht allein durch das Prisma der nationalen Frage zu interpretieren ist. Jovič dokumentierte auch, dass bei prominenten Gegner des „Brioni-Jugoslawiens“ wie Dobrica Ćosič der serbische Nationalismus seine Wurzeln zunächst in einem rigiden jugoslawischen Unitarismus, ja „Internationalismus“ hatte. Abschließend behandelte Brigitte Frello (Kopenhagen) die Wahrnehmung der jüngsten Kriege in westlichen Medien, und kam zu dem Schluss, dass selbst Dänemark einseitig zu Gunsten der Kroaten und Bosnier Partei ergriffen habe.

In den Referaten und den Aussprachen wurde deutlich, dass die Position öffentlicher und wissenschaftlicher Geschichtsdiskurse zum Jugoslawismus nur im Rahmen breiterer gesellschaftlicher Tendenzen verstanden werden kann. Während Historiker an der Formulierung der Einzelnationalismen exponiert beteiligt waren, war ihr Beitrag zum Jugoslawismus in theoretischer Hinsicht weniger spezifisch, z.T. reaktiv. Ausnahmen bildeten etwa die kommunistische Partisanenhistoriographie, sowie Ansätze eines national-unitaristischen Konzepts. Kritiker und Freunde, zumal im Ausland, sollten respektieren, dass es „den Jugoslawismus“ nicht gab. Die Vorstellung von „Jugoslawien“ taucht im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts von Strossmayer über Cvijič bis Kardelj und Ranković bis Ljotić in sehr unterschiedlichen ideologischen Kontexten auf, entsprechend differenziert waren die daran gebundenen inhaltlichen Handlungsmodelle. Fest steht allerdings, dass die Verschiedenheit der Vorstellungen, bzw. Missverständnisse darüber was Jugoslawismus sei, maßgeblich zu seinem Scheitern beigetragen haben.

Papers: <http://www.iue.it/Personal/Strath/Conferences/yugoslav.htm>

Carl Bethke ist Wiss. Mitarbeiter am AB Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

¹ Die Tagung fand am *European University Institute, Robert Schuman Centre and the Department of History*, Florenz 8.–9. Mai 2000 statt, unter der Leitung von Prof. Bo Strath.

Osteuropa zwischen Integration und Differenz. Probleme europäischer und kultureller Differenzierung

hrsg. von HOLM SUNDHAUSSEN

Peter Lang Verlag Frankfurt/M. u.a. 1999

Historisch-stadtanthropologische Exkursion nach Dubrovnik

von Karl Kaser, Graz

Seit Jahren führt die Abteilung für Südosteuropäische Geschichte an der Universität Graz Seminare durch, in denen Studierende der Geschichte mit kulturanthropologischen Fragestellungen und Methoden und vice versa vertraut gemacht werden sollen. Diese von Hannes Grandits und Karl Kaser geleiteten Seminare sind grundsätzlich so strukturiert, dass sich die Studierenden, nachdem die Fragestellungen gefunden worden sind, im Seminar die historischen Bezüge erarbeiten, sich dabei der historischen Methoden bedienend. Die zweite Phase findet dann vor Ort statt: Hier müssen sie kulturanthropologische Techniken der Feldforschung erproben.

Im Sommersemester 2000 fand nach einer Erprobungsphase im Jahr zuvor zum zweiten Mal ein solches Seminar in Form historisch-stadtanthropologischer Studien in Dubrovnik statt. Dieser stadtanthropologische Aspekt wird von uns deshalb gefördert, weil mittlerweile bereits eine Reihe von historisch-anthropologischen Studien zu Aspekten südosteuropäischer Geschichte und Gegenwart vorliegen; im wesentlichen handelt es sich jedoch dabei um Arbeiten in ländlichen Kontexten. Die Urbananthropologie in und über Südosteuropa ist hingegen noch stark entwicklungsbedürftig. Wir hoffen, dass einzelne Studierende, die an diesen Seminaren teilnehmen, später eine Diplomarbeit und vielleicht eine Dissertationsarbeit in diesem Bereich verfassen werden.

Zur Wahl von Dubrovnik als Untersuchungsort wäre zu erwähnen, dass diese nicht zufällig erfolgte: Erstens ist Graz eine Partnerstadt Dubrovniks, zweitens verfügt die Stadt über eines der besten Archive in der Region, drittens ist der historische Stadtkern geradezu museal in seiner Bausubstanz aus der Frühen Neuzeit erhalten, viertens kann man die historische Bedeutung der Stadt in ihrer in das Auge springenden Symbolhaftigkeit unschwer entziffern, fünftens gibt es über wenige Städte Südosteuropas soviel an westsprachlicher historischer Fachliteratur wie über Dubrovnik und sechstens schließlich beherrschen in diesem Zentrum des dalmatinischen Tourismus sehr viele Bewohner und Bewohnerinnen die deutsche oder englische Sprache.

Im ersten Seminarteil erfolgte also die Auseinandersetzung mit den historischen Dimensionen der Stadt, wobei besonderes Augenmerk auf die sogenannte „Blütezeit“ der Republik und Stadt, das 15., 16. und 17. Jahrhundert, gelegt wurde, weil in dieser Zeit die Stadt ihre auch gegenwärtige architektonische Prägung erfuhr. Des weiteren erfolgte hier auch eine Einführung der Studierenden in Fragestellungen und Methoden der Urbananthropologie. Dabei wurde insbesondere auf Methoden Wert gelegt, die es den Studierenden ermöglichen, zu Informationen zu gelangen, ohne die kroatische Sprache zu beherrschen: *mental mapping*, Beobachtung, Skizzieren von Bewe-

gungs- und Verkehrsflüssen, Beobachtung und Skizzierung bestimmter Plätze, *urban reading*.

Auch für die Ausformulierung der Themen musste auf die sprachlichen Grenzen der Studierenden Rücksicht genommen werden bzw. mussten Themen gefunden werden, für die es in anderen Kontexten bereits veröffentlichte Studien gibt, damit die Machbarkeit von Seminararbeiten über für sie eher ungewöhnliche Themen demonstriert werden konnte.

Zum Seminar nahmen 15 Studierende zugelassen. Da es völlig unmöglich wäre, 15 Themen in aller gebotenen Intensität zu verfolgen und zu betreuen, wurden 5 Arbeitsteams zusammengestellt. Das Erproben des Arbeitens im Team ist zudem eines der inhärenten Seminarziele, das sich von der Überzeugung ableitet, dass die Zukunft unseres Forschens nicht mehr durch den alleinkämpfenden wissenschaftlichen Helden/durch die alleinkämpfende wissenschaftliche Heldin bestimmt werden wird, sondern durch transdisziplinäre Forschungsteams.

Diese Teams hatten folgende Themen zu bearbeiten:

- 1) Die Bedeutung des Meeres für Dubrovnik in Geschichte und Gegenwart zu erforschen. Dessen historische Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufstieg der Republik ist evident, aber welche Bedeutung hat es in der Gegenwart, zumal Dubrovnik kein bedeutender Hafen mehr ist? Zugang: Hafenthnologie.
- 2) Analyse des „Stradun“, der Hauptstraße der Altstadt, als „Lebenswelt“. Er entstand im Mittelalter durch die Aufschüttung des Meereskanals, der die zwei Dubrovniker Stadtteile voneinander trennte. Zugang: Beobachtung, Skizzierung.
- 3) Offizielles Erinnern und Vergessen anhand der Straßenbezeichnungen und der Denkmalkultur. Zugang: Entschlüsselung der Denkmalsymbolik.
- 4) Ankunft von Fremden in der Stadt – auch ein Thema mit starker historischer Verankerung. Zugang: Beobachtungen zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten am Autobusbahnhof.
- 5) Kneipenkultur im Wandel. Die historische Dokumentation zeigt, dass im frühneuzeitlichen Dubrovnik die Jugend des Nächtens schwer unter Kontrolle zu halten war und harte Maßnahmen ergriffen werden mussten. Zugang: Beobachtung sowie fallweise Gespräche mit Gästen und Kneipeninhabern.

Wir hielten uns von 25. bis 30. Mai 2000 in der Stadt auf, um unsere Feldforschungen zu absolvieren. Diese wenigen Tage sind natürlich viel zu kurz, um zu soliden Forschungsergebnissen zu kommen. Sie sind aber ausreichend, um den Studierenden die Möglichkeiten und Grenzen einer historisch orientierten Urbananthropologie nä-

her zu bringen, sie mit den Methoden in der Praxis vertraut zu machen und etwas die Scheu zu nehmen, fremde Menschen in einer fremden Stadt anzusprechen.

Als Unterkünfte wählten wir Privatquartiere im Altstadtzentrum. Dies hatte einen mehrfachen Vorteil: Wir befanden uns direkt am Untersuchungsort, mit die Quartiergebern entwickelten sich sofort erste Kontakte (wenngleich es sprachliche Barrieren zu überwinden galt), und außerdem waren diese Privatquartiere auch sehr kostengünstig.

Wichtig war es, einen Arbeitsrhythmus zu entwickeln, der den Arbeitsgruppen einerseits möglichst viele freie Gestaltungsmöglichkeiten, andererseits jedoch auch die Gewähr bot, dass es regelmäßig zu Sitzungen kam, an denen alle Studierenden teilnehmen konnten. Schließlich stellte sich der Abend als günstigster Zeitpunkt für solche Seminarsitzungen heraus. Diese entwickelten sich zu einem wichtigen Forum des Informations- und Erfahrungsaustausches, aber auch als eine günstige Gelegenheit angestaute Frustrationen über den Forschungsfortschritt abzubauen.

Tagsüber konnten die Arbeitsgruppen auch die individuelle fachliche und inhaltliche Unterstützung des betreuenden Personals abrufen (neben den beiden oben genannten auch noch die Urbanethnologin Elisabeth Katschnigg-Fasch) – ein Angebot, das gerne angenommen wurde.

Obwohl der Tourismus in der Stadt, nachdem dieser durch das Nato-Bombardement Jugoslawiens im vergangenen Jahr beinahe völlig zum Stillstand gekommen war, allmählich wieder anzulaufen beginnt, hatten wir selbst nach den wenigen Tagen unseres Aufenthalts einen nicht unerheblichen Bekanntheitsgrad erreicht. Ich traf Einwohner der Stadt, die mir unaufgefordert berichteten, dass es hier junge österreichische Studierende gäbe, die in erster Linie fragestellend in Kneipen herumsäßen oder andere, die im Hafensitzend seltsame Fragen stellen würden.

Zusammenfassend würde ich meinen, dass sich dieses Auf-eine-andere-Disziplin-Einlassen auszahlt und die Studierenden begeistert darüber waren, für sie bis dahin unbekannte Dimensionen kennenzulernen, wenngleich sie wesentlich mehr an Zeit und Energie zur Erlangung ihres Seminarzeugnisses investieren mussten, als dies gewöhnlich der Fall ist. Für uns als Organisatoren bedeutet dies den Auftrag, das Projekt im kommenden Jahr wieder aufzunehmen und weiterzuentwickeln.

Karl Kaser ist Professor für Südosteuropäische Geschichte sowie Direktor des „Center for the Study of Balkan Societies and Cultures“ an der Karl-Franzens-Universität Graz.

Studienreise nach Rumänien: Oradea, Cluj, Târgu Mureș, Bukarest

von Zora Hesová und Lili Di Puppo, Berlin

Ende Juli hat der amtierende Präsident Rumäniens Emil Constantinescu angekündigt, dass er bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2000 nicht mehr kandidieren wird. Seine Entscheidung verdeutlicht das Scheitern der seit langem zerstrittenen Demokratischen Konvention und der anderen Regierungsparteien, welche vor vier Jahren zusammen mit anderen reform-gesinnten Parteien die PDSR (Partei des Demokratischen Sozialismus Rumäniens) von Ion Iliescu von der Regierung ablöste.

1996 wurde der Sieg „demokratischer Parteien“ endlich als eine Chance für das Land begrüßt. Nach sechs Jahren populistischer Regierung der PDSR, die viele Mitglieder der alten RKP einschließt, wurde von der neuen Regierung erwartet, dass sie die so lange verschobenen Reformen verwirklichen sollte und den Weg nach „Westen“, in Bezug auf Demokratie- und Rechtsstandards, einschläge. Die Ergebnisse der Politik der „Reformisten“ sind leider mager. Viele erhoffte Reformen wurden nur im Ansatz durchgeführt. Rumänien hat keine radikale Privatisierung erfahren; die so erhoffte und letztendlich gescheiterte Aufnahme in die NATO ist eine große Niederlage für die Konvention

gewesen; die politische Instabilität begründet sich neben den großen Standpunktunterschieden zwischen den Koalitionsparteien auch in den Rivalitäten der Politiker untereinander, die sich an die alten Strukturen angepasst haben und der Korruption Vorschub gewähren. Constantinescu hat seine Niederlage eben auf diese korrupte Verhältnisse zurückgeführt. Das vierjährige liberale Experiment scheint von außen gesehen gescheitert zu sein. Dieser Eindruck wird durch die aktuelle Schwäche der Demokratischen Konvention bestärkt, die inzwischen auseinander gefallen ist und hinsichtlich des Erfolges der PDSR in den letzten Kommunalwahlen. Paradoxe Weise bringt die Aufhebung des Duells Iliescu-Constantinescu (welches schon zweimal zuvor die Wahlen bestimmte) neue politische Kräfte hervor und erzeugt erneut Spannung in das politische Geschehen in Rumänien.

Eine Gruppe Studenten ist im April nach Rumänien gefahren, um sich vor Ort der Realitäten der Transformation zu nähern. Es wurden Treffen mit verschiedenen Vertretern der Zivilgesellschaft und Studenten organisiert und Fragen erörtert, die sich allgemein auf die 10 Jahre Transfor-

mation bezogen. Aus diesen Gesprächen haben wir einige Punkte ausgewählt, welche die Eigenartigkeit der rumänischen Transformation zum Ausdruck bringen.

Ein wichtiger Aspekt der Transformation in Rumänien betrifft die Definition der politischen Gemeinschaft und damit den Status der Minderheiten sowie nationalistische Tendenzen auf der politischen Szene. Von der ungarischen Minderheit (1,7 Mio. von 22 Mio. Einwohnern) werden noch heute vermeintliche separatistische Forderungen bezüglich Transsylvanien befürchtet, da das Verhältnis zu der ungarischen Gemeinschaft durch jahrelange politische Instrumentalisierung des Nationalismus von Ceau^oescu vergiftet worden ist. In den ersten Jahren nach der Revolution bedienten sich nationalistische Parteien (Vatra Româneasca, Romania Mare) sowie die FNR (Front zur Nationalen Rettung – heute PDSR) in Wahlkampagnen dieses Mobilisierungspotentials. 1990 hat sich die Konfrontation zwischen Ungarn und Rumänen in Târgu Mure^o in einer offenen gewalttätigen Auseinandersetzung zuge-spitzt. Eine bewusste Inszenierung dieser Gewalttaten wird auf den Geheimdienst zurückgeführt, da die verbotene Securitate gleich danach in der Form des SRI (Rumänischer Sicherheitsdienst) wieder gegründet wurde, wie Istvan Haller, der Vertreter der Liga pro Europa in Târgu-Mure^o, berichtete.

Ein Teil der Minderheit fühlt sich politisch nicht vertreten und sieht ihre Identität bedroht (Interview mit der Union ungarischen Studenten). Die bis heute offen minderheitenfeindlichen Politiker (wie der Bürgermeister von Cluj, Gheorghe Funar, unlängst wiedergewählt) sind in Transsylvanien eine politische Konstante, die ihren Ursprung im *social engineering* in der Region aus der Ceau^oescu-Zeit (massive Populationsverschiebungen rumänischer Bauern in die ungarische Städte) und in der Industrialisierung hat. Die grundsätzlichen Forderungen der Ungarn sind momentan gemäßigt (z.B. die Frage der Wiederherstellung der ungarischen Universität in Cluj), obwohl in der UDMR (Demokratische Union der Ungarn in Rumänien) auch radikalere Strömungen zu finden sind.

Zu einer weiteren Eskalation der Auseinandersetzungen ist es jedoch nicht gekommen. Verschiedene, meist vom Westen unterstützte Organisationen wurden gegründet, wie die sehr aktive Liga Pro Europa in Târgu Mure^o, die besonders viele junge Leute anzieht, mit dem Vorhaben, dem Nationalismus entgegenzuwirken. Die Wirkung des Nationalismus sei aber weitgehend entschärft, so Hajo Csabo von CIVITAS Cluj, vor allem seitdem die ungarische Partei seit vier Jahren an der Regierung beteiligt ist. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Regierung der Reformisten sei, die Demokratie und die Integration von Minderheiten zu fördern.

Außerdem lebt im Lande auch eine sehr große Roma-Minderheit (offiziell 1,2 Mio., nach Schätzungen mehr als zwei Mio.). Die bekanntlich schlechte ökonomische Lage und der unzureichende Rechtsstatus der Roma wird nur von den Roma selbst bekämpft, die sich jetzt zunehmend (d.h. die gebildete Jugend) organisieren und lediglich vom Aus-

land gefördert werden. Es seien nach der Wende Forderungen an die Behörden gestellt worden, welche in einigen Punkten die gleichgültigen, teilweise rassistischen, aber auch mittellosen Behörden zu einer Verbesserung bewegt haben. Auf diese Weise sind Studienplätze an der Universität Cluj für wenige Studenten der Roma-Minderheit vorgesehen. Diese versuchen jetzt, wie wir während unseren bereichernden Gesprächen mit ihnen erfahren haben, sich eine Identität innerhalb der rumänischen Gesellschaft zu bilden. Nach ihrer Sicht soll die Integration der Roma-Minderheit nicht wie vorher eine Leugnung der Roma-Herkunft voraussetzen, sondern die Traditionen, die Sprache und die Roma-Geschichte sollen neu bewertet werden.

Der Nationalismus scheint latent verbreitet zu sein; obwohl er nicht zu Konflikten führt, ist seine Wirkung in den politischen Debatten zu spüren. Das nationale Interesse und das Prestige des Staates werden in Rumänien hoch bewertet. Eine zweite Frage betrifft die kommunistische Hinterlassenschaft. Der Übergang in Rumänien von einem autoritären Regime zu einer liberalen Demokratie setzt nämlich die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit und den Praktiken dieser Zeit voraus. Dennoch wird deutlich, dass der Autoritarismus und der Paternalismus aus der Regierungszeit Ion Iliescus immer noch die Politik prägen. Diese Periode ist von Interesse, da es sehr wahrscheinlich ist, dass seine Partei wiedergewählt wird.

In den Jahren des Iliescu-Regimes wurden oft gegen kritische Stimmen repressive Maßnahmen ergriffen, so z.B. während der bekannten 'Mineriaten' (Marsche der Bergarbeiter des Jiu-Tals auf Bukarest), die protestierende Studenten und Intellektuelle vom Universitätsplatz gewaltsam vertrieben haben. Diese bildeten den Kern der entstehenden Zivilgesellschaft und forderten eine zweite Revolution und den Rücktritt der Regierung, von der sie befürchteten, dass sie die alten Strukturen und Praktiken fortsetzen würde. Das Iliescu-Regime hat tatsächlich durch eine Beschränkung der Pressefreiheit, durch sein Monopol auf die Medien und die Verleumdung von politischen Gegnern seinen autoritaristischen Regierungsstil bewiesen. Die Bergarbeiter versuchten durch ihr letztes Auftreten im Februar 1999, die ökonomischen Reformen zu bremsen. Dieses Gewaltpotential der Arbeiter wird von einer Allianz zwischen ehemaligen Mitgliedern der Securitate oder der Nomenklatura, (die während der Privatisierungen mafiöse Strukturen und Klientelnetze gebildet haben) und nationalistischen Parteien instrumentalisiert, um ihren Einfluss aus der Iliescu-Zeit zu bewahren. Ein Student der Asocia^oia Pro Democra^oia hat diese Klientelnetze als ein Hindernis auf dem Weg zur Liberalisierung beschrieben.

Der Einfluss der alten Netzwerke zeigt sich in der Frage der Securitate-Archiven. Vor kurzem, 10 Jahre nach der Wende, wurde ein Gesetz verabschiedet, welches die Archive der Öffentlichkeit zugänglich macht, dennoch mit enormen Einschränkungen, die den ersten Gesetzentwurf des Senators Dumitrescu, der selbst in der kommunistischen Zeit politisch verfolgt wurde, stark abschwächen.

Die Präsidentin des Zentrums für unabhängigen Journalismus kritisierte die fehlende Transparenz und die Praktik, Informationen als nationales Sicherheitsrisiko zu klassifizieren. Dadurch werden Journalisten in der Ausübung ihres Berufs gehindert und kriminalisiert. Hinter den „nationalen Interessen“ verbergen sich oft politische Geheimnisse (z.B. die neuere Ölschmuggelaffäre, in welche Offiziere des SRI verwickelt waren). Dieses Bekenntnis zum nationalen Interesse zeigt sich auch nach den Worten von Manuela ˆtefănescu, Präsidentin des Helsinki-Komitees, in der Arbeit der Abgeordneten im Parlament, die zugunsten von Symbolen der nationalen Größe gegen wichtige Reformgesetze stimmen. So interpretiert sie z.B. die Reform des Strafgesetzbuches, welche die Strafen, auch für kleine Verstöße, verschärft, ungeachtet der europäischen Menschenrechtskonvention. Das Fehlen von Kompromissfähigkeit und Konsens, von belastbaren Koalitionen, die auf klaren politischen Entscheidungen und Absprachen beruhen, verlangsamt die Verabschiedung von Gesetzen und ermutigt diese symbolische Politik. Erklärungen, die den Eintritt in die Europäische Union unterstützen, finden sich auch in den Reden von nationalistischen Politikern, aber sie werden nicht von konkreten Vorstellungen begleitet.

Über die Ineffizienz der Institutionen wird nicht nur aufgrund der „symbolischen Politik“ geklagt. Das Parlament ist durch sein schlecht gestaltetes zwei-Kammern-System in seiner Arbeit sehr beschränkt, es wird meistens über Präsidentenerlasse regiert. Dazu herrscht in dem gesamten bürokratischen Apparat der Wille zum Erhalt der Arbeitsplätze und der bestehenden Verhältnisse. In dieser Hinsicht äußerte sich eine Gruppe von Studenten verschie-

der Fachrichtungen sehr kritisch. Sie hatten als erste ein Praktikum in den staatlichen Institutionen absolviert und berichteten über die Einstellung der Beamten und Politiker bezüglich der Veränderungen. Ein ungarischer Student, Präsident des Vereins der ungarischen Studenten, hat sich folgendermaßen über diese Mentalität geäußert: „In Romania, we try to postpone everything, even our death“. Unsere Fragen über die Revolution und die 6 Jahre des Iliescu-Regimes wurden meistens mit Interesse beantwortet, weil viele der Vertreter der Zivilgesellschaft erst in den letzten Jahren Fortschritte in ihren Aktivitätsfeldern spüren und fürchten, dass eine Wiederkehr der populistischen PDSR eine neue Stagnation der rechtlichen und wirtschaftlichen Reformen bedeuten kann. So sieht Manuela ˆtefănescu die langsam vorbereiteten Reformen des Gefängniswesens, oder die Vorbereitung des Gesetzentwurfs über den freien Zugang zur Informationen in diesem Fall auf unbestimmte Zeit verschoben.

Unsere Bemühungen, eine klare Vorstellung der politischen Realität zu entwickeln, haben uns oft mit der Vergangenheit Rumäniens konfrontiert; die Last der kommunistischen Vergangenheit ist nämlich noch zu spüren.

Unsere Interviews sollen im Detail in einem Videofilm ausgearbeitet werden.

Zora Hesová ist Studentin der Philosophie und Soziologie an der FU Berlin.

Lili Di Puppo ist Studentin der Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

Kontakt: Email: zorah@zedat.fu-berlin.de

Von Transkarpatien bis Kiev

von Arne Friedemann, Berlin

Vom 29.7.–10.8.2000 veranstaltete das Energieseminar der TU eine Exkursion durch die Ukraine. Die vom Asta der TU unterstützte Fahrt führte uns durch die Westukraine (Galizien), nach Ijaslav und schließlich nach Kiev. Vorangegangen war ein Blockseminar in Berlin, bei dem sich die meist eher Osteuropa-unkundigen Teilnehmer auf die regionalen Gegebenheiten, die Geschichte und Sprache des Landes einstimmen konnten.

Bei dieser Exkursion standen energiepolitische Fragestellungen im Vordergrund: Wie ist die Situation der Energieversorgung in der Ukraine? Wie steht es um die Anti-AKW-Bewegung in einem Land, das den bisher einzigen „SuperGAU“ der Geschichte erlebt hat? Schließlich: Wie stehen die Chancen für die Entwicklung und Durchsetzung von alternativen Energieformen wie Windkraft oder Solarenergie?

Bereits die Anreise war abenteuerlich. Zunächst, aus Kostengründen, mit dem Schöne Wochenende-Ticket bis zur

tschechischen Grenze, dann mit dem EuroCity nach Prag, von dort mit dem Nachtzug nach Košice (Slowakien), weiter mit dem Bus nach Ugorod in der Karpato-Ukraine. Nach einem kurzen Aufenthalt in diesem hübschen transkarpatischen Städtchen ging es mit Taxis weiter in das Dorf Ni•ne Selišee, unserem ersten Aufenthaltsort.

Erste Eindrücke

Schon oft hatte ich gehört, dass die ökonomische Situation der Ukraine schlecht sei, schlechter noch als im benachbarten Russland. Leider ist diese Einschätzung vollkommen richtig. Malerische Szenen treffen das Auge: Immer wieder begegnet man Pferdefuhrwerken, die mit Kartoffeln oder Getreide beladen über die Landstraße fahren. Ein alter Bauer steht mit seiner Frau auf einer Wiese; sie mähen das Gras mit Sensen. Eine *babuška* führt ihre Kuh an einem Strick auf die Weide. Dies alles mag idyllisch

wirken. Doch mit der Zeit wird klar, dass es hier einfach keine funktionsfähigen landwirtschaftlichen Maschinen mehr gibt. Damit befindet sich die Landwirtschaft heute auf dem Niveau von, sagen wir, 1880 – nur dass heutzutage vermutlich mehr Flächen brach liegen als damals. Wo sind sie, die Mähdrescher, wo die Traktoren, einst Symbole eines heroischen sozialistischen Aufbaus? Ein paar letzte Exemplare bekommen wir bei einem Rundgang über den Kolchos des Ortes zu sehen. Dort stehen sie in Reihen auf einem Hof und rosten vor sich hin – bewacht von einem alten Mann, der von fünfzig Gramm träumt. Als der Kolchos aufgelöst wurde, so erzählt uns der frühere Vorsitzende, wurde das Land an die Bauern verteilt. Doch die meisten haben ihr Landstück nicht in Besitz genommen, zur Bewirtschaftung fehlte die Initiative und vor allem Geld. „Man weiß kaum wie die Leute hier leben“, erklärt uns die Direktorin der hiesigen Dorfschule, „aber sie leben.“ Fast überflüssig zu erwähnen, dass die Lehrer des Ortes im letzten Jahr sechs Monate lang kein Gehalt bekamen, ein Gehalt, das mit ca. 20 \$ pro Monat ohnehin niedrig bemessen ist. Da wundert es kaum, dass viele Ukrainer versuchen, jenseits der Grenzen ein Auskommen zu finden, wie etwa jene Lehrerin, die ich im Bus aus Košice traf. Auch sie war vor der allgemeinen Misere geflohen; inzwischen bringt sie slowakischen Schülern Slowakisch bei. Ebenso erzählte mir ein junger Sprachstudent aus L'viv, dass er demnächst als Englischlehrer in Polen arbeiten wolle.

Bei all dieser Armut ist die Landschaft der Karpaten herzzerreißend schön, wovon wir uns beim anschließenden Trip nach Drohobycz überzeugen konnten. Diese Fahrt – mit 80 Menschen in einem 30-Personenbus – gehörte zu den vielen denkwürdigen Erlebnissen unserer Exkursion. Es folgten einige mit Programmpunkten dicht besetzte Tage in Drohobycz und L'viv. Von diesen Tagen ist mir vor allem in Erinnerung geblieben, dass es in Transkarpatien sehr viele Heilquellen mit den dazugehörigen Heiligen gibt, außerdem einen Dichter, der so verehrt wird, dass man sogar eine Stadt nach ihm benannt hat: Ivan Franko.

L'viv

L'viv (russ. *L'vov*, poln. *Lwów* deutsch *Lemberg*) ist eine sehr charmante Stadt und könnte sich gewiss mit Krakau messen – wenn es nicht so heruntergekommen wäre. Die touristische Erschließung dieses Kleinods scheitert vermutlich an den landestypischen Hindernissen, für die uns der Student Roman ein Beispiel gibt:

„An dem Institut wo ich studiere, gibt es keine Mensa. Also habe ich gedacht, ich könnte vielleicht selbst eine kleine Mensa eröffnen und so etwas dazuverdienen. Die Institutsleitung war einverstanden und hätte mir auch einen Raum zur Verfügung gestellt. Aber als ich dann bei den Behörden war, wurde klar, dass ich Steuern hätte zahlen müssen, die meine Einnahmen bei weitem überstiegen hätten. Zusätzlich zu den Steuern hätte ich außerdem noch an die Mafia zahlen müssen. Um darum herumzukommen, muss man schon jemand kennen, der in der Mafia wirklichen Einfluss hat ... also habe ich meinen Plan fallen gelassen.“

Insgesamt lässt sich über Galizien sagen, dass das soziale Klima dort sehr „westlich“ ist, was auch die meisten Ukrainer so einschätzen. Gleichzeitig ist Galizien aber auch sehr „ukrainisch“. Die Betonung der ukrainischen Nationalität, die neue Religiosität mit Akzent auf dem unierten Glauben treten hier stark zutage. Sicher ist es kein Zufall, dass die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung *Ruch* gerade in L'viv und nicht etwa in Kiev ihren Anfang nahm. Doch es ist vor allem ein Merkmal, durch das sich die starke „Ukrainisierung“ des Westens bemerkbar macht – nämlich die Verbreitung der ukrainischen Sprache.

Das Ukrainische – Nationalsprache einer Minderheit

Die Tatsache, dass 22% der Bevölkerung ihre Nationalität mit „russisch“ angeben, könnte zu der Annahme verleiten, dass der Rest der Bevölkerung ukrainisch spricht. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Lediglich in Galizien kommt es ziemlich oft vor, dass man auf eine russisch gestellte Frage eine ukrainische Antwort bekommt. Oder aber der Angesprochene antwortet mit etwas, das er oder sie für Russisch hält, in Wirklichkeit aber mit russischen Brocken durchsetztes Ukrainisch ist. Je weiter man jedoch nach Osten vorstößt, umso mehr beginnt sich diese Koexistenz beider Sprachen zugunsten des Russischen zu verschieben. Sicherlich, seit 1991 ist das Ukrainische offizielle Landessprache, und so sind im öffentlichen Raum fast alle Inschriften und auch die Werbung ukrainisch. Andererseits findet man die wichtigsten Zeitungen des Landes wie ehemals auf Russisch verfasst. In die gleiche Richtung weist ein Erlebnis, das ich mit einer Gruppe ukrainischer Muttersprachler hatte. „Warum singt ihr nur russische Lieder?“ fragte ich anlässlich einer kleinen *večerinka* im Wald. „Weil es keine guten Lieder auf ukrainisch gibt“, war die lakonische Antwort.

Der ukrainische Nationalismus bezieht seine Legitimation vor allem aus der Existenz der ukrainischen Sprache. Schließlich ist sie das einzige Merkmal, durch das sich die ukrainische Kultur erkennbar von der russischen Kultur unterscheidet. Dies erklärt auch die beispiellose Verehrung, die Ivan Franko oder Taras Ševčenko zuteil wird – schließlich gaben beide Dichter dem Ukrainischen schon im letzten Jahrhundert den Vorzug.

Ob sich das Ukrainische in Zukunft wird durchsetzen können, bleibt abzuwarten. Unverkennbar ist aber das Bedürfnis mancher Ukrainer, sich sprachlich von der sowjetischen (=russischsprachigen) Vergangenheit abzugrenzen. Da kann es schon vorkommen, dass man überschwänglich gelobt wird, nur weil man sich einmal mit *djakuju* statt mit *spasibo* bedankt hat.

Seminar mit der „Grünen Welt“ in Izjaslav

Es war zwar schwer, Bahnkarten von L'viv nach Izjaslav zu bekommen, doch nach zweistündigen Bemühungen gelang es, und so fanden wir uns eines Morgens um fünf auf

dem Bahnsteig von Ėepetivka wieder. Dieser Eisenbahnknotenpunkt wurde schon von Nikolaj Ostovskij in „Wie der Stahl gehärtet wurde“ beschrieben und hat sich seit dieser Zeit vermutlich nur wenig verändert.

Morgendämmerung. Völlig übermüdet warten wir darauf, dass man uns abholt. Das klassizistische Bahnhofsgebäude zeugt von früherer Schönheit und weist Einschüsse noch aus Kriegszeiten auf. Tee aus Plastikbechern, vor unseren Augen balgen sich Straßenhunde um ein Stück Kuchen. Dann kommen zwei Männer auf uns zu. Pünktlich auf die Minute: „Wer spricht russisch?“ Ich bekenne mich. Kurz darauf rasen wir bereits mit hundertzwanzig über die morgendliche Landstraße. Schwierig ist es immer wieder, herauszufinden, zu wem man da eigentlich ins Auto gestiegen ist. Wir beruhigen uns gegenseitig: „Wenn es Banditen wären, woher hätten sie dann die genaue Abholzeit wissen sollen?“ Das überzeugt. Später stellt sich dann heraus, dass einer unserer Begleiter der Bürgermeister von Izjaslav ist – also unser Gastgeber. Wie viele Ukrainer war er früher Soldat in Deutschland in der „Ljuterstadt Wietenberrg“, an die er offenbar die besten Erinnerungen hat.

In Izjaslav stand ein Seminar zu energiepolitischen Fragen auf der Tagesordnung. Hier, auf halbem Wege zwischen den Atomkraftwerken Chmel'nickyi und Rivne (russ. *Rovno*) gibt es eine Menge Widerstand gegen die Atompolitik des ukrainischen Staates. Unter anderem engagiert sich hier die nationale Umweltorganisation *zeleny svit* („Grüne Welt“), deren Vertreter auch zum Seminar angereist waren. Für Igor', den schon erwähnten Bürgermeister von Izjaslav, bot das Seminar darüber hinaus Gelegenheit, etwas Publicity für seine 38.000 Einwohner zählende Stadt und ihre Probleme zu bekommen. So berichteten über den Aufenthalt unserer Studentengruppe mehrere Zeitungen sowie der lokale Fernsehsender.

Insbesondere wäre es für Izjaslav wünschenswert, wenn die Wasserkraft hier eine Chance erhielte. Schließlich fließen in der Stadt drei Flüsse zusammen, ja, es gibt sogar ein altes Wasserkraftwerk, mit dem bis in die fünfziger Jahre hinein Strom erzeugt wurde. Doch zur Zeit ist schlicht kein Geld da, um dieses Kraftwerk wieder aufzubauen. „Ihr müsstet halt einen Investor finden“, schlage ich naiv vor. „Sicher“, sagt Igor', „aber die Investoren verlangen zu allererst ein Gutachten, ob sich das Projekt lohnen würde. So ein Gutachten würde mehrere tausend Dollar kosten – die wir ebenfalls nicht haben.“

Unterdessen fühlt sich die Bevölkerung von der Regierung in Kiev verschaukelt. „Die wirtschaften sich eh nur in die eigene Tasche und kümmern sich nicht um uns“, ist die landläufige Meinung. Fast alle hier sind gegen Atomkraft, schon weil deren negative Folgen für die Region nur allzu spürbar sind. Im Gegenzug schalten die Kraftwerksbetreiber fast täglich für mehrere Stunden den Strom ab – um Druck auszuüben und Stimmung zu machen für die kürzlich beschlossene Modernisierung der Reaktoren in Chmel'nickyi und Rivne. Manchmal aber geht der Widerstand gegen die Atomkraft auch hier einher mit einem pau-

schalen „Früher war alles besser“. Es scheint, je schlechter es den Menschen in der Ukraine geht, umso lauter erklingt der sehnsuchtsvolle Ruf nach der guten, alten Sowjetunion. In Izjaslav hat man das riesige Lenin-Denkmal im Stadtzentrum erst einmal stehen lassen...

Kiev/Kyïv

In Kiev schließlich verlebten wir ein paar letzte Tage in einem Sporthotel in Pušëa Vodica. Hier ließ die entspannte Atmosphäre in den Straßen darauf schließen, dass sich viele Kiever im Sommerurlaub befanden. Die Stadt hat auf jeden Fall Flair, was nicht zuletzt am Dnjepr' liegt, der sich majestätisch durchs Stadtzentrum zieht. Besonders erwähnenswert erscheint mir der Tag, der für uns von der jüdischen Gemeinde Kievs organisiert wurde. Zusammen mit unserer sehr netten, englisch sprechenden Führerin besuchten wir die Gedenkstätte von Babi Jar, das Jüdische Zentrum sowie einen jüdischen Jugendclub. Auch diesmal, wie so oft, waren die persönlichen Gespräche der vielleicht interessanteste Teil des Programms. In diesem Zusammenhang ein Wort zur Gastfreundschaft: Diese ist, genau wie in Russland, immer wieder überwältigend. Dementsprechend war es nur gut, dass wir eine Vielzahl von Gastgeschenken im Gepäck hatten.

Alles in allem eine sehr dichte und informative Exkursion, bei der viele Kontakte geknüpft wurden. Wir werden uns wiedersehen.

Für weitere Informationen: energieseminar@tu-berlin.de

Arne Friedemann ist Student der Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

HERWIG ROGGEMANN

Die internationalen Strafgerichtshöfe Einführung, Rechtstexte, Dokumente.

*Bd. 51, Zweite, neubearb. und erweiter. Auflage 1998, kart.,
420 S., 88,- DM, ISBN 3-87061-531-1*

HERWIG ROGGEMANN

Die internationalen Strafgerichtshöfe. Ergänzungsband: Das Statut von Rom für den Ständigen Internationalen Gerichtshof (ICC). Mit einer Einführung.

*Bd. 51 a, 1998, kart., 102 S., 21,80 DM
ISBN 3-87061-638-5*

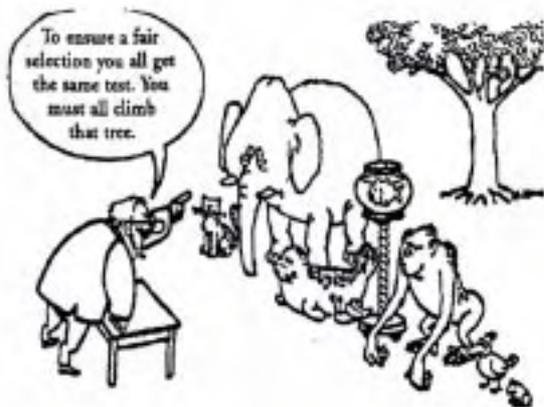
BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH
Pacelliallee 5, D-14195 Berlin
Tel.: 84 17 70-0, Fax: 94 17 70-21

2nd European Conference on Gender Equality in Higher Education, September 12–15, 2000, Zurich

von Ursula E. Frübis, Berlin

Die ETH Zürich und Uni Zürich organisierten den beeindruckenden zweiten Europäischen Kongress zu Gleichstellungsfragen innerhalb der Hochschulen. Über 100 Expertinnen und Experten aus über 30 Ländern präsentierten in sechs unterschiedlichen Bereichen ihre Forschungsergebnisse und Erfahrungen aus der Praxis. Die 180 Teilnehmerinnen an der Konferenz, die vor einem Jahr in Finnland erstmalig veranstaltet wurde, reisten aus allen Teilen Europas, einschließlich Ost- und Ostmitteleuropa, USA, Kanada, Afrika, Australien sowie aus Israel und Mexiko an. In Anerkennung der großen Teilnehmerinnenzahl aus den nicht europäischen Ländern und ihrem regen Interesse am Thema wurde von den Organisatorinnen die nächste Konferenz, die 2002 in Israel stattfinden wird, zur „3rd World Conference on Gender Equality in Higher Education“, umbenannt.

In ihrer bahnbrechenden Studie zur Gleichstellungspolitik in Europa werden von Teresa Rees¹ drei idealtypische politische Ansätze zu den *gender issues* genannt: *Equal treatment*, *positive action* und *gender mainstreaming*. Die Diskussion, um diese unterschiedlichen frauenpolitischen Strategien, durchzogen die gesamte Konferenz.



Equal treatment

Dr. Jemma Hasratyan vom *Gender Studies Center* in Yerevan, berichtete über die aktuelle Situation der Frauen in der armenischen Gesellschaft. Eine Sensibilisierung für das Thema der Gleichstellung von Frauen ist hauptsächlich den im Land aktiven NGO's zu verdanken. Als einen ersten Erfolg führte Frau Hasratyan an, dass inzwischen an vier Universitäten des Landes *gender courses* eingeführt wurden.

Auch in der Ukraine wird das „Kharkov Center for Gender Studies“ von einer NGO, der SOROS-Foundation, finanziert. Prof. Ekaterina Karpenko stellte, nach die Darstellung der schwierigen Situation der Frauen in der Ukraine, die Frage, nach einer für den ukrainischen Kontext adequad theoretischen (Neu-)Orientierung. Bislang arbeitete das Zentrum mit den US-amerikanischen *gender*-Ansätzen.

Insgesamt verband die ost- und ostmitteleuropäischen Konferenzteilnehmerinnen die Frage danach, was die Gleichbehandlung von Frauen in den Hochschulen ihrer Region bedeutet. Überlagert wird diese Fragestellung von den großen ökonomischen Schwierigkeiten, die in den Transformationsländern bestehen. Den Forderungen nach gesetzlichen Regelungen fehlt eine breite frauenpolitische Basisbewegung.

Affirmative Action

Affirmative Action heißt das Zauberwort, welches für die staatliche und private Förderung von Frauen und ethnischen Minderheiten in den USA steht. Auf der Basis von Gesetzen werden gezielt diskriminierte Minderheiten bei der Vergabe von Jobs, Studienplätzen und öffentlichen Aufträgen bevorzugt. Inzwischen mehren sich aber landesweit Bemühungen, die Sonderbehandlung Benachteiligter aufzuheben, so klagten abgelehnte weiße Studienbewerber erfolgreich gegen Universitäten, die Farbige mit schlechteren Noten bevorzugt aufnehmen und konservative Politiker betreiben die Aufhebung entsprechender Gesetze in Gemeinden, Bundesstaaten und in Washington.

Prof. Ludmila Popkova, von der Staatlichen Universität Samara, problematisierte das Gleichstellungskonzept der *Affirmative Action* im russischen Hochschulbereich. Vor zwei Jahren begann an ihrer Universität die Debatte, um die Übertragbarkeit dieses Gleichstellungskonzepts auf russische Verhältnisse. Die unterdurchschnittliche Repräsentation von Frauen an den russischen Universitäten in den Disziplinen, die zu gut bezahlten Stellen führen, wie im Management, im juristischen Bereich, in der Informatik und in der Wirtschaft, ist offensichtlich. Die Strategie der *Affirmative Action* wurde in den westlichen Ländern, über zwei Jahrzehnte hinweg, von Debatten über individuelle Rechte versus Gruppenrechte, Chancengleichheit und ihren Ergebnissen sowie um die Bewertung von staatlichen Eingriffen und der Frage nach der ökonomische Effizienz begleitet. Nach Prof. Ludmila Popkova wird an russischen Universitäten vorherrschend die Meinung vertreten, dass *Affirmative Action Programme* „merely produce „reverse discrimination.“ Conceptual categories and terms such as „institutionalised injustice“, „socialistic egalitarianism and

inefficiency“ are defined to minimise public supervision of affirmative action women’s initiatives.“ Als Lösungsansatz schlug Prof. Popkova eine Analyse der gesetzlichen

programme, die „can help create practical frameworks for reforming Russian gender policy in higher education“.

Für Prof. Helga Kraft, vom „Department of German“, an der „University of Illinois at Chicago“, war der Ausgangspunkt für die Gleichstellungspolitik in den USA, die Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre. In ihrem Vortrag „The United States: Success and Challenges for Women in Higher

den stetigen Anstieg in der Anzahl von Studentinnen und dem weiblichen wissenschaftlichen Personal, bestätigen. Sie warnte allerdings auch vor einem Rückschritt, „as now more and more affirmative action laws are repealed. As state after state dismantles affirmative action laws.“

Ein sehr interessanter Vortrag war der von Mary Ann Danowitz Sagaria, Associate Professor der „Ohio State University“. Eingangs zeichnete auch sie die Gleichstellungserfolge an den US-amerikanischen Universitäten nach, doch in ihrer Untersuchung geht Prof. Danowitz Sagaria dann einen Schritt weiter. Prof. Danowitz Sagaria ist Autorin einer Studie zu den *academe power coalitions*. Die Ausgangsthese der Untersuchung war, dass nur Frauen mit dem Wissen, um die Struktur und der Funktion der *academe power coalitions* ihre Zukunft innerhalb der Hochschulen beeinflussen können. Sie führte eine nach Geschlechtszugehörigkeit geordnete Studie über die Inhaber von vollen Professorenstellen (*full professorship*)

verglich diese Zahlen mit den Stiftungsprofessuren (*endowed professorship*) und der Anzahl der männlichen und weiblichen Herausgebern von Wissenschaftsmagazinen. Dabei kam die Autorin zu dem Ergebnis, dass „it is

advantages and disadvantages being created by the most powerful and protected positions in US higher education. Despite increased numbers of women academics, the lack of women editors in the most prestigious journals and/or in traditionally male dominated disciplines and fields indicates that they have yet to be recognized as legitimate judges of suitable academic knowledge.“²

Gender mainstreaming

Ilja Mottier vom niederländischen Ministerium für Ausbildung, Kultur und Wissenschaft machte die Konferenzteilnehmerinnen auf die Punkte aufmerksam, die es bei der Einführung von *gender mainstreaming* im Hochschulbereich zu beachten gilt. Noch vor wenigen Jahren war die Zahl der Professorinnen in den Niederlanden sehr niedrig, im Gegensatz zum Grad der Gleichstellung, den die Frauen in den anderen gesellschaftlichen Bereichen erreicht hat-

in den Hochschulen mit hohen Erwartungen gestartet. Die Wissenschaftsdisziplin *gender studies* wurde eingeführt.

Die Strategie der *positive action* and *affirmative action* wurden in den Niederlanden nicht übernommen. Aus dem Bewusstsein des strukturellen Charakters der Ungleichheit wurde 1985 das Projekt des *gender mainstreaming* angegangen. In der Rückschau stellte Frau Mottier fest, das es für die Einführung von *gender mainstreaming* einfach zu früh war, denn „gender mainstreaming without gender expertise is impossible. Mainstreaming without extra budget will not work“.

Ein Höhepunkt der Konferenz war die Vorstellung des ETAN-Reports³ „Science Policies in the European Union: Promoting excellence through mainstreaming gender equality“ durch Prof. Claudine Hermann in Anwesenheit der schweizer Bundesrätin Ruth Dreifuss. Die Expertinnen des „European Technology Assessment Network on Women and Science“ haben im Auftrag der Europäischen Kommission einen umfangreiche Daten erhoben und analysiert. Der Bericht beleuchtet die Forschungspolitik der EU unter dem Aspekt der Gleichstellung von Männern und Frauen. Die Stellung von Frauen in Forschung und Technologie werden im Bericht überprüft. Die Unterrepräsentation von Frauen führt dazu, dass Ziele der Wissenschaft – so zum Beispiel das Erreichen von Spitzenleistungen – in dem Maße gefährdet sind, wie Ungleichheit auftritt. Der Bericht gibt Empfehlungen an verschiedene Körperschaften ab, wie die Kommission, das Parlament, die Mitgliedsstaaten und an solche Organisationen, die WissenschaftlerInnen ausbilden, fördern und einstellen. Es wird diskutiert, wie Gleichstellungspolitik ausgeweitet und im wissenschaftlichen Bereich verwurzelt werden kann. Als ein wirkungsvolles Gleichstellungskonzept wird *Gender mainstreaming* vorgeschlagen.

Neben der Diskussion der verschiedenen Gleichstellungsprogramme in den einzelnen Staaten wurden übergreifende Formen der Förderung und Verständigung diskutiert.

Netzwerke und Mentoring

Internet zeigte sich in den australischen Gleichstellungsprogrammen. Prof. Eleanor Ramsay, Vizekanzerin und Leiterin der Abteilung „Equity and Development“ an der University of South Australia, führte aus, das die bei weitem bedeutendste und erfolgreichste Strategie in Australien, zur Veränderung der Situation der Frauen „have been based on the establishment of networks for senior women, many of which have mentoring schemes as an integral component“. Zwei der nationalen Netzwerke, mit internationaler Reichweite, wurden vorgestellt: Internet-Adresse <http://www.avcc.edu.au/ncswe/> und <http://www.uts.edu.au/oth/wexder/>

An dieser Stelle möchte ich auf das Email Netzwerk EQ-UNI hinweisen, dem Netzwerk der Konferenz. Die Liste wird von der University of Helsinki, in Finnland geführt. Moderatorinnen der Liste sind Liisa Husu, Teija Mankkinen and Marja Nykänen. Zweck der Liste ist der Informations-

austausch und die Diskussion über „gender equality in higher education in Europe from practical and theoretical points of view.“ Der Schwerpunkt der Liste liegt in der Erarbeitung von Strategien und sinnvollen Praktiken zur Förderung der Gleichstellung im Hochschulbereich.

Virtual Campus

Am letzten Tag der Konferenz wurden in einer Plenarveranstaltung, mit dem Titel „Virtual Campus – a future with(out) women’s participation?“, von Dr. Christine von Prümmer⁴, von der Fernuniversität Hagen und Dr. F. Marti von dem schweizer *virtual campus* Projekt auf die Chancen für Frauen für diese Form des Studiums hingewiesen. Die zeitliche und örtliche Unabhängigkeit der Studentin, bei einem virtuellen Studium, kommt besonders auch Frauen mit Kindern entgegen. Dessen ungeachtet haben noch nicht sehr viele Frauen diese Form des Studiums für sich entdeckt. Nach den Untersuchungen von Dr. Christine von Prümmer ist dies darauf zurück zu führen, dass Frauen sich anders im Internet bewegen, dabei spielt die Gestaltung und Struktur der Internetseiten und für die Frauen eine wichtige Rolle. Zu einem Abbruch eines Kurses kommt es häufig, wenn die Studentinnen nicht das Gefühl bekommen, dass mit ihren schriftlichen Äußerungen vertraulich genug umgegangen wird. Was in einem realen Seminarraum gesagt wird und der Studentin peinlich oder falsch erscheint, ist schnell wieder vergessen. In einem virtuellen Seminarraum sind ihre Äußerungen „verewigt“ und können unendlich oft weitergereicht werden.

Nach Auskunft von Frau Prümmer befindet sich derzeit der erste deutsche *virtual campus* in für *gender studies* in der Beantragungsphase. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt der Universitäten Bielefeld, Bochum, Hagen, Hannover.⁵

Der virtuelle Campus der Schweiz startet gerade seine 2. Ausschreibungsphase. Das Bundesprogramm Virtueller Campus Schweiz, das die Eidgenössischen Räte im Oktober 1999 genehmigt haben, hat zum Ziel, die neuen Infor-

mations- und Kommunikations-technologien in der Hochschullehre zu fördern. Es betrifft den ganzen Hochschulbereich (Universitäten, Eidgenössische Technische Hochschulen, Fachhochschulen). Mit seiner Durchführung ist die Schweizerische Hochschulkonferenz betraut. Die Projekte, die in dieser zweiten Programmphase ausgewählt werden, können im Frühjahr 2001 anlaufen. Von Frauen wurden in der 1. Ausschreibungsphase nur sehr wenige Seminarvorschläge eingereicht. Das offizielle Formular wie auch die Broschüre zum Projekt können direkt von der Webseite www.virtualcampus.ch heruntergeladen werden.

Die „3rd International conference on Gender Equality in Higher Education“ wird im September 2002 in Israel stattfinden. Vorab können Informationen bei Dahlia Moore unter *Email: msdmoore@mscc.huji.ac.il* eingeholt werden

Ursula E. Frübis ist Frauenbeauftragte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

- ¹ Rees, Teresa, 1998. *Mainstreaming Equality in the European Union, Education, Training and Labour Market Policies*, (New York: Routledge).
- ² Danowitz Sagaria, Mary Ann, Lazarus Stewart, Dafina, *The Situation of Women in Research Universities in the United States: Looking Deeply into the Inner Circles of Academic Power*, paper presented at the 2nd European Conference on Gender Equality in Higher Education, nicht veröffentlicht.
- ³ Der Bericht kann unter der Adresse: <http://www.equal.ethz.ch/conference2000/conf2000.html> herunter geladen werden.
- ⁴ In ihrem Buch gibt Christine von Prümmer wertvolle Hinweise zur Situation von Frauen in Fernstudiengängen. Die Ergebnisse einer groß angelegten Fallstudie sollen dabei helfen, Schwierigkeiten beim Einrichten von neuen Fernstudiengängen, im Voraus zu begegnen. Von Pruemmer, Christine, *Women and Distance Education, Challenges and opportunities*, London/ New York, 2000.
- ⁵ Informationen zum Stand des Projektes können bei Prof. Dr. Ursula Müller an der Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie eingeholt werden.

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts!

<http://www.oei.fu-berlin.de>

Hier erfahren Sie mehr über die Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen unserer MitarbeiterInnen, Veranstaltungstermine, osteuropabezogene Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und andere Publikationen des OEI.

Èto takoe GTZ? Der Blick hinter die Kulissen der deutschen Entwicklungspolitik – Ein Praktikumsbericht

von Cosima Lemke, Berlin

Was ist die GTZ? In fünf Sprachen springt diese Frage dem aufmerksamen EXPO-Besucher auf dem Deckblatt einer Messebroschüre ins Auge. Wer sich von Expertenmeinungen wie „Die kassieren das Geld fürs Fernsehen“ nicht abschrecken lässt, findet in der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit ein privatwirtschaftlich organisiertes Dienstleistungsunternehmen, das für die Bundesregierung als Hauptauftraggeber weltweit entwicklungspolitische Projekte durchführt.

In Eschborn bei Frankfurt, wo sich am Fuß des Taunus die Zentrale der GTZ befindet, bot sich mir und etwa 30 anderen Praktikanten die Gelegenheit, innerhalb von drei Monaten einen Einblick in die Arbeit einer deutschen Regierungsorganisation zu erlangen. In einem Labyrinth aus vier Gebäuden, denen das Gründungsjahr 1975 deutlich anzusehen ist, verteilen sich die 1200 Inlandsmitarbeiter. (Sogar hier sind die Sparmaßnahmen des Bundes spürbar und wurden in einer Vollversammlung auch entsprechend heftig diskutiert: Stellenkürzungen um 8% stehen im Verlauf der nächsten zwei Jahre an.) Je nach Studienrichtung fanden wir uns in den verschiedenen Bereichen des Unternehmens wieder, das sich in Planung und Entwicklung und die einzelnen Regionalgruppen unterteilt. Bei ersterem geht es um die thematisch orientierte Beschäftigung mit einzelnen Problemen der Entwicklungszusammenarbeit (ein in den letzten Jahren eingeführter Euphemismus für Entwicklungshilfe), wie Abfallwirtschaft, Ressourcenmanagement, ländliche Entwicklung etc. Die verschiedenen Regionalgruppen dagegen beschäftigen sich länderspezifisch mit der Betreuung einzelner Projekte, die in 130 Ländern von den rund 10.000 Auslandsmitarbeitern durchgeführt werden.

Die Abteilung 802 „Osteuropäische, kaukasische und Mittelmeerstaaten“ beherbergt das „Programmbüro Privatisierung“, das sich mit speziellen Fragen zu Privatisierungsvorhaben in MOE-Staaten beschäftigt. Hier wurde ich als Praktikantin mit Aufgaben wie dem Anfertigen von Projektberichten, der Publikation eines Konferenzbandes und eines Rundbriefes, der Internetdarstellung verschiedener Projekte der Abteilung oder mit der Organisation eines Workshops für Auslandsmitarbeiter betraut. Was sich nach grauer Büroarbeit anhören mag, entpuppte sich als spannender Einblick in Vorgänge innerhalb eines Unternehmens, das sich als Zwitterwesen auf der Grenze zwischen Behörde und modernem Dienstleister bewegt. Die Einarbeitung in Projektstätigkeit des „Programmbüros Privatisierung“ ließ erahnen, was Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft im Detail bedeutet: Beratung von Behörden, Organisationen, Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen im Hinblick auf einen EU-Beitritt wie im Falle von Polen, Ungarn, Tschechien oder anderen Kandidaten-

staaten bis hin zu Grundfragen der Etablierung eines marktwirtschaftlichen Systems wie in Russland und den ehemaligen sowjetischen Staaten. Gerade in diesen Bereich wächst die Bedeutung dritter Auftraggeber, was die Rolle der GTZ als reine Regierungsorganisation streitbar erscheinen lässt.

Der Wert eines solchen Praktikums, an das sich eine mehrmonatige Arbeit in der GTZ-Präsentation auf der EXPO anschloss, liegt nicht nur in den erworbenen Erfahrungen oder dem persönlichen Gewinn. Die Möglichkeit, Einsicht in ein ungewöhnliches Berufsfeld zu erhalten und Kontakte zu knüpfen, war für mich von großer Bedeutung.

Cosima Lemke studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin und Neuere deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin.

MARTIN BURKERT

Die Ostwissenschaften im Dritten Reich Teil 1: (1933–1939)

Der Osteuropahistoriker Martin Burkert untersucht in der vorliegenden Studie das Verhältnis der akademischen Ostwissenschaften zum Nationalsozialismus. Neben der Darstellung der relevanten ostwissenschaftlichen Institutionen und seiner maßgeblichen Protagonisten rekonstruiert der Autor das spannungsreiche Verhältnis zwischen Ost-Konzeption der NS-Bewegung und des inneren Führungskreises um Hitler.

Im Mittelpunkt seiner Untersuchung steht die Frage, ob die traditionellen ostwissenschaftlichen Konzepte überhaupt mit der von Hitler bis zum Kriegsausbruch durchgesetzten neuen Polenpolitik vereinbar waren.

Entgegen dem Stand der heutigen Forschung weist Burkert nach, daß das NS-Regime alle ostwissenschaftlichen Richtungen als ungeeignet für die Durchsetzung eigener Ziele, ja sogar zunehmend als störend empfand.

Erstmals wird somit der enge, den Ostwissenschaftlern verbliebene Spielraum gegenüber dem Regime sichtbar. Der Autor stützt sich in seiner Studie auf die umfassende Auswertung behördlicher, z.T. unveröffentlichter Quellen aus deutschen Archiven.

Erscheint im Herbst 2000 als Band 55 der Reihe
„Forschungen zur osteuropäischen Geschichte“
beim Harrassowitz Verlag, Wiesbaden.

771 Seiten, gebunden. Preis ca. 148,-DM
ISBN 3-447-04304-0

Osteuropaqualifikation im Wandel

Absolvententreffen des Osteuropa-Instituts (24. Juni 2000)

von Marion Feldmann, Berlin

Wie ergeht es den Absolventinnen und Absolventen des Osteuropa-Instituts? Diese Frage konnte bislang nur über eigene Erfahrungen und persönliche Kontakte geklärt werden, da die Universität lange Zeit die Kontaktpflege zu ihren Ehemaligen vernachlässigt hatte. Einzelne Fachbereiche und Institute haben jedoch bereits mehr oder weniger aktive Verbindungen zu Ehemaligen (Alumni) aufgebaut. Ein Alumni-Büro der Freien Universität versucht nun, diese Initiativen zu unterstützen.

Im vergangenen Wintersemester fand sich auch am Osteuropa-Institut eine Gruppe von Studierenden, um Kontakt zu Ehemaligen des Instituts aufzunehmen. Ziel sollte sein, ein lebendiges „Netzwerk“ gegenseitiger Unterstützung und Information zu schaffen. Vorerst wurden etwa 150 Absolventinnen und Absolventen der unterschiedlichen Studienangebote (der ehemalige Zusatzstudiengang Osteuropa, Osteuropa, Ost- und Südosteuropäische Geschichte, Slavistik und Balkanologie) zu einem Treffen Ende Juni eingeladen. Das Interesse der Ehemaligen an einem Kontakt war sehr groß, zu dem ersten Treffen konnten aber leider nur wenige der Interessierten kommen. Trotzdem waren mehrere Jahrgänge von 1957–2000 vertreten, so dass es zu einem interessanten Erfahrungsaustausch zwischen unterschiedlichen Studierenden-Generationen kommen konnte. Auch was die beruflichen Entwicklungen der Osteuropa-Spezialisten betrifft fanden sich sehr unterschiedliche Fachgebiete zusammen, was auch auf die Disziplinenvielfalt am OEI zurückzuführen ist.

In der Diskussion zum Thema „Osteuropaqualifikation im Wandel“ ging es hauptsächlich um die Frage der Interdisziplinarität des derzeitigen Osteuropastudienganges. Ein

Teilnehmer wies auf die deutsche Tradition von kombinierten Studiengängen hin. Allerdings sei Interdisziplinarität vom zeitlichen Lehr- und Lernumfang her deutlich aufwendiger als die Konzentration auf eine Einzeldisziplin. Dabei leiste aber der verstärkte Bedarf an Selbstorganisation der Studenten in einem interdisziplinären Studiengang einen wichtigen Beitrag zur individuellen Persönlichkeitsbildung. Seitens der Absolventen wurde die interdisziplinäre Ausrichtung des seit 1992 bestehenden Osteuropastudienganges als großer Vorteil betrachtet, da in der Diskussion mit Studierenden aus unterschiedlichen Schwerpunktbereichen Probleme aus verschiedenen Perspektiven betrachtet und somit in ihrer Gesamtheit besser erfasst werden könnten. Leider steht dem die in Zeiten der Massenuniversität immer häufiger geforderte Beschleunigung des Studiums entgegen. Die Osteuropaqualifikation wurde aber als besondere Zusatzqualifikation hervorgehoben, die jedoch, aus der Sicht von Dozenten, ohne monodisziplinäre Basis nicht auskomme.

Um den weiteren Kontakt zwischen den Ehemaligen zu intensivieren und die Planung zukünftiger Treffen zu erleichtern wurde beschlossen, eine Mailingliste (Email-Verteiler) einzurichten, innerhalb derer regelmäßig ein Newsletter über aktuelle Aktivitäten und Entwicklungen der Alumni-Initiative verschickt werden soll. Interessierte Ehemalige können sich unter der Email-Adresse: oei@zedat.fu-berlin.de an das Institut wenden oder sich im WWW unter <http://www.oei.fu-berlin.de> über den aktuellen Stand der Alumni-Aktivitäten informieren.

Marion Feldmann ist Studentin der Osteuropastudien und Mitglied der Alumni-Initiative.

Haben Sie am Osteuropa-Institut studiert?

Dann tragen Sie sich doch in unsere **Alumni-Datenbank** ein! Wir möchten den Kontakt zwischen Studierenden und Ehemaligen intensivieren, um so ein **Netzwerk gegenseitiger Hilfe** zu schaffen.

Falls Sie Interesse haben, füllen Sie bitte das Formular auf der OEI-Homepage
<<http://www.oei.fu-berlin.de>>

aus oder melden Sie sich beim Osteuropa-Institut unter der folgenden Adresse:

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Arbeitsgemeinschaft OEI-Alumni
Kontakt: Marion Feldmann, Garystr. 55 14195 Berlin

☎ 838-52074, Fax: 838-53788, Email: oei@zedat.fu-berlin.de

Wir freuen uns auf Sie!

Lehrprogramm Osteuropastudien Wintersemester 2000/2001

Pflichtwahlveranstaltungen für Haupt- und Nebenfach

Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit
RV 31 001	SARTORTI: Vom Elitären zum Populären: <i>Popular Culture</i> im Ost-West-Vergleich	Mi 18–20
V/Ü 31 002	SARTORTI: Russische Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts	Di 14–16
V/Ü 31 003	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Zur Transformation Russlands im 20. Jahrhundert. Komparatistische und entwicklungsgeschichtliche Probleme	Do 14–16

Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft

(Schwerpunktbereich Gesellschaftswissenschaften)

Disziplin Politik

	Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit
Grundstudium	GK (15 111)	ZÜRCHER: Einführung in die Politik Osteuropas	Mi 12–14
	PS 31 041	ANDREES: Gender und Migration in Ost- und Südosteuropa	Mo16–18
Hauptstudium	HS 31 037	NIES: Föderalismus – mehr als nur ein territoriales Prinzip. Fallstudien aus Mittelosteuropa und GUS	s. Aushang
	HS (15 216)	SEGBERS: Post-Soviet Puzzles 2. Neue methodische und theoretische Zugänge zum Wandel in Osteuropa	Di 10–12
	HS (15 215)	SEGBERS: Movements and flows: the metamorphosis of places?	Do 10–12
	HS (15 404)	SEGBERS: Kolloquium für ExamenskandidatInnen und Promovierende	Do 16–18
Grund-u./o Hauptst.	V/Ü (15 110)	SEGBERS: Überblicksvorlesung Internationale Beziehungen	Di 16–19

Disziplin Soziologie / Philosophie

Grundstudium	GK 31 004	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Einführung in die Soziologie. Sozialismus als Modernisierung?	Mi 12–14
	PS 31 006	HEUER: Nationsbildung, Ethnizität und ethnische Konflikte in Zentralasien.	Di 10–12
Hauptstudium	HS (15 733)	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Öffentliche Diskurse und symbolische Praktiken (IfS Babelsberger Str. 14–16, 10715 Berlin)	Do 11–13
	HS 31 007	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI/ENGERER/GRAMATZKI: Institutionen im osteuropäischen Transformationsprozess (14-tägig + Blöcke)	Do 16–19
	HS 31 040	JUBARA: Die russische Frauenemanzipation des 19. Jh. im Spiegel der Geschlechterkonstruktionen Vasilij Rozanovs	Mi 14–16
	HS 31 008	MÜLLER: Theorie und Empirie der osteuropäischen Transformation	Fr 16–18
	HS (16 038)	PRUCHA: Rehabilitierung der Dialektik	Di 18–20
	V (16 011)	PRUCHA: Rehabilitierung der Dialektik	Di 17–18
	V/Ü 31 003	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Zur Transformation Russlands im 20. Jahrhundert. Komparatistische und entwicklungsgeschichtliche Probleme	Do 14–16

Lehrprogramm Osteuropastudien Wintersemester 2000/2001

Arbeitsbereich Recht und Wirtschaft

(Schwerpunktbereich Staatswissenschaften)

Disziplin Recht

	Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit
Grund- studium	GK 31 009	WOHLGEMUTH: Rechtssysteme ausgewählter Länder Mittel- und Osteuropas	Mi 10–12
	PS 31 010	HILLER: Die Rechtsprechung des ungarischen Verfassungsgerichts seit dem Systemwechsel 1989 als Spiegel der politischen und wirtschaftlichen Aufgaben in der Transformation	Mo 10–12
	PS 31 011	SCHULZE: Übung in russischer Rechtssprache	Mi 16–18
Hauptstudium	HS (09 237)	ROGGEMANN: Rechtsvergleichung und Rechtsentwicklung in Ost- Südosteuropa in Zusammenarbeit mit dem interuniversitären Zentrum für deutsches, kroatisches, europäisches Recht und Rechtsvergleichung Split/Berlin	Do 16–18
	HS 31 012	WOHLGEMUTH: Ehe-, Familien- u. Erbrecht ausgewählter osteuropäischer Staaten	Do 12–14
	V 31 016	STANDKE: Die Osterweiterung der Europäischen Union	s. Aushang
Grund- u./o. Hauptstudium	V/Ü	ROGGEMANN/WOHLGEMUTH: Die Osterweiterung der EU/rechtliche Probleme und Auswirkungen auf die Rechtsordnungen einzelner ost- und südosteuropäischer Staaten	Do 14–16

Disziplin Wirtschaft

Grundstudium	PS 31 014	SABOV: Die aktuelle wirtschaftliche Lage in Rußland unter besonderer Berücksichtigung währungs- und finanzpolitischer Fragen (Blockveranstaltung)	s. Aushang
	GK 31 013	MESSENGIESSER: Wirtschaftliche Entwicklung Russlands seit 1861	Mo 10–12
	S 31 043	MESSENGIESSER: Wirtschaftliche Entwicklung Russlands seit 1861	Mo 16–18
Hauptstudium	HS 31 044	KIGYÓSSY-SCHMIDT: Modelle der sozialökonomischen Transformation in Mittel- und Osteuropa	Mi 14–16
	HS 31 042	MESSENGIESSER: Theorie der Transformation der Wirtschaftssysteme	Do 10–12
	HS 31 015	WERNER: Byzanz/Istanbul; das „zweite Rom“ in Vergangenheit und Gegenwart und seine Beziehungen zu Osteuropa	Fr 14–16
	HS 31 007	GRAMATZKI//ENGERER/MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Institutionen im osteuropäischen Transformationsprozess (14-tägig + Blöcke)	Do 16–19
	C 31 017	WERNER: Betreuung von Magister- und Diplomarbeiten	n.V.
	Ex 31 018	WERNER: Geographische/Wirtschaftsgeographische Exkursionen Ostmittel- und Osteuropa	n.V.
Grund- u./o. Hauptstudium	GK/HS 31 019	BÖHNER: Grundsätze postsozialistischer Wirtschaftsordnungen	Mo 14–18
	PS/HS 31 020	BRÜCKER: Wirtschaftspolitische Fragen einer Osterweiterung der EU	Mi 12–14
	Ü 31 045	KIGYÓSSY-SCHMIDT: Übungen zur Analyse des sozialökonomischen Wandels in Mittel- und Osteuropa sowie Anleitung zum wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema (Projektgruppe)	Mi 16–18

Lehrprogramm Osteuropastudien Wintersemester 2000/2001

Arbeitsbereich Geschichte und Kultur			
(Schwerpunktbereich Kulturwissenschaften)			
Disziplin Geschichte			
	Typ	Titel der Lehrveranstaltung	Zeit
Grundstudium	GK 31 038	NIENDORF: Die deutsch-polnischen Beziehung in der Zwischenkriegszeit 1918–1939 (Blockseminar)	Fr 14–18
	PS (13 336)	HAUSLEITNER: Juden in Rumänien vom 18. bis 20. Jh.	Mi 10–12
	PS/GK 31 021	SCHIPPAN: Das russische Imperium im 18. Jahrhundert	Do 10–12
	PS/GK 31 022	VULPIUS: Nations- und Nationalismustheorien in Anwendung auf Russland und die Ukraine	Di 14–16
	PS/GK 31 023	AUST: Ostseeraum oder Nordosteuropa? Mittelalterliche und frühneuzeitliche Bausteine zur Konstruktion einer Geschichtsregion (9.–18. Jh.)	Fr 12–14
	PS 31 024	BETHKE: Die „Neuordnung“ Ostmitteleuropas nach 1918	Mo 14–16
	PS 31 026	KÖLM: Die orientalische Frag in der russischen Außenpolitik	Mi 14–16
	PS 31 039	MÜLLER: Agrarpopulismus in Osteuropa. Die ostmittel- und südosteuropäischen Bauernparteien in der Zwischenkriegszeit	Do 10–12
Hauptstudium	Ü (13 320)	HAUSLEITNER: Glaubensflüchtlinge in Preußen im 18. Jh.	Fr 10–12
	HS 31 027	HAUSLEITNER: Deutsche Minderheiten in Südosteuropa	Di 10–12
	HS 31 028	PETERSDORF: Deutsch-russische Begegnungen in Kultur und Wissenschaft (18./19.Jh.)	Di 16–18
	HS 31 029	PETERSDORF: Sowjetmacht und Wissenschaft (Teil I.)	Do 16–18
	HS 31 30	RIEDEL: Neue Herausforderungen an die Bildungspolitik in Ost- und Südosteuropa	Mo 10–12
	HS 31 031	SCHORKOWITZ: Die Ostslaven. Ihre Herkunft, Landnahme u. frühe Kontaktgeschichte	Di 10–12
	C 31 032	PETERSDORF/SARTORTI: Colloquium für Examenskandidaten in den Disziplinen Geschichte oder Kultur	Di 18–20
	V (13 304)	HAUSLEITNER: Das sowjetisch-polnische Verhältnis nach 1945	Do 12–14
Disziplin Kultur			
Grundstudium	GK (16 501)	TORNOW: Die Sprachen und Schriften der Völker Osteuropas	Di 16–18
	PS (16 524)	CIDLKO: Kroatischer „sozialistischer Alltag“ der 70er Jahre – zu der Kurzprosa von N. Fabrio, Z. Majdak, P. Pavliëia, G. Tribuson (1. Teil)	Do 12–14
	PS (16 522)	SCHMIDT: Analyse literarischer und nichtliterarischer Texte	Di 16–18
	Ü/PS 31 033	THEUNISSEN: Kulturgeschichte einer literarischen Übersetzung	Mo 12–14
Hauptstudium	HS (16 530)	ESHELMAN: Tausch- und Wertbeziehungen im slavischen Realismus	Di 14–16
	HS 31 034	JUBARA: Von der Kulturtheorie zur Kulturologie: kulturwissenschaftliche Ansätze in der Sowjetunion und im post-sowjetischen Russland	Mi 10–12
	HS (16 533)	SCHMIDT: Vom Illyrismus zum Ustaša-Syndrom	Fr 10–12
	C 31 032	SARTORTI/PETERSDORF: Colloquium für Examenskandidaten in den Disziplinen Geschichte oder Kultur	Di 18–20
	V (16 520)	STRIEDER: Große russische Komödie	Di 10–12
	HS (16 521)	STRIEDER: Terror erzählen (Inst.f. Allg. u. Verg. Literaturwiss. Hüttenweg 9)	Mo 10–12 Mi 10–12
G. u. /o. Hst	RV 31 001	SARTORTI: Vom Elitären zum Populären: <i>Popular Culture</i> im Ost-West-Vergleich	Mi 18–20
	Ü z RV 31 036	SARTORTI: Lesarten des Populären	Do 12–14
	V/Ü 31 002	SARTORTI: Russische Kulturgeschichte des 19. und 20. Jh.	Di 14–16